

Rechtspflege

Strafgerichte



2013

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen am 1. Oktober 2014
Artikelnummer: 2100230137004

Ihr Kontakt zu uns:
www.destatis.de/kontakt
Telefon: +49 (0) 611 75 4114

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Qualitätsbericht zur Statistik über Straf- und Bußgeldverfahren	3
Vorbemerkung	9
Schaubildteil	
Strafverfahren vor den Amtsgerichten 2013 nach Erledigungsart und Ländern	10
Durch Urteil erledigte Strafverfahren vor den Amtsgerichten, die länger als 3 Monate dauerten, 2013 nach Ländern	10
Anzahl der Neuzugänge und der erledigten Strafverfahren vor dem Amtsgericht (1995 = 100)	11
Anzahl der Neuzugänge und der erledigten Strafverfahren vor dem Landgericht, 1. Instanz (1995 = 100)	11
Tabellenteil	
1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht	
1.1 Geschäftsentwicklung von 1999 bis 2013	12
1.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und OLG-Bezirken	14
1.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013	18
2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren	
2.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Beschleunigtes Verfahren, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren	22
2.2 Art der Erledigung der Strafverfahren	26
2.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten in Strafverfahren	30
2.4 Hauptverhandlungen in Strafverfahren	34
2.5 Dauer der Strafverfahren	38
2.6 Einleitungsart, Erledigungsart, Hauptverhandlungen der Bußgeldverfahren	42
2.7 Dauer der Bußgeldverfahren	46
3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht	
3.1 Geschäftsentwicklung von 1999 bis 2013	50
3.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und OLG-Bezirken	52
3.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013	56
4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren	
4.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren, Besetzung der Kammer	60
4.2 Art der Erledigung der Verfahren	64
4.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten	68
4.4 Hauptverhandlungen	72
4.5 Verfahrensdauer	76
5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren	
5.1 Vorinstanz, Einleitungsart, Betreiber, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung	80
5.2 Art der Erledigung der Verfahren	84
5.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten	88
5.4 Hauptverhandlungen	92
5.5 Verfahrensdauer	96
6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht	
6.1 Geschäftsentwicklung von 1999 bis 2013	100
6.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und Oberlandesgerichten	102
6.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013	106
7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren	
7.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren, Besetzung des Senats	110
7.2 Art der Erledigung der Verfahren	112
7.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten	114
7.4 Hauptverhandlungen	116
7.5 Verfahrensdauer	118
8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren	
8.1 Vorinstanz, Einleitungsart, Betreiber, Beschuldigte, Hauptverhandlungen bei den Revisionen	120
8.2 Art der Erledigung der Revisionen	124

8.3	Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten bei den Revisionen	128
8.4	Verfahrensdauer der Revisionen	132
8.5	Vorinstanz, Einleitungsart, Zulassung, Betreiber der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde	136
8.6	Art der Erledigung der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde	140
8.7	Verfahrensdauer der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde	144

Anhang

A 1	Strafsachen vor dem Bundesgerichtshof	149
A 2	Katalog der Sachgebiete (Stand: 1.1.2013)	150
A 3	Auszug aus dem Wortlaut der in den Tabellen erwähnten Gesetzestexte	152

Gebietsstand

Die Angaben für **Deutschland** beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Abkürzungen

Abs.	= Absatz	JGG	= Jugendgerichtsgesetz
AO	= Abgabenordnung	LG	= Landgericht
Art.	= Artikel	OLG	= Oberlandesgericht
BRAO	= Bundesrechtsanwaltschaftsordnung	OWiG	= Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
BtMG	= Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz)	PKH	= Prozesskostenhilfe
EGGVG	= Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz	PUAG	= Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestags
EnWG	= Energiewirtschaftsgesetz	RVG	= Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
GG	= Grundgesetz	StPO	= Strafprozessordnung
GVG	= Gerichtsverfassungsgesetz	StrRehaG	= Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
GWB	= Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	StVG	= Straßenverkehrsgesetz
HV	= Hauptverhandlung	StVollzG	= Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehende Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz)
IRG	= Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen		
i.V.m.	= in Verbindung mit		

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtiger Zahl

Auf- und Ausgliederung

Die vollständige Aufgliederung einer Summe ist durch das Wort **davon** kenntlich gemacht. Auf das Wort **davon** ist verzichtet worden, wenn aus Aufbau und Wortlaut von Tabellenkopf und Vorspalte unmissverständlich hervorgeht, dass es sich um eine Aufgliederung handelt. Die teilweise Ausgliederung einer Summe ist durch das Wort **darunter** gekennzeichnet. Bei teilweiser Ausgliederung nach verschiedenen nicht summierbaren Merkmalen sind die Worte **und zwar** gebraucht worden.

Qualitätsbericht

1 Allgemeine Angaben zur Statistik

1.1 Grundgesamtheit

Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte in Straf- und Bußgeldsachen (institutionelle Ebene); Verfahren in Straf- und Bußgeldsachen (Merkmalsträger).

1.2 Statistische Einheiten (Darstellungs- und Erhebungseinheiten)

Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte in Straf- und Bußgeldsachen (institutionelle Ebene); Verfahren in Straf- und Bußgeldsachen (Merkmalsträger).

1.3 Räumliche Abdeckung

Deutschland nach Ländern, Oberlandesgerichts-, Landgerichts-, und Amtsgerichtsbezirken.

1.4 Berichtszeitraum/-zeitpunkt

Kalenderjahr.

1.5 Periodizität

Die StP-/OWi-Statistik wurde 1970 im früheren Bundesgebiet eingeführt; seit 1989 wird die Tätigkeit der Strafgerichte nach Straf- und Bußgeldverfahren getrennt erfasst. Seit 1992 wurde die Statistik sukzessive auch in den neuen Ländern eingeführt, seit 1995 liegen vollständige Ergebnisse für Deutschland vor. Die Aufbereitung und Veröffentlichung im Bund erfolgt jährlich. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig Ergebnisse seit 1975, seit 1989 in vergleichbarer Form.

1.6 Rechtsgrundlagen und andere Vereinbarungen

Für die StP-/OWi-Statistik gibt es keine Rechtsgrundlage auf EU- und Bundesebene. Die Ein- und Durchführung der StP-/OWi-Statistik basiert auf bundeseinheitlichen Verwaltungsanordnungen der Länder. Das Statistische Bundesamt stellt auf der Grundlage von § 3 Abs. 3 BStatG vom 22.01.1987 (BGBl. I S. 462) die Länderergebnisse aus der StP-/OWi-Statistik zu einem Bundesergebnis zusammen.

1.7 Geheimhaltung

1.7.1 Geheimhaltungsvorschriften

Ergebnisse werden in der Regel von den Ländern auf Ebene einzelner Landgerichtsbezirke, vom Statistischen Bundesamt auf Ebene der Oberlandesgerichtsbezirke veröffentlicht. Für Forschungszwecke können bei Zustimmung der jeweiligen Landesjustizverwaltung Wissenschaftlern projektbezogen anonymisierte Einzeldaten zur Verfügung gestellt werden. Die Ergebnisse werden als Verwaltungsdaten betrachtet.

1.7.2 Geheimhaltungsverfahren

Für Forschungszwecke können bei Zustimmung der jeweiligen Landesjustizverwaltung Wissenschaftlern projektbezogen anonymisierte Einzeldaten zur Verfügung gestellt werden. Die Ergebnisse werden als Verwaltungsdaten betrachtet.

1.8 Qualitätsmanagement

1.8.1 Qualitätssicherung

Die Maßnahmen zur Qualitätssicherung, die an einzelnen Punkten der Statistikerstellung ansetzen, werden bei Bedarf angepasst und um standardisierte Methoden der Qualitätsbewertung und -sicherung ergänzt. Die für diese Statistik gewonnenen Daten werden für die Verwaltungs- und Controllingzwecke erhoben und werden daher von den zuständigen Stellen in der Justiz regelmäßig kritisch geprüft. Zudem sind die Daten dieser Statistik in den Ländern automatischen Prüfroutinen unterworfen; die Angaben zu den erledigten Verfahren zu Straf- und Bußgeldsachen werden aufwendig intern plausibilisiert und mit externen Daten abgeglichen. Die Möglichkeit der internen Plausibilisierung ist für die Angaben zum Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren zu Straf- und Bußgeldsachen stärker eingeschränkt. Eventuelle Unstimmigkeiten in den Daten werden durch Rückfragen der Statistischen Ämter der Länder bei den Berichtsstellen geklärt.

1.8.2 Qualitätsbewertung

Bei der StP-/OWi-Statistik handelt es sich um eine Vollerhebung, in der die vollständige Datenerhebung der Berichtsstellen erfolgt. Es müssen daher keine Schätzungen von fehlenden Daten – bzw. Berichtsstellen - vorgenommen werden. Durch die ständige Nutzung der Daten für Controllingzwecke durch die zuständigen Stellen der Justiz unterliegen die Statistikergebnisse der permanenten Kontrolle der Datenproduzenten.

2 Inhalte und Nutzerbedarf

2.1 Inhalte der Statistik

2.1.1 Inhaltliche Schwerpunkte der Statistik

Für Straf- und Bußgeldverfahren: Art der Einleitung, Art der Erledigung, Sachgebiet, Hauptverhandlungen, Verfahrensdauer; für die Strafverfahren zusätzlich Beschuldigte, Beteiligte Streitwert, Parteien, Prozesserfolg, Termine, Verfahrensdauer, Prozesskostenhilfe, anwaltliche Vertretung. Für sonstige Geschäfte: Art des Verfahrens, Geschäftsanfall.

2.1.2 Klassifikationssysteme

Die statistische Erhebung wird von den Justizverwaltungen der Länder für die Berichtsstellen angeordnet. Die Erhebungsgrundlage der Statistik bilden sog. Verfahrenserhebungen bzw. Monaterhebungen, welche die Erhebungsmerkmale beinhalten. Gegenstand der Erhebungsgrundlage ist auch die Sachgebietsgliederung der StP-/OWi-Statistik.

2.1.3 Statistische Konzepte und Definitionen

Die in der Verfahrenserhebung und Monaterhebung durchgeführte Statistik der Statistischen Ämter der Länder enthält u.a. Merkmale zu Verfahrensdauern, Verfahrensgegenständen, Erledigungsarten, Einleitungsarten, Entscheidungen, und Sachgebiete der gerichtlichen erledigten Verfahren.

2.2 Nutzerbedarf

Mit den Ergebnissen der StP-/OWi-Statistik sollen Geschäftsanfall und -erledigung bei den Strafgerichten abgebildet werden. Damit liefert die Statistik Informationen einerseits für die Kapazitätsplanung durch die Justizverwaltungen, andererseits für die Bewertung und Weiterentwicklung des strafrechtlichen Instrumentariums sowie für die Evaluation der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Straf- und Strafprozessrechts. Zu den Hauptnutzern der Statistik zählen die Organe der Justizverwaltungen sowie die Rechtspolitik auf Länder- und Bundesebene. Weitere Hauptnutzer der Daten sind die justizielle Praxis, die wissenschaftliche Forschung und Lehre sowie – in begrenztem Umfang – die Informationsdienstleister und Medien.

2.3 Nutzerkonsultation

Die Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer erfolgt insbesondere durch den Ausschuss Justizstatistik, der den organisatorischen und inhaltlichen Rahmen für die StP-/OWi-Statistik vorgibt und die aktuellen Entwicklungen und Bedürfnisse der Justizverwaltung und Rechtspolitik an die amtliche Statistik transportiert. Im Ausschuss Justizstatistik vertreten sind die Justizministerien der Länder sowie (als Gäste) das Bundesministerium der Justiz, das Statistische Bundesamt sowie die in den einzelnen Justizstatistiken für die Programmierung zuständigen Statistischen Ämter der Länder

3 Methodik

3.1 Konzept der Datengewinnung

Die Datenerhebung zur StP-/OWi-Statistik erfolgt für administrative Zwecke, und zwar i.d.R. elektronisch aus den Geschäftsstellenautomationsprogrammen der Strafgerichte, die im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Justizverwaltung gepflegt werden. Die StP-/OWi-Statistik ist eine Sekundärerhebung auf der Basis dieser Verwaltungsdaten in den Geschäftsstellen. Bei der StP-/OWi-Statistik handelt es sich um eine Vollerhebung; aus diesem Grund werden keine Stichprobenverfahren eingesetzt.

3.2 Vorbereitung und Durchführung der Datengewinnung

Der Geschäftsanfall bei den Strafgerichten insgesamt wird bei den Geschäftsstellen der Gerichte über sogenannte Monaterhebungen summarisch erfasst. Er ergibt sich im Wesentlichen als Differenz aus Anfangs- und Endbestand des jeweiligen Berichtszeitraums für die einzelne Geschäftsart. Für Straf- und Bußgeldverfahren werden darüber hinaus nach Eingang des Verfahrens bei Gericht eigene Papierbelege (sog. Zählkarten) bzw. Datensätze angelegt. Nach der Erledigung des Verfahrens in der Instanz werden die für die Statistik erforderlichen weiteren Angaben aus der Vorgangsverwaltung in der Regel automatisiert herausgelesen. Nach Ende des Berichtszeitraums werden die summarischen Monaterhebungen zum Geschäftsanfall sowie die verfahrensbezogenen Angaben zu den erledigten Straf- und Bußgeldverfahren in der Regel in elektronischer Form an das zuständige Statistische Landesamt übermittelt. In der Regel erfolgt die Datenlieferung auf elektronischem Wege, Papierbelege (sog. Zählkarten) werden nur noch selten übermittelt. Eine Beschreibung des jeweils aktuellen Lieferdatensatzes kann aus der nach EVAS-Nummern gegliederten Erhebungsdatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter <https://erhebungsdatenbank.estatistik.de/eid//erhebungsIDForEVAS.jsp> heruntergeladen werden.

3.3 Datenaufbereitung (einschl. Hochrechnung)

Grundlage für die Erstellung von statistischen Übersichten sind die von den Statistischen Ämtern der Länder plausibilisierten Einzeldaten der Gerichte, welche mit IT-Werkzeugen und -Programmen einheitlich aufbereitet werden. Nach Vorgaben der Justizministerien der Länder werden für die Statistikergebnisse Tabellen konzipiert, die mit denen im statistischen Verbund standardisierten IT-Werkzeugen von den Statistischen Ämtern der Länder erstellt werden. Die statistischen Ergebnisse der Länder werden als Text-Tabellen oder auswertbare Excel-Daten ausgegeben und den Justizverwaltungen sowie dem Statistischen Bundesamt übersandt. Zusätzlich werden plausibilisierte Einzeldaten dem Statistischen Bundesamt übermittelt, welche als Grundlage für Sonder-Auswertungszwecke dienen. Da die Statistik eine Vollerhebung ist, erfolgen keine Hochrechnungen.

3.4 Preis- und Saisonbereinigung; andere Analyseverfahren

Entfällt.

3.5 Beantwortungsaufwand

Auskunftspflichtig sind die Geschäftsstellen der Strafgerichte, aus deren Verwaltungsunterlagen die für die StP-/OWi-Statistik relevanten Daten bereitgestellt werden. Deren Belastung durch die Datenübersendung an die Statistischen Ämter der Länder geht mit dem steigenden Automatisierungsgrad der Geschäftsstellen zurück.

4 Genauigkeit und Zuverlässigkeit

4.1 Qualitative Gesamtbewertung der Genauigkeit

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der StP-/OWi-Statistik zum Geschäftsanfall bei den Strafgerichten insgesamt von guter, die verfahrensbezogenen Ergebnisse über Straf- und Bußgeldverfahren von sehr guter Qualität. Zunächst werden die Informationen für die Statistik aus Daten gewonnen, die für Verwaltungs- und Controllingzwecke erhoben wurden und daher von den zuständigen Stellen in der Justiz regelmäßig kritisch geprüft werden. Zudem sind die Statistikdaten in den Ländern automatischen Prüfroutinen unterworfen; die Angaben zu Straf- und Bußgeldverfahren werden aufwendig intern plausibilisiert und mit externen Daten abgeglichen. Die Möglichkeiten der internen Plausibilisierung sind für die Angaben zum gesamten Geschäftsanfall bei den Strafgerichten stärker eingeschränkt. Eventuelle Unstimmigkeiten in den Daten werden durch Rückfragen der Statistischen Ämter der Länder bei den Berichtsstellen geklärt. Trotzdem können einzelne fehlende oder falsche Angaben in den Statistikdaten nicht ausgeschlossen werden (siehe auch Punkt 4.3.3).

4.2 Stichprobenbedingte Fehler

Bei der StP-/OWi-Statistik handelt es sich um eine Vollerhebung. Aus diesem Grund werden keine Stichprobenverfahren eingesetzt und somit können keine stichprobenbedingten Fehler auftreten.

4.3 Nicht-Stichprobenbedingte Fehler

4.3.1 Fehler durch die Erfassungsgrundlage

Siehe Punkt 4.1

4.3.2 Antwortausfälle auf Ebene der Einheiten (Unit-Non-Response)

Siehe Punkt 4.1

4.3.3 Antwortausfälle auf Ebene wichtiger Merkmale (Item-Non-Response)

Bei Änderungen im Erhebungskatalog kann grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass neue bzw. geänderte Merkmale in einer Übergangszeit nicht ganz vollständig und adäquat erfasst und ausgewiesen werden. Fehler könnten sich ebenso bei der Erhebung des Daten selbst wie beim Datenexport aus den justizeigenen Verwaltungsprogrammen an die Statistischen Ämter der Länder ereignen. Bekannt gewordene Fehler oder Ausfälle bei der Erfassung werden aber in den jeweiligen Veröffentlichungen über Vorbemerkungen oder Hinweise in den Tabellen benannt.

4.4 Revisionen

4.4.1 Revisionsgrundsätze

In der StP-/OWi-Statistik gibt es keine laufenden Revisionen, weil in der Statistik die Verfahrenserledigung eines abgeschlossenen Berichtszeitraums dargestellt wird. Sollte sich nachträglich der Verfahrensbestand einer Erhebungseinheit als nicht ganz zutreffend herausstellen, wird die Bestandskorrektur im laufenden Berichtszeitraum durchgeführt und entsprechend ausgewiesen. Bei nachträglich festgestellten gravierenden Fehlern der in der Statistik abgebildeten Sachverhalte erfolgt eine Neuaufbereitung der Statistik. Waren die nachträglich als falsch erkannten Bundesergebnisse bereits veröffentlicht, publiziert das Statistische Bundesamt eine Ergebniskorrektur.

4.4.2 Revisionsverfahren

Siehe Punkt 4.4.1

4.4.3 Revisionsanalysen

Siehe Punkt 4.4.1

5 Aktualität und Pünktlichkeit

5.1 Aktualität

Zur StP-/OWi-Statistik werden keine vorläufigen Ergebnisse aufbereitet und veröffentlicht. Nach Abschluss des Berichtsjahres in den Geschäftsstellen der Gerichte werden bis Mitte Januar des folgenden Kalenderjahres die Statistikdaten an das zuständige Statistische Landesamt übermittelt, wo sie sorgfältig auf Plausibilität überprüft, aufbereitet und tabelliert werden. Die aufbereiteten Länderergebnisse werden dem Statistischen Bundesamt übersandt. Sobald sie vollständig vorliegen, wird das Bundesergebnis zusammengestellt. Die Ergebnisse der Länder zur StP-/OWi-Statistik stehen – soweit diese vom zuständigen Statistischen Landesamt veröffentlicht werden – ab dem 2. Quartal des Folgejahres zur Verfügung. Die Veröffentlichung des Bundesergebnisses zu den erledigten Straf- und Bußgeldverfahren erfolgt in der Regel bis 10 Monate nach Ende des Berichtsjahres in der Fachserie 10, Reihe 2.3 des Statistischen Bundesamts.

5.2 Pünktlichkeit

Die Aufbereitung und Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt in der Regel nach dem festgelegten Arbeits- und Zeitplan. In der Vergangenheit wurde die StP/ OWi-Statistik in einigen Ländern bei Kapazitätsengpässen nachrangig aufbereitet; die Veröffentlichung der vollständigen Bundesergebnisse bei dieser koordinierten Länderstatistik erfolgte dadurch verzögert

6 Vergleichbarkeit

6.1 Räumliche Vergleichbarkeit

Die Erhebungsmerkmale und -richtlinien sowie die Aufbereitungsverfahren sind in allen Bundesländern einheitlich. Die Daten sind somit räumlich vergleichbar.

Bei der Interpretation der Daten aus der StP-/OWi-Statistik sowie bei einem Vergleich mit anderen Datenquellen ist immer zu bedenken, dass die der Statistik zugrunde liegenden Daten für Verwaltungszwecke erhoben wurden. Die Daten werden in erster Linie gesammelt, um den Geschäftsanfall bzw. den Kapazitätsbedarf des einzelnen Gerichts instanzbezogen messen und bewerten zu können. Das bedingt etwa, dass Rechtsmittelverfahren gegen ein erstinstanzliches Verfahren bei der dann zuständigen Instanz separat gezählt werden. Gegenüber der Sicht der Beteiligten, für die derselbe Rechtsstreit fortgesetzt wird, ergibt die instanzbezogene Zählung der StP-/OWi-Statistik in der Summe höhere Verfahrenszahlen. Dies gilt bereits für die Verfahrenszählung in einer Instanz, weil in der StP-/OWi-Statistik neben den gerichtlichen Entscheidungen auch eher verfahrenstechnische Erledigungen wie die Verbindung mit einem anderen Verfahren oder die Abgabe an ein anderes Gericht gezählt werden. Ein durch Abgabe an ein anderes Gericht erledigtes Verfahren wird dort nach Verfahrenseingang ebenfalls zum Geschäftsanfall gezählt; es taucht in der Gesamtstatistik doppelt auf, sofern das für zuständig erklärte Gericht das Verfahren noch im selben Berichtszeitraum abschließt wie das abgebende Gericht. Der Umfang dieser „Mehrfachzählungen“ lässt sich aber exakt bestimmen, weil in der StP-/OWi-Statistik alle Erledigungsarten differenziert ausgewiesen werden.

6.2 Zeitliche Vergleichbarkeit

Nachdem die StP-/OWi-Statistik bereits 1970 im früheren Bundesgebiet eingeführt wurde, wird seit 1989 die Geschäftstätigkeit der Strafgerichte nach Straf- und Bußgeldverfahren getrennt erfasst. Seitdem ist die statistisch abgebildete Geschäftsentwicklung in denjenigen Ländern, die ununterbrochen die Erhebung durchgeführt haben, über die Zeit grundsätzlich vergleichbar. In Hamburg wurde die Erhebung 1999 ausgesetzt, so dass hier Ergebnisse aus 1998 verwendet werden mussten. Zudem kann auf unterer regionaler Ebene die zeitliche Vergleichbarkeit infolge kommunaler Änderungen des Gebietsstands bzw. der Gerichtsbezirke beeinträchtigt sein. Seit dem Berichtsjahr 2004 werden in der Strafgerichtsstatistik die erledigten Strafverfahren nach Sachgebieten kategorisiert. Der Sachgebietskatalog, der parallel in der Staatsanwaltschaftsstatistik Verwendung findet, entwickelt sich im Zeitverlauf gemäß dem politischen oder administrativen Interesse weiter. Auf der Ebene einzelner Sachgebiete kann der zeitliche Vergleich daher eingeschränkt sein.

7 Kohärenz

7.1 Statistikübergreifende Kohärenz

Die bei den Strafgerichten anfallenden erstinstanzlichen Strafverfahren resultieren im Wesentlichen aus denjenigen bei den Staatsanwaltschaften erledigten Ermittlungsverfahren, die durch Anklage abgeschlossen wurden. Für diese Teilmenge der Verfahren zeigen StA-Statistik und StP-/OWi-Statistik zeitlich aufeinanderfolgende Abschnitte im Strafverfolgungsprozess. Die StP-/OWi-Statistik beschreibt, soweit die Erledigung von Strafverfahren für die einzelnen Beschuldigten abgebildet wird, ähnliche Erhebungsgrundgesamtheiten wie die Strafverfolgungsstatistik. Ein exakter Abgleich der Mengengerüste ist allerdings nicht möglich, da in der StP-/OWi-Statistik die Strafbefehle, die ohne Widerspruch rechtskräftig wurden, nicht enthalten sind. Zudem stellt die Strafverfolgungsstatistik nur die rechtskräftigen Entscheidungen dar, die StP-/OWi-Statistik stellt dagegen auf die abschließende Erledigung in der Instanz ab

7.2 Statistikinterne Kohärenz

Entfällt.

7.3 Input für andere Statistiken

Entfällt.

8 Verbreitung und Kommunikation

8.1 Verbreitungswege

Die ausführlichen Bundesergebnisse zur Strafgerichtsstatistik werden jährlich in der Ausgabe der „Fachserie 10, Reihe 2.3, Strafgerichte“ des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht, welche online und kostenfrei im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes unter

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/GerichtePersonal/Strafgerichte.html>

erhältlich sind.

Darüber hinaus werden Ergebnisse der Strafgerichtsstatistik veröffentlicht in:

- dem „Statistischen Jahrbuch“ des Statistischen Bundesamtes
- den „Statistischen Berichten“ der Statistischen Ämter der Länder, Kennziffer: B VI

8.2 Methodenpapiere/Dokumentation der Methodik

- "Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldsachen (StP/OWi-Statistik)".
- „Justizstatistik“, 10. Auflage, Autoren: Manfred Stamm / Yvonne Stadelmann, Juristischer Verlag Pegnit GmbH, Pegnitz.

8.3 Richtlinien der Verbreitung

Die Veröffentlichung kann nach Erscheinen durch einen Internetzugang permanent online abgerufen werden. Der Nutzerkreis erstreckt sich auf die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Ministerien des Bundes und der Länder, Justizverwaltungen, die Wissenschaft sowie die Öffentlichkeit und ausgewählte Nutzerinnen und Nutzer. Letztere können auf Wunsch registriert und über das Erscheinen per Email informiert werden.

9 Sonstige fachstatistische Hinweise

Keine.

Vorbemerkung

Mit dem vorliegenden Heft der Reihe 2.3 „Strafgerichte“ innerhalb der Fachserie 10 „Rechtspflege“ des Statistischen Bundesamts werden die Ergebnisse zum Berichtsjahr 2013 aus der Verfahrenserhebung über die Tätigkeit der Strafgerichte nachgewiesen.

Das Fachserienheft erscheint ausschließlich in elektronischer Form. Es kann – in Form einer PDF-Datei oder einer XLS-Datei – kostenlos aus dem Internet-Angebot des Statistischen Bundesamts unter

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Rechtspflege/GerichtePersonal/Strafgerichte.html>

herunter geladen werden. Ältere Ausgaben dieser Publikationen finden Sie in der Statistischen Bibliothek oder sind auf Anfrage über publikationen@destatis.de erhältlich.

Das Fachserie "Strafgerichte" enthält instanzenbezogene Tabellen über den Geschäftsanfall und die -erledigung von Straf- und Bußgeldverfahren nach Ländern sowie beim Bundesgerichtshof. Wie in allen Fachserien des Statistischen Bundesamts findet sich zunächst ein "Qualitätsbericht" zur dargestellten Statistik, der die Erhebung charakterisiert und ihre Qualität beschreibt. Dem Tabellenteil vorangestellt sind dann zwei Schaubildseiten, die die Ergebnisse grafisch veranschaulichen.

Es folgt – vermittelt durch die Tabellen 1, 3, 6 – ein Einblick in die Geschäftsentwicklung der Verfahren vor dem Amtsgericht, dem Landgericht, dem Oberlandesgericht. Für die erledigten Verfahren enthält die vorliegende Publikation darüber hinaus nähere Angaben u.a. zur Art der Einleitung der Verfahren, zur Erledigungsart, auch für die einzelnen Beschuldigten, zur Zahl und Dauer der Hauptverhandlungen sowie zur Verfahrensdauer insgesamt.

Statistikdaten zu den Strafsachen vor dem Bundesgerichtshof, welche über Herkunft und Erfolg der durch Urteil oder Beschluss erledigten Revisionen berichten, können direkt aus dem Internet-Angebot des Bundesgerichtshofs heruntergeladen werden.

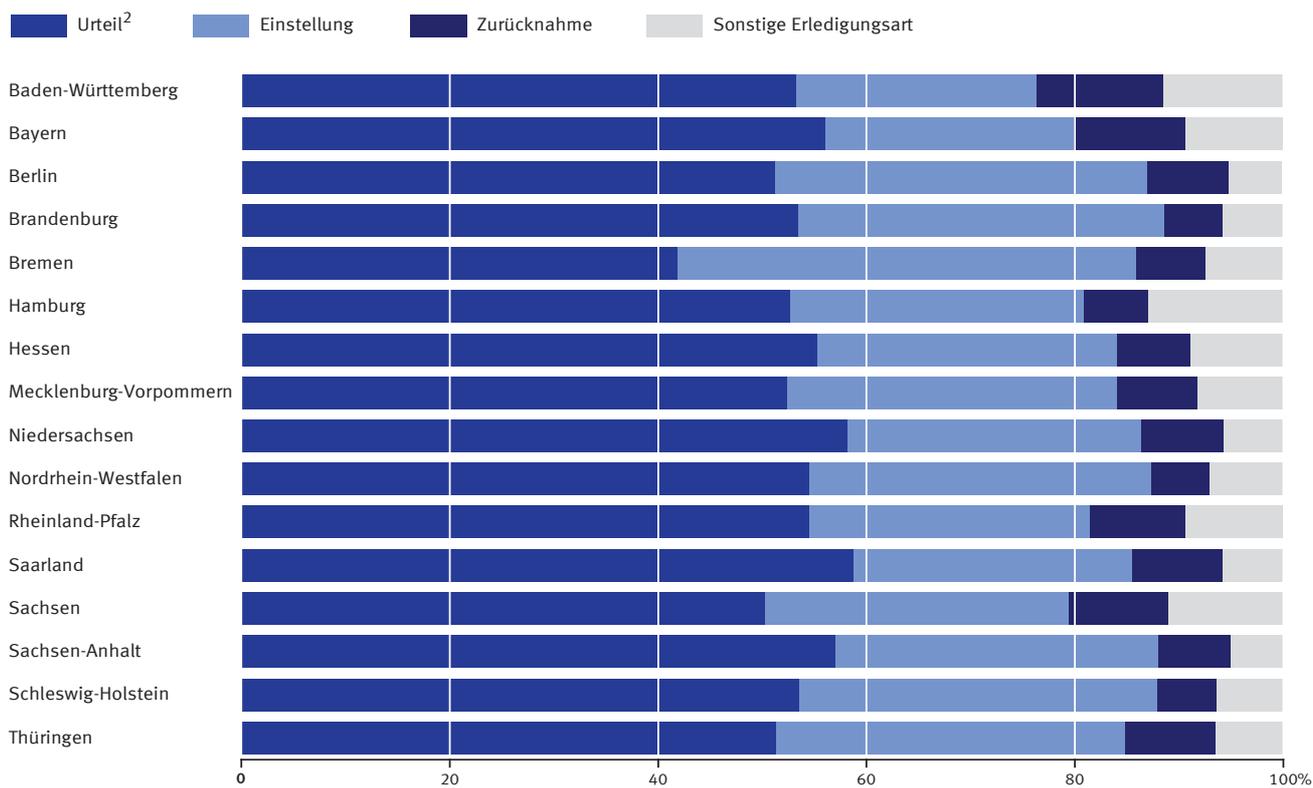
Mit dem im Anhang dieser Veröffentlichung integrierten Verweis auf die Daten der Strafsenate des Bundesgerichtshofs, besteht für den Nutzer erstmals die Möglichkeit, detailliertere Daten zu den Strafsenaten zu erhalten. Ältere Ausgaben dieser Fachserie enthalten komprimierte Tabellen der gleichen Datenbasis.

In der Statistik der Strafgerichte werden die erledigten Strafverfahren nach Sachgebieten kategorisiert. Die entsprechenden instanzenbezogenen Ergebnisse (Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten) finden sich in den Tabellen 1.3, 3.3 und 6.3. Der aktuelle Sachgebietenkatalog mit allen für die Statistik differenziert erfassten Sachgebiete findet sich im Anhang dieser Veröffentlichung.

Grundsätzlich stimmen die Zahlen in den Bundestabellen mit den von einigen Statistischen Landesämtern in den „Statistischen Berichten“ unter der Kennziffer B VI 2 veröffentlichten Ergebnissen überein.

Kleinere Abweichungen könnten lediglich dadurch entstanden sein, dass das Statistische Bundesamt - anders als die Länder - in den Übersichten zur Geschäftsentwicklung Bestandsbereinigungen nicht nachweist. Statt dessen wird die Zahl der anhängigen Verfahren zu Beginn des Berichtsjahres stets der Zahl der anhängigen Verfahren am Ende des Vorjahres gleichgesetzt, und eventuelle Bestandsbereinigungen u.ä. werden bei den Neuzugängen zugezählt bzw. abgezogen.

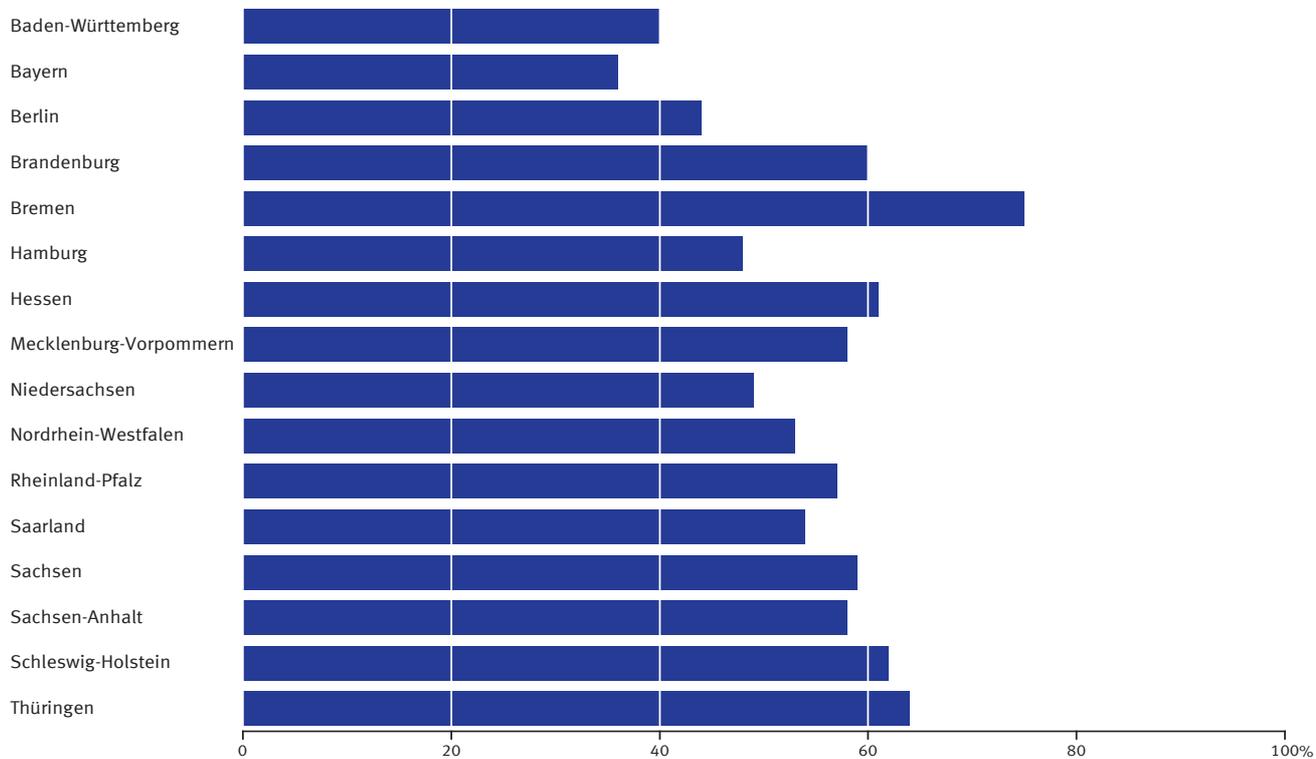
Deutschland
Strafverfahren vor den Amtsgerichten 2013 nach der Erledigungsart¹



1 Ohne Verfahren, die durch Verbindung mit einer anderen Sache bzw. durch Aussetzung erledigt wurden. - 2 Einschl. Strafbefehle nach § 408a StPO.

2014 - 06 - 0610

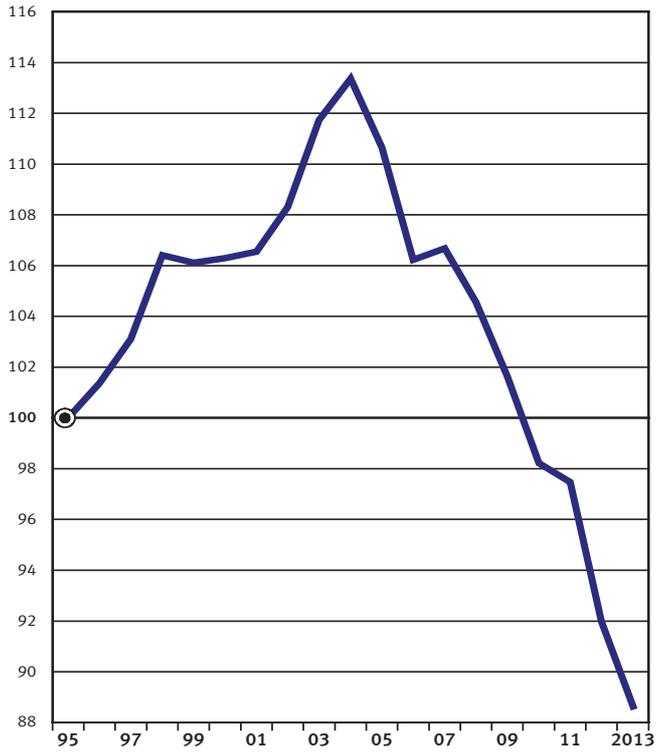
Deutschland
Durch Urteil erledigte Strafverfahren vor den Amtsgerichten, die länger als 3 Monate dauerten, in % aller erledigten Verfahren 2013 nach Ländern



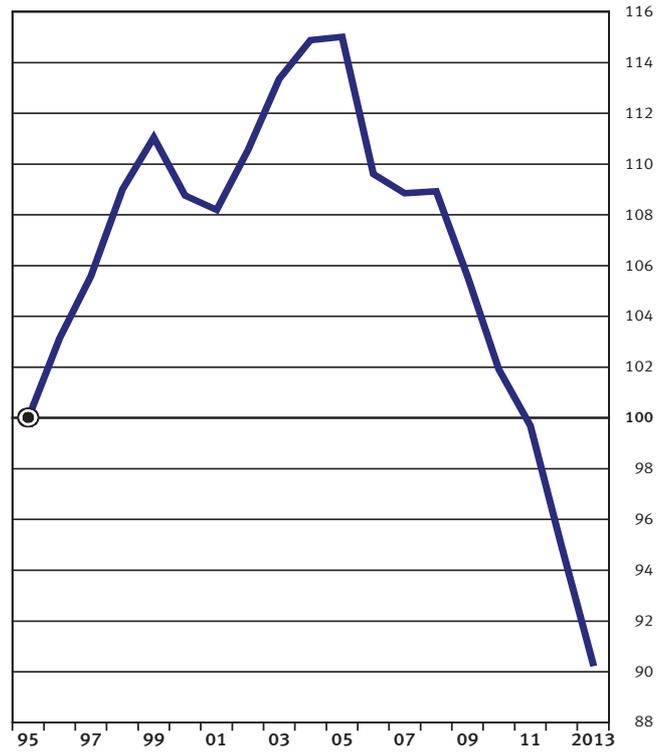
2014 - 06 - 0611

Deutschland
Anzahl der Neuzugänge und der erledigten Strafverfahren vor dem Amtsgericht
1995 = 100

Neuzugänge



Erledigte Verfahren



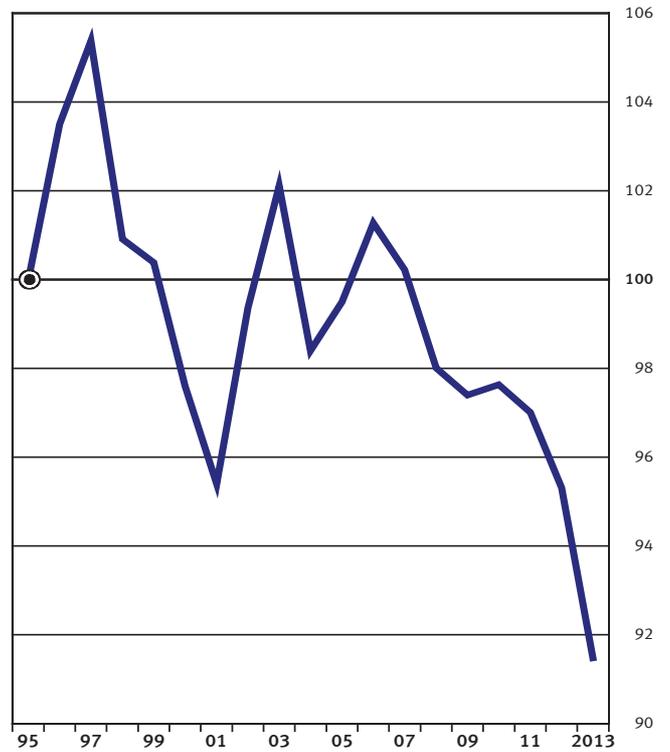
2014 - 06 - 0612

Deutschland
Anzahl der Neuzugänge und der erledigten Strafverfahren vor dem Landgericht (erster Instanz)
1995 = 100

Neuzugänge



Erledigte Verfahren



2014 - 06 - 0613

1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht

1.1 Geschäftsentwicklung 1999 bis 2013

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Spruchkörper Art des Verfahrens	Deutschland					
		1999	2000	2001	2002	2003	2004
Strafverfahren							
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	319 042	297 054	294 165	297 723	296 915	301 441
2	Neuzugänge 1)	838 917	840 325	842 317	856 238	883 296	896 199
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	34 486	33 117	33 199	35 769	38 401	46 589
4	Erledigte Verfahren 1)	860 905	843 214	838 759	857 046	878 770	890 627
5	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	17 648	16 420	15 799	15 169	13 266	13 693
6	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	216 322	208 940	200 934	198 053	194 416	175 967
7	Verfahren vor dem Strafrichter	525 650	510 381	502 996	516 738	538 772	543 989
8	vor dem Jugendrichter	232 735	231 763	235 220	237 463	236 519	240 409
9	vor dem Schöffengericht	38 153	37 172	36 060	36 930	38 881	39 638
10	vor dem erweiterten Schöffengericht	2 043	2 011	1 906	1 958	1 678	1 631
11	vor dem Jugendschöffengericht	62 324	61 887	62 577	63 957	62 920	64 960
12	Anhängige Verfahren am Jahresende	297 054	294 165	297 723	296 915	301 441	307 013
Sonstiger Geschäftsanfall							
13	Anträge auf Erlass von Strafbefehlen - (Cs) - ohne Strafbefehle nach § 408a StPO	639 013	622 586	601 026	604 060	632 756	655 855
Einzelne richterliche Anordnungen (GS)							
14	Richterliche Entscheidungen über Haftanordnung, Haftdauer und Haftentlassung	132 755	130 225	122 810	119 415	121 460	110 334
15	Sonstige richterliche Maßnahmen	547 138	558 008	592 326	618 389	619 200	625 865
16	Einsprüche gegen Entscheidungen der Bewilligung nach § 87g IRG sowie Anträge der Bewilligungsbehörde nach § 87i IRG.....
17	Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen insgesamt	142 341	146 132	148 641	153 142	150 630	171 560
18	Vollstreckungen, in denen der Jugendrichter als Vollzugsleiter tätig wurde (§ 85 Abs. 1, § 90 Abs. 2 Satz 2 JGG) 2).....	38 337	40 884	40 978	42 861	42 654	42 892
19	Sonstige Vollstreckungen	104 004	105 248	107 663	110 281	107 976	128 668
20	Rechtshilfeersuchen	47 145	44 676	43 172	41 899	43 739	55 736
Bußgeldverfahren							
21	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	87 259	82 827	83 833	80 217	86 238	96 801
22	Neuzugänge 3)	376 184	366 397	345 271	352 519	369 360	387 529
23	Abgaben innerhalb des Gerichts	9 008	8 130	9 351	10 855	9 987	10 171
24	Übergänge in das Strafverfahren	225	200	179	212	179	196
25	Erledigte Verfahren 3)	380 616	365 391	348 887	346 498	358 797	387 385
26	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	697	818	628	698	927	1 505
27	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit	342 762	327 062	311 329	310 409	320 820	346 669
28	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	574	714	531	618	826	1 208
29	Verfahren vor dem Richter für Bußgeldsachen	366 317	351 159	335 026	333 143	345 005	373 141
30	vor dem Jugendrichter für Bußgeldsachen	14 299	14 232	13 861	13 355	13 792	14 244
31	Anhängige Verfahren am Jahresende	82 827	83 833	80 217	86 238	96 801	96 945
Sonstiger Geschäftsanfall							
32	Erzwingungshaftanträge	427 425	395 566	397 309	409 760	437 251	460 644
33	Anträge auf gerichtliche Entscheidung zur Halterhaftung 4)	16 067	14 845	13 477	14 373	16 514	16 353
34	Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden (§ 62 Abs. 1 Satz 1 OWiG)	6 078	5 379	4 643	4 943	3 673	3 251
35	Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem OWiG	14 818	15 278	14 166	14 353	15 976	15 787
36	Rechtshilfeersuchen	2 238	1 655	1 807	1 831	1 510	1 509
37	Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen insgesamt	1 469	1 507	1 517	1 798	1 923	7 442
38	Vollstreckungen, in denen der Jugendrichter als Vollzugsleiter tätig wurde (§ 85 Abs. 1, § 90 Abs. 2 Satz 2 JGG) 5)	24	41	62	50	61	1 158
39	Sonstige Vollstreckungen	1 445	1 466	1 455	1 748	1 862	6 284

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Seit 2006 einschl. § 85 Abs. 2, 4 JGG.

3) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts und ohne Übergänge in das Strafverfahren.

4) § 25a Abs. 3 StVG und § 62 Abs. 1 Satz 1 OWiG.

5) Für 2011 ohne Baden-Württemberg.

6) Daten für Hamburg aus 2011.

1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht

1.1 Geschäftsentwicklung 1999 bis 2013

Deutschland									Lfd. Nr.
2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 6)	2013	
Strafverfahren									
307 013	290 073	280 130	279 611	261 746	246 618	232 980	231 121	222 204	1
874 703	839 802	843 340	826 559	803 465	776 447	770 532	727 112	700 679	2
46 362	44 948	43 980	46 631	46 709	57 627	56 248	58 714	65 925	3
891 643	849 745	843 859	844 424	818 593	790 085	772 867	736 029	700 394	4
14 525	13 002	13 128	13 311	12 681	11 199	10 936	10 662	9 983	5
170 854	158 821	158 485	155 130	146 486	138 094	134 093	127 367	117 494	6
546 233	518 554	513 946	517 978	506 246	495 995	491 535	475 806	459 049	7
239 225	228 265	229 024	226 985	215 032	200 656	190 049	174 978	160 858	8
40 465	40 302	38 819	37 804	37 919	36 779	37 656	36 621	35 091	9
1 509	996	742	650	595	453	472	408	356	10
64 211	61 628	61 328	61 007	58 801	56 202	53 155	48 216	45 040	11
290 073	280 130	279 611	261 746	246 618	232 980	230 645	222 204	222 489	12
640 981	608 388	621 645	601 362	575 003	561 526	570 482	559 151	566 655	13
108 746	92 193	84 561	79 412	76 742	73 576	75 818	72 832	72 564	14
643 147	583 226	588 592	567 290	547 206	550 682	564 257	545 728	560 848	15
.	1 117	686	16
179 874	184 917	181 001	190 471	183 794	174 258	166 930	150 261	137 069	17
47 269	58 112	58 402	61 179	55 996	51 099	47 866	45 336	43 641	18
132 605	126 805	122 599	129 292	127 798	123 159	119 064	104 925	93 428	19
60 896	45 901	41 269	36 065	31 384	25 938	23 392	22 163	20 074	20
Bußgeldverfahren									
96 945	95 269	88 102	93 290	90 217	100 168	99 586	95 645	87 526	21
405 522	382 716	382 911	366 736	376 774	391 460	383 070	357 863	347 667	22
9 954	10 087	9 656	10 758	9 395	13 533	15 137	13 588	14 213	23
211	225	186	1 964	267	240	184	176	193	24
407 198	389 883	377 723	369 809	366 823	392 042	387 098	365 982	343 927	25
1 720	1 259	1 294	1 463	1 127	963	937	879	829	26
370 029	354 994	339 472	330 379	329 383	355 853	351 965	333 044	313 387	27
1 361	972	981	1 062	698	554	618	575	531	28
392 700	376 599	365 238	357 320	354 401	378 992	374 524	354 601	333 748	29
14 498	13 284	12 485	12 489	12 422	13 050	12 574	11 381	10 179	30
95 269	88 102	93 290	90 217	100 168	99 586	95 558	87 526	91 266	31
483 453	488 626	480 652	477 225	446 229	449 676	452 004	479 585	479 764	32
16 086	13 933	11 975	12 128	10 183	9 795	10 395	9 573	9 526	33
4 800	4 460	3 750	3 928	3 707	4 059	3 864	3 219	3 553	34
17 303	18 675	21 443	21 203	20 855	20 691	23 467	25 862	25 122	35
1 288	972	1 461	999	1 020	1 190	1 320	909	705	36
7 151	8 669	9 653	10 834	11 586	13 520	15 307	17 146	17 120	37
1 162	1 379	1 423	1 240	1 430	1 846	1 953	1 727	1 643	38
5 989	7 290	8 230	9 594	10 156	11 674	13 354	15 419	15 477	39

1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht

1.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und OLG-Bezirken

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Spruchkörper Art des Verfahrens	Deutschland	Baden- OLG-	
			zusammen	Karlsruhe
Strafverfahren				
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	222 204	18 089	7 596
2	Neuzugänge 1)	700 679	67 566	29 061
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	65 925	5 887	1 960
4	Erledigte Verfahren 1)	700 394	67 419	28 693
5	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	9 983	729	279
6	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	117 494	14 218	5 763
7	Verfahren vor dem Strafrichter	459 049	43 770	18 544
8	vor dem Jugendrichter	160 858	16 175	6 792
9	vor dem Schöffengericht	35 091	3 312	1 464
10	vor dem erweiterten Schöffengericht	356	2	2
11	vor dem Jugendschöffengericht	45 040	4 160	1 891
12	Anhängige Verfahren am Jahresende	222 489	18 236	7 964
Führung von Bewährungsaufsicht				
13	Neuzugänge	166 539	21 494	8 195
14	Erledigte Verfahren.....	176 378	21 382	8 584
15	dar. durch Abgabe innerhalb des Gerichts	17 172	966	495
16	Anhängige Verfahren am Jahresende	337 014	35 065	14 390
Sonstiger Geschäftsanfall				
17	Anträge auf Erlass von Strafbefehlen (Cs) - ohne Strafbefehle nach § 408a StPO	566 655	89 966	45 870
Einzelne richterliche Anordnungen (Gs)				
18	Richterliche Entscheidungen über Haftanordnung, Haftfordauer und Haftentlassung	72 564	9 840	4 322
19	Anträge auf Anordnung von Maßnahmen der Gewinnabschöpfung	2 148	173	85
20	Sonstige richterliche Maßnahmen	560 848	49 506	23 979
21	Einsprüche gegen Entscheidungen der Bewilligung nach § 87g IRG sowie Anträge der Bewilligungsbehörde nach § 87i IRG.....	686	15	5
22	Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen Strafsachen insgesamt.....	137 069	18 580	7 978
23	Vollstreckungen von Jugendarrest, in denen der Jugendrichter als Vollzugsleiter tätig wurde (§ 85 Abs. 1, § 90 Abs. 2 Satz 2 JGG).....	30 807	2 158	1 250
24	Zahl der Vollstreckungen von Jugendstrafe oder freiheitsentziehenden Maßregeln (Jugendrichter als Vollstreckungsleiter) 2).....	12 834	1 461	1 062
25	Sonstige Vollstreckungen	93 428	14 961	5 666
26	Rechtshilfeersuchen in Strafsachen an das Amtsgericht	15 479	2 043	707
27	Rechtshilfeersuchen an die Geschäftsstelle.....	4 595	299	110
Bußgeldverfahren				
28	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	87 526	6 772	2 826
29	Neuzugänge 3)	347 667	33 937	14 826
30	Abgaben innerhalb des Gerichts	14 213	1 015	308
31	Übergänge in das Strafverfahren	193	23	15
32	Erledigte Verfahren 3)	343 927	33 101	14 327
33	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	829	118	17
34	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit	313 387	29 234	12 789
35	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	531	83	13
36	Verfahren vor dem Richter für Bußgeldsachen	333 748	31 688	13 758
37	vor dem Jugendrichter für Bußgeldsachen	10 179	1 413	569
38	Anhängige Verfahren am Jahresende	91 266	7 608	3 325
Sonstiger Geschäftsanfall				
39	Erzwingungshafnanträge	479 764	65 606	28 379
40	Anträge auf gerichtliche Entscheidung zur Halterhaftung 4)	9 526	1 327	618
41	Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen (OWiG) insgesamt	17 120	2 235	1 047
42	dar. Vollstreckungen von Jugendarrest, in denen der Jugendrichter als Vollzugsleiter tätig wurde (§ 85 Abs. 1, § 90 Abs. 2 Satz 2 JGG).....	1 643	222	206
43	Rechtshilfeersuchen in Bußgeldverfahren an das Amtsgericht	524	99	37
44	Rechtshilfeersuchen an die Geschäftsstelle.....	181	32	15
45	Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden (§ 62 Abs. 1 Satz 1 OWiG)	3 553	199	66
46	Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem OWiG	25 122	1 854	790

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) § 85 Abs. 2, 4 JGG.

3) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts und ohne Übergänge in das Strafverfahren.

4) § 25a Abs. 3 StVG und § 62 Abs. 1 Satz 1 OWiG.

1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht

1.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und OLG-Bezirken

Württemberg Bezirk	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.	
	Stuttgart	zusammen	OLG-Bezirk									
			München	Nürnberg								Bamberg
Strafverfahren												
10 493	27 925	16 354	6 160	5 411	10 521	8 439	2 777	5 743	15 670	4 930	1	
38 505	102 522	59 441	24 953	18 128	39 970	24 418	7 947	19 575	42 207	13 626	2	
3 927	6 478	3 608	1 582	1 288	3 632	2 313	687	2 614	3 314	975	3	
38 726	103 121	59 633	25 268	18 220	38 904	24 261	8 280	18 281	42 553	13 747	4	
450	1 156	585	402	169	871	410	174	-	451	165	5	
8 455	20 992	12 494	4 547	3 951	6 375	4 905	770	2 268	8 250	2 297	6	
25 226	68 936	39 661	17 286	11 989	27 912	17 434	4 743	13 238	27 756	9 156	7	
9 383	24 549	14 603	5 707	4 239	7 357	4 708	2 691	3 861	9 869	2 874	8	
1 848	4 600	2 529	1 074	997	1 390	873	432	702	2 280	719	9	
-	11	6	3	2	202	5	8	-	-	1	10	
2 269	5 025	2 834	1 198	993	2 043	1 241	406	480	2 648	997	11	
10 272	27 326	16 162	5 845	5 319	11 587	8 596	2 444	7 037	15 324	4 809	12	
13 299	26 547	15 072	6 835	4 640	5 064	4 545	1 382	3 750	8 148	3 065	13	
12 798	28 942	16 755	7 157	5 030	5 835	4 772	1 370	3 405	8 900	3 324	14	
471	3 802	2 434	649	719	293	723	3	45	633	364	15	
20 675	49 754	28 583	13 176	7 995	13 783	8 173	3 866	6 098	22 672	5 597	16	
44 096	88 184	51 615	20 838	15 731	32 190	11 758	7 484	13 464	37 222	13 082	17	
5 518	21 526	14 935	3 987	2 604	5 372	1 035	267	3 537	5 523	565	18	
88	152	55	38	59	417	66	5	101	6	89	19	
25 527	76 373	43 536	18 732	14 105	35 971	13 030	8 409	15 663	45 378	9 351	20	
10	165	160	-	5	6	-	2	-	24	4	21	
10 602	26 441	16 504	5 893	4 044	6 337	2 021	683	2 183	8 616	1 789	22	
908	7 390	4 808	1 827	755	1 026	388	-	484	2 248	689	23	
399	2 129	1 119	208	802	1 326	177	41	197	624	273	24	
9 295	16 922	10 577	3 858	2 487	3 985	1 456	642	1 502	5 744	827	25	
1 336	1 940	1 158	484	298	1 343	81	198	354	2 314	262	26	
189	881	186	565	130	124	9	12	2	136	26	27	
Bußgeldverfahren												
3 946	11 649	6 556	2 063	3 030	5 928	5 343	1 398	1 356	9 070	2 715	28	
19 111	53 540	31 561	10 622	11 357	23 825	17 417	5 290	7 460	33 607	7 939	29	
707	1 371	780	154	437	176	1 067	77	293	1 321	241	30	
8	34	17	11	6	32	-	2	3	28	1	31	
18 774	54 882	32 006	10 905	11 971	23 731	16 846	5 378	7 286	33 814	8 129	32	
101	139	70	25	44	148	4	8	-	113	1	33	
16 445	52 298	30 276	10 418	11 604	20 491	15 620	5 139	6 306	30 894	7 577	34	
70	123	64	19	40	-	4	7	-	83	-	35	
17 930	52 832	30 876	10 448	11 508	23 151	16 676	5 239	7 097	33 157	8 022	36	
844	2 050	1 130	457	463	580	170	139	189	657	107	37	
4 283	10 307	6 111	1 780	2 416	6 022	5 914	1 310	1 530	8 863	2 525	38	
37 227	83 382	69 503	9 759	4 120	29 033	12 591	5 887	15 092	21 873	7 424	39	
709	1 172	876	144	152	2 256	445	54	402	1 095	227	40	
1 188	4 148	2 355	1 235	558	212	51	44	2	575	10	41	
16	536	46	479	11	5	-	-	-	49	7	42	
62	20	12	3	5	-	21	3	-	83	6	43	
17	32	1	30	1	-	1	-	-	20	2	44	
133	1 234	1 230	4	-	-	178	68	6	420	1	45	
1 064	4 638	2 621	1 384	633	9	100	60	765	1 226	74	46	

1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht

noch: 1.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und OLG-Bezirken

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Spruchkörper Art des Verfahrens	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
		zu- sammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
			Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
Strafverfahren									
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	17 824	3 338	8 869	5 617	59 192	17 102	27 279	14 811
2	Neuzugänge 1)	58 391	9 947	29 897	18 547	190 627	47 050	96 202	47 375
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	4 130	965	1 915	1 250	20 928	3 663	12 344	4 921
4	Erledigte Verfahren 1)	58 366	10 078	29 755	18 533	190 609	46 390	97 256	46 963
5	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	733	185	331	217	3 838	419	2 944	475
6	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	8 776	1 410	4 261	3 105	27 905	6 543	14 304	7 058
7	Verfahren vor dem Strafrichter	34 750	6 061	17 774	10 915	119 631	28 661	60 185	30 785
8	vor dem Jugendrichter	17 275	2 850	9 044	5 381	43 912	11 807	21 582	10 523
9	vor dem Schöffengericht	2 602	420	1 237	945	11 029	2 235	6 650	2 144
10	vor dem erweiterten Schöffengericht	14	-	7	7	110	3	98	9
11	vor dem Jugendschöffengericht	3 725	747	1 693	1 285	15 927	3 684	8 741	3 502
12	Anhängige Verfahren am Jahresende	17 849	3 207	9 011	5 631	59 210	17 762	26 225	15 223
Führung von Bewährungsaufsicht									
13	Neuzugänge	14 254	2 935	6 789	4 530	45 862	12 546	22 526	10 790
14	Erledigte Verfahren	13 972	3 220	6 287	4 465	48 514	13 051	23 269	12 194
15	dar. durch Abgabe innerhalb des Gerichts	856	208	258	390	5 229	658	3 618	953
16	Anhängige Verfahren am Jahresende	41 378	8 304	21 179	11 895	89 291	27 894	42 297	19 100
Sonstiger Geschäftsanfall									
17	Anträge auf Erlass von Strafbefehlen (Cs) - ohne Strafbefehle nach § 408a StPO	51 761	9 438	26 517	15 806	112 396	37 329	53 564	21 503
Einzelne richterliche Anordnungen (Gs)									
18	Richterliche Entscheidungen über Haftanordnung, Haftfordauer und Haftentlassung	3 387	519	1 810	1 058	13 044	3 446	5 201	4 397
19	Anträge auf Anordnung von Maßnahmen der Gewinnabschöpfung	194	63	90	41	595	120	360	115
20	Sonstige richterliche Maßnahmen	66 377	9 597	37 287	19 493	141 955	34 992	71 308	35 655
21	Einsprüche gegen Entscheidungen der Bewilligung nach § 87g IRG sowie Anträge der Bewilligungsbehörde nach § 87i IRG	8	1	4	3	415	134	149	132
22	Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen Strafsachen insgesamt	17 054	3 090	8 746	5 218	31 336	9 245	16 971	5 120
23	Vollstreckungen von Jugendarrest, in denen der Jugendrichter als Vollzugsleiter tätig wurde (§ 85 Abs. 1, § 90 Abs. 2 Satz 2 JGG)	2 841	1 258	1 540	43	8 502	2 228	5 924	350
24	Zahl der Vollstreckungen von Jugendstrafe oder freiheitsent- ziehenden Maßregeln (Jugendrichter als Vollstreckungsleiter) 2)	675	-	619	56	2 825	847	1 725	253
25	Sonstige Vollstreckungen	13 538	1 832	6 587	5 119	20 009	6 170	9 322	4 517
26	Rechtshilfeersuchen in Strafsachen an das Amtsgericht	2 003	387	1 041	575	1 955	623	911	421
27	Rechtshilfeersuchen an die Geschäftsstelle	149	14	94	41	2 167	22	2 014	131
Bußgeldverfahren									
28	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	7 864	1 581	4 323	1 960	18 444	5 041	8 540	4 863
29	Neuzugänge 3)	30 739	6 292	15 603	8 844	78 568	21 711	37 372	19 485
30	Abgaben innerhalb des Gerichts	997	75	760	162	4 336	918	2 078	1 340
31	Übergänge in das Strafverfahren	27	10	10	7	29	8	15	6
32	Erledigte Verfahren 3)	30 229	6 347	15 168	8 714	75 472	20 127	36 788	18 557
33	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	115	23	46	46	29	4	23	2
34	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit	28 011	5 950	14 006	8 055	69 544	18 598	34 166	16 780
35	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	95	20	39	36	15	2	13	-
36	Verfahren vor dem Richter für Bußgeldsachen	29 330	6 164	14 775	8 391	72 894	19 438	35 446	18 010
37	vor dem Jugendrichter für Bußgeldsachen	899	183	393	323	2 578	689	1 342	547
38	Anhängige Verfahren am Jahresende	8 374	1 526	4 758	2 090	21 540	6 625	9 124	5 791
Sonstiger Geschäftsanfall									
39	Erzwingungshafenanträge	36 421	10 166	17 669	8 586	113 745	29 673	61 940	22 132
40	Anträge auf gerichtliche Entscheidung zur Halterhaftung 4)	376	58	210	108	1 027	347	344	336
41	Vollstreckungen in Jugendgerichtssachen (OWiG) insgesamt	3 528	651	1 723	1 154	2 561	348	2 065	148
42	dar. Vollstreckungen von Jugendarrest, in denen der Jugendrichter als Vollzugsleiter tätig wurde (§ 85 Abs. 1, § 90 Abs. 2 Satz 2 JGG)	268	26	160	82	86	7	76	3
43	Rechtshilfeersuchen in Bußgeldverfahren an das Amtsgericht	81	12	23	46	62	10	33	19
44	Rechtshilfeersuchen an die Geschäftsstelle	53	-	47	6	18	1	16	1
45	Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden (§ 62 Abs. 1 Satz 1 OWiG)	412	121	190	101	564	127	228	209
46	Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem OWiG	6 362	1 071	2 914	2 377	3 250	784	2 243	223

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) § 85 Abs. 2, 4 JGG.

3) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts und ohne Übergänge in das Strafverfahren.

4) § 25a Abs. 3 StVG und § 62 Abs. 1 Satz 1 OWiG.

1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht

noch: 1.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und OLG-Bezirken

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
Strafverfahren								
11 505	7 794	3 711	3 666	15 258	6 028	6 769	7 868	1
27 878	18 252	9 626	8 247	40 340	18 768	18 483	20 114	2
2 615	1 793	822	493	7 161	1 627	1 118	1 953	3
28 363	18 553	9 810	9 360	40 352	18 747	18 563	19 468	4
313	146	167	57	641	191	94	160	5
4 855	3 186	1 669	1 819	6 015	2 586	2 206	3 257	6
18 415	12 183	6 232	6 294	30 315	11 753	10 522	14 424	7
6 047	4 021	2 026	1 942	5 971	4 560	5 853	3 214	8
1 674	971	703	502	2 089	1 006	891	990	9
-	-	-	-	-	-	1	2	10
2 227	1 378	849	622	1 977	1 428	1 296	838	11
11 020	7 493	3 527	2 553	15 246	6 049	6 689	8 514	12
10 009	7 252	2 757	2 181	8 405	3 600	3 711	4 522	13
12 627	9 749	2 878	1 969	8 999	3 758	3 904	4 705	14
958	878	80	244	1 786	210	-	1 060	15
17 848	12 823	5 025	6 421	12 029	9 536	8 414	7 089	16
27 128	16 503	10 625	5 918	34 987	13 044	11 144	16 927	17
2 164	1 491	673	568	3 253	547	1 058	878	18
30	18	12	67	52	48	139	14	19
29 680	19 926	9 754	7 757	19 875	9 434	22 640	9 449	20
9	3	6	-	1	3	-	34	21
6 741	4 787	1 954	2 311	5 086	2 539	3 278	2 074	22
1 377	1 297	80	915	1 454	502	293	540	23
1 227	757	470	98	630	254	567	330	24
4 137	2 733	1 404	1 298	3 002	1 783	2 418	1 204	25
630	384	246	172	423	394	893	474	26
64	36	28	12	606	48	26	34	27
Bußgeldverfahren								
3 212	2 266	946	846	4 738	2 552	1 872	3 767	28
12 079	8 465	3 614	2 902	14 876	7 441	7 684	10 363	29
1 119	772	347	14	1 283	327	186	390	30
3	-	3	-	5	5	1	-	31
11 484	8 006	3 478	2 898	15 114	7 930	7 225	10 408	32
69	46	23	11	27	43	1	3	33
9 364	6 460	2 904	2 553	13 873	6 835	6 015	9 633	34
59	37	22	11	18	30	1	2	35
11 142	7 801	3 341	2 809	14 774	7 774	6 997	10 166	36
342	205	137	89	340	156	228	242	37
3 807	2 725	1 082	850	4 500	2 063	2 331	3 722	38
24 027	11 227	12 800	1 381	20 920	12 372	13 091	16 919	39
21	9	12	39	399	221	170	295	40
739	308	431	47	1 511	855	85	517	41
55	50	5	-	88	10	2	315	42
22	15	7	15	61	18	2	31	43
2	1	1	1	13	6	-	1	44
49	39	10	48	192	103	22	57	45
674	399	275	89	2 182	2 486	123	1 230	46

1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht

1.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Lfd. Nr.	Art der Strafsachen (Sachgebiet) 1)	Deutschland	Baden- OLG-	
			zusammen	Karlsruhe
1	Erledigte Verfahren zusammen 2)	678 122	66 899	28 451
2	Staatschutzsachen, Politische Strafsachen, Vergehen nach § 131 StGB, sonstige Ermittlungsverfahren beim OLG	3 580	201	47
3	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung.....	4 323	492	193
4	Verbreitung pornografischer Schriften (§ 184 bis 184d StGB)	1 371	116	51
5	Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit	86 062	9 100	3 874
6	Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Abs. 2 GVG	69	28	6
7	Vorsätzliche Körperverletzung	85 993	9 072	3 868
8	Eigentums- und Vermögensdelikte	239 636	18 995	8 426
9	Diebstahl und Unterschlagung	134 908	11 174	4 847
10	Betrug und Untreue	104 728	7 821	3 579
11	Serien-, Banden- und Gewaltdelinquenz mit mehreren Tätern (soweit nicht lfd. Nr. 29, 30, 32 oder 33).....	18 986	1 269	695
12	Straftaten mit Freiheitsstrafe von nicht unter 1 Jahr vorsieht.....	3 777	310	210
13	Sonstige Straftaten der Serien-, Banden- sowie Gewaltdelinquenz	15 209	959	485
14	Straftaten im Straßenverkehr	113 837	14 180	5 742
15	Verkehrsstraftaten mit fahrlässiger Tötung sowie gemeingefährliche Straftaten nach den §§ 315 bis 315d StGB 3).....	6 278	852	232
16	Sonstige Verkehrsstraftaten	107 559	13 328	5 510
17	Wirtschafts- und Steuerstraftaten, Geldwäschdelikte	17 183	1 264	521
18	Wirtschaftsstrafsachen im Sinne des § 74c GVG	1 443	151	55
19	Sonstige Wirtschaftsstraftaten (soweit nicht lfd. Nr. 22).....	9 653	657	299
20	Steuerstraftaten (soweit nicht lfd. Nr. 18).....	5 442	381	132
21	Geldwäschdelikte nach § 261 StGB.....	588	72	33
22	Straftaten in Sinne des § 74c Abs. 1 GVG 4).....	57	3	2
23	Umweltschutzstraftaten	1 196	121	29
24	Korruptionsdelikte und Straftaten von Amtsträgern	603	67	27
25	Korruptionsdelikte (soweit nicht lfd. Nr. 18 oder 19).....	134	11	6
26	Verfahren gegen Justizbedienstete, Richter, Notare o.ä. 5).....	414	48	17
27	Verfahren gegen Polizeibedienstete	55	8	4
28	Einschleusung von Ausländern und Straftaten nach dem Aufenthalts- und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU	3 903	397	134
29	Einschleusung von Ausländern	400	16	7
30	Sonstige Straftaten nach dem Aufenthalts- und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU.....	3 503	381	127
31	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	47 396	5 464	2 476
32	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz, für die das Gesetz eine Freiheitsstrafe von nicht unter 1 Jahr vorsieht	9 647	1 452	588
33	Sonstige Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	37 749	4 012	1 888
34	Sonstige besondere Straftaten des Nebenstrafrechts	207	10	5
35	dar. Ärztesachen und Straftaten nach dem Heilpraktikergesetz	184	9	4
36	Sonstige Straftaten	139 839	15 223	6 231
37	Allgemeine Strafsachen, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter 1 Jahr vorsieht	12 605	1 099	482
38	Sonstige allgemeine Straftaten.....	127 234	14 124	5 749
nachrichtlich:				
39	Jugendschutzsachen	5 387	250	94
40	Privatklagen	581	74	26
41	Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO).....	16 304	196	122

1) Zur näheren Abgrenzung siehe Sachgebietskatalog im Anhang.

2) Ohne Jugendschutzsachen, Privatklagen sowie durch Antrag auf Erledigung im beschleunigten Verfahren eingeleitete Verfahren.

3) Ausgenommen Vergehen nach 315c Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a StGB.

4) Ohne Straftaten, die von nicht gewerbsmäßigen Abnehmern über das Internet begangen wurden (soweit nicht lfd. Nr. 18).

5) Ohne die besonderen, von Polizeibediensteten in Ausübung des Dienstes begangenen Straftaten (soweit nicht lfd. Nr. 18 oder 19); ohne Korruptionsdelikte.

1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht

1.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
Bezirk	zusammen	OLG-Bezirk									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							
38 448	97 099	55 609	24 148	17 342	36 317	20 918	7 585	17 589	40 956	13 452	1
154	439	256	100	83	409	305	14	289	179	89	2
299	564	367	93	104	157	94	77	91	276	77	3
65	204	124	40	40	39	21	26	9	120	9	4
5 226	13 517	8 052	3 217	2 248	4 752	2 578	987	3 025	5 397	1 911	5
22	18	13	3	2	3	-	-	4	-	6	6
5 204	13 499	8 039	3 214	2 246	4 749	2 578	987	3 021	5 397	1 905	7
10 569	27 926	14 811	8 364	4 751	11 450	7 117	3 604	5 987	12 956	5 078	8
6 327	15 248	7 881	4 637	2 730	8 579	4 516	2 383	3 600	8 114	2 639	9
4 242	12 678	6 930	3 727	2 021	2 871	2 601	1 221	2 387	4 842	2 439	10
574	2 682	1 603	545	534	2 095	300	11	112	708	515	11
100	313	185	64	64	541	154	7	81	250	171	12
474	2 369	1 418	481	470	1 554	146	4	31	458	344	13
8 438	19 576	11 500	4 331	3 745	6 331	3 633	720	2 234	7 896	2 272	14
620	989	559	211	219	193	180	46	239	425	80	15
7 818	18 587	10 941	4 120	3 526	6 138	3 453	674	1 995	7 471	2 192	16
743	2 377	1 602	387	388	2 392	1 556	129	257	1 176	244	17
96	299	185	72	42	184	46	3	5	84	16	18
358	1 250	857	192	201	1 623	1 127	93	90	726	137	19
249	744	510	111	123	494	364	26	139	303	86	20
39	82	48	12	22	91	16	7	23	61	4	21
1	2	2	-	-	-	3	-	-	2	1	22
92	136	57	53	26	33	23	10	47	73	8	23
40	79	44	14	21	59	35	4	11	64	8	24
5	12	6	2	4	10	12	2	5	20	1	25
31	61	35	10	16	42	23	-	5	38	7	26
4	6	3	2	1	7	-	2	1	6	-	27
263	1 065	726	207	132	266	269	23	71	303	52	28
9	199	180	13	6	11	40	-	4	23	1	29
254	866	546	194	126	255	229	23	67	280	51	30
2 988	9 658	5 401	2 332	1 925	1 706	461	647	1 363	2 464	509	31
864	1 633	752	428	453	542	94	100	292	659	142	32
2 124	8 025	4 649	1 904	1 472	1 164	367	547	1 071	1 805	367	33
5	23	18	2	3	4	3	1	7	10	2	34
5	22	17	2	3	3	2	1	6	7	1	35
8 992	18 853	11 048	4 463	3 342	6 624	4 523	1 332	4 086	9 334	2 678	36
617	1 062	570	271	221	856	390	261	520	908	285	37
8 375	17 791	10 478	4 192	3 121	5 768	4 133	1 071	3 566	8 426	2 393	38
156	731	496	137	98	380	285	38	167	413	178	39
48	94	46	29	19	8	15	16	7	88	14	40
74	5 197	3 482	954	761	2 199	3 043	641	518	1 096	103	41

1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht

noch: 1.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Lfd. Nr.	Art der Strafsachen (Sachgebiet 1)	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
		zu- sammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
			Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Verfahren zusammen 2)	56 851	9 878	29 017	17 956	187 333	46 074	96 160	45 099
2	Staatschutzsachen, Politische Strafsachen, Vergehen nach § 131 StGB, sonstige Ermittlungsverfahren beim OLG	235	44	142	49	604	118	310	176
3	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	419	66	210	143	1 311	284	769	258
4	Verbreitung pornografischer Schriften (§ 184 bis 184d StGB)	224	32	106	86	381	77	210	94
5	Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit	8 251	1 507	3 912	2 832	20 536	5 156	10 656	4 724
6	Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Abs. 2 GVG	-	-	-	-	-	-	-	-
7	Vorsätzliche Körperverletzung	8 251	1 507	3 912	2 832	20 536	5 156	10 656	4 724
8	Eigentums- und Vermögensdelikte	19 904	3 717	10 190	5 997	77 723	18 948	40 049	18 726
9	Diebstahl und Unterschlagung	11 187	2 001	5 586	3 600	40 096	9 702	21 366	9 028
10	Betrug und Untreue	8 717	1 716	4 604	2 397	37 627	9 246	18 683	9 698
11	Serien-, Banden- und Gewaltkriminalität mit mehreren Tätern (soweit nicht lfd. Nr. 29, 30, 32 oder 33).....	2 046	103	1 660	283	2 646	432	1 657	557
12	Straftaten mit Freiheitsstrafe von nicht unter 1 Jahr vorsieht.....	341	68	179	94	972	167	552	253
13	Sonstige Straftaten der Serien-, Banden- sowie Gewaltkriminalität ...	1 705	35	1 481	189	1 674	265	1 105	304
14	Straftaten im Straßenverkehr	8 643	1 400	4 226	3 017	27 773	6 532	14 196	7 045
15	Verkehrsstraftaten mit fahrlässiger Tötung sowie gemeingefährliche Straftaten nach den §§ 315 bis 315d StGB 3)....	835	146	414	275	1 125	214	610	301
16	Sonstige Verkehrsstraftaten	7 808	1 254	3 812	2 742	26 648	6 318	13 586	6 744
17	Wirtschafts- und Strafverfahren, Geldwäschdelikte	1 270	224	671	375	3 666	685	2 029	952
18	Wirtschaftsstrafsachen im Sinne des § 74c GVG	38	6	17	15	367	65	271	31
19	Sonstige Wirtschaftsstraftaten (soweit nicht lfd. Nr. 22).....	626	105	339	182	1 574	253	820	501
20	Steuerstraftaten (soweit nicht lfd. Nr. 18).....	559	102	299	158	1 575	341	857	377
21	Geldwäschdelikte nach § 261 StGB.....	39	11	10	18	120	24	58	38
22	Straftaten in Sinne des § 74c Abs. 1 GVG 4).....	8	-	6	2	30	2	23	5
23	Umweltschutzstraftaten	310	30	171	109	182	44	107	31
24	Korruptionsdelikte und Straftaten von Amtsträgern	57	17	25	15	121	19	67	35
25	Korruptionsdelikte (soweit nicht lfd. Nr. 18 oder 19).....	26	7	14	5	23	3	16	4
26	Verfahren gegen Justizbedienstete, Richter, Notare o.ä. 5).....	27	7	11	9	88	16	43	29
27	Verfahren gegen Polizeibedienstete	4	3	-	1	10	-	8	2
28	Einschleusung von Ausländern und Straftaten nach dem Aufenthalts- und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU	255	51	120	84	536	103	310	123
29	Einschleusung von Ausländern	11	2	4	5	33	5	15	13
30	Sonstige Straftaten nach dem Aufenthalts- und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU.....	244	49	116	79	503	98	295	110
31	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	3 930	621	2 140	1 169	13 523	3 760	6 214	3 549
32	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz, für die das Gesetz eine Freiheitsstrafe von nicht unter 1 Jahr vorsieht	797	119	374	304	2 204	611	1 026	567
33	Sonstige Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	3 133	502	1 766	865	11 319	3 149	5 188	2 982
34	Sonstige besondere Straftaten des Nebenstrafrechts	36	1	32	3	73	21	38	14
35	dar. Ärztesachen und Straftaten nach dem Heilpraktikergesetz	31	1	27	3	70	21	36	13
36	Sonstige Straftaten	11 271	2 065	5 412	3 794	38 258	9 895	19 548	8 815
37	Allgemeine Strafsachen, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter 1 Jahr vorsieht	1 117	222	555	340	3 737	836	1 783	1 118
38	Sonstige allgemeine Straftaten.....	10 154	1 843	4 857	3 454	34 521	9 059	17 765	7 697
nachrichtlich:									
39	Jugendschutzsachen	738	150	314	274	1 181	282	551	348
40	Privatklagen	114	23	65	26	68	18	33	17
41	Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO).....	663	27	359	277	2 027	16	512	1 499

1) Zur näheren Abgrenzung siehe Sachgebietskatalog im Anhang.

2) Ohne Jugendschutzsachen, Privatklagen sowie durch Antrag auf Erledigung im beschleunigten Verfahren eingeleitete Verfahren.

3) Ausgenommen Vergehen nach 315c Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a StGB.

4) Ohne Straftaten, die von nicht gewerbsmäßigen Abnehmern über das Internet begangen wurden (soweit nicht lfd. Nr. 18).

5) Ohne die besonderen, von Polizeibediensteten in Ausübung des Dienstes begangenen Straftaten (soweit nicht lfd. Nr. 18 oder 19); ohne Korruptionsdelikte.

1 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Amtsgericht

noch: 1.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
28 203	18 497	9 706	9 293	39 988	18 101	18 233	19 305	1
96	64	32	27	402	137	12	142	2
222	139	83	59	177	115	79	113	3
44	30	14	33	64	42	13	26	4
3 553	2 108	1 445	1 274	3 873	2 281	2 544	2 483	5
4	3	1	-	5	-	-	1	6
3 549	2 105	1 444	1 274	3 868	2 281	2 544	2 482	7
8 589	5 400	3 189	3 224	15 927	7 390	6 376	7 390	8
4 260	2 678	1 582	1 955	8 971	4 385	4 210	3 591	9
4 329	2 722	1 607	1 269	6 956	3 005	2 166	3 799	10
1 428	1 077	351	424	3 642	555	297	256	11
153	97	56	30	172	92	172	18	12
1 275	980	295	394	3 470	463	125	238	13
4 848	3 182	1 666	1 818	6 005	2 475	2 191	3 242	14
468	345	123	73	376	154	31	212	15
4 380	2 837	1 543	1 745	5 629	2 321	2 160	3 030	16
480	371	109	163	1 281	270	278	380	17
58	37	21	13	118	23	12	26	18
251	212	39	90	870	175	136	228	19
156	111	45	57	264	62	121	111	20
12	8	4	3	28	8	9	13	21
3	3	-	-	1	2	-	2	22
65	36	29	14	33	66	38	37	23
22	11	11	14	26	10	2	24	24
3	-	3	1	2	2	-	4	25
13	9	4	11	22	7	2	20	26
6	2	4	2	2	1	-	-	27
127	85	42	33	327	98	25	56	28
4	4	-	2	45	5	4	2	29
123	81	42	31	282	93	21	54	30
2 224	1 567	657	585	2 067	662	699	1 434	31
527	315	212	132	493	176	244	160	32
1 697	1 252	445	453	1 574	486	455	1 274	33
11	8	3	1	9	8	3	6	34
9	6	3	-	8	6	3	6	35
6 494	4 419	2 075	1 624	6 155	3 992	5 676	3 716	36
416	247	169	150	737	508	272	287	37
6 078	4 172	1 906	1 474	5 418	3 484	5 404	3 429	38
76	20	56	67	314	204	239	126	39
37	28	9	-	21	9	7	9	40
47	8	39	-	29	433	84	28	41

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Beschleunigtes Verfahren, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren

Lfd. Nr.	Art der Einleitung Beschuldigte Hauptverhandlungshaft Adhäsionsverfahren	Deutschland	Baden-	
			zusammen	OLG-
				Karlsruhe
1	Erledigte Verfahren insgesamt	700 394	67 419	28 693
	Die Verfahren wurden eingeleitet durch			
	Antrag auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft			
2	zuungunsten des Beschuldigten	551	35	19
3	zugunsten des Beschuldigten	946	146	67
4	Zurückverweisung durch die Rechtsmittelinstanz	120	13	4
5	Eröffnung des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	193	32	18
6	Vorlage / Verweisung durch ein Gericht niederer Ordnung	307	116	59
7	In ein Strafverfahren übergegangenes Bußgeldverfahren	197	18	10
8	Anklage	512 928	38 400	14 383
9	Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)	16 304	196	122
10	Antrag auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren (§ 76 JGG)	9 659	1 738	1 149
11	Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass eines Strafbefehls (§ 408 Abs. 3 StPO)	6 741	597	417
12	Einspruch gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	149 123	25 723	12 308
13	Einspruch gegen einen von der Finanzbehörde beantragten Strafbefehl	2 409	307	101
14	Privatklage	581	74	26
15	Antrag auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens (§ 413 StPO, §§ 39, 40 JGG)	75	9	3
16	Nachverfahren (§ 439 StPO)	145	12	5
17	Antrag auf Einleitung eines objektiven Verfahrens (§§ 440, 444 Abs. 3 StPO, § 401 AO)	115	3	2
18	Zahl der erledigten Verfahren (ohne Nachverfahren und objektive Verfahren)	700 134	67 404	28 686
19	Zahl der Beschuldigten in diesen Verfahren insgesamt	779 352	76 196	32 090
	davon Verfahren			
20	mit 1 Beschuldigten	640 365	61 204	26 161
21	mit 2 Beschuldigten	46 600	4 565	1 931
22	mit 3 Beschuldigten	9 303	1 065	417
23	mit 4 bis 10 Beschuldigten	3 851	567	176
24	mit 11 und mehr Beschuldigten	15	3	1
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten zur (letzten) Hauptverhandlung			
25	Zahl der Verfahren mit Hauptverhandlung	466 505	44 540	18 439
26	Verfahren nach § 417 StPO (lfd. Nr. 9), in denen ein Beschuldigter aus der Hauptverhandlungshaft (§ 127b StPO) vorgeführt wurde 1)	1 276	1	1
27	Verfahren, in denen ein Beschuldigter aus einer in derselben Sache angeordneten Untersuchungshaft vorgeführt wurde.....	10 143	1 092	439
28	Verfahren, in denen ein Beteiligter aus sonstiger Haft vorgeführt wurde	9 645	719	251
29	Verfahren, in denen ein Beteiligter vorgeführt wurde, ohne in Haft zu sein	6 828	330	107
	Beschleunigtes Verfahren gemäß § 417 StPO			
30	Zahl der Verfahren, die im Zeitpunkt der Erledigung als beschleunigtes Verfahren anhängig waren	13 466	144	78
31	dar. eingeleitet durch Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren	12 410	61	39
	Maßnahmen der Gewinnabschöpfung			
32	Zahl der Verfahren mit Anträgen auf Maßnahmen der Gewinnabschöpfung	1 710	269	180
	Adhäsionsverfahren gemäß § 403 StPO			
33	Endurteile	3 791	63	32
34	Grundurteile	463	11	7
35	Gerichtlich protokollierte Vergleiche	1 548	90	36

1) Deutschland ohne Berlin.

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Beschleunigtes Verfahren, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
Bezirk	zusammen	OLG-Bezirk									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							
38 726	103 121	59 633	25 268	18 220	38 904	24 261	8 280	18 281	42 553	13 747	1
16	73	62	5	6	1	28	4	1	34	100	2
79	213	118	62	33	5	59	8	19	28	33	3
9	14	6	6	2	14	7	-	3	5	1	4
14	25	13	4	8	19	9	-	7	4	6	5
57	76	28	14	34	-	3	-	1	5	14	6
8	38	25	11	2	30	1	-	4	3	2	7
24 017	64 314	35 498	17 425	11 391	24 368	17 997	5 530	14 475	32 205	10 138	8
74	5 197	3 482	954	761	2 199	3 043	641	518	1 096	103	9
589	2 550	1 358	442	750	1 230	248	332	205	421	149	10
180	687	494	83	110	256	316	153	104	267	390	11
13 415	29 364	18 252	6 082	5 030	10 524	2 499	1 596	2 886	8 153	2 753	12
206	460	240	149	71	246	33	-	47	217	25	13
48	94	46	29	19	8	15	16	7	88	14	14
6	13	10	1	2	3	-	-	2	13	-	15
7	1	-	-	1	1	1	-	2	8	7	16
1	2	1	1	-	-	2	-	-	6	12	17
38 718	103 118	59 632	25 267	18 219	38 903	24 258	8 280	18 279	42 539	13 728	18
44 106	114 786	66 629	28 049	20 108	42 112	26 630	9 267	20 570	47 735	15 474	19
35 043	94 472	54 519	23 164	16 789	36 310	22 437	7 519	16 435	38 625	12 436	20
2 634	6 626	3 874	1 635	1 117	2 117	1 428	596	1 513	3 002	991	21
648	1 387	839	332	216	374	296	124	254	669	214	22
391	633	400	136	97	102	96	41	76	243	86	23
2	-	-	-	-	-	1	-	1	-	1	24
26 101	71 917	42 691	17 199	12 027	26 939	16 710	3 972	12 762	28 791	8 912	25
-	252	249	-	3	-	12	1	2	118	5	26
653	2 070	1 391	381	298	661	218	61	139	750	255	27
468	1 288	634	352	302	222	289	78	56	672	226	28
223	575	261	147	167	393	404	76	23	607	152	29
66	3 561	2 211	703	647	2 192	2 640	461	333	718	79	30
22	3 504	2 157	701	646	2 181	2 534	433	331	643	57	31
89	294	152	94	48	137	11	3	90	119	78	32
31	75	49	15	11	47	237	44	8	306	244	33
4	12	9	-	3	10	34	2	-	25	47	34
54	113	85	11	17	33	64	26	1	126	35	35

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Beschleunigtes Verfahren, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren

Lfd. Nr.	Art der Einleitung Beschuldigte Hauptverhandlungshaft Adhäsionsverfahren	Niedersachsen			Nordrhein-		
		zu- sammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG- Düsseldorf
			Braun- schweig	Celle	Oldenburg		
1	Erledigte Verfahren insgesamt	58 366	10 078	29 755	18 533	190 609	46 390
	Die Verfahren wurden eingeleitet durch						
	Antrag auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft						
2	zuungunsten des Beschuldigten	98	16	45	37	105	27
3	zugunsten des Beschuldigten	44	6	26	12	227	73
4	Zurückverweisung durch die Rechtsmittelinstanz	12	-	9	3	10	2
5	Eröffnung des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	11	2	8	1	20	12
6	Vorlage / Verweisung durch ein Gericht niederer Ordnung	38	2	31	5	15	9
7	In ein Strafverfahren übergegangenes Bußgeldverfahren	44	5	23	16	14	3
8	Anklage	44 090	7 650	22 661	13 779	156 835	36 035
9	Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)	663	27	359	277	2 027	16
10	Antrag auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren (§ 76 JGG)	799	101	319	379	1 171	374
11	Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass eines Strafbefehls (§ 408 Abs. 3 StPO)	488	92	279	117	2 227	222
12	Einspruch gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	11 588	2 057	5 735	3 796	27 231	9 450
13	Einspruch gegen einen von der Finanzbehörde beantragten Strafbefehl	349	91	183	75	564	133
14	Privatklage	114	23	65	26	68	18
15	Antrag auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens (§ 413 StPO, §§ 39, 40 JGG)	14	2	5	7	5	1
16	Nachverfahren (§ 439 StPO)	9	4	4	1	85	14
17	Antrag auf Einleitung eines objektiven Verfahrens (§§ 440, 444 Abs. 3 StPO, § 401 AO)	5	-	3	2	5	1
18	Zahl der erledigten Verfahren (ohne Nachverfahren und objektive Verfahren)	58 352	10 074	29 748	18 530	190 519	46 375
19	Zahl der Beschuldigten in diesen Verfahren insgesamt	67 083	11 377	34 365	21 341	209 651	52 066
	davon Verfahren						
20	mit 1 Beschuldigten	51 810	9 081	26 292	16 437	175 787	42 111
21	mit 2 Beschuldigten	5 042	778	2 661	1 603	11 754	3 336
22	mit 3 Beschuldigten	1 057	156	563	338	2 130	634
23	mit 4 bis 10 Beschuldigten	440	59	230	151	844	292
24	mit 11 und mehr Beschuldigten	3	-	2	1	4	2
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten zur (letzten) Hauptverhandlung						
25	Zahl der Verfahren mit Hauptverhandlung	40 393	6 580	20 800	13 013	125 382	31 191
26	Verfahren nach § 417 StPO (lfd. Nr. 9), in denen ein Beschuldigter aus der Hauptverhandlungshaft (§ 127b StPO) vorgeführt wurde 1)	251	2	222	27	611	1
27	Verfahren, in denen ein Beschuldigter aus einer in derselben Sache angeordneten Untersuchungshaft vorgeführt wurde	670	109	353	208	2 717	922
28	Verfahren, in denen ein Beteiligter aus sonstiger Haft vorgeführt wurde	1 056	175	527	354	2 561	717
29	Verfahren, in denen ein Beteiligter vorgeführt wurde, ohne in Haft zu sein	949	132	554	263	1 911	558
	Beschleunigtes Verfahren gemäß § 417 StPO						
30	Zahl der Verfahren, die im Zeitpunkt der Erledigung als beschleunigtes Verfahren anhängig waren	638	21	353	264	1 932	29
31	dar. eingeleitet durch Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren	447	9	241	197	1 815	12
	Maßnahmen der Gewinnabschöpfung						
32	Zahl der Verfahren mit Anträgen auf Maßnahmen der Gewinnabschöpfung	157	9	73	75	334	99
	Adhäsionsverfahren gemäß § 403 StPO						
33	Endurteile	1 077	174	709	194	881	131
34	Grundurteile	123	14	65	44	69	14
35	Gerichtlich protokollierte Vergleiche	475	30	353	92	227	30

1) Deutschland ohne Berlin.

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Beschleunigtes Verfahren, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
97 256	46 963	28 363	18 553	9 810	9 360	40 352	18 747	18 563	19 468	1
40	38	7	3	4	8	13	19	8	17	2
95	59	49	36	13	6	70	19	5	15	3
6	2	5	4	1	-	24	5	2	5	4
7	1	9	7	2	-	22	3	3	23	5
5	1	2	1	1	-	18	13	3	3	6
10	1	2	1	1	-	6	22	2	11	7
81 213	39 587	20 491	13 660	6 831	7 369	30 701	15 471	16 179	14 365	8
512	1 499	47	8	39	-	29	433	84	28	9
717	80	63	60	3	29	107	206	346	65	10
1 501	504	128	83	45	75	415	165	102	371	11
12 741	5 040	7 495	4 642	2 853	1 870	8 798	2 344	1 774	4 525	12
331	100	23	17	6	2	52	34	37	13	13
33	17	37	28	9	-	21	9	7	9	14
2	2	1	1	-	1	3	2	5	4	15
41	30	3	1	2	-	2	2	-	12	16
2	2	1	1	-	-	71	-	6	2	17
97 213	46 931	28 359	18 551	9 808	9 360	40 279	18 745	18 557	19 454	18
105 786	51 799	31 687	20 922	10 765	10 458	44 696	21 001	20 606	21 400	19
90 576	43 100	25 924	16 826	9 098	8 538	36 929	17 013	16 970	17 956	20
5 301	3 117	1 843	1 300	543	641	2 675	1 367	1 258	1 182	21
976	520	397	284	113	118	473	263	244	238	22
358	194	195	141	54	63	201	102	85	77	23
2	-	-	-	-	-	1	-	-	1	24
62 416	31 775	19 175	12 861	6 314	6 572	24 227	12 594	11 405	12 214	25
12	598	3	1	2	-	1	9	7	3	26
1 070	725	277	191	86	138	419	185	241	250	27
1 294	550	295	193	102	124	902	460	220	477	28
942	411	183	103	80	152	219	295	293	266	29
382	1 521	58	17	41	4	30	476	125	75	30
348	1 455	42	6	36	-	25	267	58	12	31
216	19	57	33	24	16	39	11	72	23	32
615	135	25	17	8	55	24	420	163	122	33
27	28	3	2	1	2	7	82	35	1	34
142	55	32	25	7	43	22	128	83	50	35

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.2 Art der Erledigung der Strafverfahren

Lfd. Nr.	Art der Erledigung 1)	Deutschland	Baden-	
			zusammen	OLG-Karlsruhe
1	Erledigte Verfahren insgesamt	700 394	67 419	28 693
2	Erledigung ausschließlich wegen Ordnungswidrigkeit	80	13	9
3	Erllass eines Strafbefehls (§ 408a StPO)	25 923	761	294
4	Urteil	304 830	32 420	13 286
5	Ohne Einlegung eines Rechtsmittels rechtskräftig gewordene Urteile	259 110	27 530	11 163
6	Angefochtene Urteile	45 720	4 890	2 123
	Durch Urteil erledigt wurden			
7	Anklagesachen	240 724	22 933	8 367
8	Verfahren, in denen gemäß § 407 StPO Strafbefehl beantragt wurde	51 126	8 655	4 393
9	Privatklagesachen	112	6	4
10	sonstige Verfahren	12 868	826	522
11	Beschluss nach § 411 Abs. 1 Satz 3 StPO	13 470	3 481	1 725
12	Einstellung mit Auflage oder Weisung (§ 153a StPO)	54 385	4 702	1 959
13	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	123	2	2
14	Einstellung nach § 47 JGG	36 295	3 720	1 697
15	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	33 186	2 415	1 013
16	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	31 007	1 927	683
17	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	316	30	10
18	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	20 227	1 217	626
19	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	2 763	243	122
20	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	19	-	-
21	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme nach §§ 153b Abs. 2, 153c Abs. 4, 153d Abs. 2, 153e Abs. 2, 154e Abs. 2, 383 Abs. 2 StPO, 31a Abs. 2 BtMG	855	82	45
	Ablehnung der			
22	Eröffnung des Hauptverfahrens	2 791	195	74
23	Aburteilung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)	482	1	-
24	Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren (§ 76 JGG)	228	22	19
25	Zurückweisung der Privatklage	87	10	4
26	Vorlage / Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung	3 539	296	154
27	Vergleich in der Privatklagesache	18	2	2
	Rücknahme			
28	der Klage nach § 411 Abs. 3 StPO	1 163	116	69
29	der Anklage	11 939	771	226
30	des Antrags nach § 417 StPO	266	-	-
31	des Antrags nach § 76 JGG	361	47	33
32	eines sonstigen Antrags	41	3	-
33	der Privatklage	51	10	5
34	des Einspruchs gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	34 020	6 523	2 905
35	des Einspruchs gegen einen von der Finanzbehörde beantragten Strafbefehl	476	58	14
36	des Einspruchs gegen einen Strafbefehl nach § 408a StPO	724	41	22
37	Verbindung mit einer anderen Sache	91 808	5 178	2 280
38	Aussetzung des Verfahrens	89	16	7
39	Sonstige Erledigungsart	28 832	3 117	1 408

1) Je Verfahren wird nur eine Erledigungsart nachgewiesen, und zwar die jeweils erste aus der in dieser Tabelle genannten Rangfolge.

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.2 Art der Erledigung der Strafverfahren

Württemberg Bezirk	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.	
	Stuttgart	zusammen	OLG-Bezirk									
			München	Nürnberg								Bamberg
38 726	103 121	59 633	25 268	18 220	38 904	24 261	8 280	18 281	42 553	13 747	1	
4	12	8	3	1	12	2	1	7	2	1	2	
467	1 103	578	276	249	1 798	2 048	316	504	1 836	589	3	
19 134	53 211	32 532	12 689	7 990	16 062	9 419	2 034	8 343	18 670	5 418	4	
16 367	43 826	27 116	10 200	6 510	13 319	7 997	1 810	6 517	16 028	4 617	5	
2 767	9 385	5 416	2 489	1 480	2 743	1 422	224	1 826	2 642	801	6	
14 566	38 895	22 725	10 117	6 053	10 636	7 088	1 432	6 931	15 248	4 271	7	
4 262	9 994	6 924	1 806	1 264	3 575	908	502	1 056	2 597	1 028	8	
2	11	7	1	3	-	2	5	-	26	1	9	
304	4 311	2 876	765	670	1 851	1 421	95	356	799	118	10	
1 756	5 208	3 044	1 184	980	673	74	35	91	519	88	11	
2 743	6 733	3 818	1 342	1 573	3 674	2 930	633	1 632	3 174	1 194	12	
-	2	1	1	-	20	2	3	2	5	-	13	
2 023	5 589	2 928	1 314	1 347	2 894	1 384	883	1 124	2 292	805	14	
1 402	3 422	1 633	935	854	1 918	1 177	461	905	2 645	588	15	
1 244	3 809	2 126	1 013	670	2 195	1 094	246	522	1 471	585	16	
20	20	10	4	6	6	18	2	3	20	1	17	
591	3 028	1 360	1 107	561	1 498	760	183	487	818	345	18	
121	407	205	115	87	176	117	24	43	170	64	19	
-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	20	
37	60	34	22	4	17	37	28	16	79	40	21	
121	345	224	65	56	149	208	47	222	175	99	22	
1	189	113	13	63	91	101	1	1	47	-	23	
3	64	33	14	17	78	13	-	1	5	-	24	
6	37	14	11	12	1	1	1	1	3	3	25	
142	303	159	82	62	60	144	13	81	259	176	26	
-	2	1	1	-	1	-	-	1	3	1	27	
47	344	195	95	54	8	27	9	42	58	50	28	
545	2 737	1 642	720	375	520	532	59	373	497	105	29	
-	127	84	15	28	24	35	6	17	28	1	30	
14	143	83	25	35	20	13	8	2	6	1	31	
3	13	7	1	5	-	1	-	3	-	1	32	
5	10	4	6	-	1	3	1	1	3	2	33	
3 618	6 834	4 058	1 544	1 232	2 128	529	276	574	1 912	704	34	
44	103	54	39	10	43	4	-	14	36	5	35	
19	61	40	9	12	10	65	10	2	43	27	36	
2 898	6 293	3 007	1 835	1 451	4 102	2 820	2 675	1 492	5 487	2 273	37	
9	23	10	8	5	-	2	1	1	6	-	38	
1 709	2 889	1 628	780	481	724	701	324	1 774	2 284	581	39	

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.2 Art der Erledigung der Strafverfahren

Lfd. Nr.	Art der Erledigung 1)	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen				
		zu- sammen	OLG-Bezirk		zu- sammen	OLG-Bezirk			
			Braun- schweig	Celle		Olden- burg	Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Verfahren insgesamt	58 366	10 078	29 755	18 533	190 609	46 390	97 256	46 963
2	Erledigung ausschließlich wegen Ordnungswidrigkeit	2	-	2	-	16	3	9	4
3	Erllass eines Strafbefehls (§ 408a StPO)	1 819	253	891	675	9 468	1 663	4 531	3 274
4	Urteil	27 528	4 427	14 116	8 985	76 925	21 350	37 064	18 511
5	Ohne Einlegung eines Rechtsmittels rechtskräftig gewordene Urteile	23 111	3 792	11 969	7 350	68 150	18 843	32 660	16 647
6	Angefochtene Urteile	4 417	635	2 147	1 635	8 775	2 507	4 404	1 864
	Durch Urteil erledigt wurden								
7	Anklagesachen	22 463	3 710	11 544	7 209	65 471	17 521	32 156	15 794
8	Verfahren, in denen gemäß § 407 StPO Strafbefehl beantragt wurde	4 143	661	2 091	1 391	9 888	3 651	4 446	1 791
9	Privatklagesachen	49	8	27	14	7	1	2	4
10	sonstige Verfahren	873	48	454	371	1 559	177	460	922
11	Beschluss nach § 411 Abs. 1 Satz 3 StPO	557	101	262	194	897	358	361	178
12	Einstellung mit Auflage oder Weisung (§ 153a StPO)	4 332	689	2 199	1 444	14 563	2 672	7 785	4 106
13	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG.....	5	-	4	1	68	6	5	57
14	Einstellung nach § 47 JGG	2 844	513	1 526	805	9 600	1 818	5 244	2 538
15	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	3 133	533	1 622	978	10 666	2 092	5 534	3 040
16	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	2 221	339	1 222	660	10 500	2 346	5 597	2 557
17	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	32	13	14	5	129	25	80	24
18	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	1 256	218	667	371	5 727	1 093	3 272	1 362
19	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	225	40	120	65	729	158	379	192
20	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	1	1	-	-	11	5	4	2
21	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme nach §§ 153b Abs. 2, 153c Abs. 4, 153d Abs. 2, 153e Abs. 2, 154e Abs. 2, 383 Abs. 2 StPO, 31a Abs. 2 BtMG	172	14	98	60	169	35	104	30
	Ablehnung der								
22	Eröffnung des Hauptverfahrens	160	32	39	89	713	158	347	208
23	Aburteilung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)	3	-	-	3	15	-	2	13
24	Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren (§ 76 JGG)	16	1	8	7	11	1	9	1
25	Zurückweisung der Privatklage	2	1	1	-	10	2	6	2
26	Vorlage / Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung	334	49	161	124	1 315	161	992	162
27	Vergleich in der Privatklagesache	-	-	-	-	4	-	2	2
	Rücknahme								
28	der Klage nach § 411 Abs. 3 StPO	93	21	44	28	178	42	112	24
29	der Anklage	994	161	557	276	2 878	704	1 548	626
30	des Antrags nach § 417 StPO	5	-	1	4	15	-	6	9
31	des Antrags nach § 76 JGG	34	3	17	14	49	13	34	2
32	eines sonstigen Antrags	4	1	-	3	5	2	2	1
33	der Privatklage	7	1	6	-	4	1	2	1
34	des Einspruchs gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	2 735	546	1 378	811	5 227	1 856	2 621	750
35	des Einspruchs gegen einen von der Finanzbehörde beantragten Strafbefehl	75	16	44	15	103	25	65	13
36	des Einspruchs gegen einen Strafbefehl nach § 408a StPO	63	8	38	17	258	62	121	75
37	Verbindung mit einer anderen Sache	7 895	1 718	3 859	2 318	32 100	7 441	17 440	7 219
38	Aussetzung des Verfahrens	6	1	2	3	13	-	8	5
39	Sonstige Erledigungsart.....	1 813	378	857	578	8 243	2 298	3 970	1 975

1) Je Verfahren wird nur eine Erledigungsart nachgewiesen, und zwar die jeweils erste aus der in dieser Tabelle genannten Rangfolge.

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.2 Art der Erledigung der Strafverfahren

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
28 363	18 553	9 810	9 360	40 352	18 747	18 563	19 468	1
-	-	-	1	4	2	1	4	2
688	476	212	521	1 907	937	882	746	3
13 114	9 123	3 991	4 381	15 172	7 718	6 978	7 437	4
11 161	7 794	3 367	3 845	12 046	6 671	6 118	6 364	5
1 953	1 329	624	536	3 126	1 047	860	1 073	6
10 705	7 600	3 105	3 617	12 146	6 565	6 259	6 064	7
2 327	1 467	860	747	2 960	832	595	1 319	8
4	4	-	-	1	-	-	-	9
78	52	26	17	65	321	124	54	10
535	290	245	150	659	67	79	357	11
2 154	1 240	914	680	3 084	1 355	1 619	1 926	12
5	3	2	-	3	1	5	-	13
1 123	600	523	208	1 128	836	1 305	560	14
1 327	876	451	349	1 135	857	940	1 248	15
1 283	705	578	475	2 009	980	664	1 026	16
8	6	2	5	17	5	10	10	17
801	361	440	442	2 289	501	420	455	18
113	70	43	49	187	95	47	74	19
1	-	1	-	3	2	-	-	20
32	29	3	12	15	56	17	23	21
115	59	56	18	166	45	80	54	22
8	-	8	-	2	21	2	-	23
-	-	-	-	5	4	7	2	24
10	8	2	-	3	-	1	4	25
108	64	44	24	78	156	97	95	26
-	-	-	-	3	-	-	1	27
33	19	14	10	80	37	55	23	28
336	203	133	204	968	378	330	257	29
-	-	-	-	1	5	-	2	30
6	6	-	1	2	8	18	3	31
2	2	-	-	3	3	1	2	32
1	1	-	-	4	2	1	1	33
1 913	1 292	621	493	2 134	583	387	1 068	34
9	8	1	-	11	7	5	3	35
10	8	2	20	41	17	39	17	36
3 036	2 014	1 022	1 030	6 395	3 588	3 886	3 558	37
13	13	-	-	3	2	1	2	38
1 579	1 077	502	287	2 841	479	686	510	39

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten in Strafverfahren

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Deutschland	Baden- OLG-	
			zusammen	Karlsruhe
1	Zahl der einzelnen Beschuldigten insgesamt	779 352	76 196	32 090
2	Erledigung ausschließlich wegen Ordnungswidrigkeit	84	13	9
3	Erlaß eines Strafbefehls (§ 408a StPO)	26 876	796	308
4	Urteile zusammen	340 717	37 031	15 086
5	Urteil auf Verwerfung des Einspruchs gegen Strafbefehl (§ 329 Abs. 1, § 412 StPO)	6 640	844	444
6	Verurteilung	301 746	33 282	13 220
7	Freispruch	31 965	2 856	1 402
8	Urteil auf Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO)	342	46	18
9	Urteil auf Einstellung des Privatklageverfahrens (§ 389 Abs. 1 StPO)	24	3	2
10	Beschluss nach § 411 Abs. 1 Satz 3 StPO	13 663	3 535	1 757
11	Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153a StPO zusammen	59 845	5 198	2 141
12	Täter - Opfer - Ausgleich (Abs. 1 Satz 2 Nr. 5)	1 679	79	37
13	Wiedergutmachung des Schadens (Abs. 1 Satz 2 Nr. 1)	4 663	520	241
14	Geldbetrag für gemeinnützige Einrichtung oder Staatskasse (Abs. 1 Satz 2 Nr. 2)	42 295	3 808	1 554
15	Sonstige gemeinnützige Leistung (Abs. 1 Satz 2 Nr. 3)	5 035	270	120
16	Erfüllung der Unterhaltspflicht (Abs. 1 Satz 2 Nr. 4)	925	128	45
17	Teilnahme an einem Aufbauseminar nach § 2b Abs. 2 Satz 2 oder § 4 Abs. 8 Satz 4 StVG (Abs. 1 Satz 2 Nr. 6)	47	1	1
18	Sonstige Auflagen oder Weisungen (Abs. 1 Satz 2)	5 201	392	143
19	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG 1)	128	3	3
20	Einstellung nach § 47 JGG zusammen	43 301	4 562	1 972
21	da die Voraussetzungen des § 153 StPO vorliegen (Abs. 1 Satz 1 Nr. 1)	7 711	997	459
22	da eine erzieherische Maßnahme im Sinne des § 45 Abs. 2 JGG eine Entscheidung durch Urteil ent- behrlich macht (Abs. 1 Satz 1 Nr. 2)	14 418	1 822	617
23	da nach Anordnung einer Maßnahme nach § 45 Abs. 3 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 3)	20 461	1 684	849
24	da Beschuldigter mangels Reife strafrechtlich nicht ver- antwortlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 4)	711	59	47
25	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO) zusammen	38 177	2 792	1 131
26	ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	30 599	2 223	937
27	mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	7 578	569	194
28	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	35 104	2 228	745
29	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	359	35	11
30	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	21 865	1 319	679
31	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	3 017	268	131
32	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	19	-	-
33	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme	1 011	95	48
34	nach § 31a Abs. 2 BtMG	130	23	20
35	nach §§ 153b Abs. 2, 153c Abs. 4, 153d Abs. 2, 153e Abs. 2, 154e Abs. 2, 383 Abs. 2 StPO	881	72	28
36	Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	3 556	282	111
37	Ablehnung der Aburteilung im beschleunigten Verfahren / Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren / Zurück- weisung der Privatklage	865	38	26
38	Vorlage / Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung	4 297	366	184
39	Vergleich in der Privatklagesache	20	4	3
40	Rücknahme der Klage (§ 411 Abs. 3 StPO)	1 252	123	74
41	Rücknahme der Anklage/des Antrags der Privatklage	14 735	1 006	321
42	Rücknahme des Einspruchs	35 930	6 800	3 024
43	Verbindung mit einer anderen Sache	97 447	5 650	2 471
44	Aussetzung des Verfahrens zusammen	108	24	11
45	bis zum rechtskräftigen Abschluß des Besteuerungs- verfahrens (§ 396 Abs. 1 AO)	34	17	8
46	zur Klärung einer zivilrechtlichen Vorfrage (§ 262 Abs. 2 StPO)	64	6	2
47	um nach Art. 100 GG eine Entscheidung des Bundes- verfassungsgerichts abzuwarten	10	1	1
48	Sonstige Erledigungsart	36 976	4 028	1 844

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten in Strafverfahren

Württemberg Bezirk	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.	
	Stuttgart	zusammen	OLG-Bezirk									
			München	Nürnberg								Bamberg
44 106	114 786	66 629	28 049	20 108	42 112	26 630	9 267	20 570	47 735	15 474	1	
4	12	8	3	1	12	2	1	8	2	1	2	
488	1 131	589	284	258	1 852	2 156	326	518	1 897	620	3	
21 945	59 160	36 336	14 013	8 811	17 699	10 251	2 271	9 308	20 957	6 189	4	
400	885	530	194	161	710	218	82	109	359	106	5	
20 062	54 558	32 995	13 264	8 299	14 652	8 893	1 989	7 813	18 888	5 279	6	
1 454	3 660	2 762	551	347	2 317	1 123	197	1 374	1 690	801	7	
28	56	49	4	3	20	17	3	12	16	3	8	
1	1	-	-	1	-	-	-	-	4	-	9	
1 778	5 292	3 092	1 205	995	677	74	35	99	524	88	10	
3 057	7 438	4 243	1 472	1 723	3 836	3 121	709	1 786	3 478	1 347	11	
42	132	96	18	18	12	102	14	20	76	28	12	
279	344	178	66	100	86	242	50	84	389	162	13	
2 254	6 046	3 493	1 202	1 351	3 375	2 264	446	1 434	2 392	803	14	
150	441	188	97	156	237	422	51	48	395	247	15	
83	203	129	27	47	18	35	1	16	38	25	16	
-	3	2	1	-	2	-	-	7	3	1	17	
249	269	157	61	51	106	56	147	177	185	81	18	
-	2	1	1	-	20	2	4	2	5	1	19	
2 590	6 822	3 645	1 584	1 593	3 344	1 611	1 021	1 295	2 786	1 005	20	
538	880	450	181	249	4	472	69	101	447	156	21	
1 205	1 185	706	292	187	487	591	335	343	1 315	243	22	
835	4 728	2 466	1 108	1 154	2 850	541	614	804	1 017	605	23	
12	29	23	3	3	3	7	3	47	7	1	24	
1 661	3 974	1 906	1 074	994	2 072	1 267	548	1 031	3 056	671	25	
1 286	3 183	1 530	849	804	1 881	1 000	462	835	2 586	501	26	
375	791	376	225	190	191	267	86	196	470	170	27	
1 483	4 398	2 486	1 157	755	2 317	1 196	284	613	1 682	675	28	
24	23	12	4	7	6	19	2	4	25	1	29	
640	3 255	1 450	1 201	604	1 586	800	205	543	895	370	30	
137	423	212	120	91	185	121	31	45	180	68	31	
-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	32	
47	65	36	25	4	18	39	34	20	102	48	33	
3	17	10	7	-	8	7	2	3	4	-	34	
44	48	26	18	4	10	32	32	17	98	48	35	
171	451	302	77	72	188	259	64	278	208	111	36	
12	314	166	52	96	188	116	2	3	61	3	37	
182	355	193	96	66	80	167	20	113	310	221	38	
1	2	1	1	-	1	-	-	1	3	1	39	
49	365	205	102	58	8	30	10	46	62	54	40	
685	3 551	2 138	908	505	648	660	89	451	614	135	41	
3 776	7 169	4 256	1 631	1 282	2 207	603	297	596	2 015	749	42	
3 179	6 705	3 225	1 958	1 522	4 310	3 029	2 786	1 623	5 920	2 439	43	
13	24	10	8	6	-	2	2	3	6	-	44	
9	6	2	3	1	-	1	-	-	2	-	45	
4	18	8	5	5	-	1	-	3	3	-	46	
-	-	-	-	-	-	-	2	-	1	-	47	
2 184	3 855	2 117	1 073	665	857	1 105	526	2 184	2 947	677	48	

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten in Strafverfahren

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Niedersachsen				Nordrhein-	
		zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
			Braunschweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Zahl der einzelnen Beschuldigten insgesamt	67 083	11 377	34 365	21 341	209 651	52 066
2	Erledigung ausschließlich wegen Ordnungswidrigkeit	3	-	3	-	18	3
3	Erlaß eines Strafbefehls (§ 408a StPO)	1 921	267	945	709	9 759	1 720
4	Urteile zusammen	31 436	4 961	16 211	10 264	85 420	24 154
5	Urteil auf Verwerfung des Einspruchs gegen Strafbefehl (§ 329 Abs. 1, § 412 StPO)	526	79	268	179	1 475	535
6	Verurteilung	27 834	4 435	14 375	9 024	74 783	20 671
7	Freispruch	3 061	446	1 559	1 056	9 064	2 914
8	Urteil auf Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO)	14	1	9	4	88	30
9	Urteil auf Einstellung des Privatklageverfahrens (§ 389 Abs. 1 StPO)	1	-	-	1	10	4
10	Beschluss nach § 411 Abs. 1 Satz 3 StPO	565	101	267	197	903	362
11	Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153a StPO zusammen	4 952	766	2 549	1 637	15 865	2 984
12	Täter - Opfer - Ausgleich (Abs. 1 Satz 2 Nr. 5)	142	24	74	44	695	112
13	Wiedergutmachung des Schadens (Abs. 1 Satz 2 Nr. 1)	717	128	307	282	744	177
14	Geldbetrag für gemeinnützige Einrichtung oder Staatskasse (Abs. 1 Satz 2 Nr. 2)	3 268	489	1 731	1 048	10 827	2 049
15	Sonstige gemeinnützige Leistung (Abs. 1 Satz 2 Nr. 3)	405	62	220	123	771	139
16	Erfüllung der Unterhaltspflicht (Abs. 1 Satz 2 Nr. 4)	59	10	26	23	166	23
17	Teilnahme an einem Aufbauseminar nach § 2b Abs. 2 Satz 2 oder § 4 Abs. 8 Satz 4 StVG (Abs. 1 Satz 2 Nr. 6)	5	-	5	-	9	3
18	Sonstige Auflagen oder Weisungen (Abs. 1 Satz 2)	356	53	186	117	2 653	481
19	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG 1)	5	-	4	1	69	7
20	Einstellung nach § 47 JGG zusammen	3 474	612	1 871	991	11 217	2 175
21	da die Voraussetzungen des § 153 StPO vorliegen (Abs. 1 Satz 1 Nr. 1)	708	136	333	239	2 477	568
22	da eine erzieherische Maßnahme im Sinne des § 45 Abs. 2 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrlich macht (Abs. 1 Satz 1 Nr. 2)	1 548	212	938	398	4 536	891
23	da nach Anordnung einer Maßnahme nach § 45 Abs. 3 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 3)	1 204	261	591	352	3 719	650
24	da Beschuldigter mangels Reife strafrechtlich nicht verantwortlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 4)	14	3	9	2	485	66
25	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO) zusammen	3 817	631	1 968	1 218	12 176	2 446
26	ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	3 431	560	1 783	1 088	9 439	1 846
27	mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	386	71	185	130	2 737	600
28	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	2 717	410	1 484	823	11 573	2 679
29	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	39	14	19	6	145	29
30	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	1 392	235	734	423	6 163	1 206
31	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	267	43	139	85	795	173
32	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	1	1	-	-	11	5
33	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme	218	19	118	81	188	41
34	nach § 31a Abs. 2 BtMG	11	1	9	1	39	7
35	nach §§ 153b Abs. 2, 153c Abs. 4, 153d Abs. 2, 153e Abs. 2, 154e Abs. 2, 383 Abs. 2 StPO	207	18	109	80	149	34
36	Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	218	41	60	117	898	209
37	Ablehnung der Aburteilung im beschleunigten Verfahren / Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren / Zurückweisung der Privatklage	27	5	9	13	40	3
38	Vorlage / Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung	437	61	223	153	1 539	196
39	Vergleich in der Privatklagesache	-	-	-	-	4	-
40	Rücknahme der Klage (§ 411 Abs. 3 StPO)	101	21	50	30	186	47
41	Rücknahme der Anklage/des Antrags der Privatklage	1 219	197	679	343	3 368	818
42	Rücknahme des Einspruchs	2 977	589	1 522	866	5 683	1 990
43	Verbindung mit einer anderen Sache	8 627	1 876	4 206	2 545	33 732	7 992
44	Aussetzung des Verfahrens zusammen	6	1	2	3	15	1
45	bis zum rechtskräftigen Abschluß des Bestenungsverfahrens (§ 396 Abs. 1 AO)	4	1	1	2	2	-
46	zur Klärung einer zivilrechtlichen Vorfrage (§ 262 Abs. 2 StPO)	2	-	1	1	11	-
47	um nach Art. 100 GG eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten	-	-	-	-	2	1
48	Sonstige Erledigungsart	2 664	526	1 302	836	9 884	2 826

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten in Strafverfahren

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
105 786	51 799	31 687	20 922	10 765	10 458	44 696	21 001	20 606	21 400	1
11	4	-	-	-	1	4	2	1	4	2
4 666	3 373	715	495	220	544	1 990	960	911	780	3
40 720	20 546	14 789	10 372	4 417	4 856	16 767	8 634	7 768	8 181	4
627	313	323	188	135	78	469	125	116	215	5
36 180	17 932	13 275	9 403	3 872	4 406	14 439	7 578	6 826	7 251	6
3 878	2 272	1 170	765	405	370	1 837	923	823	699	7
31	27	16	11	5	2	22	8	3	16	8
4	2	5	5	-	-	-	-	-	-	9
362	179	541	293	248	155	666	68	80	361	10
8 351	4 530	2 384	1 406	978	786	3 423	1 554	1 806	2 162	11
436	147	81	53	28	40	57	52	129	20	12
349	218	261	151	110	71	175	216	286	316	13
5 758	3 020	1 556	897	659	465	2 404	782	1 067	1 358	14
425	207	183	100	83	156	422	389	217	381	15
110	33	89	59	30	7	35	35	16	54	16
5	1	11	5	6	-	3	1	1	-	17
1 268	904	203	141	62	47	327	79	90	33	18
5	57	5	3	2	-	4	1	5	-	19
6 048	2 994	1 315	706	609	248	1 377	1 025	1 536	663	20
1 033	876	375	230	145	150	120	133	496	126	21
2 435	1 210	502	245	257	53	336	311	575	236	22
2 327	742	402	213	189	42	911	575	465	300	23
253	166	36	18	18	3	10	6	-	1	24
6 247	3 483	1 553	1 040	513	408	1 277	993	1 119	1 423	25
4 963	2 630	1 213	815	398	327	708	859	892	1 059	26
1 284	853	340	225	115	81	569	134	227	364	27
6 006	2 888	1 438	804	634	559	2 317	1 141	771	1 195	28
90	26	8	6	2	5	19	6	10	12	29
3 471	1 486	857	401	456	518	2 503	524	457	478	30
408	214	121	77	44	56	211	106	50	90	31
4	2	1	-	1	-	3	2	-	-	32
115	32	42	31	11	12	16	67	21	26	33
19	13	5	5	-	-	6	-	1	4	34
96	19	37	26	11	12	10	67	20	22	35
434	255	141	73	68	23	215	55	102	63	36
19	18	19	9	10	-	11	26	11	6	37
1 153	190	129	77	52	29	110	199	113	109	38
2	2	-	-	-	-	3	-	-	1	39
115	24	35	21	14	10	93	41	63	25	40
1 821	729	396	243	153	254	1 170	467	395	312	41
2 843	850	1 954	1 326	628	520	2 209	616	436	1 099	42
18 210	7 530	3 249	2 179	1 070	1 082	6 698	3 779	4 089	3 729	43
9	5	15	15	-	-	3	3	1	4	44
2	-	-	-	-	-	-	-	1	1	45
7	4	13	13	-	-	2	2	-	3	46
-	1	2	2	-	-	1	1	-	-	47
4 676	2 382	1 980	1 345	635	392	3 607	732	861	677	48

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.4 Hauptverhandlungen in Strafverfahren

Lfd. Nr.	Hauptverhandlungen Hauptverhandlungstage Beteiligte der Hauptverhandlung	Art des Nachweises	Deutschland	Baden- OLG-	
				zusammen	Karlsruhe
1	Hauptverhandlungen insgesamt	Verhandlungen	535 743	49 056	20 323
	davon in				
2	Anklagesachen	Verhandlungen	406 899	32 085	11 696
3	Privatklagesachen	Verhandlungen	254	9	6
4	sonstigen Verfahren	Verhandlungen	128 590	16 962	8 621
5	Erledigte Verfahren insgesamt	Verfahren	700 394	67 419	28 693
6	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	233 889	22 879	10 254
7	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	144 298	11 214	4 776
8	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	16 805	882	369
9	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	265 490	29 456	12 061
10	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	39 912	2 988	1 233
11	Erledigte Anklagen	Verfahren	512 928	38 400	14 383
12	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	163 516	9 735	3 962
13	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	95 322	5 146	1 838
14	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	12 846	562	208
15	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	207 450	20 637	7 519
16	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	33 794	2 320	856
17	Erledigte Privatklagen	Verfahren	581	74	26
18	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	390	65	20
19	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	59	3	2
20	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	20	-	-
21	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	83	6	4
22	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	29	-	-
23	Hauptverhandlungstage insgesamt	Tage	567 664	52 063	21 699
24	dar. HV-Tage früherer Hauptverhandlungen	Tage	71 640	4 669	1 958
	davon in				
25	Anklagesachen	Tage	433 418	34 256	12 620
26	Privatklagesachen	Tage	263	11	8
27	sonstigen Verfahren	Tage	133 983	17 796	9 071
28	Erledigte Verfahren mit Hauptverhandlung zusammen	Verfahren	466 505	44 540	18 439
	Die Hauptverhandlung(en) verteilte(n) sich				
29	auf 1 HV-Tag	Verfahren	392 798	38 793	15 958
30	auf 2 HV-Tage	Verfahren	55 946	4 517	1 949
31	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	16 905	1 184	513
32	auf 6 bis 10 HV-Tage	Verfahren	752	42	16
33	auf 11 und mehr HV-Tage	Verfahren	104	4	3
34	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	1,2	1,2	1,2
	Die letzte (einzige) Hauptverhandlung verteilte sich				
35	auf 1 HV-Tag	Verfahren	445 802	42 404	17 455
36	auf 2 HV-Tage	Verfahren	15 531	1 664	763
37	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	4 799	450	214
38	auf 6 bis 10 HV-Tage	Verfahren	322	19	5
39	auf 11 und mehr HV-Tage	Verfahren	51	3	2
40	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage der letzten (einzigen) Hauptverhandlung je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	1,1	1,1	1,1
	An der letzten (einzigen) Hauptverhandlung haben teilgenommen				
41	Beschuldigte	Verfahren	415 853	37 973	15 869
42	Zahl der Beschuldigten	Personen	466 111	43 565	17 969
43	Verteidiger	Verfahren	227 928	20 852	8 886
44	Zahl der Verteidiger	Personen	253 272	23 711	10 184
45	Nebenkläger/Nebenklägervertreter	Verfahren	8 894	914	408
46	Privatkläger/Privatklägervertreter	Verfahren	50	4	3
47	Verletztenbeistand	Verfahren	966	109	24
48	Sachverständige	Verfahren	12 222	1 737	919
49	Dolmetscher	Verfahren	29 143	3 045	1 364
50	Gerichtshelfer/Jugendgerichtshelfer	Verfahren	105 450	9 205	3 270

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.4 Hauptverhandlungen in Strafverfahren

Württemberg Bezirk	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.	
	Stuttgart	zusammen	OLG-Bezirk									
			München	Nürnberg								Bamberg
28 733	79 757	46 590	19 700	13 467	31 835	18 741	4 549	14 675	32 931	10 142	1	
20 389	54 699	30 493	14 887	9 319	19 616	13 762	2 971	11 836	25 905	7 617	2	
3	18	10	4	4	1	6	10	1	70	4	3	
8 341	25 040	16 087	4 809	4 144	12 218	4 973	1 568	2 838	6 956	2 521	4	
38 726	103 121	59 633	25 268	18 220	38 904	24 261	8 280	18 281	42 553	13 747	5	
12 625	31 204	16 942	8 069	6 193	11 965	7 551	4 308	5 519	13 762	4 835	6	
6 438	17 184	9 466	4 028	3 690	9 494	6 820	1 732	3 950	8 931	3 214	7	
513	1 489	673	474	342	1 339	445	196	464	1 159	255	8	
17 395	47 988	29 833	11 054	7 101	13 501	8 371	1 779	7 235	16 441	4 770	9	
1 755	5 256	2 719	1 643	894	2 605	1 074	265	1 113	2 260	673	10	
24 017	64 314	35 498	17 425	11 391	24 368	17 997	5 530	14 475	32 205	10 138	11	
5 773	15 705	7 922	4 578	3 205	7 952	5 938	3 025	4 306	9 785	3 553	12	
3 308	8 677	4 401	2 380	1 896	4 996	4 600	925	2 853	6 236	2 101	13	
354	1 007	432	343	232	760	347	140	380	905	190	14	
13 118	34 753	20 658	8 761	5 334	8 849	6 214	1 217	5 953	13 330	3 714	15	
1 464	4 172	2 085	1 363	724	1 811	898	223	983	1 949	580	16	
48	94	46	29	19	8	15	16	7	88	14	17	
45	77	37	25	15	7	11	9	6	42	12	18	
1	6	2	3	1	1	2	2	1	11	-	19	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	9	1	20	
2	10	6	1	3	-	1	3	-	17	1	21	
-	1	1	-	-	-	1	2	-	9	-	22	
30 364	83 745	48 809	20 871	14 065	34 454	19 242	4 927	16 899	35 096	10 587	23	
2 711	8 089	4 019	2 592	1 478	5 092	2 057	626	2 080	4 282	1 255	24	
21 636	57 826	32 143	15 875	9 808	21 704	14 207	3 262	13 798	27 789	7 963	25	
3	18	10	4	4	1	6	10	1	73	4	26	
8 725	25 901	16 656	4 992	4 253	12 749	5 029	1 655	3 100	7 234	2 620	27	
26 101	71 917	42 691	17 199	12 027	26 939	16 710	3 972	12 762	28 791	8 912	28	
22 835	62 701	37 914	14 396	10 391	21 795	14 944	3 333	10 118	24 200	7 780	29	
2 568	7 348	3 818	2 199	1 331	3 720	1 320	452	1 821	3 536	831	30	
671	1 811	924	585	302	1 324	412	171	754	995	280	31	
26	53	35	15	3	91	30	12	59	52	13	32	
1	4	-	4	-	9	4	4	10	8	8	33	
1,2	1,2	1,1	1,2	1,2	1,3	1,2	1,2	1,3	1,2	1,2	34	
24 949	69 059	41 112	16 385	11 562	25 406	16 396	3 755	11 503	27 385	8 662	35	
901	2 250	1 218	637	395	1 043	228	147	834	1 066	178	36	
236	585	346	169	70	439	78	65	381	310	64	37	
14	21	15	6	-	47	8	5	40	25	1	38	
1	2	-	2	-	4	-	-	4	5	7	39	
1,1	1,1	1,0	1,1	1,0	1,1	1,0	1,1	1,2	1,1	1,0	40	
22 104	64 844	39 256	14 696	10 892	23 926	14 465	3 554	11 986	26 212	8 345	41	
25 596	72 642	44 176	16 350	12 116	26 225	15 798	4 019	13 201	29 617	9 451	42	
11 966	35 809	22 594	7 565	5 650	14 544	6 427	2 022	6 081	15 981	4 397	43	
13 527	39 911	25 297	8 418	6 196	16 263	7 017	2 245	6 663	17 796	4 899	44	
506	1 384	845	297	242	529	302	59	211	559	247	45	
1	8	5	2	1	1	3	-	1	11	-	46	
85	30	18	3	9	119	47	8	5	82	115	47	
818	3 101	2 219	541	341	686	254	42	268	1 181	274	48	
1 681	5 238	3 455	1 169	614	4 244	1 136	227	1 293	2 202	244	49	
5 935	14 587	9 422	2 991	2 174	6 198	3 137	1 328	1 427	6 780	2 026	50	

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.4 Hauptverhandlungen in Strafverfahren

Lfd. Nr.	Hauptverhandlungen Hauptverhandlungstage Beteiligte der Hauptverhandlung	Art des Nachweises	Niedersachsen				Nordrhein-	
			zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	Düsseldorf
				Braun- schweig	Celle	Oldenburg		
1	Hauptverhandlungen insgesamt	Verhandlungen	45 528	7 396	23 610	14 522	148 615	37 168
	davon in							
2	Anklagesachen	Verhandlungen	35 672	5 890	18 651	11 131	123 169	29 434
3	Privatklagesachen	Verhandlungen	105	18	60	27	17	3
4	sonstigen Verfahren	Verhandlungen	9 751	1 488	4 899	3 364	25 429	7 731
5	Erledigte Verfahren insgesamt	Verfahren	58 366	10 078	29 755	18 533	190 609	46 390
6	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	17 973	3 498	8 955	5 520	65 227	15 199
7	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	11 612	1 945	6 020	3 647	42 216	8 563
8	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	1 181	201	631	349	6 062	1 239
9	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	24 451	3 944	12 436	8 071	64 388	17 840
10	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	3 149	490	1 713	946	12 716	3 549
11	Erledigte Anklagen	Verfahren	44 090	7 650	22 661	13 779	156 835	36 035
12	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	12 713	2 467	6 346	3 900	53 971	11 693
13	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	7 940	1 304	4 261	2 375	32 218	5 805
14	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	909	162	478	269	5 008	977
15	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	19 843	3 287	10 116	6 440	54 344	14 475
16	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	2 685	430	1 460	795	11 294	3 085
17	Erledigte Privatklagen	Verfahren	114	23	65	26	68	18
18	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	39	10	23	6	51	15
19	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	16	2	11	3	10	2
20	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	10	3	4	3	-	-
21	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	34	7	17	10	7	1
22	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	15	1	10	4	-	-
23	Hauptverhandlungstage insgesamt	Tage	48 238	7 808	25 067	15 363	154 823	39 053
24	dar. HV-Tage früherer Hauptverhandlungen	Tage	5 389	863	2 959	1 567	23 749	6 137
	davon in							
25	Anklagesachen	Tage	38 001	6 265	19 896	11 840	128 553	31 004
26	Privatklagesachen	Tage	108	18	62	28	17	3
27	sonstigen Verfahren	Tage	10 129	1 525	5 109	3 495	26 253	8 046
28	Erledigte Verfahren mit Hauptverhandlung zusammen	Verfahren	40 393	6 580	20 800	13 013	125 382	31 191
	Die Hauptverhandlung(en) verteilte(n) sich							
29	auf 1 HV-Tag	Verfahren	34 584	5 673	17 700	11 211	103 347	25 388
30	auf 2 HV-Tage	Verfahren	4 544	714	2 403	1 427	16 870	4 377
31	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	1 200	180	657	363	5 006	1 383
32	auf 6 bis 10 HV-Tage	Verfahren	48	9	30	9	146	38
33	auf 11 und mehr HV-Tage	Verfahren	17	4	10	3	13	5
34	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3
	Die letzte (einzige) Hauptverhandlung verteilte sich							
35	auf 1 HV-Tag	Verfahren	38 645	6 319	19 902	12 424	121 133	29 901
36	auf 2 HV-Tage	Verfahren	1 347	197	671	479	3 331	1 025
37	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	371	61	207	103	868	247
38	auf 6 bis 10 HV-Tage	Verfahren	26	2	18	6	41	14
39	auf 11 und mehr HV-Tage	Verfahren	4	1	2	1	9	4
40	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage der letzten (einzigen) Hauptverhandlung je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1
	An der letzten (einzigen) Hauptverhandlung haben teilgenommen							
41	Beschuldigte	Verfahren	37 570	6 136	19 400	12 034	112 107	28 465
42	Zahl der Beschuldigten	Personen	43 332	6 975	22 507	13 850	124 577	32 237
43	Verteidiger	Verfahren	19 726	3 209	9 944	6 573	62 210	16 188
44	Zahl der Verteidiger	Personen	21 964	3 537	11 125	7 302	68 865	18 076
45	Nebenkläger/Nebenklägervertreter	Verfahren	986	138	435	413	1 860	354
46	Privatkläger/Privatklägervertreter	Verfahren	3	-	2	1	10	2
47	Verletztenbeistand	Verfahren	88	14	47	27	215	38
48	Sachverständige	Verfahren	804	127	461	216	1 609	447
49	Dolmetscher	Verfahren	1 672	188	945	539	6 011	1 550
50	Gerichtshelfer/Jugendgerichtshelfer	Verfahren	11 192	2 171	6 330	2 691	32 036	8 998

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.4 Hauptverhandlungen in Strafverfahren

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
73 366	38 081	22 640	15 137	7 503	7 658	28 655	14 499	12 965	13 497	1
61 290	32 445	17 434	11 797	5 637	6 227	22 173	12 043	11 413	10 277	2
6	8	6	4	2	-	5	1	-	1	3
12 070	5 628	5 200	3 336	1 864	1 431	6 477	2 455	1 552	3 219	4
97 256	46 963	28 363	18 553	9 810	9 360	40 352	18 747	18 563	19 468	5
34 840	15 188	9 188	5 692	3 496	2 788	16 125	6 153	7 158	7 254	6
22 239	11 414	5 187	3 197	1 990	1 857	8 018	4 329	4 066	4 474	7
3 058	1 765	860	530	330	312	1 006	515	346	294	8
31 188	15 360	11 215	7 829	3 386	3 804	12 530	6 698	6 159	6 704	9
5 931	3 236	1 913	1 305	608	599	2 673	1 052	834	742	10
81 213	39 587	20 491	13 660	6 831	7 369	30 701	15 471	16 179	14 365	11
29 493	12 785	5 930	3 750	2 180	2 097	12 319	5 116	6 201	5 170	12
16 993	9 420	3 218	1 927	1 291	1 382	5 410	3 322	3 406	2 892	13
2 519	1 512	625	373	252	253	795	437	298	230	14
26 921	12 948	9 069	6 483	2 586	3 097	9 842	5 653	5 495	5 440	15
5 287	2 922	1 649	1 127	522	540	2 335	943	779	633	16
33	17	37	28	9	-	21	9	7	9	17
27	9	31	24	7	-	17	8	7	8	18
4	4	2	-	2	-	3	1	-	1	19
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20
2	4	4	4	-	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	22
76 030	39 740	24 071	16 084	7 987	8 286	31 294	16 055	13 456	14 428	23
11 168	6 444	3 582	2 346	1 236	1 170	4 667	2 020	1 591	1 322	24
63 628	33 921	18 629	12 598	6 031	6 772	24 385	13 383	11 851	11 039	25
6	8	7	4	3	-	5	1	-	1	26
12 396	5 811	5 435	3 482	1 953	1 514	6 904	2 671	1 605	3 388	27
62 416	31 775	19 175	12 861	6 314	6 572	24 227	12 594	11 405	12 214	28
51 951	26 008	15 695	10 571	5 124	5 340	19 271	10 211	9 970	10 716	29
8 172	4 321	2 612	1 731	881	938	3 614	1 684	1 015	1 124	30
2 236	1 387	798	512	286	277	1 284	661	400	348	31
54	54	65	43	22	14	51	36	20	20	32
3	5	5	4	1	3	7	2	-	6	33
1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	34
60 514	30 718	18 275	12 278	5 997	6 191	22 621	11 594	11 091	11 682	35
1 524	782	674	429	245	288	1 150	719	225	387	36
364	257	205	138	67	83	425	265	83	127	37
12	15	19	14	5	9	24	16	6	15	38
2	3	2	2	-	1	7	-	-	3	39
1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1	40
55 932	27 710	15 598	9 995	5 603	5 741	20 556	11 463	10 376	11 137	41
61 504	30 836	17 530	11 351	6 179	6 335	22 797	12 904	11 689	12 429	42
30 457	15 565	9 321	5 939	3 382	3 339	10 824	5 465	5 062	5 868	43
33 431	17 358	10 401	6 631	3 770	3 595	11 887	6 059	5 581	6 415	44
1 035	471	408	244	164	222	336	283	324	270	45
2	6	6	4	2	-	2	-	-	1	46
127	50	16	14	2	20	5	35	43	29	47
635	527	428	303	125	114	783	298	220	423	48
2 746	1 715	718	373	345	351	1 796	306	355	305	49
14 752	8 286	4 091	2 809	1 282	1 282	3 378	3 612	3 026	2 145	50

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.5 Dauer der Strafverfahren

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschließlich ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Deutschland	Baden- OLG	
				zusammen	Karlsruhe
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	700 394	67 419	28 693
	davon waren bei dem Gericht anhängig				
2	bis 3	%	59,3	68,5	68,3
3	3 - 6	%	25,1	21,7	21,6
4	6 - 12	%	11,3	7,7	8,2
5	12 - 18	%	2,6	1,3	1,3
6	18 - 24	%	0,9	0,4	0,3
7	24 - 36	%	0,5	0,2	0,2
8	mehr als 36 Monate	%	0,3	0,1	0,1
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	3,8	2,9	2,9
10	Durch Urteil erledigte Verfahren	Anzahl	304 830	32 420	13 286
	davon waren bei dem Gericht anhängig				
11	bis 3	%	50,4	60,0	57,9
12	3 - 6	%	31,6	28,3	28,8
13	6 - 12	%	13,6	9,5	11,0
14	12 - 18	%	2,8	1,6	1,7
15	18 - 24	%	0,9	0,4	0,4
16	24 - 36	%	0,5	0,2	0,1
17	mehr als 36 Monate	%	0,2	0,1	0,0
18	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	4,2	3,4	3,5
19	Erledigte Verfahren ohne Wiederaufnahmeverfahren, in ein Strafverfahren übergegangene Bußgeldverfahren, von den Finanzbehörden beantragte Strafbefehlsverfahren, Privatklageverfahren, Nachverfahren und Anträge auf Einleitung eines objektiven Verfahrens	Anzahl	695 450	66 824	28 463
	davon waren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft anhängig				
20	bis 3	%	27,4	33,4	33,9
21	3 - 6	%	32,0	33,2	32,0
22	6 - 12	%	25,5	21,7	21,9
23	12 - 18	%	8,1	6,8	7,3
24	18 - 24	%	3,1	2,4	2,4
25	24 - 36	%	2,2	1,5	1,5
26	36 - 48	%	0,6	0,4	0,4
27	mehr als 48 Monate	%	0,7	0,5	0,6
28	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	7,3	6,4	6,5

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.5 Dauer der Strafverfahren

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
Bezirk	zusammen	OLG-Bezirk									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							
38 726	103 121	59 633	25 268	18 220	38 904	24 261	8 280	18 281	42 553	13 747	1
68,7	70,5	69,6	75,7	66,2	65,0	48,2	53,0	59,6	49,4	54,3	2
21,8	20,7	21,0	18,0	23,2	23,6	27,9	22,7	24,6	28,4	26,2	3
7,3	7,0	7,3	5,1	8,3	8,4	15,9	16,1	12,2	15,6	15,0	4
1,4	1,3	1,4	0,9	1,6	1,7	4,2	4,6	2,2	3,8	3,2	5
0,4	0,3	0,4	0,2	0,4	0,7	1,8	1,8	0,7	1,4	0,8	6
0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,4	1,2	1,0	0,5	0,8	0,4	7
0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,7	0,8	0,2	0,6	0,1	8
2,9	2,8	2,9	2,5	3,0	3,2	5,0	4,8	3,6	4,8	4,0	9
19 134	53 211	32 532	12 689	7 990	16 062	9 419	2 034	8 343	18 670	5 418	10
61,4	64,0	63,8	69,9	55,5	56,5	40,2	25,0	52,4	39,4	41,8	11
27,9	25,7	25,4	22,7	31,3	29,5	32,7	34,7	30,4	35,4	32,9	12
8,5	8,3	8,5	6,1	10,8	10,9	18,5	27,0	13,5	18,4	20,0	13
1,5	1,5	1,6	1,0	1,9	1,9	5,0	7,0	2,5	4,2	3,8	14
0,4	0,4	0,5	0,2	0,4	0,7	2,1	3,3	0,6	1,5	0,9	15
0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,4	1,2	1,8	0,5	0,7	0,5	16
0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,3	1,1	0,2	0,5	0,1	17
3,4	3,2	3,2	2,9	3,5	3,6	5,3	7,1	4,0	5,2	4,8	18
38 361	102 240	59 141	25 011	18 088	38 613	24 122	8 252	18 201	42 169	13 554	19
33,0	35,0	31,8	42,6	35,0	19,1	22,3	33,7	26,7	19,5	28,4	20
34,1	33,3	34,3	32,2	31,5	27,0	29,9	24,8	29,6	31,9	32,1	21
21,5	21,5	22,9	17,5	22,3	30,2	28,2	23,8	27,7	31,1	24,6	22
6,5	5,8	6,2	4,5	6,0	11,2	9,9	8,4	8,6	10,0	8,3	23
2,3	2,1	2,2	1,5	2,5	4,2	4,0	4,1	3,3	3,5	3,6	24
1,6	1,3	1,5	1,0	1,5	2,9	3,3	3,3	2,4	2,4	2,0	25
0,4	0,4	0,4	0,3	0,5	1,0	1,0	0,9	0,8	0,7	0,5	26
0,5	0,5	0,4	0,5	0,7	1,3	0,9	0,9	0,8	0,8	0,5	27
6,3	6,1	6,3	5,4	6,4	8,8	8,4	7,7	7,7	8,2	7,1	28

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.5 Dauer der Strafverfahren

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschließlich ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Niedersachsen				Nordrhein-	
			zusammen	OLG-Bezirk			zusammen	OLG-
				Braun- schweig	Celle	Oldenburg		Düsseldorf
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	58 366	10 078	29 755	18 533	190 609	46 390
	davon waren bei dem Gericht anhängig							
2	bis 3	%	59,2	57,5	60,9	57,4	57,8	49,7
3	3 - 6	%	24,9	24,2	23,4	27,6	27,0	31,3
4	6 - 12	%	11,5	13,1	11,2	11,0	11,2	14,3
5	12 - 18	%	2,6	3,0	2,6	2,4	2,4	2,9
6	18 - 24	%	0,8	0,9	0,9	0,6	0,8	0,9
7	24 - 36	%	0,6	0,5	0,6	0,6	0,4	0,6
8	mehr als 36 Monate	%	0,4	0,7	0,3	0,3	0,4	0,3
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	3,9	4,2	3,8	3,8	3,9	4,3
10	Durch Urteil erledigte Verfahren	Anzahl	27 528	4 427	14 116	8 985	76 925	21 350
	davon waren bei dem Gericht anhängig							
11	bis 3	%	51,4	48,9	53,2	49,7	47,2	38,0
12	3 - 6	%	31,1	29,8	29,6	34,2	34,7	39,5
13	6 - 12	%	13,4	16,2	13,0	12,6	13,9	17,5
14	12 - 18	%	2,7	3,5	2,7	2,4	2,8	3,3
15	18 - 24	%	0,8	1,0	0,8	0,5	0,8	0,9
16	24 - 36	%	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,6
17	mehr als 36 Monate	%	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
18	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	4,1	4,4	4,0	4,0	4,2	4,8
19	Erledigte Verfahren ohne Wiederaufnahmeverfahren, in ein Strafverfahren übergegangene Bußgeldverfahren, von den Finanzbehörden beantragte Strafbefehlsverfahren, Privatklageverfahren, Nachverfahren und Anträge auf Einleitung eines objektiven Verfahrens	Anzahl	57 703	9 933	29 406	18 364	189 541	46 121
	davon waren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft anhängig							
20	bis 3	%	28,8	28,2	30,4	26,6	28,8	21,3
21	3 - 6	%	34,6	32,0	33,4	37,8	33,3	33,3
22	6 - 12	%	24,4	26,7	23,6	24,4	24,5	28,8
23	12 - 18	%	7,0	7,6	7,1	6,7	7,3	9,2
24	18 - 24	%	2,3	2,6	2,5	2,0	2,8	3,5
25	24 - 36	%	1,7	1,8	1,7	1,5	1,9	2,5
26	36 - 48	%	0,5	0,6	0,5	0,4	0,6	0,7
27	mehr als 48 Monate	%	0,5	0,6	0,5	0,5	0,7	0,7
28	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	6,7	7,1	6,6	6,6	7,1	7,9

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.5 Dauer der Strafverfahren

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
97 256	46 963	28 363	18 553	9 810	9 360	40 352	18 747	18 563	19 468	1
61,1	59,0	51,7	52,4	50,2	51,0	55,3	53,0	51,0	50,5	2
25,5	25,7	27,9	26,9	29,7	24,1	25,3	26,2	28,4	28,6	3
9,8	10,8	14,5	14,4	14,7	15,0	14,1	14,5	14,1	15,3	4
2,1	2,6	3,2	3,2	3,3	5,4	3,5	3,9	3,8	3,5	5
0,7	0,8	1,3	1,4	1,1	2,3	1,1	1,4	1,4	1,2	6
0,4	0,4	0,8	0,9	0,6	1,4	0,6	0,6	0,8	0,7	7
0,4	0,6	0,6	0,8	0,3	0,8	0,2	0,4	0,5	0,3	8
3,7	4,0	4,5	4,6	4,4	5,1	4,0	4,4	4,5	4,4	9
37 064	18 511	13 114	9 123	3 991	4 381	15 172	7 718	6 978	7 437	10
51,1	50,2	42,8	44,2	39,5	46,1	41,0	42,0	37,7	36,2	11
33,2	32,3	34,3	32,9	37,2	28,7	33,1	33,2	38,1	36,7	12
12,2	13,1	16,9	16,6	17,6	16,4	19,2	18,0	17,6	20,5	13
2,4	3,0	3,6	3,5	3,6	5,3	4,7	4,5	4,3	4,4	14
0,7	0,9	1,4	1,5	1,2	2,0	1,2	1,5	1,4	1,4	15
0,4	0,3	0,8	0,8	0,6	1,2	0,6	0,5	0,6	0,7	16
0,1	0,1	0,4	0,4	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	17
4,0	4,1	4,9	4,9	4,9	5,1	4,9	4,9	5,0	5,2	18
96 704	46 716	28 241	18 466	9 775	9 344	40 117	18 642	18 498	19 389	19
32,7	28,4	19,7	22,8	13,7	19,7	23,6	24,1	22,1	18,2	20
33,4	33,0	30,8	30,9	30,7	30,2	27,9	31,6	31,6	30,6	21
22,4	24,6	30,7	28,7	34,6	27,6	27,4	27,9	29,5	30,7	22
6,4	7,4	9,9	9,1	11,3	10,4	11,4	9,5	9,3	10,6	23
2,4	3,0	3,9	3,6	4,5	5,3	4,4	3,6	3,7	4,5	24
1,6	2,0	2,9	2,8	3,0	4,5	3,3	2,1	2,3	3,4	25
0,5	0,6	0,9	0,9	1,0	1,2	1,0	0,5	0,6	1,1	26
0,7	1,0	1,1	1,2	1,1	1,2	0,9	0,5	0,8	1,0	27
6,6	7,3	8,7	8,3	9,3	9,4	8,6	7,5	7,9	8,9	28

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.6 Einleitungsart, Erledigungsart, Hauptverhandlungen der Bußgeldverfahren

Lfd. Nr.	Art der Einleitung Art der Erledigung Hauptverhandlungen	Deutschland	Baden- OLG-	
			zusammen	Karlsruhe
Bußgeldverfahren insgesamt				
1	Erledigte Verfahren insgesamt	343 927	33 101	14 327
Die Verfahren wurden eingeleitet durch				
2	Zurückverweisung durch die Rechtsbeschwerdeinstanz	330	24	9
3	Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens	500	43	27
4	Einspruch gegen Bußgeldbescheid	343 097	33 034	14 291
Die Verfahren wurden erledigt durch				
5	Urteil	80 542	8 071	3 465
6	- Verwerfung des Einspruchs wegen Abwesenheit des Betroffenen (§ 74 Abs. 1 Satz 1 OWiG)	13 587	1 281	553
7	- Verurteilung	61 502	6 169	2 559
8	- Freispruch	5 263	600	342
9	- Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	190	21	11
10	Beschluss ohne Hauptverhandlung (§ 72 OWiG)	24 301	1 561	810
11	- Verurteilung	22 765	1 464	750
12	- Freispruch	914	83	52
13	- Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 72 Abs. 3 Satz 1 OWiG).....	622	14	8
14	Beschluss auf Verwerfung des Einspruchs als unzulässig (§ 70 Abs. 1 OWiG)	488	28	13
15	Einstellung, weil eine Ahndung nicht geboten ist (§ 47 Abs. 2 Satz 1 OWiG)	73 854	6 059	2 890
16	- ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Betroffenen auf die Staatskasse	65 766	5 608	2 707
17	- mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Betroffenen auf die Staatskasse	8 088	451	183
18	Einstellung wegen Abwesenheit des Betroffenen oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 Satz 1 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG).....	374	34	16
19	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a Abs. 1 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	2 180	117	55
20	Rücknahme der Klage durch die Staatsanwaltschaft (§ 411 Abs.3 StPO, § 71 Abs. 1 OWiG)	753	30	12
21	Rücknahme des Einspruchs	148 523	15 976	6 549
22	Sonstige Erledigungsart	12 912	1 225	517
23	Verfahren ohne Hauptverhandlung	187 771	17 579	7 784
24	Verfahren mit Hauptverhandlung ohne Urteil	75 614	7 451	3 078
25	Verfahren mit Hauptverhandlung und Urteil	80 542	8 071	3 465
dar. Bußgeldverfahren in Straßenverkehrssachen				
26	Erledigte Verfahren insgesamt	313 387	29 234	12 789
Die Verfahren wurden eingeleitet durch				
27	Zurückverweisung durch die Rechtsbeschwerdeinstanz	292	22	9
28	Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens	434	36	23
29	Einspruch gegen Bußgeldbescheid	312 661	29 176	12 757
Die Verfahren wurden erledigt durch				
30	Urteil	72 418	6 961	3 035
31	- Verwerfung des Einspruchs wegen Abwesenheit des Betroffenen (§ 74 Abs. 1 Satz 1 OWiG)	11 500	1 047	465
32	- Verurteilung	55 978	5 369	2 265
33	- Freispruch	4 794	531	299
34	- Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	146	14	6
35	Beschluss ohne Hauptverhandlung (§ 72 OWiG)	21 288	1 364	706
36	- Verurteilung	19 924	1 283	657
37	- Freispruch	791	71	45
38	- Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 72 Abs. 3 Satz 1 OWiG).....	573	10	4
39	Beschluss auf Verwerfung des Einspruchs als unzulässig (§ 70 Abs. 1 OWiG)	399	20	10
40	Einstellung, weil eine Ahndung nicht geboten ist (§ 47 Abs. 2 Satz 1 OWiG)	66 253	5 068	2 486
41	- ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Betroffenen auf die Staatskasse	59 099	4 700	2 335
42	- mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Betroffenen auf die Staatskasse	7 154	368	151
43	Einstellung wegen Abwesenheit des Betroffenen oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 Satz 1 StPO, § 46 Abs.1 OWiG).....	288	23	12
44	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a Abs. 1 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	1 940	101	43
45	Rücknahme der Klage durch die Staatsanwaltschaft (§ 411 Abs. 3 StPO, § 71 Abs. 1 OWiG)	668	24	11
46	Rücknahme des Einspruchs	140 348	14 837	6 140
48	Sonstige Erledigungsart	9 785	836	346
48	Verfahren ohne Hauptverhandlung	172 810	15 724	7 026
49	Verfahren mit Hauptverhandlung ohne Urteil	68 159	6 549	2 728
50	Verfahren mit Hauptverhandlung und Urteil	72 418	6 961	3 035

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.6 Einleitungsart, Erledigungsart, Hauptverhandlungen der Bußgeldverfahren

Württemberg Bezirk	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.	
	Stuttgart	zusammen	OLG-Bezirk									
			München	Nürnberg								Bamberg
Bußgeldverfahren insgesamt												
18 774	54 882	32 006	10 905	11 971	23 731	16 846	5 378	7 286	33 814	8 129	1	
15	53	35	8	10	32	7	1	37	2	9	2	
16	70	58	6	6	-	11	2	5	38	14	3	
18 743	54 759	31 913	10 891	11 955	23 699	16 828	5 375	7 244	33 774	8 106	4	
4 606	11 281	6 303	2 397	2 581	5 161	4 164	1 068	1 497	6 543	1 534	5	
728	1 772	1 028	397	347	1 014	745	114	245	1 587	243	6	
3 610	8 963	4 932	1 888	2 143	3 989	3 176	917	1 091	4 475	1 145	7	
258	540	338	111	91	97	229	37	160	473	134	8	
10	6	5	1	-	61	14	-	1	8	12	9	
751	3 303	1 715	552	1 036	1 734	1 338	1 153	211	2 488	425	10	
714	3 190	1 647	532	1 011	1 706	1 220	1 131	171	2 396	216	11	
31	103	61	19	23	20	68	9	35	71	27	12	
6	10	7	1	2	8	50	13	5	21	182	13	
15	51	28	12	11	12	12	121	14	47	9	14	
3 169	10 871	7 321	1 707	1 843	7 921	2 758	1 242	2 259	6 415	2 335	15	
2 901	9 830	6 706	1 503	1 621	7 821	2 350	1 147	1 941	5 927	2 330	16	
268	1 041	615	204	222	100	408	95	318	488	5	17	
18	75	39	21	15	34	35	7	8	26	10	18	
62	147	76	33	38	50	100	56	46	175	383	19	
18	197	135	37	25	2	57	15	35	101	3	20	
9 427	28 037	15 864	5 943	6 230	8 377	7 757	1 440	2 695	16 360	3 188	21	
708	920	525	203	192	440	625	276	521	1 659	242	22	
9 795	31 639	18 603	5 792	7 244	12 748	8 943	3 598	3 819	21 880	4 724	23	
4 373	11 962	7 100	2 716	2 146	5 822	3 739	712	1 970	5 391	1 871	24	
4 606	11 281	6 303	2 397	2 581	5 161	4 164	1 068	1 497	6 543	1 534	25	
dar. Bußgeldverfahren in Straßenverkehrssachen												
16 445	52 298	30 276	10 418	11 604	20 491	15 620	5 139	6 306	30 894	7 577	26	
13	48	30	8	10	21	7	1	33	2	9	27	
13	62	52	6	4	-	8	1	4	27	12	28	
16 419	52 188	30 194	10 404	11 590	20 470	15 605	5 137	6 269	30 865	7 556	29	
3 926	10 508	5 753	2 259	2 496	4 019	3 826	1 001	1 315	5 852	1 420	30	
582	1 591	905	360	326	712	649	103	204	1 400	208	31	
3 104	8 415	4 535	1 794	2 086	3 205	2 947	863	961	4 007	1 077	32	
232	497	309	104	84	59	217	35	149	438	125	33	
8	5	4	1	-	43	13	-	1	7	10	34	
658	3 085	1 550	531	1 004	1 629	1 225	1 128	168	1 934	402	35	
626	2 983	1 489	513	981	1 616	1 115	1 106	134	1 853	199	36	
26	92	54	17	21	6	63	9	29	62	27	37	
6	10	7	1	2	7	47	13	5	19	176	38	
10	37	19	9	9	8	7	119	10	38	7	39	
2 582	10 305	6 951	1 593	1 761	7 132	2 445	1 175	1 976	5 826	2 134	40	
2 365	9 336	6 386	1 405	1 545	7 047	2 081	1 080	1 697	5 388	2 129	41	
217	969	565	188	216	85	364	95	279	438	5	42	
11	66	32	20	14	19	30	7	7	17	10	43	
58	126	62	30	34	35	92	51	36	155	377	44	
13	182	122	36	24	-	42	15	29	99	3	45	
8 697	27 242	15 376	5 771	6 095	7 477	7 465	1 403	2 392	15 652	3 036	46	
490	747	411	169	167	172	488	240	373	1 321	188	48	
8 698	30 443	17 809	5 582	7 052	11 670	8 375	3 461	3 295	20 073	4 430	48	
3 821	11 347	6 714	2 577	2 056	4 802	3 419	677	1 696	4 969	1 727	49	
3 926	10 508	5 753	2 259	2 496	4 019	3 826	1 001	1 315	5 852	1 420	50	

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.6 Einleitungsart, Erledigungsart, Hauptverhandlungen der Bußgeldverfahren

Lfd. Nr.	Art der Einleitung Art der Erledigung Hauptverhandlungen	Niedersachsen			Nordrhein-		
		zusammen	OLG-Bezirk		zusammen	OLG-	
			Braun- schweig	Celle		Oldenburg	Düsseldorf
Bußgeldverfahren insgesamt							
1	Erledigte Verfahren insgesamt	30 229	6 347	15 168	8 714	75 472	20 127
Die Verfahren wurden eingeleitet durch							
2	Zurückverweisung durch die Rechtsbeschwerdeinstanz	17	4	5	8	58	12
3	Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens	78	12	53	13	197	39
4	Einspruch gegen Bußgeldbescheid	30 134	6 331	15 110	8 693	75 217	20 076
Die Verfahren wurden erledigt durch							
5	Urteil	7 426	1 503	3 525	2 398	20 359	5 181
6	- Verwerfung des Einspruchs wegen Abwesenheit des Betroffenen (§ 74 Abs. 1 Satz 1 OWiG)	1 136	243	609	284	3 400	1 019
7	- Verurteilung	5 816	1 183	2 628	2 005	15 466	3 724
8	- Freispruch	464	74	283	107	1 474	435
9	- Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	10	3	5	2	19	3
10	Beschluss ohne Hauptverhandlung (§ 72 OWiG)	1 993	345	1 156	492	6 168	1 535
11	- Verurteilung	1 922	333	1 118	471	5 921	1 467
12	- Freispruch	36	10	13	13	179	59
13	- Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 72 Abs. 3 Satz 1 OWiG)	35	2	25	8	68	9
14	Beschluss auf Verwerfung des Einspruchs als unzulässig (§ 70 Abs. 1 OWiG)	36	5	16	15	104	36
15	Einstellung, weil eine Ahndung nicht geboten ist (§ 47 Abs. 2 Satz 1 OWiG)	5 153	1 262	2 499	1 392	16 353	4 939
16	- ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Betroffenen auf die Staatskasse	4 745	1 189	2 281	1 275	13 420	4 137
17	- mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Betroffenen auf die Staatskasse	408	73	218	117	2 933	802
18	Einstellung wegen Abwesenheit des Betroffenen oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 Satz 1 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	18	10	6	2	54	6
19	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a Abs. 1 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	129	27	62	40	392	100
20	Rücknahme der Klage durch die Staatsanwaltschaft (§ 411 Abs. 3 StPO, § 71 Abs. 1 OWiG)	68	8	45	15	188	41
21	Rücknahme des Einspruchs	14 192	2 938	7 204	4 050	28 575	7 454
22	Sonstige Erledigungsart	1 214	249	655	310	3 279	835
23	Verfahren ohne Hauptverhandlung	16 996	3 746	8 771	4 479	37 262	9 999
24	Verfahren mit Hauptverhandlung ohne Urteil	5 807	1 098	2 872	1 837	17 851	4 947
25	Verfahren mit Hauptverhandlung und Urteil	7 426	1 503	3 525	2 398	20 359	5 181
dar. Bußgeldverfahren in Straßenverkehrssachen							
26	Erledigte Verfahren insgesamt	28 011	5 950	14 006	8 055	69 544	18 598
Die Verfahren wurden eingeleitet durch							
27	Zurückverweisung durch die Rechtsbeschwerdeinstanz	17	4	5	8	50	11
28	Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens	70	10	47	13	181	34
29	Einspruch gegen Bußgeldbescheid	27 924	5 936	13 954	8 034	69 313	18 553
Die Verfahren wurden erledigt durch							
30	Urteil	6 877	1 414	3 235	2 228	18 877	4 766
31	- Verwerfung des Einspruchs wegen Abwesenheit des Betroffenen (§ 74 Abs. 1 Satz 1 OWiG)	980	209	517	254	2 970	883
32	- Verurteilung	5 465	1 135	2 454	1 876	14 511	3 476
33	- Freispruch	422	67	259	96	1 380	404
34	- Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	10	3	5	2	16	3
35	Beschluss ohne Hauptverhandlung (§ 72 OWiG)	1 766	321	1 019	426	5 277	1 384
36	- Verurteilung	1 709	313	986	410	5 059	1 326
37	- Freispruch	26	6	11	9	156	51
38	- Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 72 Abs. 3 Satz 1 OWiG)	31	2	22	7	62	7
39	Beschluss auf Verwerfung des Einspruchs als unzulässig (§ 70 Abs. 1 OWiG)	29	4	13	12	86	29
40	Einstellung, weil eine Ahndung nicht geboten ist (§ 47 Abs. 2 Satz 1 OWiG)	4 635	1 148	2 254	1 233	14 887	4 582
41	- ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Betroffenen auf die Staatskasse	4 274	1 081	2 065	1 128	12 223	3 807
42	- mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Betroffenen auf die Staatskasse	361	67	189	105	2 664	775
43	Einstellung wegen Abwesenheit des Betroffenen oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 Satz 1 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	16	10	6	-	45	5
44	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a Abs. 1 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	116	25	56	35	345	91
45	Rücknahme der Klage durch die Staatsanwaltschaft (§ 411 Abs. 3 StPO, § 71 Abs. 1 OWiG)	59	6	39	14	171	36
46	Rücknahme des Einspruchs	13 562	2 837	6 865	3 860	27 227	7 037
48	Sonstige Erledigungsart	951	185	519	247	2 629	668
48	Verfahren ohne Hauptverhandlung	15 793	3 534	8 129	4 130	34 194	9 276
49	Verfahren mit Hauptverhandlung ohne Urteil	5 341	1 002	2 642	1 697	16 473	4 556
50	Verfahren mit Hauptverhandlung und Urteil	6 877	1 414	3 235	2 228	18 877	4 766

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.6 Einleitungsart, Erledigungsart, Hauptverhandlungen der Bußgeldverfahren

Westfalen		Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
Bezirk		zusammen	OLG-Bezirk							
Hamm	Köln		Koblenz	Zweibrücken						
Bußgeldverfahren insgesamt										
36 788	18 557	11 484	8 006	3 478	2 898	15 114	7 930	7 225	10 408	1
41	5	17	8	9	4	57	7	2	3	2
90	68	3	1	2	7	9	9	4	10	3
36 657	18 484	11 464	7 997	3 467	2 887	15 048	7 914	7 219	10 395	4
10 462	4 716	2 509	1 760	749	802	4 207	1 802	1 526	2 592	5
1 738	643	340	245	95	78	563	331	258	480	6
7 985	3 757	1 970	1 408	562	708	3 242	1 324	1 146	1 905	7
727	312	188	100	88	16	387	146	118	200	8
12	4	11	7	4	-	15	1	4	7	9
2 006	2 627	772	493	279	257	356	769	602	1 171	10
1 892	2 562	723	474	249	221	266	716	548	954	11
65	55	44	15	29	-	79	38	21	101	12
49	10	5	4	1	36	11	15	33	116	13
47	21	16	10	6	3	9	9	8	9	14
7 526	3 888	1 972	1 343	629	437	3 604	1 968	1 905	2 602	15
6 373	2 910	1 794	1 250	544	400	2 992	1 870	1 611	1 980	16
1 153	978	178	93	85	37	612	98	294	622	17
27	21	17	12	5	1	31	6	10	8	18
183	109	85	41	44	13	195	55	72	165	19
115	32	7	6	1	4	11	8	13	14	20
14 845	6 276	5 244	3 725	1 519	1 286	6 157	3 084	2 672	3 483	21
1 577	867	862	616	246	95	544	229	417	364	22
16 549	10 714	6 350	4 504	1 846	1 150	6 537	4 166	4 383	5 997	23
9 777	3 127	2 625	1 742	883	946	4 370	1 962	1 316	1 819	24
10 462	4 716	2 509	1 760	749	802	4 207	1 802	1 526	2 592	25
dar. Bußgeldverfahren in Straßenverkehrssachen										
34 166	16 780	9 364	6 460	2 904	2 553	13 873	6 835	6 015	9 633	26
36	3	15	7	8	4	51	7	2	3	27
84	63	3	1	2	4	7	7	2	10	28
34 046	16 714	9 346	6 452	2 894	2 545	13 815	6 821	6 011	9 620	29
9 769	4 342	1 911	1 304	607	702	3 900	1 565	1 299	2 385	30
1 536	551	231	166	65	62	460	251	208	424	31
7 535	3 500	1 523	1 055	468	626	3 072	1 181	991	1 765	32
688	288	151	80	71	14	355	133	97	191	33
10	3	6	3	3	-	13	-	3	5	34
1 724	2 169	628	383	245	198	327	543	516	1 098	35
1 623	2 110	590	369	221	164	249	496	471	897	36
56	49	34	11	23	-	68	37	17	94	37
45	10	4	3	1	34	10	10	28	107	38
38	19	12	7	5	2	8	4	6	6	39
6 828	3 477	1 586	1 078	508	351	3 204	1 670	1 495	2 364	40
5 790	2 626	1 452	1 002	450	318	2 712	1 583	1 322	1 757	41
1 038	851	134	76	58	33	492	87	173	607	42
24	16	9	7	2	-	21	4	8	6	43
165	89	65	26	39	8	176	48	62	147	44
104	31	5	4	1	3	10	7	7	12	45
14 220	5 970	4 496	3 180	1 316	1 212	5 819	2 843	2 360	3 325	46
1 294	667	652	471	181	77	408	151	262	290	48
15 350	9 568	5 421	3 819	1 602	999	5 981	3 588	3 759	5 604	48
9 047	2 870	2 032	1 337	695	852	3 992	1 682	957	1 644	49
9 769	4 342	1 911	1 304	607	702	3 900	1 565	1 299	2 385	50

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.7 Dauer der Bußgeldverfahren

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschließlich ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Deutschland	Baden-	
				zusammen	OLG-
					Karlsruhe

Bußgeldverfahren insgesamt

1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	343 927	33 101	14 327
	davon waren bei dem Gericht anhängig				
2	bis 1	%	26,2	32,3	30,4
3	1 - 2	%	24,7	26,8	26,4
4	2 - 3	%	17,2	16,5	17,5
5	3 - 6	%	21,4	18,3	19,4
6	6 - 9	%	6,6	4,4	4,9
7	9 - 12	%	2,3	1,1	1,0
8	mehr als 12 Monate	%	1,7	0,5	0,4
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	2,8	2,2	2,3
10	Durch Urteil erledigte Verfahren	Anzahl	80 542	8 071	3 465
	davon waren bei dem Gericht anhängig				
11	bis 1	%	7,3	12,7	8,4
12	1 - 2	%	22,7	28,0	25,5
13	2 - 3	%	21,9	21,8	23,1
14	3 - 6	%	30,7	27,6	31,8
15	6 - 9	%	10,3	6,9	8,4
16	9 - 12	%	3,9	2,0	2,0
17	mehr als 12 Monate	%	3,1	1,0	0,8
18	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	3,9	3,1	3,3
19	Durch Beschluss nach § 72 OWiG erledigte Verfahren	Anzahl	24 301	1 561	810
	davon waren bei dem Gericht anhängig				
20	bis 1	%	18,3	21,8	19,3
21	1 - 2	%	29,5	30,6	32,3
22	2 - 3	%	18,4	17,2	15,8
23	3 - 6	%	22,1	21,3	22,2
24	6 - 9	%	7,1	6,2	7,7
25	9 - 12	%	2,5	2,1	1,9
26	mehr als 12 Monate	%	2,1	0,7	0,9
27	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	3,1	2,7	2,8

dar. Bußgeldverfahren in Straßenverkehrssachen

28	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	313 387	29 234	12 789
	davon waren bei dem Gericht anhängig				
29	bis 1	%	26,6	32,6	30,8
30	1 - 2	%	24,7	26,9	26,5
31	2 - 3	%	17,1	16,4	17,4
32	3 - 6	%	21,2	18,2	19,3
33	6 - 9	%	6,5	4,4	4,7
34	9 - 12	%	2,3	1,1	1,0
35	mehr als 12 Monate	%	1,6	0,5	0,4
36	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	2,8	2,2	2,3

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

2.7 Dauer der Bußgeldverfahren

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
Bezirk	zusammen	OLG-Bezirk									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							

Bußgeldverfahren insgesamt

18 774	54 882	32 006	10 905	11 971	23 731	16 846	5 378	7 286	33 814	8 129	1
33,7	35,6	36,6	40,2	28,7	31,2	16,4	25,1	38,3	23,7	19,0	2
27,1	27,3	26,3	29,7	28,0	25,7	18,3	23,1	28,1	23,4	20,7	3
15,8	15,8	15,8	12,9	18,5	16,9	18,2	17,9	15,6	16,7	15,1	4
17,5	15,1	15,2	12,0	17,5	19,4	27,8	22,6	13,7	23,0	26,6	5
4,1	4,0	4,0	3,3	4,6	4,5	9,8	7,5	3,3	8,2	11,4	6
1,2	1,3	1,2	1,1	1,7	1,4	4,5	2,0	0,7	2,9	4,9	7
0,6	0,9	0,9	0,7	1,1	0,9	4,9	1,8	0,4	2,0	2,2	8
2,2	2,2	2,1	2,0	2,4	2,4	4,0	2,9	1,9	3,1	3,6	9
4 606	11 281	6 303	2 397	2 581	5 161	4 164	1 068	1 497	6 543	1 534	10
16,0	13,7	12,2	20,8	10,7	5,5	2,4	3,9	13,6	3,1	3,7	11
29,9	31,8	31,6	37,7	26,7	25,4	12,3	15,8	31,4	16,2	17,7	12
20,8	22,5	23,3	17,6	25,3	24,1	19,4	20,3	24,0	18,1	17,8	13
24,5	21,3	22,1	15,7	24,7	33,3	36,6	37,5	22,6	34,9	31,0	14
5,8	6,2	6,3	5,1	6,9	7,4	13,9	14,0	6,4	16,2	15,5	15
2,0	2,6	2,5	1,8	3,4	2,4	7,0	4,5	1,4	6,5	9,5	16
1,1	1,9	2,0	1,2	2,3	1,9	8,5	3,9	0,6	5,0	4,8	17
2,9	3,0	3,1	2,5	3,3	3,5	5,4	4,4	2,8	4,9	4,9	18
751	3 303	1 715	552	1 036	1 734	1 338	1 153	211	2 488	425	19
24,6	25,3	26,4	26,3	23,1	35,1	6,1	16,1	23,2	14,1	4,7	20
28,8	30,9	28,2	30,1	35,7	36,6	22,9	33,1	34,1	29,4	15,8	21
18,6	18,0	18,4	17,9	17,5	11,8	19,0	22,7	17,1	19,8	12,0	22
20,4	18,2	19,2	19,0	16,0	12,1	25,8	20,7	18,5	25,0	31,3	23
4,7	5,0	5,0	3,8	5,7	2,8	12,0	5,0	5,2	7,7	24,9	24
2,4	1,2	1,3	1,1	1,1	1,2	6,7	1,0	0,9	1,9	6,6	25
0,5	1,4	1,5	1,8	1,0	0,5	7,6	1,2	0,9	2,1	4,7	26
2,6	2,5	2,6	2,5	2,5	2,0	4,8	2,7	2,4	3,2	5,5	27

dar. Bußgeldverfahren in Straßenverkehrssachen

16 445	52 298	30 276	10 418	11 604	20 491	15 620	5 139	6 306	30 894	7 577	28
34,1	36,0	37,2	40,5	28,8	33,0	16,2	25,3	37,6	24,0	18,9	29
27,1	27,3	26,2	29,8	28,0	25,3	18,2	23,3	28,1	22,7	20,7	30
15,7	15,7	15,6	12,8	18,4	16,6	18,2	18,1	16,0	16,7	15,0	31
17,3	14,9	15,0	11,8	17,4	18,9	27,8	22,5	14,0	23,2	26,8	32
4,1	3,9	3,9	3,3	4,5	4,2	10,0	7,2	3,3	8,4	11,5	33
1,2	1,3	1,2	1,1	1,8	1,4	4,6	1,9	0,7	3,0	5,0	34
0,5	0,8	0,8	0,6	1,1	0,7	5,0	1,6	0,3	1,9	2,1	35
2,2	2,1	2,1	1,9	2,4	2,3	4,0	2,9	1,9	3,1	3,6	36

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.7 Dauer der Bußgeldverfahren

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschließlich ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
			zusammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
				Braun- schweig	Celle	Oldenburg		Düssel- dorf	Hamm	Köln

Bußgeldverfahren insgesamt

1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	30 229	6 347	15 168	8 714	75 472	20 127	36 788	18 557
	davon waren bei dem Gericht anhängig									
2	bis 1	%	23,1	24,1	22,5	23,5	23,2	21,7	23,9	23,6
3	1 - 2	%	25,0	27,0	21,5	29,8	26,5	25,5	27,6	25,3
4	2 - 3	%	18,5	21,5	15,8	21,2	18,2	18,7	18,0	18,2
5	3 - 6	%	22,2	19,2	25,7	18,3	22,1	24,0	21,3	21,6
6	6 - 9	%	7,2	5,6	9,4	4,6	6,2	6,3	5,8	7,0
7	9 - 12	%	2,1	1,8	2,7	1,3	2,0	2,1	1,9	2,2
8	mehr als 12 Monate	%	1,7	0,9	2,3	1,3	1,7	1,8	1,4	2,1
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	2,9	2,6	3,3	2,5	2,9	3,0	2,7	3,0
10	Durch Urteil erledigte Verfahren	Anzahl	7 426	1 503	3 525	2 398	20 359	5 181	10 462	4 716
	davon waren bei dem Gericht anhängig									
11	bis 1	%	5,5	5,9	4,1	7,2	6,3	5,2	7,3	5,1
12	1 - 2	%	21,4	24,0	16,2	27,4	22,7	19,6	25,8	19,4
13	2 - 3	%	23,4	30,1	17,2	28,3	23,5	23,8	23,8	22,2
14	3 - 6	%	31,1	26,7	36,1	26,5	32,3	35,3	30,3	33,5
15	6 - 9	%	12,0	9,5	16,5	6,9	9,3	9,9	7,9	11,8
16	9 - 12	%	3,7	2,7	5,3	2,0	3,5	3,7	3,0	4,3
17	mehr als 12 Monate	%	2,9	0,9	4,6	1,7	2,5	2,5	1,9	3,7
18	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	4,0	3,4	4,7	3,2	3,8	4,0	3,5	4,2
19	Durch Beschluss nach § 72 OWiG erledigte Verfahren	Anzahl	1 993	345	1 156	492	6 168	1 535	2 006	2 627
	davon waren bei dem Gericht anhängig									
20	bis 1	%	13,9	19,4	11,9	14,6	19,7	21,4	25,0	14,8
21	1 - 2	%	28,4	24,9	28,7	30,1	34,1	36,0	31,5	35,0
22	2 - 3	%	22,2	21,4	22,0	23,4	19,4	17,3	16,7	22,7
23	3 - 6	%	23,7	24,6	24,0	22,6	18,0	18,4	15,9	19,4
24	6 - 9	%	7,6	7,2	8,3	6,3	5,5	4,7	6,5	5,2
25	9 - 12	%	2,0	0,9	2,5	1,4	1,9	1,4	2,8	1,4
26	mehr als 12 Monate	%	2,2	1,4	2,6	1,6	1,4	0,8	1,7	1,5
27	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	3,2	2,9	3,5	3,0	2,7	2,5	2,7	2,8

dar. Bußgeldverfahren in Straßenverkehrssachen

28	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	28 011	5 950	14 006	8 055	69 544	18 598	34 166	16 780
	davon waren bei dem Gericht anhängig									
29	bis 1	%	23,2	24,6	22,1	23,9	23,4	21,8	24,0	24,0
30	1 - 2	%	24,8	27,2	20,7	30,3	26,4	25,5	27,5	25,4
31	2 - 3	%	18,6	21,8	15,9	21,0	18,3	18,7	18,1	18,3
32	3 - 6	%	22,4	18,8	26,5	18,0	22,1	24,2	21,3	21,2
33	6 - 9	%	7,3	5,3	9,7	4,4	6,2	6,2	5,8	7,0
34	9 - 12	%	2,1	1,4	2,8	1,3	2,0	2,0	1,9	2,2
35	mehr als 12 Monate	%	1,6	0,7	2,3	1,1	1,6	1,6	1,4	1,9
36	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	2,9	2,5	3,4	2,5	2,8	3,0	2,7	2,9

2 Vor dem Amtsgericht 2013 erledigte Verfahren

noch: 2.7 Dauer der Bußgeldverfahren

Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						

Bußgeldverfahren insgesamt

11 484	8 006	3 478	2 898	15 114	7 930	7 225	10 408	1
23,8	24,2	22,8	24,2	18,8	19,6	22,9	18,4	2
22,5	22,4	22,8	24,9	19,3	24,4	21,6	18,3	3
17,5	16,9	18,8	19,9	17,4	14,9	17,6	16,9	4
24,5	24,4	24,6	23,3	28,1	22,3	25,6	27,9	5
6,6	6,8	6,1	4,5	11,2	10,2	8,0	10,3	6
2,4	2,3	2,6	1,4	3,4	5,2	2,5	4,2	7
2,8	3,0	2,3	1,9	1,8	3,4	1,9	4,0	8
3,4	3,5	3,1	2,8	3,5	3,6	3,1	3,9	9
2 509	1 760	749	802	4 207	1 802	1 526	2 592	10
5,7	5,7	5,7	12,0	4,6	6,6	5,2	4,4	11
19,8	19,5	20,6	20,3	18,1	23,3	15,9	13,1	12
21,1	20,5	22,7	21,3	21,6	18,7	19,3	19,4	13
33,6	34,3	32,2	33,0	33,3	23,3	39,4	36,6	14
11,1	11,5	10,1	7,6	14,9	13,2	13,2	14,9	15
4,5	4,3	5,1	2,2	4,7	8,3	4,1	5,7	16
4,0	4,2	3,6	3,5	2,8	6,7	2,9	6,0	17
4,3	4,3	4,2	3,7	4,3	4,7	4,3	5,0	18
772	493	279	257	356	769	602	1 171	19
15,7	15,4	16,1	12,1	18,3	8,1	15,4	9,6	20
24,4	24,1	24,7	23,7	17,7	14,4	24,4	20,1	21
19,3	20,9	16,5	21,0	17,4	14,3	18,6	15,5	22
28,8	29,0	28,3	34,2	30,6	39,9	27,1	31,7	23
6,6	5,7	8,2	6,2	11,0	11,8	9,3	13,2	24
2,8	2,2	3,9	1,9	2,5	7,0	2,7	5,6	25
2,5	2,6	2,2	0,8	2,5	4,4	2,5	4,4	26
3,3	3,2	3,4	3,3	3,5	4,6	3,3	4,5	27

dar. Bußgeldverfahren in Straßenverkehrssachen

9 364	6 460	2 904	2 553	13 873	6 835	6 015	9 633	28
26,0	27,0	23,7	26,4	18,6	20,0	24,2	18,7	29
24,0	24,2	23,6	26,2	19,4	24,8	22,2	18,6	30
17,7	17,2	18,6	19,7	17,6	14,7	17,1	17,2	31
22,7	21,9	24,3	21,3	28,3	21,1	25,6	27,4	32
5,5	5,5	5,6	4,1	11,1	10,5	7,5	10,3	33
2,1	1,9	2,3	1,3	3,4	5,5	2,0	4,2	34
2,1	2,2	1,9	1,1	1,6	3,4	1,3	3,6	35
3,1	3,1	2,9	2,5	3,4	3,6	2,9	3,8	36

3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht

3.1 Geschäftsentwicklung von 1999 bis 2013

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Spruchkörper	Deutschland				
		1999	2000 1)	2001	2002	2003
Verfahren in erster Instanz						
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	7 048	6 733	6 617	6 442	6 655
2	Neuzugänge 2)	14 001	13 836	13 463	14 417	14 636
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	806	796	833	788	831
4	Erledigte Verfahren 2)	14 350	13 952	13 638	14 204	14 596
5	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	1 011	960	971	952	1 159
6	Verfahren vor der Großen Strafkammer.....	9 063	8 873	8 568	9 174	9 334
7	vor dem Schwurgericht	1 595	1 595	1 509	1 422	1 520
8	vor der Wirtschaftsstrafkammer	1 128	1 028	1 107	1 027	1 153
9	vor der Großen Jugendkammer	2 564	2 456	2 454	2 581	2 589
10	dar. Jugendschutzsachen	951	924	857	989	956
11	Anhängige Verfahren am Jahresende	6 699	6 617	6 442	6 655	6 695
Verfahren in der Berufungsinstanz						
12	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	19 472	19 381	18 696	17 950	18 397
13	Neuzugänge 2)	57 566	55 576	53 821	55 423	56 360
14	Abgaben innerhalb des Gerichts	1 663	1 887	1 487	1 643	1 659
15	Erledigte Verfahren 2)	57 698	56 261	54 567	54 976	56 159
16	dar. in der Berufungsinstanz durch Trennung angefallenen Verfahren	397	346	360	348	364
17	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	14 069	13 564	12 639	12 068	11 780
Verfahren vor der Kleinen Strafkammer						
18	Berufungen gegen Strafrichterurteile	41 418	40 049	38 665	38 602	39 712
19	Berufungen gegen Schöffengerichtsurteile	7 742	7 468	7 185	6 987	7 076
20	vor der Wirtschaftsstrafkammer	678	718	635	642	711
21	vor der Großen Jugendkammer	4 711	4 803	4 856	5 151	5 087
22	vor der Kleinen Jugendkammer	3 149	3 223	3 226	3 594	3 573
23	Anhängige Verfahren am Jahresende	19 340	18 696	17 950	18 397	18 598
Sonstiger Geschäftsanfall						
Verfahren vor der (Großen) Strafvollstreckungskammer						
24	Verfahren über die Aussetzung der Vollstreckung des Restes einer lebenslangen Freiheitsstrafe oder die Aussetzung der Vollstreckung der Unterbringung im Psychiatrischen Krankenhaus 3)	6 589	6 625	6 619	6 956	7 408
Verfahren vor der (Kleinen) Strafvollstreckungskammer						
25	Verurteilung zu zeitiger Freiheitsstrafe	90 689	90 094	89 805	91 081	93 367
26	Verfahren nach §§ 109, 110, 138 StVollzG	9 291	9 715	11 845	11 219	11 300
27	Verfahren nach dem 4. Teil des IRG und nach § 71 Abs. 4 IRG 4)	75	64	68	69	124
Führungsaufsichten						
28	Erledigte Verfahren
29	In das Beschwerderegister eingetragene Verfahren insgesamt 5)	63 408	61 925	59 832	58 947	58 963
30	Verfahren nach dem OWiG	7 476	7 023	6 492	7 110	8 338
31	Sonstige Beschwerden	55 932	54 902	53 340	51 837	50 625
Nachträgliche oder vorbehaltene Sicherungsverwahrung						
32	Verfahren zur Anordnung der nachträglichen oder vorbehaltenen Sicherungsverwahrung
33	Verfahren über die Aussetzung eines Strafarrrestes bei vorbehaltener Sicherungsverwahrung in den Fällen des § 462a Abs. 2 Satz 3 StPO.....

1) Für Hamburg Ergebnisse aus 1999.

2) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

3) Seit 2001 einschl. der Verfahren über die Aussetzung der Vollstreckung der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung.

4) Vollstreckung ausländischer Erkenntnisse durch ein deutsches Strafgericht sowie Ersuchen an einen ausländischen Staat durch ein deutsches Strafgericht um Vollstreckung einer freiheitsentziehenden Sanktion nach § 71 Abs. 4 IRG.

5) Einschl. Beschwerden über den Ansatz von Gerichtskosten, Zeugen- und Sachverständigenentschädigung.

3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht

3.1 Geschäftsentwicklung von 1999 bis 2013

Deutschland										Lfd. Nr.
2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Verfahren in erster Instanz										
6 695	6 967	7 271	7 083	6 877	6 592	6 872	6 987	7 259	7 524	1
14 338	14 528	14 288	14 120	13 725	14 204	14 071	14 139	13 890	13 350	2
935	922	940	1 266	1 052	1 098	1 043	1 093	1 178	1 520	3
14 066	14 224	14 476	14 326	14 010	13 924	13 956	13 867	13 625	13 077	4
964	970	943	996	870	953	924	885	852	685	5
9 168	9 338	9 373	9 301	9 095	8 991	8 936	8 919	8 747	8 529	6
1 386	1 292	1 404	1 350	1 353	1 254	1 236	1 246	1 228	1 229	7
1 056	1 128	1 201	1 107	1 173	1 180	1 264	1 192	1 192	1 071	8
2 456	2 466	2 498	2 568	2 389	2 499	2 520	2 510	2 458	2 248	9
913	894	885	840	699	716	657	694	657	723	10
6 967	7 271	7 083	6 877	6 592	6 872	6 987	7 259	7 524	7 797	11
Verfahren in der Berufungsinstanz										
18 598	19 243	19 870	19 511	19 858	20 087	19 340	19 215	19 059	18 325	12
57 625	57 335	56 021	54 449	54 773	52 344	51 879	51 371	48 861	47 254	13
1 701	1 638	1 509	1 984	2 559	1 972	1 647	1 728	1 826	2 978	14
56 980	56 708	56 380	54 102	54 544	53 091	52 004	51 527	49 595	46 936	15
320	331	368	397	334	312	283	250	278	267	16
10 505	9 995	9 286	8 701	8 552	8 051	8 065	7 719	7 450	6 852	17
40 234	40 416	39 782	38 229	38 526	37 963	37 192	36 821	35 705	34 082	18
7 460	7 113	7 578	7 254	7 082	6 821	6 842	6 805	6 682	6 256	19
648	704	696	689	678	576	627	702	659	598	20
5 090	4 983	4 896	4 630	4 932	4 659	4 473	4 336	4 016	3 700	21
3 548	3 492	3 428	3 300	3 326	3 072	2 870	2 863	2 533	2 300	22
19 243	19 870	19 511	19 858	20 087	19 340	19 215	19 059	18 325	18 643	23
8 155	8 150	8 724	8 380	8 961	9 242	9 762	9 892	9 901	10 476	24
98 421	91 307	94 232	91 900	91 939	94 412	94 664	94 768	93 594	94 926	25
12 122	11 841	12 481	12 090	11 080	10 230	12 046	10 099	11 138	11 444	26
185	249	284	332	367	446	518	659	633	635	27
.	8 826	28
57 754	58 638	55 045	52 238	51 707	48 801	46 660	46 013	43 014	41 987	29
8 909	9 039	7 954	7 042	6 756	6 202	6 210	6 225	6 045	6 300	30
48 845	49 599	47 091	45 196	44 951	42 599	40 450	39 788	36 969	35 687	31
.	.	.	113	95	115	60	29	29	12	32
.	9	33

3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht

3.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und OLG-Bezirken

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Spruchkörper	Deutschland	Baden-	
			zusammen	OLG-
				Karlsruhe
Verfahren in erster Instanz				
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	7 524	673	367
2	Neuzugänge 1)	13 350	1 255	606
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	1 520	41	10
4	Erledigte Verfahren 1)	13 077	1 214	601
5	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	685	56	21
6	Verfahren vor der Großen Strafkammer	8 529	744	389
7	vor dem Schwurgericht	1 229	159	70
8	vor der Wirtschaftsstrafkammer	1 071	80	28
9	vor der Großen Jugendkammer	2 248	231	114
10	dar. Jugendschutzsachen	723	62	33
11	Anhängige Verfahren am Jahresende	7 797	714	372
Verfahren in der Berufungsinstanz				
12	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	18 325	2 240	1 216
13	Neuzugänge 1)	47 254	5 260	2 237
14	Abgaben innerhalb des Gerichts	2 978	125	81
15	Erledigte Verfahren 1)	46 936	5 435	2 356
16	dar. in der Berufungsinstanz durch Trennung angefallene Verfahren	267	17	4
17	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	6 852	885	369
Verfahren vor der Kleinen Strafkammer				
18	Berufungen gegen Strafrichterurteile	34 082	3 996	1 751
19	Berufungen gegen Schöffengerichtsurteile	6 256	679	312
20	vor der Wirtschaftsstrafkammer	598	36	6
21	vor der Großen Jugendkammer	3 700	436	173
22	vor der Kleinen Jugendkammer	2 300	288	114
23	Anhängige Verfahren am Jahresende	18 643	2 065	1 097
Sonstiger Geschäftsanfall				
Verfahren vor der (Großen) Strafvollstreckungskammer				
24	Verfahren über die Aussetzung der Vollstreckung des Restes einer lebenslangen Freiheitsstrafe oder die Aussetzung der Vollstreckung der Unterbringung im Psychiatrischen Krankenhaus oder in der Sicherungsverwahrung	10 476	821	525
Verfahren vor der (Kleinen) Strafvollstreckungskammer				
25	Verurteilung zu zeitiger Freiheitsstrafe	94 926	9 134	4 402
26	Verfahren nach §§ 109, 110, 138 StVollzG	11 444	883	639
27	Verfahren nach dem 4. Teil des IRG und nach § 71 Abs. 4 IRG 2)	635	487	3
28	Führungsaufsichten Erledigte Verfahren	8 826	920	386
Beschwerden				
29	- Kostensachen	2 572	206	92
30	- gegen Anordnung der Durchsuchung/ Beschlagnahme in Wirtschafts- und Steuersachen.....	1 470	80	33
31	- in Haftsachen	3 415	361	182
32	- in das Beschwerderegister eingetragene Verfahren nach dem OWiG	6 300	693	343
33	- Sonstige Beschwerden	28 230	3 156	1 492
Nachträgliche oder vorbehaltene Sicherungsverwahrung				
34	Verfahren zur Anordnung der nachträglichen oder vorbehaltenen Sicherungsverwahrung	12	1	-
35	Verfahren über die Aussetzung eines Strafrestes bei vorbehaltener Sicherungsverwahrung in den Fällen des § 462a Abs. 2 Satz 3 StPO.....	9	-	-
Dienst- und berufsgerichtliche Verfahren				
36	Verfahren vor dem Dienstgericht für Richter 3) 4).....	35	3	3
37	Verfahren betreffend Angehörige der Heilberufe, der Steuerberater, der Steuerbevollmächtigten, der Patentanwälte und der Architekten.....	203	14	6
38	Sonstige berufsgerichtliche Verfahren	6	1	1
39	Verfahren über Rechtsbehelfe im Vollzug des Jugendarrestes, der Jugendstrafe und Unterbringung 5).....	44	-	-

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Vollstreckung ausländischer Erkenntnisse durch ein deutsches Strafgericht sowie Ersuchen an einen ausländischen Staat durch ein deutsches Strafgericht um Vollstreckung einer freiheitsentziehenden Sanktion nach § 71 Abs. 4 IRG.

3) In Berlin ist das Dienstgericht dem Verwaltungsgericht Berlin angegliedert.

4) In Brandenburg ist das Dienstgericht dem Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) angegliedert.

5) Einschließlich Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt nach § 92 Abs. 1 JGG.

3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht

3.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und OLG-Bezirken

Württemberg Bezirk	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.	
	zusammen	OLG-Bezirk										
		München	Nürnberg	Bamberg								
Stuttgart												
Verfahren in erster Instanz												
	306	998	546	238	214	410	217	114	213	659	166	1
	649	1 892	1 010	467	415	827	325	182	320	1 212	244	2
	31	249	192	1	56	80	30	14	202	53	38	3
	613	1 897	996	479	422	805	345	164	329	1 167	264	4
	35	67	40	12	15	34	22	4	2	64	12	5
	355	1 338	698	362	278	502	205	132	234	736	183	6
	89	177	91	46	40	82	25	11	36	127	16	7
	52	154	110	20	24	27	64	4	22	122	10	8
	117	228	97	51	80	194	51	17	37	182	55	9
	29	91	50	18	23	30	29	3	-	50	24	10
	342	993	560	226	207	432	197	132	204	704	146	11
Verfahren in der Berufungsinstanz												
	1 024	3 015	1 896	628	491	974	874	102	548	1 140	316	12
	3 023	9 058	5 221	2 461	1 376	2 746	1 390	231	1 507	2 852	836	13
	44	511	410	55	46	127	106	1	729	38	44	14
	3 079	8 942	5 066	2 446	1 430	2 602	1 384	203	1 469	2 799	875	15
	13	21	15	3	3	20	11	-	-	14	9	16
	516	1 372	807	336	229	338	269	19	129	453	125	17
	2 245	6 856	3 878	1 930	1 048	1 835	1 040	145	1 150	1 957	642	18
	367	950	508	217	225	374	154	35	176	421	119	19
	30	111	96	6	9	84	14	4	32	40	3	20
	263	618	326	189	103	221	100	12	68	234	74	21
	174	407	258	104	45	88	76	7	43	147	37	22
	968	3 131	2 051	643	437	1 118	880	130	586	1 193	277	23
Sonstiger Geschäftsanfall												
	296	1 905	600	1 109	196	656	255	128	323	940	183	24
	4 732	17 886	9 770	4 164	3 952	4 407	1 273	834	3 063	5 844	2 072	25
	244	1 210	580	353	277	961	221	62	1 147	1 729	207	26
	484	26	12	5	9	-	2	2	5	11	-	27
	534	1 894	981	523	390	672	223	102	-	522	-	28
	114	283	184	44	55	196	204	21	95	152	49	29
	47	273	167	68	38	83	92	2	73	81	40	30
	179	905	491	223	191	148	79	29	104	213	94	31
	350	1 000	717	203	80	454	295	56	101	471	428	32
	1 664	4 124	2 333	1 028	763	1 788	782	340	897	2 115	749	33
	1	5	3	1	1	1	-	-	-	3	-	34
	-	9	9	-	-	-	-	-	-	-	-	35
	-	9	2	6	1	1	11	-	-	1	3	36
	8	84	73	11	-	6	2	-	-	12	-	37
	-	1	1	-	-	4	-	-	-	-	-	38
	-	12	11	-	1	4	-	-	-	-	6	39

3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht

noch: 3.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und OLG-Bezirken

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Spruchkörper	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
		zu-sammen	OLG-Bezirk			zu-sammen	OLG-Bezirk		
			Braun-schweig	Celle	Olden-burg		Düssel-dorf	Hamm	Köln
Verfahren in erster Instanz									
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	716	130	409	177	1 865	482	940	443
2	Neuzugänge 1)	1 119	199	611	309	3 344	998	1 583	763
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	104	31	57	16	385	102	206	77
4	Erledigte Verfahren 1)	1 117	192	625	300	3 196	901	1 572	723
5	dar. durch Trennung angefallene Verfahren	39	4	31	4	282	75	180	27
6	Verfahren vor der Großen Strafkammer	642	101	354	187	2 115	638	968	509
7	vor dem Schwurgericht	107	18	60	29	276	72	122	82
8	vor der Wirtschaftsstrafkammer	101	16	61	24	318	60	228	30
9	vor der Großen Jugendkammer	267	57	150	60	487	131	254	102
10	dar. Jugendschutzsachen	86	32	37	17	107	28	62	17
11	Anhängige Verfahren am Jahresende	718	137	395	186	2 013	579	951	483
Verfahren in der Berufungsinstanz									
12	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	1 723	221	783	719	4 221	1 448	1 786	987
13	Neuzugänge 1)	4 159	574	2 020	1 565	11 103	3 530	5 439	2 134
14	Abgaben innerhalb des Gerichts	205	17	75	113	407	125	161	121
15	Erledigte Verfahren 1)	4 110	595	1 886	1 629	10 969	3 384	5 376	2 209
16	dar. in der Berufungsinstanz durch Trennung angefallene Verfahren	18	2	14	2	124	48	76	-
17	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	583	78	285	220	1 491	416	817	258
Verfahren vor der Kleinen Strafkammer									
18	Berufungen gegen Strafrichterurteile	2 986	442	1 385	1 159	7 672	2 417	3 703	1 552
19	Berufungen gegen Schöffengerichtsurteile	489	61	193	235	1 669	455	879	335
20	vor der Wirtschaftsstrafkammer	32	5	5	22	125	29	74	22
21	vor der Großen Jugendkammer	318	42	159	117	961	284	481	196
22	vor der Kleinen Jugendkammer	285	45	144	96	542	199	239	104
23	Anhängige Verfahren am Jahresende	1 772	200	917	655	4 355	1 594	1 849	912
Sonstiger Geschäftsanfall									
Verfahren vor der (Großen) Strafvollstreckungskammer									
24	Verfahren über die Aussetzung der Vollstreckung des Restes einer lebenslangen Freiheitsstrafe oder die Aussetzung der Vollstreckung der Unterbringung im Psychiatrischen Krankenhaus oder in der Sicherungsverwahrung	1 060	482	354	224	2 606	757	1 014	835
Verfahren vor der (Kleinen) Strafvollstreckungskammer									
25	Verurteilung zu zeitiger Freiheitsstrafe	8 076	1 638	2 894	3 544	24 852	6 486	13 883	4 483
26	Verfahren nach §§ 109, 110, 138 StVollzG	955	270	372	313	1 649	258	1 020	371
27	Verfahren nach dem 4. Teil des IRG und nach § 71 Abs. 4 IRG 2)	13	2	5	6	78	21	49	8
Führungsaufsichten									
28	Erledigte Verfahren	760	80	434	246	1 971	600	1 004	367
Beschwerden									
29	- Kostensachen	222	34	75	113	515	189	201	125
30	- gegen Anordnung der Durchsuchung/ Beschlagnahme in Wirtschafts- und Steuersachen.....	115	31	48	36	319	73	163	83
31	- in Haftsachen	242	52	78	112	475	154	197	124
32	- in das Beschwerderegister eingetragene Verfahren nach dem OWiG	477	107	235	135	1 198	362	602	234
33	- Sonstige Beschwerden	2 614	359	1 378	877	5 703	1 760	2 594	1 349
Nachträgliche oder vorbehaltene Sicherungsverwahrung									
34	Verfahren zur Anordnung der nachträglichen oder vorbehaltenen Sicherungsverwahrung	-	-	-	-	2	1	-	1
35	Verfahren über die Aussetzung eines Strafrestes bei vorbehaltener Sicherungsverwahrung in den Fällen des § 462a Abs. 2 Satz 3 StPO.....	-	-	-	-	-	-	-	-
Dienst- und berufsgerichtliche Verfahren									
36	Verfahren vor dem Dienstgericht für Richter 3) 4).....	4	-	4	-	-	-	-	-
37	Verfahren betreffend Angehörige der Heilberufe, der Steuerberater, der Steuerbevollmächtigten, der Patentanwälte und der Architekten.....	21	-	21	-	38	-	23	15
38	Sonstige berufsgerichtliche Verfahren	-	-	-	-	-	-	-	-
39	Verfahren über Rechtsbehelfe im Vollzug des Jugendarrestes, der Jugendstrafe und Unterbringung 5).....	5	5	-	-	13	1	12	-

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Vollstreckung ausländischer Erkenntnisse durch ein deutsches Strafgericht sowie Ersuchen an einen ausländischen Staat durch ein deutsches Strafgericht um Vollstreckung einer freiheitsentziehenden Sanktion nach § 71 Abs. 4 IRG.

3) In Berlin ist das Dienstgericht dem Verwaltungsgericht Berlin angegliedert.

4) In Brandenburg ist das Dienstgericht dem Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) angegliedert.

5) Einschließlich Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt nach § 92 Abs. 1 JGG.

3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht

noch: 3.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und OLG-Bezirken

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
Verfahren in erster Instanz								
348	211	137	119	358	193	291	184	1
613	431	182	245	630	376	397	369	2
48	30	18	26	148	40	46	16	3
588	391	197	245	620	370	400	356	4
45	32	13	1	34	11	2	10	5
412	281	131	170	438	216	250	212	6
41	27	14	20	46	47	34	25	7
27	13	14	21	45	27	42	7	8
108	70	38	34	91	80	74	112	9
45	28	17	15	44	42	35	60	10
373	251	122	119	368	199	288	197	11
Verfahren in der Berufungsinstanz								
845	554	291	181	1 073	330	360	383	12
1 961	1 359	602	588	2 639	1 110	802	1 012	13
42	26	16	57	311	98	21	156	14
1 981	1 409	572	549	2 700	1 078	828	1 012	15
14	9	5	-	10	6	-	3	16
297	195	102	84	380	162	74	191	17
1 425	1 029	396	391	1 973	719	535	760	18
274	197	77	85	382	172	138	139	19
16	15	1	3	80	2	10	6	20
182	117	65	43	178	121	69	65	21
84	51	33	27	87	64	76	42	22
825	504	321	220	1 012	362	334	383	23
Sonstiger Geschäftsanfall								
483	333	150	158	265	321	208	164	24
4 931	3 161	1 770	1 271	4 951	2 496	1 470	2 366	25
403	305	98	131	386	1 226	134	140	26
1	1	-	2	2	3	-	3	27
471	270	201	87	367	387	133	317	28
117	83	34	27	236	71	90	88	28
62	34	28	21	98	48	38	45	29
167	105	62	51	272	93	86	96	30
225	132	93	36	380	136	137	213	31
1 519	1 005	514	320	1 647	829	865	782	32
-	-	-	-	-	-	-	-	34
-	-	-	-	-	-	-	-	35
-	-	-	-	3	-	-	-	36
1	1	-	1	14	-	10	-	37
-	-	-	-	-	-	-	-	38
-	-	-	-	-	-	-	4	39

3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht

3.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Lfd. Nr.	Art der Strafsachen 1)	Deutschland	Baden- OLG-	
			zusammen	Karlsruhe
Verfahren in erster Instanz				
1	Erledigte Verfahren zusammen 2)	12 171	1 149	565
2	Staatschutzsachen, Politische Strafsachen, Vergehen nach § 131 StGB, sonstige Ermittlungsverfahren beim OLG	100	3	-
3	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (soweit nicht Lfd. Nr. 6)	935	118	69
4	Verbreitung pornografischer Schriften (§ 184 bis 184d StGB)	23	2	1
5	Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit	2 272	278	116
6	Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Abs. 2 GVG	1 377	178	66
7	Vorsätzliche Körperverletzung	895	100	50
8	Eigentums- und Vermögensdelikte	950	96	49
9	Serien-, Banden- und Gewaltkriminalität mit mehreren Tätern (soweit nicht lfd. Nr. 14 oder 15)	828	90	44
10	Straftaten im Straßenverkehr	95	5	4
11	Wirtschafts- und Steuerstrafverfahren, Geldwäschedelikte	1 062	83	29
12	Umweltschutzstrafsachen	9	-	-
13	Korruptionsdelikte und Straftaten von Amtsträgern	45	4	2
14	Einschleusung von Ausländern und Straftaten nach dem Aufenthaltsgesetz und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU	26	1	-
15	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	2 417	162	92
16	Sonstige besondere Straftaten des Nebenstrafrechts	11	-	-
17	Sonstige Straftaten	3 398	307	159
18	Allgemeine Strafsachen, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter 1 Jahr vorsieht	2 551	216	110
19	Sonstige allgemeine Straftaten	847	91	49
nachrichtlich:				
20	Jugendschutzsachen	906	65	36
Verfahren in der Berufungsinstanz				
21	Erledigte Verfahren zusammen 2)	46 507	5 417	2 353
22	Staatschutzsachen, Politische Strafsachen, Vergehen nach § 131 StGB, sonstige Ermittlungsverfahren beim OLG	352	33	14
23	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (soweit nicht lfd. Nr. 26)	645	89	36
24	Verbreitung pornografischer Schriften (§ 184 bis 184d StGB)	106	13	10
25	Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit	7 798	941	415
26	Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Abs. 2 GVG	66	6	2
27	Vorsätzliche Körperverletzung	7 732	935	413
28	Eigentums- und Vermögensdelikte	14 103	1 539	704
29	Serien-, Banden- und Gewaltkriminalität mit mehreren Tätern (soweit nicht lfd. Nr. 34 oder 35)	1 361	105	56
30	Straftaten im Straßenverkehr	6 847	885	369
31	Wirtschafts- und Steuerstrafverfahren, Geldwäschedelikte	982	98	37
32	Umweltschutzstrafsachen	89	18	3
33	Korruptionsdelikte und Straftaten von Amtsträgern	128	16	7
34	Einschleusung von Ausländern und Straftaten nach dem Aufenthaltsgesetz und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU	243	31	9
35	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	3 945	429	196
36	Sonstige besondere Straftaten des Nebenstrafrechts	32	3	-
37	Sonstige Straftaten	9 876	1 217	497
38	Allgemeine Strafsachen, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter 1 Jahr vorsieht	1 823	172	86
39	Sonstige allgemeine Straftaten	8 053	1 045	411
nachrichtlich:				
40	Jugendschutzsachen	429	18	3

1) Zur näheren Abgrenzung siehe Sachgebietskatalog im Anhang

2) Ohne Jugendschutzsachen.

3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht

3.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
Bezirk	zusammen	OLG-Bezirk									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							
Verfahren in erster Instanz											
584	1 789	931	461	397	773	314	161	317	1 102	232	1
3	12	7	3	2	28	5	-	5	4	2	2
49	118	60	32	26	31	19	7	11	74	16	3
1	2	1	1	-	1	-	-	-	5	-	4
162	348	180	96	72	162	46	28	51	207	38	5
112	203	96	54	53	95	27	15	37	155	17	6
50	145	84	42	19	67	19	13	14	52	21	7
47	106	60	30	16	77	16	27	13	99	19	8
46	145	85	31	29	45	10	1	27	47	16	9
1	8	3	5	-	10	4	2	-	10	-	10
54	146	103	19	24	24	64	4	20	119	12	11
-	-	-	-	-	1	2	-	-	2	-	12
2	4	4	-	-	4	1	-	2	9	-	13
1	7	7	-	-	2	-	2	2	4	-	14
70	590	241	183	166	110	20	31	49	233	34	15
-	3	1	1	1	-	-	-	1	4	-	16
148	300	179	60	61	278	127	59	136	285	95	17
106	207	115	52	40	229	85	43	43	236	73	18
42	93	64	8	21	49	42	16	93	49	22	19
29	108	65	18	25	32	31	3	12	65	32	20
Verfahren in der Berufungsinstanz											
3 064	8 866	5 004	2 439	1 423	2 589	1 350	200	1 462	2 754	860	21
19	46	37	4	5	58	36	4	25	10	2	22
53	82	57	13	12	32	20	3	16	37	20	23
3	13	6	5	2	-	4	1	3	1	-	24
526	1 715	949	556	210	377	240	31	221	455	173	25
4	11	8	2	1	-	4	2	5	15	-	26
522	1 704	941	554	209	377	236	29	216	440	173	27
835	2 437	1 281	789	367	736	338	62	393	858	243	28
49	365	267	52	46	151	22	-	10	50	32	29
516	1 372	807	336	229	338	268	19	129	452	125	30
61	154	116	23	15	114	52	7	33	68	17	31
15	11	4	2	5	2	1	-	1	8	1	32
9	20	12	3	5	7	6	1	3	11	2	33
22	86	63	14	9	18	14	1	4	34	4	34
233	949	459	276	214	164	29	22	122	225	32	35
3	6	5	1	-	1	-	-	1	2	-	36
720	1 610	941	365	304	591	320	49	501	543	209	37
86	161	71	51	39	145	58	16	69	118	42	38
634	1 449	870	314	265	446	262	33	432	425	167	39
15	76	62	7	7	13	34	3	7	45	15	40

3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht

noch: 3.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Lfd. Nr.	Art der Strafsachen 1)	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
		zu-sammen	OLG-Bezirk			zu-sammen	OLG-Bezirk		
			Braun-schweig	Celle	Olden-burg		Düssel-dorf	Hamm	Köln
Verfahren in erster Instanz									
1	Erledigte Verfahren zusammen 2)	1 018	160	576	282	2 999	860	1 482	657
2	Staatschutzsachen, Politische Strafsachen, Vergehen nach § 131 StGB, sonstige Ermittlungsverfahren beim OLG.....	25	-	25	-	9	2	6	1
3	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (soweit nicht Lfd. Nr. 6)	76	17	32	27	269	51	161	57
4	Verbreitung pornografischer Schriften (§ 184 bis 184d StGB)	6	1	5	-	4	4	-	-
5	Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit	208	32	127	49	500	119	239	142
6	Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Abs. 2 GVG	123	20	77	26	305	75	143	87
7	Vorsätzliche Körperverletzung	85	12	50	23	195	44	96	55
8	Eigentums- und Vermögensdelikte	96	15	45	36	240	64	112	64
9	Serien-, Banden- und Gewaltkriminalität mit mehreren Tätern (soweit nicht lfd. Nr. 14 oder 15).....	84	7	65	12	181	57	87	37
10	Straftaten im Straßenverkehr	8	1	6	1	28	6	19	3
11	Wirtschafts- und Strafverfahren, Geldwäschedelikte	111	15	72	24	312	51	229	32
12	Umweltschutzsachen	-	-	-	-	3	-	2	1
13	Korruptionsdelikte und Straftaten von Amtsträgern.....	5	-	4	1	6	2	-	4
14	Einschleusung von Ausländern und Straftaten nach dem Aufenthalts- und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU ...	3	-	1	2	2	-	1	1
15	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	124	29	63	32	594	267	198	129
16	Sonstige besondere Straftaten des Nebenstrafrechts	-	-	-	-	3	2	-	1
17	Sonstige Straftaten	272	43	131	98	848	235	428	185
18	Allgemeine Strafsachen, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter 1 Jahr vorsieht.....	222	36	97	89	686	203	343	140
19	Sonstige allgemeine Straftaten.....	50	7	34	9	162	32	85	45
nachrichtlich:									
20	Jugendschutzsachen	99	32	49	18	197	41	90	66
Verfahren in der Berufungsinstanz									
21	Erledigte Verfahren zusammen 2)	4 059	583	1 860	1 616	10 910	3 377	5 344	2 189
22	Staatschutzsachen, Politische Strafsachen, Vergehen nach § 131 StGB, sonstige Ermittlungsverfahren beim OLG	17	-	11	6	59	18	31	10
23	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (soweit nicht lfd. Nr. 26)	55	7	25	23	164	55	83	26
24	Verbreitung pornografischer Schriften (§ 184 bis 184d StGB)	11	1	4	6	39	11	21	7
25	Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit	767	94	340	333	1 536	466	793	277
26	Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Abs. 2 GVG	4	-	4	-	6	-	5	1
27	Vorsätzliche Körperverletzung	763	94	336	333	1 530	466	788	276
28	Eigentums- und Vermögensdelikte	1 259	194	560	505	3 899	1 209	1 868	822
29	Serien-, Banden- und Gewaltkriminalität mit mehreren Tätern (soweit nicht lfd. Nr. 34 oder 35)	100	3	84	13	87	20	43	24
30	Straftaten im Straßenverkehr	581	78	283	220	1 491	416	817	258
31	Wirtschafts- und Strafverfahren, Geldwäschedelikte	70	15	30	25	188	49	93	46
32	Umweltschutzsachen	21	1	7	13	8	2	3	3
33	Korruptionsdelikte und Straftaten von Amtsträgern	8	-	5	3	31	6	12	13
34	Einschleusung von Ausländern und Straftaten nach dem Aufenthalts- und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU ...	13	3	10	-	16	10	2	4
35	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	315	45	146	124	1 054	404	408	242
36	Sonstige besondere Straftaten des Nebenstrafrechts	4	-	-	4	8	2	2	4
37	Sonstige Straftaten	838	142	355	341	2 330	709	1 168	453
38	Allgemeine Strafsachen, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter 1 Jahr vorsieht.....	158	19	64	75	513	138	262	113
39	Sonstige allgemeine Straftaten.....	680	123	291	266	1 817	571	906	340
nachrichtlich:									
40	Jugendschutzsachen	51	12	26	13	59	7	32	20

1) Zur näheren Abgrenzung siehe Sachgebietskatalog im Anhang

2) Ohne Jugendschutzsachen.

3 Geschäftsentwicklung der Strafverfahren vor dem Landgericht

noch: 3.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
Verfahren in erster Instanz								
538	359	179	229	573	322	359	296	1
-	-	-	1	5	-	1	-	2
71	57	14	11	30	23	22	39	3
-	-	-	-	-	1	2	-	4
89	54	35	47	79	72	63	56	5
41	28	13	22	52	42	37	28	6
48	26	22	25	27	30	26	28	7
44	23	21	23	35	16	24	19	8
43	38	5	13	79	29	9	9	9
5	3	2	1	2	7	2	3	10
28	15	13	17	47	24	41	10	11
-	-	-	-	-	1	-	-	12
2	-	2	3	1	1	1	2	13
-	-	-	-	2	1	-	-	14
124	88	36	45	125	52	48	76	15
-	-	-	-	-	-	-	-	16
132	81	51	68	168	95	146	82	17
94	56	38	51	151	73	76	66	18
38	25	13	17	17	22	70	16	19
50	32	18	16	47	48	41	60	20
Verfahren in der Berufungsinstanz								
1 968	1 404	564	538	2 673	1 046	810	1 005	21
13	9	4	1	24	9	-	15	22
42	30	12	6	40	14	13	12	23
5	4	1	5	7	1	1	2	24
300	194	106	110	394	178	171	189	25
3	1	2	1	2	4	-	3	26
297	193	104	109	392	174	171	186	27
509	360	149	183	800	307	259	281	28
106	102	4	9	248	63	4	9	29
297	195	102	84	379	162	74	191	30
25	22	3	8	91	24	17	16	31
4	4	-	1	3	8	-	2	32
8	5	3	-	9	-	2	4	33
10	9	1	1	7	2	-	2	34
204	148	56	39	194	50	35	82	35
2	2	-	-	3	2	-	-	36
443	320	123	91	474	226	234	200	37
62	37	25	21	127	71	53	37	38
381	283	98	70	347	155	181	163	39
13	5	8	11	27	32	18	7	40

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

4.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren, Besetzung der Gerichts

Lfd. Nr.	Art der Einleitung Beschuldigte Adhäsionsverfahren Besetzung des Gerichts	Deutschland	Baden-	
			zusammen	OLG-Karlsruhe
1	Erledigte Verfahren insgesamt	13 077	1 214	601
	Die Verfahren wurden eingeleitet durch			
	Antrag auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft			
2	zuungunsten des Beschuldigten	38	7	2
3	zugunsten des Beschuldigten	146	19	13
4	Zurückverweisung durch die Rechtsmittelinstanz	337	15	11
5	Eröffnung des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	16	2	1
6	Vorlage / Verweisung durch ein Gericht niederer Ordnung.....	922	72	31
7	Anklage	11 006	1 012	494
8	Antrag auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens (§ 413 StPO, § 41 JGG)	596	86	49
9	Nachverfahren (§ 439 StPO).....	10	1	-
10	Antrag auf Einleitung eines objektiven Verfahrens (§§ 440, 444 Abs. 3 StPO, § 401 AO)	6	-	-
11	Zahl der erledigten Verfahren (ohne Nachverfahren und objektive Verfahren)	13 061	1 213	601
12	Zahl der Beschuldigten in diesen Verfahren insgesamt	18 503	1 881	890
	davon Verfahren			
13	mit 1 Beschuldigten	10 173	898	464
14	mit 2 Beschuldigten	1 615	153	64
15	mit 3 Beschuldigten	648	74	33
16	mit 4 bis 10 Beschuldigten	618	85	40
17	mit 11 und mehr Beschuldigten	7	3	-
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten zur (letzten) Hauptverhandlung			
18	Zahl der Verfahren mit Hauptverhandlung	9 434	931	467
19	Verfahren, in denen ein Beschuldigter aus einer in derselben Sache angeordneten Untersuchungshaft vorgeführt wurde	5 041	610	288
20	Verfahren, in denen ein Beteiligter aus der Haft vorgeführt wurde	540	39	21
21	Verfahren, in denen ein Beteiligter vorgeführt wurde, ohne in Haft zu sein	467	38	24
	Maßnahmen der Gewinnabschöpfung			
22	Verfahren mit Anträgen auf Maßnahmen der Gewinnabschöpfung	612	65	43
	Adhäsionsverfahren gemäß § 403 StPO			
23	Endurteile	494	40	26
24	Grundurteile	42	5	4
25	Gerichtlich protokollierte Vergleiche	207	30	15
	Besetzung des Gerichts in der Hauptverhandlung nach § 76 Abs. 2 GVG, § 33b Abs. 2 JGG, § 122 Abs. 2 GVG (ohne Schwurgericht)			
	Zahl der Verfahren mit Hauptverhandlung, bei denen die Kammer die Hauptverhandlung in der Besetzung des Gerichts durchgeführt hat			
26	mit 2 Berufsrichtern und 2 (Jugend)Schöffen (Landgerichte)	5 222	360	187
27	mit 3 Berufsrichtern (Oberlandesgerichte)	3 141	429	219

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

4.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren, Besetzung der Gerichts

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
Bezirk	zusammen	OLG-Bezirk									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							
613	1 897	996	479	422	805	345	164	329	1 167	264	1
5	6	2	-	4	1	3	1	-	3	1	2
6	34	19	9	6	3	5	-	-	12	4	3
4	34	24	4	6	4	27	1	5	19	18	4
1	1	1	-	-	2	1	-	-	-	1	5
41	79	45	21	13	5	55	-	28	57	44	6
518	1 614	824	414	376	746	238	160	289	1 011	189	7
37	127	80	31	16	43	16	2	7	61	6	8
1	-	-	-	-	1	-	-	-	4	1	9
-	2	1	-	1	-	-	-	-	-	-	10
612	1 895	995	479	421	804	345	164	329	1 163	263	11
991	2 607	1 414	645	548	1 236	484	254	543	1 662	386	12
434	1 505	793	367	345	591	259	125	227	902	202	13
89	232	109	75	48	110	52	18	52	139	30	14
41	85	43	22	20	49	20	9	21	62	16	15
45	73	50	15	8	53	14	12	29	60	15	16
3	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	17
464	1 551	804	391	356	564	201	95	235	863	165	18
322	935	419	279	237	331	54	36	36	439	78	19
18	48	31	10	7	41	32	9	41	47	30	20
14	82	41	32	9	27	27	9	17	41	8	21
22	231	115	75	41	-	9	-	10	53	10	22
14	28	16	5	7	25	12	10	4	39	20	23
1	2	1	1	-	4	2	2	-	5	2	24
15	33	16	11	6	8	4	1	5	13	1	25
173	937	438	266	233	223	105	51	87	580	121	26
210	457	284	85	88	268	76	34	115	176	29	27

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 4.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren, Besetzung des Gerichts

Lfd. Nr.	Art der Einleitung Beschuldigte Adhäsionsverfahren Besetzung des Gerichts	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen				
		zu- sammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
			Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Verfahren insgesamt	1 117	192	625	300	3 196	901	1 572	723
	Die Verfahren wurden eingeleitet durch								
	Antrag auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft zuungunsten des Beschuldigten	4	1	3	-	8	1	3	4
3	zugunsten des Beschuldigten	4	2	2	-	34	13	10	11
4	Zurückverweisung durch die Rechtsmittelinstanz	24	3	12	9	102	27	42	33
5	Eröffnung des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	1	-	1	-	7	3	2	2
6	Vorlage / Verweisung durch ein Gericht niederer Ordnung.....	101	3	58	40	215	46	71	98
7	Anklage	941	176	524	241	2 736	788	1 397	551
8	Antrag auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens (§ 413 StPO, § 41 JGG)	42	7	25	10	90	21	46	23
9	Nachverfahren (§ 439 StPO).....	-	-	-	-	1	-	1	-
10	Antrag auf Einleitung eines objektiven Verfahrens (§§ 440, 444 Abs. 3 StPO, § 401 AO)	-	-	-	-	3	2	-	1
11	Zahl der erledigten Verfahren (ohne Nachverfahren und objektive Verfahren)	1 117	192	625	300	3 192	899	1 571	722
12	Zahl der Beschuldigten in diesen Verfahren insgesamt	1 625	253	939	433	4 347	1 179	2 150	1 018
	davon Verfahren								
13	mit 1 Beschuldigten	846	156	465	225	2 560	737	1 255	568
14	mit 2 Beschuldigten	155	23	89	43	356	95	181	80
15	mit 3 Beschuldigten	55	6	34	15	149	42	71	36
16	mit 4 bis 10 Beschuldigten	60	7	36	17	126	25	63	38
17	mit 11 und mehr Beschuldigten	1	-	1	-	1	-	1	-
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten zur (letzten) Hauptverhandlung								
18	Zahl der Verfahren mit Hauptverhandlung	800	145	431	224	2 240	679	1 078	483
19	Verfahren, in denen ein Beschuldigter aus einer in derselben Sache angeordneten Untersuchungshaft vorgeführt wurde	362	75	176	111	1 255	443	518	294
20	Verfahren, in denen ein Beteiligten aus der. Haft vorgeführt wurde	42	6	16	20	95	23	52	20
21	Verfahren, in denen ein Beteiligten vorgeführt wurde, ohne in Haft zu sein	57	11	36	10	75	15	43	17
	Maßnahmen der Gewinnabschöpfung								
22	Verfahren mit Anträgen auf Maßnahmen der Gewinnabschöpfung	35	7	25	3	113	55	53	5
	Adhäsionsverfahren gemäß § 403 StPO								
23	Endurteile	80	20	34	26	107	20	55	32
24	Grundurteile	6	1	1	4	4	2	1	1
25	Gerichtlich protokollierte Vergleiche	35	2	24	9	23	6	11	6
	Besetzung des Gerichts in der Hauptverhandlung nach § 76 Abs. 2 GVG, § 33b Abs. 2 JGG, § 122 Abs. 2 GVG (ohne Schwurgericht)								
	Zahl der Verfahren mit Hauptverhandlung, bei denen die Kammer die Hauptverhandlung in der Besetzung des Gerichts durchgeführt hat								
26	mit 2 Berufsrichtern und 2 (Jugend)Schöffen (Landgerichte)	418	82	207	129	1 285	441	638	206
27	mit 3 Berufsrichtern und 2 (Jugend)Schöffen (Oberlandesgerichte)	291	48	173	70	716	177	329	210

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 4.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren, Besetzung der Gerichts

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
588	391	197	245	620	370	400	356	1
-	-	-	-	-	1	-	3	2
3	2	1	6	12	6	2	2	3
17	14	3	9	23	12	14	13	4
-	-	-	-	-	-	1	-	5
43	16	27	23	83	58	30	29	6
496	344	152	203	473	285	322	291	7
28	14	14	4	29	6	31	18	8
1	1	-	-	-	1	-	-	9
-	-	-	-	-	1	-	-	10
587	390	197	245	620	368	400	356	11
801	562	239	369	861	468	504	475	12
469	298	171	182	481	304	331	291	13
76	59	17	33	83	41	47	38	14
21	17	4	14	32	15	13	13	15
20	15	5	16	24	8	9	14	16
1	1	-	-	-	-	-	-	17
446	303	143	171	395	274	240	263	18
234	177	57	97	199	105	126	144	19
20	9	11	6	23	41	10	16	20
33	25	8	2	6	13	17	15	21
35	29	6	8	12	12	9	10	22
5	3	2	28	5	50	30	11	23
1	1	-	-	-	3	1	5	24
10	7	3	7	6	16	9	6	25
188	138	50	134	256	192	90	195	26
218	139	79	20	109	41	118	44	27

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

4.2 Art der Erledigung der Verfahren

Lfd. Nr.	Art der Erledigung 1)	Deutschland	Baden- OLG-	
			zusammen	Karlsruhe
1	Erledigte Verfahren insgesamt	13 077	1 214	601
2	Urteil	9 040	899	454
3	Ohne Einlegung eines Rechtsmittels rechtskräftig gewordene Urteile	5 280	545	255
4	Angefochtene Urteile	3 760	354	199
5	Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153a StPO	178	17	9
6	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	-	-	-
7	Einstellung nach § 47 JGG	16	3	2
8	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	92	4	2
9	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	355	29	7
10	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	4	-	-
11	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	180	15	6
12	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	65	5	5
13	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-
14	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme (§ 31a Abs. 2 BtMG, §§ 153b Abs. 2, 153c Abs. 4, 153d Abs. 2, 153e Abs. 2, 154e Abs. 2, 383 Abs. 2 StPO)	17	-	-
15	Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	235	25	11
16	Eröffnung des Hauptverfahrens vor einem Gericht niederer Ordnung	426	26	18
17	Vorlage / Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung	5	2	1
18	Rücknahme der Anklage	238	19	4
19	Rücknahme eines sonstigen Antrags	34	4	1
20	Verbindung mit einer anderen Sache	1 538	113	55
21	Aussetzung des Verfahrens	5	-	-
22	Sonstige Erledigungsart	644	53	26

1) Je Verfahren wird nur eine Erledigungsart nachgewiesen, und zwar die jeweils erste aus der in dieser Tabelle genannten Rangfolge.

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

4.2 Art der Erledigung der Verfahren

Württemberg Bezirk	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.	
	Stuttgart	zusammen	OLG-Bezirk									
			München	Nürnberg								Bamberg
613	1 897	996	479	422	805	345	164	329	1 167	264	1	
445	1 506	780	383	343	538	193	92	226	833	159	2	
290	964	519	234	211	285	88	58	116	450	91	3	
155	542	261	149	132	253	105	34	110	383	68	4	
8	18	12	3	3	8	3	-	4	17	2	5	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	
1	-	-	-	-	2	-	-	-	3	-	7	
2	10	6	1	3	6	-	1	1	14	2	8	
22	34	23	3	8	19	18	9	-	17	4	9	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10	
9	21	8	7	6	10	5	2	6	29	1	11	
-	10	7	1	2	2	4	1	1	10	1	12	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	
14	29	19	6	4	20	7	4	9	14	3	15	
8	46	27	14	5	62	28	4	19	38	7	16	
1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17	
15	51	27	20	4	12	6	3	4	28	2	18	
3	8	5	2	1	-	2	-	-	3	1	19	
58	89	41	26	22	84	48	42	29	103	50	20	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	21	
27	75	41	13	21	42	30	6	30	56	24	22	

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 4.2 Art der Erledigung der Verfahren

Lfd. Nr.	Art der Erledigung 1)	Niedersachsen				Nordrhein- Westfalen			
		zu- sammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
			Braun- schweig	Celle	Oldenburg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Verfahren insgesamt	1 117	192	625	300	3 196	901	1 572	723
2	Urteil	761	141	405	215	2 103	609	1 021	473
3	Ohne Einlegung eines Rechtsmittels rechtskräftig gewordene Urteile	472	98	231	143	1 223	332	651	240
4	Angefochtene Urteile	289	43	174	72	880	277	370	233
5	Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153a StPO	25	4	16	5	55	12	36	7
6	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	-	-	-	-	-	-	-	-
7	Einstellung nach § 47 JGG	2	-	2	-	4	-	3	1
8	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	9	1	1	7	31	7	17	7
9	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	22	1	13	8	147	63	77	7
10	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	-	-	-	-	2	1	-	1
11	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	12	3	7	2	43	10	21	12
12	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	9	2	7	-	9	3	4	2
13	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
14	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme (§ 31a Abs. 2 BtMG, §§ 153b Abs. 2, 153c Abs. 4, 153d Abs. 2, 153e Abs. 2, 154e Abs. 2 StPO)	2	-	2	-	3	1	2	-
15	Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	32	8	14	10	49	6	29	14
16	Eröffnung des Hauptverfahrens vor einem Gericht niederer Ordnung	25	10	10	5	90	28	37	25
17	Vorlage / Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung	1	-	-	1	1	-	-	1
18	Rücknahme der Anklage	22	4	14	4	54	20	27	7
19	Rücknahme eines sonstigen Antrags	2	-	-	2	9	1	7	1
20	Verbindung mit einer anderen Sache	147	14	100	33	455	102	238	115
21	Aussetzung des Verfahrens	-	-	-	-	-	-	-	-
22	Sonstige Erledigungsart	46	4	34	8	139	36	53	50

1) Je Verfahren wird nur eine Erledigungsart nachgewiesen, und zwar die jeweils erste aus der in dieser Tabelle genannten Rangfolge.

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 4.2 Art der Erledigung der Verfahren

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
588	391	197	245	620	370	400	356	1
433	295	138	167	383	261	232	254	2
244	167	77	99	217	134	138	156	3
189	128	61	68	166	127	94	98	4
9	4	5	3	4	4	6	3	5
-	-	-	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	2	-	-	-	7
3	1	2	1	1	1	6	2	8
16	10	6	1	22	3	4	10	9
-	-	-	-	1	-	-	1	10
9	5	4	1	11	11	2	2	11
5	3	2	-	2	3	3	-	12
-	-	-	-	-	-	-	-	13
-	-	-	-	1	3	-	1	14
9	5	4	6	10	6	11	1	15
4	4	-	6	33	12	9	17	16
-	-	-	-	1	-	-	-	17
7	7	-	5	12	2	5	6	18
1	1	-	-	2	1	1	-	19
70	45	25	47	79	40	108	34	20
1	-	1	-	2	-	-	-	21
20	11	9	8	54	23	13	25	22

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

4.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Deutschland	Baden- OLG-	
			zusammen	Karlsruhe
1	Zahl der einzelnen Beschuldigten insgesamt	18 503	1 881	890
2	Urteile zusammen	12 751	1 399	701
3	Verurteilung.....	11 851	1 310	652
4	Freispruch	892	89	49
5	Urteil auf Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO)	8	-	-
6	Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153a StPO zusammen	341	34	13
7	Täter-Opfer-Ausgleich (Abs. 1 Satz 2 Nr. 5)	4	-	-
8	Wiedergutmachung des Schadens (Abs. 1 Satz 2 Nr. 1)	16	4	4
9	Geldbetrag für gemeinnützige Einrichtung oder Staatskasse (Abs. 1 Satz 2 Nr. 2)	268	27	8
10	Sonstige gemeinnützige Leistung (Abs. 1 Satz 2 Nr. 3)	26	2	1
11	Erfüllung der Unterhaltspflicht (Abs. 1 Satz 2 Nr. 4)	-	-	-
12	Teilnahme an einem Aufbauseminar nach § 2b Abs. 2 Satz 2 oder § 4 Abs. 8 Satz 4 StVG (Abs. 1 Satz 2 Nr. 6)	-	-	-
13	Sonstige Auflagen oder Weisungen (Abs. 1 Satz 2)	27	1	-
14	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	-	-	-
15	Einstellung nach § 47 JGG zusammen	38	8	2
16	da die Voraussetzungen des § 153 StPO vorliegen (Abs. 1 Satz 1 Nr. 1).....	21	7	1
17	da eine erzieherische Maßnahme im Sinne des § 45 Abs. 2 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrllich macht (Abs. 1 Satz 1 Nr. 2)	5	1	1
18	da nach Anordnung einer Maßnahme nach § 45 Abs. 3 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrllich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 3)	12	-	-
19	da Beschuldigter mangels Reife strafrechtlich nicht verantwortlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 4)	-	-	-
20	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO) zusammen	212	6	2
21	ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	103	4	2
22	mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	109	2	-
23	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	496	45	7
24	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	6	-	-
25	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	207	16	7
26	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	83	6	5
27	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-
28	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme	21	-	-
29	nach § 31a Abs. 2 BtMG	2	-	-
30	nach §§ 153b Abs. 2, 153c Abs. 4, 153d Abs. 2, 153e Abs. 2, 154e Abs. 2, 383 Abs. 2 StPO	19	-	-
31	Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	334	35	11
32	Eröffnung des Hauptverfahrens vor einem Gericht niederer Ordnung	643	49	23
33	Vorlage / Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung	12	4	2
34	Rücknahme der Anklage/des Antrags	398	32	6
35	Verbindung mit einer anderen Sache	1 817	146	73
36	Aussetzung des Verfahrens zusammen	15	-	-
37	bis zum rechtskräftigen Abschluss des Besteuerungsverfahrens (§ 396 Abs. 1 AO)	8	-	-
38	zur Klärung einer zivilrechtlichen Vorfrage (§ 262 Abs. 2 StPO)	-	-	-
39	um nach Art. 100 GG eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten	7	-	-
40	Sonstige Erledigungsart	1 129	101	38

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

4.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
Bezirk	OLG-Bezirk										
Stuttgart	zusammen	München	Nürnberg	Bamberg							
991	2 607	1 414	645	548	1 236	484	254	543	1 662	386	1
698	2 036	1 083	511	442	838	277	146	376	1 167	248	2
658	1 943	1 022	493	428	751	256	138	340	1 078	237	3
40	90	59	18	13	87	20	8	36	89	11	4
-	3	2	-	1	-	1	-	-	-	-	5
21	29	20	3	6	15	4	1	12	34	13	6
-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	7
-	1	1	-	-	1	-	-	-	4	-	8
19	21	13	3	5	13	3	1	9	26	13	9
1	3	2	-	1	-	-	-	-	3	-	10
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
1	4	4	-	-	1	-	-	3	1	-	13
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14
6	-	-	-	-	3	-	-	-	7	-	15
6	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17
-	-	-	-	-	3	-	-	-	1	-	18
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19
4	18	9	5	4	8	-	8	7	28	2	20
2	5	2	1	2	3	-	-	2	17	2	21
2	13	7	4	2	5	-	8	5	11	-	22
38	53	37	6	10	30	20	12	-	18	7	23
-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	24
9	23	8	7	8	10	5	2	7	32	1	25
1	10	7	1	2	3	4	2	2	12	1	26
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	28
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	30
24	50	36	9	5	25	11	13	11	19	3	31
26	65	36	23	6	116	34	6	31	44	9	32
2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	33
26	84	48	31	5	15	19	4	6	43	4	34
73	97	46	28	23	98	56	47	33	135	60	35
-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	-	36
-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	-	37
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	38
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39
63	142	84	21	37	75	54	13	57	115	30	40

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 4.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen				
		zu- sammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
			Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Zahl der einzelnen Beschuldigten insgesamt	1 625	253	939	433	4 347	1 179	2 150	1 018
2	Urteile zusammen	1 052	184	572	296	2 877	809	1 387	681
3	Verurteilung.....	982	173	531	278	2 663	759	1 287	617
4	Freispruch	69	11	40	18	214	50	100	64
5	Urteil auf Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO)	1	-	1	-	-	-	-	-
6	Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153a StPO zusammen	45	10	26	9	100	21	62	17
7	Täter-Opfer-Ausgleich (Abs. 1 Satz 2 Nr. 5)	1	-	1	-	2	-	2	-
8	Wiedergutmachung des Schadens (Abs. 1 Satz 2 Nr. 1)	2	-	2	-	3	-	3	-
9	Geldbetrag für gemeinnützige Einrichtung oder Staatskasse (Abs. 1 Satz 2 Nr. 2)	35	5	22	8	77	20	42	15
10	Sonstige gemeinnützige Leistung (Abs. 1 Satz 2 Nr. 3)	4	3	1	-	9	-	7	2
11	Erfüllung der Unterhaltspflicht (Abs. 1 Satz 2 Nr. 4)	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Teilnahme an einem Aufbauseminar nach § 2b Abs. 2 Satz 2 oder § 4 Abs. 8 Satz 4 StVG (Abs. 1 Satz 2 Nr. 6)	-	-	-	-	-	-	-	-
13	Sonstige Auflagen oder Weisungen (Abs. 1 Satz 2)	3	2	-	1	9	1	8	-
14	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Einstellung nach § 47 JGG zusammen	4	1	3	-	7	1	4	2
16	da die Voraussetzungen des § 153 StPO vorliegen (Abs. 1 Satz 1 Nr. 1).....	3	-	3	-	4	1	3	-
17	da eine erzieherische Maßnahme im Sinne des § 45 Abs. 2 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrlich macht (Abs. 1 Satz 1 Nr. 2)	-	-	-	-	2	-	-	2
18	da nach Anordnung einer Maßnahme nach § 45 Abs. 3 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 3)	1	1	-	-	1	-	1	-
19	da Beschuldigter mangels Reife strafrechtlich nicht verantwortlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 4)	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO) zusammen	28	1	9	18	83	13	48	22
21	ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	17	-	7	10	40	8	15	17
22	mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	11	1	2	8	43	5	33	5
23	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	39	2	20	17	197	71	109	17
24	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	-	-	-	-	2	1	-	1
25	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	16	4	9	3	54	15	24	15
26	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	11	2	9	-	13	6	5	2
27	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
28	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme	2	-	2	-	5	1	4	-
29	nach § 31a Abs. 2 BtMG	-	-	-	-	2	-	2	-
30	nach §§ 153b Abs. 2, 153c Abs. 4, 153d Abs. 2, 153e Abs. 2, 154e Abs. 2, 383 Abs. 2 StPO	2	-	2	-	3	1	2	-
31	Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	55	9	32	14	63	7	35	21
32	Eröffnung des Hauptverfahrens vor einem Gericht niederer Ordnung	41	11	20	10	132	40	61	31
33	Vorlage / Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung	5	-	-	5	1	-	-	1
34	Rücknahme der Anklage/des Antrags	41	6	29	6	84	27	42	15
35	Verbindung mit einer anderen Sache	187	18	127	42	524	112	284	128
36	Aussetzung des Verfahrens zusammen	-	-	-	-	-	-	-	-
37	bis zum rechtskräftigen Abschluss des Besteuerungsverfahrens (§ 396 Abs. 1 AO)	-	-	-	-	-	-	-	-
38	zur Klärung einer zivilrechtlichen Vorfrage (§ 262 Abs. 2 StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
39	um nach Art. 100 GG eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten	-	-	-	-	-	-	-	-
40	Sonstige Erledigungsart	99	5	81	13	205	55	85	65

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 4.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
801	562	239	369	861	468	504	475	1
601	434	167	257	528	321	299	329	2
557	409	148	231	498	284	281	302	3
44	25	19	26	30	37	18	24	4
-	-	-	-	-	-	-	3	5
11	5	6	9	8	6	11	9	6
-	-	-	-	-	-	-	-	7
1	-	1	-	-	-	-	-	8
9	5	4	7	6	6	7	8	9
1	-	1	-	1	-	2	1	10
-	-	-	-	-	-	-	-	11
-	-	-	-	-	-	-	-	12
-	-	-	2	1	-	2	-	13
-	-	-	-	-	-	-	-	14
1	-	1	-	5	2	-	1	15
-	-	-	-	1	-	-	-	16
-	-	-	-	2	-	-	-	17
1	-	1	-	2	2	-	1	18
-	-	-	-	-	-	-	-	19
3	1	2	1	3	3	11	3	20
1	1	-	1	1	3	6	1	21
2	-	2	-	2	-	5	2	22
19	13	6	1	32	3	4	16	23
-	-	-	-	2	-	-	1	24
9	5	4	3	12	12	2	3	25
5	3	2	1	4	4	4	1	26
-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	-	-	1	4	-	1	28
-	-	-	-	-	-	-	-	29
-	-	-	-	1	4	-	1	30
10	6	4	8	11	7	11	2	31
8	8	-	7	45	16	17	23	32
-	-	-	-	2	-	-	-	33
15	14	1	8	27	3	6	7	34
75	48	27	63	86	45	125	40	35
4	-	4	-	3	-	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	-	37
-	-	-	-	-	-	-	-	38
4	-	4	-	3	-	-	-	39
40	25	15	11	92	42	14	39	40

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

4.4 Hauptverhandlungen

Lfd. Nr.	Hauptverhandlungen Hauptverhandlungstage Beteiligte der Hauptverhandlung	Art des Nachweises	Deutschland	Baden-	
				zusammen	OLG-
					Karlsruhe
1	Hauptverhandlungen insgesamt	Verhandlungen	10 438	963	480
2	Anklagesachen	Verhandlungen	9 194	836	416
3	sonstigen Verfahren	Verhandlungen	1 244	127	64
4	Erledigte Verfahren insgesamt	Verfahren	13 077	1 214	601
5	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	3 643	283	134
6	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	367	32	13
7	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	27	-	-
8	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	8 519	868	441
9	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	521	31	13
10	Erledigte Anklagen	Verfahren	11 006	1 012	494
11	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	2 704	202	90
12	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	309	28	11
13	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	20	-	-
14	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	7 526	756	381
15	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	447	26	12
16	Hauptverhandlungstage insgesamt	Tage	37 053	3 590	1 577
17	dar. HV-Tage früherer Hauptverhandlungen	Tage	1 919	60	24
	davon in				
18	Anklagesachen	Tage	34 131	3 287	1 446
19	sonstigen Verfahren	Tage	2 922	303	131
20	Erledigte Verfahren mit Hauptverhandlung zusammen	Verfahren	9 434	931	467
	Die Hauptverhandlung(en) verteilte(n) sich				
21	auf 1 HV-Tag	Verfahren	3 067	216	133
22	auf 2 HV-Tage	Verfahren	2 030	238	125
23	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	2 693	319	142
24	auf 6 bis 10 HV-Tage	Verfahren	1 047	105	46
25	auf 11 bis 20 HV-Tage	Verfahren	428	41	17
26	auf 21 bis 50 HV-Tage	Verfahren	148	12	4
27	auf 51 und mehr HV-Tage	Verfahren	21	-	-
28	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	3,9	3,9	3,4
	Die letzte (einzige) Hauptverhandlung verteilte sich				
29	auf 1 HV-Tag	Verfahren	3 345	230	140
30	auf 2 HV-Tage	Verfahren	1 959	233	120
31	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	2 610	314	140
32	auf 6 bis 10 HV-Tage	Verfahren	965	102	46
33	auf 11 bis 20 HV-Tage	Verfahren	403	41	18
34	auf 21 bis 50 HV-Tage	Verfahren	134	11	3
35	auf 51 und mehr HV-Tage	Verfahren	18	-	-
36	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage der letzten (einzigen) Hauptverhandlung je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	3,7	3,8	3,3
	An der letzten (einzigen) Hauptverhandlung haben teilgenommen				
37	Beschuldigte	Verfahren	9 370	926	465
38	Zahl der Beschuldigten	Personen	13 421	1 473	720
39	Verteidiger	Verfahren	9 366	928	467
40	Zahl der Verteidiger	Personen	15 219	1 645	796
41	Nebenkläger/Nebenklägervertreter	Verfahren	2 364	262	135
42	Verletztenbeistand	Verfahren	136	5	3
43	Sachverständige	Verfahren	5 262	562	272
44	Dolmetscher	Verfahren	2 453	284	141
45	Gerichtshelfer/Jugendgerichtshelfer	Verfahren	809	94	40
46	Ergänzungsrichter (§ 192 Abs. 2 GVG)	Verfahren	73	14	12

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

4.4 Hauptverhandlungen

Württemberg Bezirk	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.	
	Stuttgart	zusammen	OLG-Bezirk									
			München	Nürnberg								Bamberg
483	1 625	852	406	367	586	220	117	314	925	196	1	
420	1 428	725	365	338	538	161	116	297	830	151	2	
63	197	127	41	29	48	59	1	17	95	45	3	
613	1 897	996	479	422	805	345	164	329	1 167	264	4	
149	346	192	88	66	241	144	69	94	304	99	5	
19	41	21	7	13	25	7	3	8	28	5	6	
-	4	3	1	-	1	1	-	1	2	1	7	
427	1 450	744	374	332	517	179	85	210	786	146	8	
18	56	36	9	11	21	14	7	16	47	13	9	
518	1 614	824	414	376	746	238	160	289	1 011	189	10	
112	241	129	63	49	230	91	66	70	238	62	11	
17	28	13	7	8	23	6	3	7	25	1	12	
-	4	3	1	-	1	-	-	1	2	-	13	
375	1 298	655	335	308	471	130	84	196	704	117	14	
14	43	24	8	11	21	11	7	15	42	9	15	
2 013	4 693	2 565	1 209	919	2 524	846	537	1 450	2 975	840	16	
36	197	67	80	50	69	68	50	82	158	38	17	
1 841	4 313	2 316	1 128	869	2 394	728	536	1 379	2 759	738	18	
172	380	249	81	50	130	118	1	71	216	102	19	
464	1 551	804	391	356	564	201	95	235	863	165	20	
83	708	342	198	168	149	82	21	15	314	43	21	
113	339	185	68	86	143	36	15	40	184	33	22	
177	331	166	87	78	158	54	29	100	244	51	23	
59	104	70	18	16	61	17	19	51	80	28	24	
24	50	31	14	5	35	7	9	19	33	5	25	
8	18	10	5	3	18	3	1	9	6	3	26	
-	1	-	1	-	-	2	1	1	2	2	27	
4,3	3,0	3,2	3,1	2,6	4,5	4,2	5,7	6,2	3,4	5,1	28	
90	739	366	202	171	153	88	22	27	340	52	29	
113	327	173	68	86	148	34	18	36	181	30	30	
174	321	158	85	78	155	53	28	99	232	50	31	
56	96	66	16	14	56	14	18	46	77	23	32	
23	51	31	15	5	35	7	8	18	25	5	33	
8	17	10	5	2	17	3	-	8	6	3	34	
-	-	-	-	-	-	2	1	1	2	2	35	
4,3	2,9	3,1	2,9	2,4	4,4	3,9	5,1	5,8	3,3	4,9	36	
461	1 514	773	389	352	563	200	95	235	860	165	37	
753	2 066	1 079	526	461	890	291	153	395	1 236	243	38	
461	1 502	760	390	352	562	201	95	234	863	165	39	
849	2 388	1 288	593	507	1 118	317	156	416	1 402	261	40	
127	282	156	64	62	131	45	33	69	194	48	41	
2	4	2	2	-	-	13	1	3	16	28	42	
290	1 055	517	307	231	344	108	42	98	414	100	43	
143	437	254	116	67	202	29	20	70	296	15	44	
54	81	23	21	37	99	9	7	10	72	19	45	
2	4	1	3	-	-	2	-	2	2	4	46	

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 4.4 Hauptverhandlungen

Lfd. Nr.	Hauptverhandlungen Hauptverhandlungstage Beteiligte der Hauptverhandlung	Art des Nachweises	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
			zu- sammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
				Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Hauptverhandlungen insgesamt	Verhandlungen	929	222	468	239	2 582	737	1 299	546
	davon in									
2	Anklagesachen	Verhandlungen	812	206	405	201	2 323	664	1 190	469
3	sonstigen Verfahren	Verhandlungen	117	16	63	38	259	73	109	77
4	Erledigte Verfahren insgesamt	Verfahren	1 117	192	625	300	3 196	901	1 572	723
5	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	317	47	194	76	956	222	494	240
6	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	35	4	23	8	129	65	55	9
7	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	4	-	3	1	8	5	2	1
8	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	693	119	373	201	1 991	567	973	451
9	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	68	22	32	14	112	42	48	22
10	Erledigte Anklagen	Verfahren	941	176	524	241	2 736	788	1 397	551
11	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	240	39	152	49	733	172	419	142
12	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	32	4	21	7	113	56	50	7
13	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	4	-	3	1	5	3	2	-
14	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	609	113	320	176	1 785	520	883	382
15	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	56	20	28	8	100	37	43	20
16	Hauptverhandlungstage insgesamt	Tage	3 432	611	2 096	725	9 443	2 564	4 381	2 498
17	dar. HV-Tage früherer Hauptverhandlungen	Tage	287	100	162	25	552	163	304	85
	davon in									
18	Anklagesachen	Tage	3 163	589	1 930	644	8 828	2 410	4 119	2 299
19	sonstigen Verfahren	Tage	269	22	166	81	615	154	262	199
20	Erledigte Verfahren mit Hauptverhandlung zusammen	Verfahren	800	145	431	224	2 240	679	1 078	483
	Die Hauptverhandlung(en) verteilte(n) sich									
21	auf 1 HV-Tag	Verfahren	235	36	119	80	725	243	369	113
22	auf 2 HV-Tage	Verfahren	164	25	89	50	422	124	212	86
23	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	250	53	130	67	680	195	315	170
24	auf 6 bis 10 HV-Tage	Verfahren	99	19	61	19	260	81	114	65
25	auf 11 bis 20 HV-Tage	Verfahren	39	11	22	6	97	18	44	35
26	auf 21 bis 50 HV-Tage	Verfahren	9	1	6	2	49	18	19	12
27	auf 51 und mehr HV-Tage	Verfahren	4	-	4	-	7	-	5	2
28	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	4,3	4,2	4,9	3,2	4,2	3,8	4,1	5,2
	Die letzte (einzige) Hauptverhandlung verteilte sich									
29	auf 1 HV-Tag	Verfahren	278	53	140	85	786	261	400	125
30	auf 2 HV-Tage	Verfahren	154	24	81	49	410	123	202	85
31	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	231	44	122	65	664	191	311	162
32	auf 6 bis 10 HV-Tage	Verfahren	89	15	57	17	240	72	104	64
33	auf 11 bis 20 HV-Tage	Verfahren	37	8	23	6	90	15	41	34
34	auf 21 bis 50 HV-Tage	Verfahren	8	1	5	2	44	17	16	11
35	auf 51 und mehr HV-Tage	Verfahren	3	-	3	-	6	-	4	2
36	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage der letzten (einzigen) Hauptverhandlung je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	3,9	3,5	4,5	3,1	4,0	3,5	3,8	5,0
37	Beschuldigte	Verfahren	793	144	425	224	2 234	676	1 076	482
38	Zahl der Beschuldigten	Personen	1 114	189	613	312	3 106	903	1 493	710
39	Verteidiger	Verfahren	789	145	420	224	2 239	678	1 078	483
40	Zahl der Verteidiger	Personen	1 281	269	680	332	3 570	1 034	1 669	867
41	Nebenkläger/Nebenklägervertreter	Verfahren	226	48	114	64	568	133	271	164
42	Verletztenbeistand	Verfahren	12	1	10	1	38	27	4	7
43	Sachverständige	Verfahren	453	67	270	116	1 051	280	499	272
44	Dolmetscher	Verfahren	137	20	60	57	647	251	236	160
45	Gerichtshelfer/Jugendgerichtshelfer	Verfahren	84	12	59	13	178	50	85	43
46	Ergänzungsrichter (§ 192 Abs. 2 GVG)	Verfahren	5	-	5	-	28	15	9	4

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 4.4 Hauptverhandlungen

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
529	358	171	195	417	286	273	281	1
463	322	141	167	366	237	230	239	2
66	36	30	28	51	49	43	42	3
588	391	197	245	620	370	400	356	4
142	88	54	74	225	96	160	93	5
11	7	4	4	12	11	7	9	6
2	1	1	-	-	2	1	-	7
393	267	126	145	363	251	204	238	8
40	28	12	22	20	10	28	16	9
496	344	152	203	473	285	322	291	10
104	69	35	54	125	58	122	68	11
9	6	3	3	10	7	6	8	12
1	1	-	-	-	2	-	-	13
348	244	104	129	321	210	168	200	14
34	24	10	17	17	8	26	15	15
1 637	1 211	426	587	1 468	1 225	1 020	786	16
106	77	29	51	51	39	74	37	17
1 511	1 157	354	520	1 331	1 054	897	693	18
126	54	72	67	137	171	123	93	19
446	303	143	171	395	274	240	263	20
153	105	48	77	85	63	61	120	21
104	67	37	29	118	57	51	57	22
102	63	39	35	125	82	77	56	23
55	39	16	19	46	53	32	18	24
27	24	3	9	17	16	16	8	25
5	5	-	2	4	2	3	4	26
-	-	-	-	-	1	-	-	27
3,7	4,0	3,0	3,4	3,7	4,5	4,3	3,0	28
180	122	58	89	91	70	75	125	29
95	63	32	26	119	53	40	55	30
93	57	36	31	123	82	79	55	31
48	34	14	16	42	51	29	18	32
25	22	3	7	17	15	15	7	33
5	5	-	2	3	2	2	3	34
-	-	-	-	-	1	-	-	35
3,4	3,7	2,8	3,1	3,6	4,3	3,9	2,8	36
446	303	143	171	394	272	239	263	37
627	450	177	266	562	339	307	353	38
445	303	142	171	395	274	240	263	39
681	504	177	276	614	361	345	388	40
115	81	34	50	90	90	77	84	41
3	3	-	3	1	7	-	2	42
268	186	82	92	234	171	131	139	43
90	64	26	49	74	36	46	21	44
41	26	15	10	27	33	18	27	45
4	3	1	-	-	1	6	1	46

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

4.5 Verfahrensdauer

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschließlich ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Deutschland	Baden-	
				zusammen	OLG-
					Karlsruhe
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	13 077	1 214	601
	davon waren bei dem Gericht anhängig				
2	bis 3	%	37,9	38,1	37,8
3	3 - 6	%	33,7	37,2	35,1
4	6 - 12	%	16,0	12,6	12,8
5	12 - 18	%	5,5	5,8	7,5
6	18 - 24	%	2,5	2,6	3,7
7	24 - 36	%	2,4	2,4	2,3
8	mehr als 36 Monate	%	2,0	1,2	0,8
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	6,6	6,1	6,3
10	Durch Urteil erledigte Verfahren	Anzahl	9 040	899	454
	davon waren bei dem Gericht anhängig				
11	bis 3	%	25,7	27,5	27,3
12	3 - 6	%	43,1	46,2	43,4
13	6 - 12	%	18,6	14,2	14,5
14	12 - 18	%	6,0	6,1	7,9
15	18 - 24	%	2,8	2,4	3,5
16	24 - 36	%	2,5	2,7	2,4
17	mehr als 36 Monate	%	1,4	0,9	0,9
18	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	6,9	6,5	6,8
19	Erledigte Verfahren ohne Wiederaufnahmeverfahren, Nachverfahren und Anträge auf Einleitung eines objektiven Verfahrens	Anzahl	12 877	1 187	586
	davon waren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft anhängig				
20	bis 3	%	5,8	5,6	4,1
21	3 - 6	%	18,7	22,2	19,3
22	6 - 12	%	32,9	35,6	37,9
23	12 - 18	%	15,2	13,8	15,7
24	18 - 24	%	8,7	6,2	7,3
25	24 - 36	%	8,3	7,4	7,0
26	36 - 48	%	4,1	3,3	3,4
27	mehr als 48 Monate	%	6,3	6,0	5,3
28	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	17,2	15,4	15,5
29	Verfahren mit Anklage und Eröffnungsbeschluss	Anzahl	11 006	1 012	494
30	Durchschnittliche Dauer der Verfahren vom Eingang bei Gericht bis zum Erlass eines Eröffnungsbeschlusses	Monate	2,9	3,0	3,4
31	Durch Urteil erledigte Anklagen	Anzahl	7 973	782	393
32	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in der Instanz	Monate	6,9	6,4	6,8
	Zeitraum der Hauptverhandlungen				
33	Verfahren mit mehreren Hauptverhandlungen	Anzahl	548	31	13
	davon waren vom Beginn der ersten HV bis zur Beendigung der letzten HV anhängig				
34	bis 1	%	19,0	29,0	38,5
35	1 - 2	%	13,0	22,6	15,4
36	2 - 3	%	12,4	6,5	7,7
37	3 - 6	%	18,6	19,4	15,4
38	6 - 9	%	11,9	6,5	-
39	9 - 12	%	6,0	3,2	7,7
40	mehr als 12 Monate	%	19,2	12,9	15,4
41	Verfahren mit mehreren HV-Tagen der letzten (einzigsten) Hauptverhandlung	Anzahl	6 089	701	327
	davon waren vom Beginn des ersten HV-Tages bis zur Beendigung des letzten HV-Tages anhängig				
42	bis 1	%	70,4	78,2	79,2
43	1 - 2	%	16,0	12,6	11,0
44	2 - 3	%	5,7	4,4	4,9
45	3 - 6	%	5,6	3,9	3,7
46	6 - 9	%	1,6	1,3	0,6
47	9 - 12	%	0,5	0,3	0,3
48	mehr als 12 Monate	%	0,6	0,1	0,3

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

4.5 Verfahrensdauer

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
Bezirk	zusammen	OLG-Bezirk									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							
613	1 897	996	479	422	805	345	164	329	1 167	264	1
38,5	32,3	31,5	30,5	36,3	42,0	40,9	29,9	39,5	39,5	42,0	2
39,3	42,3	40,5	47,2	41,0	32,9	23,8	36,0	34,3	28,7	28,4	3
12,4	17,3	18,9	13,8	17,8	13,8	17,7	15,2	13,7	17,1	15,5	4
4,2	3,8	3,7	5,4	2,4	5,2	7,5	4,3	4,0	5,3	4,9	5
1,5	2,0	2,4	1,9	0,9	3,1	3,5	1,2	2,4	2,7	3,8	6
2,4	1,6	2,5	0,2	0,9	0,6	3,8	7,3	2,4	3,4	2,7	7
1,6	0,7	0,5	1,0	0,7	2,4	2,9	6,1	3,6	3,3	2,7	8
5,9	5,5	5,8	5,4	5,0	7,0	7,8	9,7	6,8	8,1	6,9	9
445	1 506	780	383	343	538	193	92	226	833	159	10
27,6	25,3	24,0	22,7	31,2	28,4	21,2	15,2	24,8	30,1	27,7	11
49,0	49,1	47,2	54,8	47,2	44,2	33,7	44,6	47,3	35,7	40,3	12
13,9	18,2	20,1	15,1	17,2	16,5	23,3	18,5	15,0	19,7	15,7	13
4,3	3,3	3,2	4,4	2,3	6,3	9,8	4,3	4,4	6,6	5,0	14
1,3	1,9	2,4	1,8	0,9	3,5	4,7	2,2	2,7	2,9	5,0	15
2,9	1,5	2,4	0,3	0,9	0,7	4,7	7,6	3,1	3,4	3,1	16
0,9	0,6	0,6	0,8	0,3	0,2	2,6	7,6	2,7	1,7	3,1	17
6,1	5,7	6,2	5,5	5,1	5,8	9,1	11,2	7,2	7,2	8,2	18
601	1 855	974	470	411	800	337	163	329	1 148	258	19
7,0	2,9	2,7	3,0	3,4	5,4	5,0	9,2	6,7	5,9	6,2	20
25,0	12,7	10,4	15,5	15,1	20,1	13,9	19,6	18,5	17,9	25,2	21
33,3	44,6	39,8	49,4	50,4	33,6	23,1	30,7	33,4	31,4	26,0	22
12,0	17,5	19,0	15,1	16,8	14,9	18,4	10,4	13,4	12,5	14,3	23
5,2	8,5	10,2	7,7	5,4	8,8	10,7	7,4	8,8	9,7	9,3	24
7,8	6,8	8,3	4,5	5,8	8,5	11,9	7,4	7,3	9,1	8,5	25
3,2	3,2	4,2	3,0	1,2	2,3	6,8	3,1	5,2	4,9	5,4	26
6,7	3,8	5,4	1,9	1,9	6,5	10,1	12,3	6,7	8,7	5,0	27
15,4	15,2	17,4	12,7	12,9	17,5	21,9	20,1	17,9	19,9	16,6	28
518	1 614	824	414	376	746	238	160	289	1 011	189	29
2,6	2,4	2,8	2,2	2,0	2,3	3,7	5,1	3,8	2,9	2,8	30
389	1 341	679	343	319	492	141	91	211	746	126	31
6,1	5,8	6,2	5,5	5,1	5,9	9,7	11,3	7,4	7,4	7,9	32
18	60	39	10	11	22	15	7	17	49	14	33
22,2	25,0	33,3	20,0	-	9,1	-	-	47,1	6,1	28,6	34
27,8	13,3	12,8	20,0	9,1	-	20,0	-	17,6	6,1	14,3	35
5,6	16,7	20,5	10,0	9,1	18,2	-	14,3	17,6	10,2	7,1	36
22,2	21,7	17,9	20,0	36,4	36,4	20,0	42,9	5,9	20,4	7,1	37
11,1	8,3	7,7	10,0	9,1	27,3	20,0	14,3	11,8	6,1	21,4	38
-	3,3	5,1	-	-	4,5	6,7	14,3	-	10,2	-	39
11,1	11,7	2,6	20,0	36,4	4,5	33,3	14,3	-	40,8	21,4	40
374	812	438	189	185	411	113	73	208	523	113	41
77,3	76,8	73,3	78,3	83,8	67,2	68,1	61,6	69,7	75,0	67,3	42
13,9	12,8	15,5	9,0	10,3	16,3	19,5	21,9	21,6	15,1	17,7	43
4,0	3,9	4,8	3,7	2,2	6,6	1,8	8,2	3,4	4,8	6,2	44
4,0	4,1	4,1	5,3	2,7	5,6	4,4	5,5	8,7	3,6	1,8	45
1,9	1,6	1,6	3,2	-	2,9	3,5	1,4	1,4	0,8	3,5	46
0,3	0,2	-	0,5	0,5	0,7	0,9	-	0,5	-	1,8	47
-	0,5	0,7	-	0,5	0,7	1,8	1,4	0,5	0,8	1,8	48

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 4.5 Verfahrensdauer

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschließlich ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
			zu- sammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
				Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	1 117	192	625	300	3 196	901	1 572	723
	davon waren bei dem Gericht anhängig									
2	bis 3	%	35,2	27,6	34,9	40,7	39,3	37,0	39,2	42,5
3	3 - 6	%	31,9	42,7	29,0	31,0	32,6	34,4	31,4	32,9
4	6 - 12	%	18,2	18,8	18,4	17,3	14,6	15,6	14,3	14,1
5	12 - 18	%	5,9	3,6	7,2	4,7	6,1	7,2	6,5	4,0
6	18 - 24	%	3,3	5,2	3,4	2,0	2,3	1,4	3,0	2,1
7	24 - 36	%	2,7	1,6	3,5	1,7	2,7	2,0	3,1	2,9
8	mehr als 36 Monate	%	2,9	0,5	3,7	2,7	2,3	2,3	2,6	1,5
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	7,3	6,1	8,2	6,2	6,8	7,2	7,0	5,9
10	Durch Urteil erledigte Verfahren	Anzahl	761	141	405	215	2 103	609	1 021	473
	davon waren bei dem Gericht anhängig									
11	bis 3	%	24,6	16,3	23,2	32,6	26,5	27,8	26,3	25,4
12	3 - 6	%	39,0	51,1	36,3	36,3	43,3	43,7	41,8	45,9
13	6 - 12	%	20,9	21,3	21,2	20,0	16,9	16,4	16,7	18,0
14	12 - 18	%	6,4	4,3	8,4	4,2	6,4	7,1	7,0	4,4
15	18 - 24	%	3,3	5,7	3,2	1,9	2,7	1,6	3,3	2,5
16	24 - 36	%	3,0	0,7	4,4	1,9	2,5	2,0	3,0	2,1
17	mehr als 36 Monate	%	2,8	0,7	3,2	3,3	1,7	1,5	1,9	1,7
18	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	7,8	6,6	8,7	6,9	7,0	6,6	7,4	6,5
19	Erledigte Verfahren ohne Wiederaufnahmeverfahren, Nachverfahren und Anträge auf Einleitung eines objektiven Verfahrens	Anzahl	1 109	189	620	300	3 150	885	1 558	707
	davon waren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft anhängig									
20	bis 3	%	5,2	1,1	6,3	5,7	7,7	10,6	6,8	5,8
21	3 - 6	%	20,3	23,8	16,6	25,7	21,6	23,7	21,4	19,1
22	6 - 12	%	31,8	34,4	32,9	28,0	28,9	26,4	28,0	33,7
23	12 - 18	%	15,0	19,6	14,5	13,0	14,7	14,8	14,9	14,0
24	18 - 24	%	8,3	8,5	7,1	10,7	8,2	7,7	8,2	8,8
25	24 - 36	%	8,6	5,8	10,0	7,3	7,7	6,4	8,1	8,2
26	36 - 48	%	4,4	4,2	4,7	4,0	4,7	4,6	4,7	4,8
27	mehr als 48 Monate	%	6,4	2,6	7,9	5,7	6,7	5,6	7,8	5,7
28	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	17,5	15,2	19,2	15,6	17,2	16,4	17,7	17,3
29	Verfahren mit Anklage und Eröffnungsbeschluss	Anzahl	941	176	524	241	2 736	788	1 397	551
30	Durchschnittliche Dauer der Verfahren vom Eingang bei Gericht bis zum Erlass eines Eröffnungsbeschlusses	Monate	3,2	2,7	3,5	3,0	3,3	3,3	3,5	3,2
31	Durch Urteil erledigte Anklagen	Anzahl	665	133	348	184	1 885	557	926	402
32	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in der Instanz	Monate	8,1	6,7	9,2	6,9	7,1	6,6	7,5	6,7
	Zeitraum der Hauptverhandlungen									
33	Verfahren mit mehreren Hauptverhandlungen	Anzahl	72	22	35	15	120	47	50	23
	davon waren vom Beginn der ersten HV bis zur Beendigung der letzten HV anhängig									
34	bis 1	%	22,2	45,5	17,1	-	14,2	10,6	12,0	26,1
35	1 - 2	%	8,3	9,1	5,7	13,3	20,8	19,1	22,0	21,7
36	2 - 3	%	16,7	18,2	14,3	20,0	14,2	14,9	10,0	21,7
37	3 - 6	%	16,7	13,6	17,1	20,0	12,5	17,0	10,0	8,7
38	6 - 9	%	5,6	-	8,6	6,7	13,3	8,5	18,0	13,0
39	9 - 12	%	8,3	4,5	8,6	13,3	5,0	10,6	-	4,3
40	mehr als 12 Monate	%	22,2	9,1	28,6	26,7	20,0	19,1	28,0	4,3
41	Verfahren mit mehreren HV-Tagen der letzten (einzig) Hauptverhandlung	Anzahl	522	92	291	139	1 454	418	678	358
	davon waren vom Beginn des ersten HV-Tages bis zur Beendigung des letzten HV-Tages anhängig									
42	bis 1	%	69,5	66,3	69,1	72,7	67,9	65,6	68,1	70,1
43	1 - 2	%	15,1	15,2	14,4	16,5	17,4	22,0	15,8	15,1
44	2 - 3	%	5,7	4,3	7,6	2,9	5,9	4,8	6,8	5,6
45	3 - 6	%	7,5	13,0	6,2	6,5	6,2	6,7	5,8	6,4
46	6 - 9	%	1,1	1,1	1,4	0,7	1,5	0,7	1,9	1,7
47	9 - 12	%	0,2	-	-	0,7	0,6	0,2	0,6	0,8
48	mehr als 12 Monate	%	0,8	-	1,4	-	0,6	-	1,0	0,3

4 Vor dem Landgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 4.5 Verfahrensdauer

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
588	391	197	245	620	370	400	356	1
30,1	29,4	31,5	41,6	43,1	33,8	39,8	47,2	2
37,2	42,7	26,4	31,4	31,9	33,0	27,8	27,2	3
19,2	15,9	25,9	18,4	14,7	20,5	19,3	15,7	4
7,1	6,1	9,1	3,7	5,0	7,8	5,5	4,8	5
2,7	2,8	2,5	2,9	2,7	1,9	2,0	2,2	6
2,4	2,3	2,5	1,2	1,8	2,4	2,8	2,0	7
1,2	0,8	2,0	0,8	0,8	0,5	3,0	0,8	8
6,8	6,2	8,1	5,4	5,5	6,6	6,6	5,3	9
433	295	138	167	383	261	232	254	10
16,9	17,3	15,9	21,6	25,6	21,1	17,2	34,6	11
45,7	50,8	34,8	41,9	43,1	40,6	39,7	34,3	12
23,3	19,7	31,2	26,3	19,1	22,6	28,0	19,3	13
8,3	7,1	10,9	4,8	6,3	9,6	6,5	5,9	14
2,8	2,4	3,6	3,6	3,4	2,3	2,2	2,8	15
2,3	2,4	2,2	1,2	1,8	3,1	3,9	2,4	16
0,7	0,3	1,4	0,6	0,8	0,8	2,6	0,8	17
7,2	6,5	8,5	6,6	6,4	7,8	8,1	6,3	18
584	388	196	239	608	361	398	351	19
3,9	4,4	3,1	7,1	5,6	3,9	8,0	8,3	20
17,1	18,6	14,3	13,4	15,5	19,4	15,3	20,5	21
34,1	36,1	30,1	25,9	33,4	24,4	33,7	31,1	22
15,4	15,5	15,3	20,5	15,6	19,1	16,6	14,8	23
9,9	9,3	11,2	11,7	9,9	13,6	6,8	8,5	24
8,6	7,2	11,2	12,6	10,0	10,0	7,0	11,1	25
4,3	3,1	6,6	3,8	4,9	3,0	5,0	2,0	26
6,7	5,9	8,2	5,0	5,1	6,6	7,5	3,7	27
18,2	16,2	22,0	17,2	17,8	18,4	16,7	14,5	28
496	344	152	203	473	285	322	291	29
2,3	2,2	2,6	1,9	2,6	2,2	3,5	2,7	30
382	268	114	146	338	218	194	215	31
7,0	6,4	8,2	6,3	6,4	7,3	8,4	6,4	32
42	29	13	22	20	12	29	16	33
23,8	24,1	23,1	-	25,0	16,7	41,4	6,3	34
9,5	6,9	15,4	13,6	5,0	8,3	6,9	18,8	35
9,5	6,9	15,4	9,1	10,0	-	10,3	12,5	36
7,1	10,3	-	36,4	25,0	25,0	24,1	25,0	37
16,7	10,3	30,8	13,6	10,0	16,7	6,9	25,0	38
7,1	10,3	-	4,5	10,0	16,7	-	12,5	39
26,2	31,0	15,4	22,7	15,0	16,7	10,3	-	40
266	181	85	82	304	204	165	138	41
66,2	59,1	81,2	57,3	73,0	58,8	58,2	68,8	42
14,3	16,0	10,6	22,0	14,1	21,6	19,4	18,8	43
9,0	10,5	5,9	7,3	6,3	10,3	10,9	4,3	44
7,5	9,9	2,4	9,8	4,9	7,4	9,1	3,6	45
2,3	3,3	-	2,4	1,0	0,5	1,2	2,9	46
0,8	1,1	-	-	0,3	1,0	0,6	1,4	47
-	-	-	1,2	0,3	0,5	0,6	-	48

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

5.1 Vorinstanz, Einleitungsart, Betreiber, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung

Lfd. Nr.	Art der Vorinstanz Art der Einleitung Betreiber der Berufung Beschuldigte	Deutschland	Baden- OLG-	
			zusammen	Karlsruhe
1	Erledigte Verfahren insgesamt	46 936	5 435	2 356
	Von ihnen richteten sich gegen ein Urteil des			
2	Strafrichters	34 460	4 023	1 756
3	Schöffengerichts	6 370	688	313
4	Erweiterten Schöffengerichts	106	-	-
5	Jugendrichters	2 300	288	114
6	Jugendschöffengerichts	3 700	436	173
	Die Verfahren wurden eingeleitet durch			
7	Berufung in Privatklageverfahren	55	29	20
	Antrag auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft			
8	zuungunsten des Beschuldigten	27	5	5
9	zugunsten des Beschuldigten	79	7	6
10	von der Rechtsmittelinstanz zurückgewiesene Verfahren	354	30	6
11	Berufung im Officialverfahren	45 563	5 320	2 296
12	Annahmoberufung im Officialverfahren (§ 313 Abs. 1 StPO)	858	44	23
	Die Berufung wurde eingelegt durch			
13	den Beschuldigten	42 795	4 985	2 109
14	die Staatsanwaltschaft zuungunsten des Beschuldigten	10 134	1 184	576
15	die Staatsanwaltschaft zugunsten des Beschuldigten	186	24	6
16	Nebenkläger	313	35	13
17	Privatkläger	9	2	1
18	den Erziehungsberechtigten/ gesetzlichen Vertreter	40	7	1
19	Zahl der Beschuldigten insgesamt	49 840	5 907	2 562
	Zahl der Verfahren			
20	mit 1 Beschuldigten	44 487	5 032	2 174
21	mit 2 Beschuldigten	2 105	358	163
22	mit 3 bis 5 Beschuldigten	337	44	19
23	mit 6 bis 10 Beschuldigten	6	-	-
24	mit 11 und mehr Beschuldigten	1	1	-
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten zur (letzten) Hauptverhandlung			
25	Zahl der Verfahren mit Hauptverhandlung	35 481	3 654	1 604
26	Verfahren, in denen ein Beteiligter aus Haft vorgeführt wurde	3 375	364	159
27	Verfahren, in denen ein Beteiligter vorgeführt wurde, ohne in Haft zu sein	352	29	19
	Maßnahmen der Gewinnabschöpfung			
28	Verfahren mit Anträgen auf Maßnahmen der Gewinnabschöpfung	155	23	10

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

5.1 Vorinstanz, Einleitungsart, Betreiber, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
Bezirk	zusammen	OLG-Bezirk									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							
3 079	8 942	5 066	2 446	1 430	2 602	1 384	203	1 469	2 799	875	1
2 267	6 926	3 941	1 931	1 054	1 895	1 053	147	1 177	1 979	643	2
375	990	540	222	228	356	155	37	181	439	118	3
-	1	1	-	-	42	-	-	-	-	3	4
174	407	258	104	45	88	76	7	43	147	37	5
263	618	326	189	103	221	100	12	68	234	74	6
9	4	4	-	-	1	-	-	1	3	-	7
-	4	4	-	-	-	-	-	-	-	-	8
1	24	13	9	2	2	3	-	1	3	1	9
24	108	59	29	20	1	28	-	18	11	8	10
3 024	8 754	4 954	2 400	1 400	2 593	1 350	184	1 444	2 520	865	11
21	48	32	8	8	5	3	19	5	262	1	12
2 876	8 128	4 558	2 253	1 317	2 450	1 136	187	1 272	2 578	810	13
608	3 705	2 095	1 015	595	264	307	26	358	506	106	14
18	29	16	7	6	12	8	1	4	1	5	15
22	28	19	5	4	14	12	4	19	26	9	16
1	4	3	1	-	-	-	-	-	1	-	17
6	4	1	2	1	1	1	-	1	6	-	18
3 345	9 409	5 358	2 563	1 488	2 772	1 465	217	1 574	2 994	945	19
2 858	8 551	4 829	2 346	1 376	2 461	1 320	190	1 379	2 638	819	20
195	333	197	86	50	116	53	12	79	132	46	21
25	57	39	14	4	25	11	1	11	29	9	22
-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	1	23
1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24
2 050	6 722	3 741	1 940	1 041	2 076	980	146	1 069	2 077	654	25
205	658	306	231	121	197	64	3	66	223	78	26
10	44	14	16	14	22	23	2	4	50	8	27
13	38	16	19	3	-	1	-	15	12	10	28

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 5.1 Vorinstanz, Einleitungsart, Betreiber, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung

Lfd. Nr.	Art der Vorinstanz Art der Einleitung Betreiber der Berufung Beschuldigte	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen				
		zu- sammen	OLG-Bezirk		zu- sammen	OLG-Bezirk			
			Braun- schweig	Celle		Olden- burg	Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Verfahren insgesamt	4 110	595	1 886	1 629	10 969	3 384	5 376	2 209
	Von ihnen richteten sich gegen ein Urteil des								
2	Strafrichters	3 008	447	1 385	1 176	7 729	2 431	3 740	1 558
3	Schöffengerichts	489	58	198	233	1 714	468	907	339
4	Erweiterten Schöffengerichts	10	3	-	7	23	2	9	12
5	Jugendrichters	285	45	144	96	542	199	239	104
6	Jugendschöffengerichts	318	42	159	117	961	284	481	196
	Die Verfahren wurden eingeleitet durch								
7	Berufung in Privatklageverfahren	14	13	-	1	2	-	2	-
	Antrag auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft								
8	zuungunsten des Beschuldigten	2	-	2	-	7	6	-	1
9	zugunsten des Beschuldigten	4	3	1	-	16	10	3	3
10	von der Rechtsmittelinanz zurückgewiesene Verfahren	19	7	-	12	49	26	15	8
11	Berufung im Officialverfahren	3 749	572	1 638	1 539	10 876	3 337	5 346	2 193
12	Annahmberufung im Officialverfahren (§ 313 Abs. 1 StPO)	322	-	245	77	19	5	10	4
	Die Berufung wurde eingelegt durch								
13	den Beschuldigten	3 754	534	1 715	1 505	10 147	3 085	5 008	2 054
14	die Staatsanwaltschaft zuungunsten des Beschuldigten	764	125	345	294	1 149	392	545	212
15	die Staatsanwaltschaft zugunsten des Beschuldigten	5	5	-	-	32	12	13	7
16	Nebenkläger	38	4	16	18	64	12	35	17
17	Privatkläger	-	-	-	-	1	1	-	-
18	den Erziehungsberechtigten/ gesetzlichen Vertreter	3	-	2	1	8	2	4	2
19	Zahl der Beschuldigten insgesamt	4 412	632	2 011	1 769	11 535	3 575	5 625	2 335
	Zahl der Verfahren								
20	mit 1 Beschuldigten	3 853	566	1 775	1 512	10 493	3 224	5 167	2 102
21	mit 2 Beschuldigten	224	23	99	102	407	135	180	92
22	mit 3 bis 5 Beschuldigten	32	6	12	14	68	25	28	15
23	mit 6 bis 10 Beschuldigten	1	-	-	1	1	-	1	-
24	mit 11 und mehr Beschuldigten	-	-	-	-	-	-	-	-
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten zur (letzten) Hauptverhandlung								
18	Zahl der Verfahren mit Hauptverhandlung	3 068	447	1 347	1 274	8 503	2 651	4 151	1 701
19	Verfahren, in denen ein Beteiligter aus Haft vorgeführt wurde	209	19	100	90	797	285	337	175
20	Verfahren, in denen ein Beteiligter vorgeführt wurde, ohne in Haft zu sein	32	12	9	11	87	16	45	26
	Maßnahmen der Gewinnabschöpfung								
21	Verfahren mit Anträgen auf Maßnahmen der Gewinnabschöpfung	6	-	4	2	28	14	11	3

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 5.1 Vorinstanz, Einleitungsart, Betreiber, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
1 981	1 409	572	549	2 700	1 078	828	1 012	1
1 435	1 039	396	391	2 029	719	544	762	2
280	202	78	88	382	171	139	143	3
-	-	-	-	24	3	-	-	4
84	51	33	27	87	64	76	42	5
182	117	65	43	178	121	69	65	6
-	-	-	-	-	-	-	1	7
4	4	-	-	2	-	2	1	8
5	3	2	2	6	1	2	2	9
19	15	4	2	30	8	11	12	10
1 947	1 384	563	544	2 640	977	810	990	11
6	3	3	1	22	92	3	6	12
1 832	1 304	528	501	2 381	955	755	924	13
232	138	94	190	715	236	124	268	14
44	41	3	1	11	1	4	4	15
17	10	7	6	20	6	9	6	16
1	1	-	-	-	-	-	-	17
3	3	-	-	1	2	3	-	18
2 104	1 494	610	579	2 848	1 143	878	1 058	19
1 872	1 334	538	526	2 575	1 021	786	971	20
99	68	31	17	106	52	35	36	21
9	6	3	6	19	4	7	5	22
1	1	-	-	-	1	-	-	23
-	-	-	-	-	-	-	-	24
1 504	1 066	438	485	2 193	913	644	793	25
152	107	45	38	255	114	70	87	26
9	7	2	6	12	18	3	3	27
4	1	3	3	1	7	4	3	28

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

5.2 Art der Erledigung der Verfahren

Lfd. Nr.	Art der Erledigung 1)	Deutschland	Baden- OLG-	
			zusammen	Karlsruhe
1	Erledigte Verfahren insgesamt	46 936	5 435	2 356
2	Erledigung ausschließlich wegen Ordnungswidrigkeit	12	4	-
3	Urteil	23 709	2 675	1 224
4	Ohne Einlegung eines Rechtsmittels rechtskräftig gewordene Urteile	16 693	2 105	920
5	Angefochtene Urteile	7 016	570	304
	Durch Urteil erledigt wurden			
6	Privatklageverfahren	20	10	5
7	Offizialverfahren	23 439	2 650	1 216
8	sonstige Verfahren	250	15	3
9	Verwerfungsbeschluss nach § 322 Abs. 1 StPO	327	31	13
10	Einstellung mit Auflage nach § 153a StPO	2 091	218	101
11	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	3	-	-
12	Einstellung nach § 47 JGG	127	18	10
13	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	824	99	37
14	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	876	107	42
15	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	10	4	2
16	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	274	26	14
17	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	145	21	13
18	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	1	-	-
19	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme (§ 31a Abs. 2 BtMG, § 153b Abs. 2, § 153c Abs. 4, § 153d Abs. 2, § 153e Abs. 2, § 154e Abs. 2, § 390 Abs. 5 i.V.m. § 383 Abs. 2 StPO)	90	5	3
20	Vergleich in der Privatklagesache	-	-	-
21	Rücknahme der Berufung	16 319	1 911	722
22	Rücknahme der Privatklage	13	-	-
23	Aussetzung des Verfahrens	7	3	-
24	Verwerfung der Annahmoberufung als unzulässig (§ 313 Abs. 2 StPO)	234	52	33
25	Sonstige Erledigungsart	1 874	261	142

1) Je Verfahren wird nur eine Erledigungsart nachgewiesen, und zwar die jeweils erste aus der in dieser Tabelle genannten Rangfolge.

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

5.2 Art der Erledigung der Verfahren

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
Bezirk	zusammen	OLG-Bezirk									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							
3 079	8 942	5 066	2 446	1 430	2 602	1 384	203	1 469	2 799	875	1
4	2	2	-	-	-	-	-	1	3	-	2
1 451	4 254	2 479	1 156	619	1 430	701	72	808	1 322	457	3
1 185	2 724	1 461	847	416	960	470	57	455	935	326	4
266	1 530	1 018	309	203	470	231	15	353	387	131	5
5	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	6
1 434	4 178	2 431	1 143	604	1 429	683	72	795	1 313	450	7
12	76	48	13	15	1	18	-	13	8	7	8
18	57	32	14	11	21	4	5	8	7	7	9
117	305	169	64	72	113	103	11	66	120	14	10
-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	11
8	14	10	1	3	5	8	-	1	7	2	12
62	127	62	35	30	34	35	4	28	87	4	13
65	163	100	37	26	43	38	9	26	33	8	14
2	2	2	-	-	-	1	-	-	-	-	15
12	78	54	13	11	22	18	2	20	13	5	16
8	27	11	8	8	5	5	1	5	15	3	17
-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	18
2	3	3	-	-	1	-	-	1	3	52	19
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20
1 189	3 613	1 969	1 036	608	839	369	60	434	1 018	280	21
-	4	3	-	1	-	-	-	-	2	-	22
3	3	3	-	-	-	-	-	-	1	-	23
19	34	21	7	6	14	20	-	5	14	8	24
119	256	146	75	35	75	82	37	65	154	35	25

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 5.2 Art der Erledigung der Verfahren

Lfd. Nr.	Art der Erledigung 1)	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
		zu-sammen	OLG-Bezirk			zu-sammen	OLG-Bezirk		
			Braun-schweig	Celle	Olden-burg		Düssel-dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Verfahren insgesamt	4 110	595	1 886	1 629	10 969	3 384	5 376	2 209
2	Erledigung ausschließlich wegen Ordnungswidrigkeit	2	-	-	2	-	-	-	-
3	Urteil	2 211	301	996	914	5 266	1 696	2 481	1 089
4	Ohne Einlegung eines Rechtsmittels rechtskräftig gewordene Urteile	1 555	231	677	647	3 916	1 160	1 966	790
5	Angefochtene Urteile	656	70	319	267	1 350	536	515	299
	Durch Urteil erledigt wurden								
6	Privatklageverfahren	9	8	-	1	-	-	-	-
7	Offizialverfahren	2 191	289	996	906	5 232	1 675	2 472	1 085
8	sonstige Verfahren	11	4	-	7	34	21	9	4
9	Verwerfungsbeschluss nach § 322 Abs. 1 StPO	28	5	19	4	79	27	40	12
10	Einstellung mit Auflage nach § 153a StPO	185	32	86	67	557	168	293	96
11	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Einstellung nach § 47 JGG	9	1	6	2	40	9	19	12
13	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	64	5	30	29	220	67	106	47
14	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	68	14	28	26	241	56	129	56
15	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	-	-	-	-	3	1	2	-
16	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	19	2	9	8	36	8	17	11
17	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	9	-	4	5	29	8	15	6
18	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
19	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme (§ 31a Abs. 2 BtMG, § 153b Abs. 2, § 153c Abs. 4, § 153d Abs. 2, § 153e Abs. 2, § 154e Abs. 2, § 390 Abs. 5 i.V.m. § 383 Abs. 2 StPO)	7	-	6	1	5	2	3	-
20	Vergleich in der Privatklagesache	-	-	-	-	-	-	-	-
21	Rücknahme der Berufung	1 280	196	576	508	4 016	1 180	2 079	757
22	Rücknahme der Privatklage	1	-	1	-	2	1	-	1
23	Aussetzung des Verfahrens	-	-	-	-	-	-	-	-
24	Verwerfung der Annahmoberufung als unzulässig (§ 313 Abs. 2 StPO)	29	-	21	8	28	13	11	4
25	Sonstige Erledigungsart	198	39	104	55	447	148	181	118

1) Je Verfahren wird nur eine Erledigungsart nachgewiesen, und zwar die jeweils erste aus der in dieser Tabelle genannten Rangfolge.

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 5.2 Art der Erledigung der Verfahren

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
1 981	1 409	572	549	2 700	1 078	828	1 012	1
-	-	-	-	-	-	-	-	2
1 006	676	330	312	1 594	657	485	459	3
691	464	227	258	1 109	438	352	342	4
315	212	103	54	485	219	133	117	5
-	-	-	-	-	-	-	-	6
988	661	327	310	1 570	652	476	450	7
18	15	3	2	24	5	9	9	8
32	26	6	3	23	4	9	9	9
65	37	28	31	138	37	45	83	10
1	-	1	-	-	-	-	-	11
12	4	8	3	2	2	4	-	12
48	36	12	5	20	14	19	16	13
38	29	9	11	58	9	16	8	14
-	-	-	-	-	-	-	-	15
3	2	1	-	25	3	1	3	16
9	4	5	1	8	1	3	3	17
-	-	-	-	-	-	-	-	18
-	-	-	4	5	2	2	-	19
-	-	-	-	-	-	-	-	20
694	542	152	164	735	297	217	392	21
2	2	-	-	-	-	-	2	22
-	-	-	-	-	-	-	-	23
4	3	1	-	14	6	6	-	24
67	48	19	15	78	46	21	37	25

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

5.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Deutschland	Baden-	
			zusammen	OLG-
				Karlsruhe
1	Zahl der einzelnen Beschuldigten insgesamt	49 840	5 907	2 562
2	Erledigung ausschließlich wegen Ordnungswidrigkeit	12	4	-
3	Urteile zusammen	24 938	2 828	1 300
4	Aufhebung des Urteils der Vorinstanz und Verweisung an das zuständige Gericht (§ 328 Abs. 2 StPO)	101	7	3
5	Aufhebung des erstinstanzlichen freisprechenden Urteils und Verurteilung	415	56	34
6	Aufhebung des erstinstanzlichen verurteilenden Urteils und Freispruch	1 490	165	72
7	Abänderung/Ergänzung des Urteilsausspruchs bei gleichzeitiger Verwerfung der Berufung/Aufhebung des Urteils im Übrigen	14 303	1 766	829
8	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO)	31	3	1
9	Verwerfung der Berufung wegen Ausbleibens des Beschuldigten (§ 329 Abs. 1 StPO)	3 601	280	111
10	Sonstige Verwerfung der Berufung	4 997	551	250
11	Verwerfungsbeschluss nach § 322 Abs. 1 StPO	334	33	15
12	Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153a StPO zusammen	2 233	241	109
13	Täter - Opfer - Ausgleich (Abs. 1 Satz 2 Nr. 5).....	106	13	3
14	Wiedergutmachung des Schadens (Abs. 1 Satz 2 Nr. 1)	177	34	13
15	Geldbetrag für gemeinnützige Einrichtung oder Staatskasse (Abs. 1 Satz 2 Nr. 2)	1 674	176	86
16	Sonstige gemeinnützige Leistung (Abs. 1 Satz 2 Nr. 3)	135	9	2
17	Erfüllung der Unterhaltspflicht (Abs. 1 Satz 2 Nr. 4)	14	2	1
18	Teilnahme an einem Aufbauseminar nach § 2b Abs. 2 Satz 2 oder § 4 Abs. 8 Satz 4 StVG (Abs. 1 Satz 2 Nr. 6)	1	-	-
19	Sonstige Auflagen oder Weisungen (Abs. 1 Satz 2)	126	7	4
20	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	3	-	-
21	Einstellung nach § 47 JGG zusammen	149	20	12
22	da die Voraussetzungen des § 153 StPO vorliegen (Abs. 1 Satz 1 Nr. 1).....	83	14	9
23	da eine erzieherische Maßnahme im Sinne des § 45 Abs. 2 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrlich macht (Abs. 1 Satz 1 Nr. 2)	35	2	1
24	da nach Anordnung einer Maßnahme nach § 45 Abs. 3 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 3)	27	4	2
25	da Beschuldigter mangels Reife strafrechtlich nicht verantwortlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 4)	4	-	-
26	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO) zusammen	879	111	39
27	ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	370	54	23
28	mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	509	57	16
29	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstrafat (§ 154 Abs. 2 StPO)	927	115	44
30	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	11	4	2
31	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	282	29	16
32	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	151	21	13
33	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	2	-	-
34	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme	97	6	3
35	nach § 31a Abs. 2 BtMG	5	-	-
36	nach § 153b Abs. 2, § 153c Abs. 4, § 153d Abs. 2, § 153e Abs. 2, § 154e Abs. 2, § 390 Abs. 5 i.V.m. § 383 Abs. 2 StPO	92	6	3
37	Vergleich in der Privatklagesache	-	-	-
38	Rücknahme der Berufung	17 537	2 153	821
39	Rücknahme der Privatklage	13	-	-
40	Aussetzung des Verfahrens zusammen	10	5	-
41	bis zum rechtskräftigen Abschluss des Besteuerungsverfahrens (§ 396 Abs. 1 AO)	3	3	-
42	zur Klärung einer zivilrechtlichen Vorfrage (§ 262 Abs. 2 StPO)	5	2	-
43	um nach Art. 100 GG eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten	2	-	-
44	Verwerfung der Annahmeerufung als unzulässig (§ 313 Abs. 2 StPO).....	237	52	33
45	Sonstige Erledigungsart	2 025	285	155

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

5.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten

Württemberg Bezirk	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.	
	Stuttgart	zusammen	OLG-Bezirk									
			München	Nürnberg								Bamberg
3 345	9 409	5 358	2 563	1 488	2 772	1 465	217	1 574	2 994	945	1	
4	2	2	-	-	-	-	-	1	3	-	2	
1 528	4 437	2 594	1 203	640	1 516	749	76	857	1 400	496	3	
4	5	4	1	-	12	5	-	1	8	2	4	
22	53	35	11	7	22	29	3	16	37	3	5	
93	211	135	34	42	93	41	2	48	62	31	6	
937	2 749	1 687	688	374	799	456	47	465	791	283	7	
2	9	6	2	1	3	1	-	1	3	-	8	
169	540	276	185	79	301	105	16	113	195	72	9	
301	870	451	282	137	286	112	8	213	304	105	10	
18	58	33	14	11	22	4	5	8	7	7	11	
132	317	176	68	73	120	110	11	73	129	16	12	
10	4	3	-	1	4	4	1	2	6	1	13	
21	21	9	6	6	11	7	1	-	12	1	14	
90	260	150	56	54	86	91	7	54	99	12	15	
7	21	6	5	10	8	6	1	1	4	1	16	
1	3	2	-	1	-	1	-	1	1	-	17	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18	
3	8	6	1	1	11	1	1	15	7	1	19	
-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	20	
8	15	10	2	3	6	9	-	1	9	2	21	
5	3	2	1	-	-	4	-	-	7	1	22	
1	5	4	-	1	1	2	-	1	-	1	23	
2	6	3	1	2	5	2	-	-	2	-	24	
-	1	1	-	-	-	1	-	-	-	-	25	
72	135	66	38	31	36	36	4	31	89	4	26	
31	62	27	17	18	16	15	1	13	28	-	27	
41	73	39	21	13	20	21	3	18	61	4	28	
71	173	106	40	27	48	39	9	29	36	8	29	
2	2	2	-	-	-	1	-	-	-	-	30	
13	78	54	13	11	22	18	2	20	14	5	31	
8	29	12	8	9	5	6	1	5	15	3	32	
-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	33	
3	3	3	-	-	1	-	-	1	3	56	34	
-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	35	
3	2	2	-	-	1	-	-	1	3	56	36	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	37	
1 332	3 847	2 114	1 092	641	905	383	64	470	1 101	302	38	
-	4	3	-	1	-	-	-	-	2	-	39	
5	4	4	-	-	-	-	-	-	1	-	40	
3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	41	
2	2	2	-	-	-	-	-	-	1	-	42	
-	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	43	
19	34	21	7	6	14	20	-	5	15	8	44	
130	271	158	78	35	77	90	42	72	170	38	45	

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 5.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
		zu- sammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
			Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Zahl der einzelnen Beschuldigten insgesamt	4 412	632	2 011	1 769	11 535	3 575	5 625	2 335
2	Erledigung ausschließlich wegen Ordnungswidrigkeit	2	-	-	2	-	-	-	-
3	Urteile zusammen	2 353	324	1 046	983	5 497	1 767	2 580	1 150
4	Aufhebung des Urteils der Vorinstanz und Verweisung an das zuständige Gericht (§ 328 Abs. 2 StPO)	11	2	8	1	38	11	20	7
5	Aufhebung des erstinstanzlichen freisprechenden Urteils und Verurteilung	45	14	21	10	67	19	38	10
6	Aufhebung des erstinstanzlichen verurteilenden Urteils und Freispruch	226	31	118	77	290	92	106	92
7	Abänderung/Ergänzung des Urteilsausspruchs bei gleichzeitiger Verwerfung der Berufung/Aufhebung des Urteils im Übrigen	1 238	157	540	541	2 903	831	1 466	606
8	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO)	3	1	1	1	6	3	3	-
9	Verwerfung der Berufung wegen Ausbleibens des Beschuldigten (§ 329 Abs. 1 StPO)	289	31	128	130	1 079	369	460	250
10	Sonstige Verwerfung der Berufung	541	88	230	223	1 114	442	487	185
11	Verwerfungsbeschluss nach § 322 Abs. 1 StPO	29	5	20	4	79	27	40	12
12	Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153a StPO zusammen	200	33	94	73	587	177	307	103
13	Täter - Opfer - Ausgleich (Abs. 1 Satz 2 Nr. 5)	17	4	8	5	32	15	15	2
14	Wiedergutmachung des Schadens (Abs. 1 Satz 2 Nr. 1)	18	1	7	10	43	11	19	13
15	Geldbetrag für gemeinnützige Einrichtung oder Staatskasse (Abs. 1 Satz 2 Nr. 2)	150	25	73	52	447	139	235	73
16	Sonstige gemeinnützige Leistung (Abs. 1 Satz 2 Nr. 3)	9	1	4	4	33	4	22	7
17	Erfüllung der Unterhaltspflicht (Abs. 1 Satz 2 Nr. 4)	1	-	-	1	3	-	2	1
18	Teilnahme an einem Aufbauseminar nach § 2b Abs. 2 Satz 2 oder § 4 Abs. 8 Satz 4 StVG (Abs. 1 Satz 2 Nr. 6)	-	-	-	-	1	1	-	-
19	Sonstige Auflagen oder Weisungen (Abs. 1 Satz 2)	5	2	2	1	28	7	14	7
20	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	-	-	-	-	-	-	-	-
21	Einstellung nach § 47 JGG zusammen	10	1	7	2	49	9	27	13
22	da die Voraussetzungen des § 153 StPO vorliegen (Abs. 1 Satz 1 Nr. 1)	7	-	6	1	31	5	19	7
23	da eine erzieherische Maßnahme im Sinne des § 45 Abs. 2 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrlich macht (Abs. 1 Satz 1 Nr. 2)	1	1	-	-	14	4	4	6
24	da nach Anordnung einer Maßnahme nach § 45 Abs. 3 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 3)	1	-	-	1	3	-	3	-
25	da Beschuldigter mangels Reife strafrechtlich nicht verantwortlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 4)	1	-	1	-	1	-	1	-
26	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO) zusammen	72	5	33	34	233	69	114	50
27	ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	36	4	15	17	86	26	49	11
28	mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	36	1	18	17	147	43	65	39
29	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstrafat (§ 154 Abs. 2 StPO)	71	15	30	26	250	61	131	58
30	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	-	-	-	-	4	1	3	-
31	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	20	2	9	9	38	8	19	11
32	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	10	-	4	6	31	8	16	7
33	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
34	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme	9	-	8	1	5	2	3	-
35	nach § 31a Abs. 2 BtMG	1	-	1	-	1	1	-	-
36	nach § 153b Abs. 2, § 153c Abs. 4, § 153d Abs. 2, § 153e Abs. 2, § 154e Abs. 2, § 390 Abs. 5 i.V.m. § 383 Abs. 2 StPO	8	-	7	1	4	1	3	-
37	Vergleich in der Privatklagesache	-	-	-	-	-	-	-	-
38	Rücknahme der Berufung	1 389	205	620	564	4 254	1 270	2 181	803
39	Rücknahme der Privatklage	1	-	1	-	2	1	-	1
40	Aussetzung des Verfahrens zusammen	-	-	-	-	-	-	-	-
41	bis zum rechtskräftigen Abschluss des Besteuerungsverfahrens (§ 396 Abs. 1 AO)	-	-	-	-	-	-	-	-
42	zur Klärung einer zivilrechtlichen Vorfrage (§ 262 Abs. 2 StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
43	um nach Art. 100 GG eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten	-	-	-	-	-	-	-	-
44	Verwerfung der Annahmeerufung als unzulässig (§ 313 Abs. 2 StPO)	29	-	21	8	29	13	12	4
45	Sonstige Erledigungsart	217	42	118	57	477	162	192	123

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 5.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
2 104	1 494	610	579	2 848	1 143	878	1 058	1
-	-	-	-	-	-	-	-	2
1 075	722	353	325	1 656	690	510	473	3
-	-	-	-	8	2	1	1	4
16	10	6	1	28	19	18	2	5
58	39	19	16	135	42	34	36	6
698	478	220	211	930	414	284	269	7
1	1	-	-	1	-	-	-	8
131	102	29	30	236	77	57	80	9
171	92	79	67	318	136	116	85	10
33	27	6	3	23	4	9	10	11
68	40	28	32	153	44	47	85	12
7	6	1	1	6	2	3	3	13
9	6	3	2	1	7	5	5	14
42	22	20	21	114	26	32	57	15
4	3	1	-	15	8	3	12	16
2	-	2	-	-	-	-	-	17
-	-	-	-	-	-	-	-	18
4	3	1	8	17	1	4	8	19
1	-	1	-	-	-	-	-	20
13	4	9	4	2	2	7	-	21
8	3	5	4	1	2	1	-	22
2	1	1	-	1	-	5	-	23
3	-	3	-	-	-	1	-	24
-	-	-	-	-	-	-	-	25
49	37	12	5	21	16	20	17	26
27	20	7	2	8	6	13	3	27
22	17	5	3	13	10	7	14	28
42	32	10	11	60	9	18	9	29
-	-	-	-	-	-	-	-	30
4	3	1	-	25	3	1	3	31
9	4	5	1	8	1	3	3	32
-	-	-	-	-	-	-	-	33
-	-	-	4	5	2	2	-	34
-	-	-	-	1	-	1	-	35
-	-	-	4	4	2	1	-	36
-	-	-	-	-	-	-	-	37
736	571	165	179	794	316	231	413	38
2	2	-	-	-	-	-	2	39
-	-	-	-	-	-	-	-	40
-	-	-	-	-	-	-	-	41
-	-	-	-	-	-	-	-	42
-	-	-	-	-	-	-	-	43
4	3	1	-	15	6	6	-	44
68	49	19	15	86	50	24	43	45

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

5.4 Hauptverhandlungen

Lfd. Nr.	Hauptverhandlungen		Deutschland	Baden-	
	Hauptverhandlungstage	Art des Nachweises		zusammen	OLG-
					Karlsruhe
Beteiligte der Hauptverhandlung					
1	Hauptverhandlungen insgesamt	Verhandlungen	37 997	3 786	1 648
	davon in				
2	Berufungen in Officialverfahren	Verhandlungen	37 606	3 747	1 632
3	Berufungen in Privatklageverfahren	Verhandlungen	35	18	11
4	sonstigen Verfahren	Verhandlungen	356	21	5
5	Erledigte Verfahren insgesamt	Verfahren	46 936	5 435	2 356
6	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	11 455	1 781	752
7	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	11 211	954	372
8	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	561	25	8
9	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	22 065	2 577	1 189
10	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	1 644	98	35
11	Erledigte Berufungen in Officialverfahren	Verfahren	45 563	5 320	2 296
12	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	10 975	1 713	712
13	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	10 959	942	366
14	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	538	23	6
15	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	21 498	2 546	1 177
16	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	1 593	96	35
17	Hauptverhandlungstage insgesamt	Tage	43 782	4 252	1 832
18	dar. HV-Tage früherer Hauptverhandlungen	Tage	2 844	140	50
	davon in				
19	Berufungen in Officialverfahren	Tage	43 274	4 201	1 806
20	Berufungen in Privatklageverfahren	Tage	45	22	15
21	sonstigen Verfahren	Tage	463	29	11
22	Erledigte Verfahren mit Hauptverhandlung zusammen	Verfahren	35 481	3 654	1 604
	Die Hauptverhandlung(en) verteilte(n) sich				
23	auf 1 HV-Tag	Verfahren	30 613	3 256	1 443
24	auf 2 HV-Tage	Verfahren	3 370	291	120
25	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	1 259	97	39
26	auf 6 und mehr HV-Tage	Verfahren	239	10	2
27	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	1,2	1,2	1,1
	Die letzte (einzige) Hauptverhandlung verteilte sich				
28	auf 1 HV-Tag	Verfahren	32 512	3 364	1 482
29	auf 2 HV-Tage	Verfahren	1 946	205	89
30	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	835	75	31
31	auf 6 und mehr HV-Tage	Verfahren	188	10	2
32	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage der letzten (einzigen) Hauptverhandlung je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	1,2	1,1	1,1
	An der letzten (einzigen) Hauptverhandlung haben teilgenommen				
33	Beschuldigte	Verfahren	31 612	3 310	1 457
34	Zahl der Beschuldigten	Personen	33 542	3 538	1 557
35	Verteidiger	Verfahren	31 022	3 123	1 415
36	Zahl der Verteidiger	Personen	33 416	3 371	1 537
37	Nebenkläger/Nebenklägervertreter	Verfahren	2 031	234	104
38	Privatkläger/Privatklägervertreter	Verfahren	8	4	1
39	Verletztenbeistand	Verfahren	138	5	2
40	Sachverständige	Verfahren	3 799	442	247
41	Dolmetscher	Verfahren	3 182	370	179
42	Gerichtshelfer/Jugendgerichtshelfer	Verfahren	3 042	287	109

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

5.4 Hauptverhandlungen

Württemberg Bezirk	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.	
	Stuttgart	zusammen	OLG-Bezirk									
			München	Nürnberg								Bamberg
2 138	7 189	4 026	2 046	1 117	2 347	1 067	170	1 125	2 218	730	1	
2 115	7 091	3 970	2 022	1 099	2 344	1 041	170	1 109	2 200	719	2	
7	2	2	-	-	1	-	-	-	2	-	3	
16	96	54	24	18	2	26	-	16	16	11	4	
3 079	8 942	5 066	2 446	1 430	2 602	1 384	203	1 469	2 799	875	5	
1 029	2 220	1 325	506	389	526	404	57	400	722	221	6	
582	2 344	1 195	759	390	594	257	63	248	722	191	7	
17	124	67	25	32	52	22	11	13	33	6	8	
1 388	3 942	2 280	1 084	578	1 252	656	67	774	1 225	422	9	
63	312	199	72	41	178	45	5	34	97	35	10	
3 024	8 754	4 954	2 400	1 400	2 593	1 350	184	1 444	2 520	865	11	
1 001	2 141	1 275	488	378	522	393	48	390	658	218	12	
576	2 324	1 190	747	387	592	253	59	246	642	191	13	
17	122	65	25	32	52	21	11	13	27	6	14	
1 369	3 864	2 232	1 070	562	1 249	639	61	762	1 104	418	15	
61	303	192	70	41	178	44	5	33	89	32	16	
2 420	7 960	4 437	2 245	1 278	2 855	1 257	216	1 550	2 588	853	17	
90	507	310	114	83	323	91	24	73	166	90	18	
2 395	7 836	4 370	2 215	1 251	2 838	1 230	216	1 532	2 570	835	19	
7	2	2	-	-	1	-	-	-	2	-	20	
18	122	65	30	27	16	27	-	18	16	18	21	
2 050	6 722	3 741	1 940	1 041	2 076	980	146	1 069	2 077	654	22	
1 813	5 866	3 257	1 727	882	1 679	816	115	855	1 765	585	23	
171	632	361	155	116	259	103	18	125	217	31	24	
58	208	114	55	39	115	55	9	63	78	27	25	
8	16	9	3	4	23	6	4	26	17	11	26	
1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,4	1,3	1,5	1,4	1,2	1,3	27	
1 882	6 251	3 493	1 814	944	1 876	878	129	891	1 876	611	28	
116	327	172	88	67	114	57	7	102	140	21	29	
44	131	68	36	27	69	40	8	55	48	16	30	
8	13	8	2	3	17	5	2	21	13	6	31	
1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,3	1,4	1,2	1,2	32	
1 853	5 962	3 279	1 736	947	1 985	867	121	990	1 854	581	33	
1 981	6 260	3 456	1 819	985	2 112	923	130	1 058	1 984	632	34	
1 708	5 604	3 144	1 573	887	1 875	847	126	1 019	1 898	565	35	
1 834	6 013	3 394	1 685	934	2 085	906	138	1 091	2 053	619	36	
130	351	200	98	53	103	61	15	54	124	60	37	
3	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	38	
3	7	3	-	4	-	13	-	1	8	31	39	
195	1 159	777	232	150	293	70	8	59	188	66	40	
191	596	367	158	71	455	74	20	134	255	31	41	
178	311	112	136	63	202	101	15	51	204	124	42	

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 5.4 Hauptverhandlungen

Lfd. Nr.	Hauptverhandlungen Hauptverhandlungstage Beteiligte der Hauptverhandlung	Art des Nachweises	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
			zu- sammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
				Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Hauptverhandlungen insgesamt	Verhandlungen	3 307	479	1 450	1 378	9 061	2 867	4 394	1 800
	davon in									
2	Berufungen in Officialverfahren	Verhandlungen	3 271	462	1 449	1 360	9 003	2 829	4 380	1 794
3	Berufungen in Privatklageverfahren	Verhandlungen	11	10	-	1	1	-	1	-
4	sonstigen Verfahren	Verhandlungen	25	7	1	17	57	38	13	6
5	Erledigte Verfahren insgesamt	Verfahren	4 110	595	1 886	1 629	10 969	3 384	5 376	2 209
6	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	1 042	148	539	355	2 466	733	1 225	508
7	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	818	142	336	340	3 093	894	1 611	588
8	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	39	4	15	20	144	61	59	24
9	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	2 043	287	919	837	4 915	1 564	2 327	1 024
10	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	168	14	77	77	351	132	154	65
11	Erledigte Berufungen in Officialverfahren	Verfahren	3 749	572	1 638	1 539	10 876	3 337	5 346	2 193
12	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	929	142	455	332	2 423	718	1 207	498
13	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	744	137	288	319	3 080	886	1 608	586
14	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	33	4	13	16	141	58	59	24
15	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	1 887	275	812	800	4 887	1 547	2 320	1 020
16	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	156	14	70	72	345	128	152	65
17	Hauptverhandlungstage insgesamt	Tage	3 888	595	1 740	1 553	9 882	3 188	4 692	2 002
18	dar. HV-Tage früherer Hauptverhandlungen	Tage	298	38	123	137	590	230	254	106
	davon in									
19	Berufungen in Officialverfahren	Tage	3 843	572	1 739	1 532	9 805	3 137	4 678	1 990
20	Berufungen in Privatklageverfahren	Tage	17	16	-	1	1	-	1	-
21	sonstigen Verfahren	Tage	28	7	1	20	76	51	13	12
22	Erledigte Verfahren mit Hauptverhandlung zusammen	Verfahren	3 068	447	1 347	1 274	8 503	2 651	4 151	1 701
	Die Hauptverhandlung(en) verteilte(n) sich									
23	auf 1 HV-Tag	Verfahren	2 623	392	1 134	1 097	7 581	2 297	3 767	1 517
24	auf 2 HV-Tage	Verfahren	313	36	140	137	679	272	283	124
25	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	101	9	59	33	219	69	96	54
26	auf 6 und mehr HV-Tage	Verfahren	31	10	14	7	24	13	5	6
27	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2
	Die letzte (einzige) Hauptverhandlung verteilte sich									
28	auf 1 HV-Tag	Verfahren	2 800	407	1 209	1 184	8 021	2 471	3 955	1 595
29	auf 2 HV-Tage	Verfahren	179	25	86	68	338	130	142	66
30	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	68	7	42	19	122	38	49	35
31	auf 6 und mehr HV-Tage	Verfahren	21	8	10	3	22	12	5	5
32	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage der letzten (einzigen) Hauptverhandlung je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
	An der letzten (einzigen) Hauptverhandlung haben teilgenommen									
33	Beschuldigte	Verfahren	2 751	408	1 222	1 121	7 376	2 269	3 658	1 449
34	Zahl der Beschuldigten	Personen	2 961	436	1 306	1 219	7 786	2 387	3 857	1 542
35	Verteidiger	Verfahren	2 656	390	1 165	1 101	7 554	2 273	3 739	1 542
36	Zahl der Verteidiger	Personen	2 899	431	1 255	1 213	8 053	2 427	3 964	1 662
37	Nebenkläger/Nebenklägervertreter	Verfahren	202	23	86	93	436	128	213	95
38	Privatkläger/Privatklägervertreter	Verfahren	2	2	-	-	-	-	-	-
39	Verletztenbeistand	Verfahren	6	1	5	-	42	23	8	11
40	Sachverständige	Verfahren	337	43	216	78	585	200	233	152
41	Dolmetscher	Verfahren	146	18	50	78	688	267	283	138
42	Gerichtshelfer/Jugendgerichtshelfer	Verfahren	227	26	146	55	843	300	316	227

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 5.4 Hauptverhandlungen

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
1 648	1 172	476	505	2 376	958	670	840	1
1 625	1 153	472	503	2 344	951	659	829	2
-	-	-	-	-	-	-	-	3
23	19	4	2	32	7	11	11	4
1 981	1 409	572	549	2 700	1 078	828	1 012	5
477	343	134	64	507	165	184	219	6
467	370	97	170	570	242	158	320	7
31	20	11	3	29	14	1	14	8
918	609	309	295	1 457	627	465	430	9
88	67	21	17	137	30	20	29	10
1 947	1 384	563	544	2 640	977	810	990	11
469	338	131	61	480	143	177	210	12
463	367	96	170	566	213	157	317	13
31	20	11	3	27	13	1	14	14
898	594	304	293	1 431	583	456	420	15
86	65	21	17	136	25	19	29	16
1 923	1 360	563	558	2 820	1 242	897	1 041	17
159	115	44	25	204	49	35	70	18
1 887	1 329	558	556	2 783	1 228	886	1 028	19
-	-	-	-	-	-	-	-	20
36	31	5	2	37	14	11	13	21
1 504	1 066	438	485	2 193	913	644	793	22
1 272	905	367	431	1 816	735	527	691	23
154	109	45	44	262	111	71	60	24
67	44	23	9	95	54	36	26	25
11	8	3	1	20	13	10	16	26
1,3	1,3	1,3	1,2	1,3	1,4	1,4	1,3	27
1 375	983	392	448	1 957	771	542	722	28
84	53	31	32	155	83	62	40	29
37	25	12	5	64	46	31	20	30
8	5	3	-	17	13	9	11	31
1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,3	1,3	1,2	32
1 342	937	405	444	1 914	829	583	703	33
1 432	999	433	465	2 018	881	626	736	34
1 323	933	390	453	1 909	812	560	698	35
1 444	1 021	423	470	2 048	873	613	740	36
103	62	41	22	103	63	59	41	37
-	-	-	-	-	-	-	-	38
1	1	-	3	1	10	8	2	39
134	85	49	15	190	98	64	91	40
98	67	31	24	185	35	40	31	41
172	100	72	34	129	162	58	122	42

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

5.5 Verfahrensdauer

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer		Einheit	Deutschland	Baden- OLG-	
	mehr als ... bis einschließlich ... Monate				zusammen	Karlsruhe
	Durchschnittsdauer					
1	Erledigte Verfahren insgesamt		Anzahl	46 936	5 435	2 356
	davon waren anhängig					
	ab Eingang in der Berufungsinstanz					
2	bis 3		%	51,9	50,4	42,1
3	3 - 6		%	26,6	26,4	24,3
4	6 - 12		%	14,8	14,2	19,2
5	12 - 18		%	4,0	5,0	8,8
6	18 - 24		%	1,5	2,4	3,5
7	24 - 36		%	0,9	1,3	1,4
8	mehr als 36 Monate		%	0,3	0,3	0,6
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren		Monate	4,5	4,8	6,0
	ab Verkündung des angefochtenen Urteils					
10	bis 3		%	17,2	18,5	15,5
11	3 - 6		%	43,2	41,3	33,8
12	6 - 12		%	27,7	26,4	30,1
13	12 - 18		%	6,9	6,8	10,3
14	18 - 24		%	2,6	4,0	6,3
15	24 - 36		%	1,6	2,5	2,9
16	mehr als 36 Monate		%	0,8	0,7	1,1
17	Durchschnittliche Dauer je Verfahren von der Verkündung des angefochtenen Urteils bis zur Erledigung in der Berufungsinstanz		Monate	7,0	7,2	8,5
18	Durch Urteil erledigte Verfahren		Anzahl	23 709	2 675	1 224
	davon waren ab Eingang in der Berufungsinstanz anhängig					
19	bis 3		%	44,2	39,8	32,0
20	3 - 6		%	30,7	31,4	28,3
21	6 - 12		%	17,5	17,8	22,1
22	12 - 18		%	4,7	5,9	10,1
23	18 - 24		%	1,7	3,2	4,9
24	24 - 36		%	0,9	1,5	1,7
25	mehr als 36 Monate		%	0,3	0,4	0,8
26	Durchschnittliche Dauer je erledigtes Verfahren mit Urteil.....		Monate	5,0	5,7	7,0
27	Erledigte Verfahren ohne Berufungen in Privatklageverfahren und ohne Wiederaufnahmeverfahren		Anzahl	46 775	5 394	2 325
	davon waren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft anhängig					
28	bis 3		%	0,4	0,2	0,2
29	3 - 6		%	7,5	9,3	6,2
30	6 - 12		%	39,1	42,0	36,9
31	12 - 18		%	25,9	23,0	24,0
32	18 - 24		%	12,8	11,5	15,0
33	24 - 36		%	9,6	8,9	11,6
34	36 - 48		%	2,8	3,2	3,8
35	mehr als 48 Monate		%	2,0	2,1	2,3
36	Durchschnittliche Dauer je erledigtes Verfahren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft		Monate	15,6	15,2	16,8

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

5.5 Verfahrensdauer

Württemberg Bezirk Stuttgart	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Lfd. Nr.
	zusammen	OLG-Bezirk									
		München	Nürnberg	Bamberg							
3 079	8 942	5 066	2 446	1 430	2 602	1 384	203	1 469	2 799	875	1
56,7	58,2	50,8	74,8	56,1	54,4	27,5	32,0	60,5	49,4	51,0	2
28,1	25,8	29,7	16,7	27,4	23,4	21,0	31,0	22,8	26,0	28,0	3
10,3	12,0	14,6	6,7	12,0	13,8	35,6	21,7	10,2	16,7	16,0	4
2,1	2,6	3,1	1,3	3,1	4,3	10,2	7,9	3,7	4,6	3,8	5
1,5	0,8	0,9	0,5	0,8	2,3	3,5	4,4	1,5	1,4	0,8	6
1,2	0,4	0,7	0,0	0,3	1,0	2,0	2,0	1,0	1,1	0,5	7
0,1	0,1	0,2	-	0,2	0,7	0,3	1,0	0,2	0,7	-	8
3,9	3,7	4,2	2,7	3,8	4,9	7,2	6,9	3,9	4,9	4,1	9
20,7	22,3	19,2	29,6	20,3	17,7	9,9	6,9	20,1	14,1	18,2	10
47,1	46,3	44,4	49,5	47,8	46,3	20,5	30,0	45,5	42,4	41,6	11
23,5	23,3	26,7	16,1	23,4	23,4	41,8	36,5	23,1	30,5	30,2	12
4,0	5,2	5,9	3,4	5,9	6,6	16,7	13,8	4,3	8,4	7,0	13
2,2	1,5	1,8	0,8	1,5	2,5	6,9	5,9	3,3	2,1	1,9	14
2,1	0,9	1,2	0,4	0,7	2,2	3,5	4,9	2,3	1,4	0,6	15
0,4	0,5	0,8	0,2	0,3	1,3	0,7	2,0	1,3	1,1	0,6	16
6,3	6,1	6,6	5,1	5,9	7,3	10,1	10,5	7,3	7,3	6,8	17
1 451	4 254	2 479	1 156	619	1 430	701	72	808	1 322	457	18
46,4	51,5	43,3	69,6	50,4	47,1	18,5	30,6	56,4	41,4	43,5	19
34,0	29,1	33,7	18,8	30,0	26,8	23,1	23,6	26,0	29,5	33,5	20
14,1	14,4	17,0	9,3	13,1	16,2	42,2	26,4	10,4	20,4	17,7	21
2,4	3,4	3,9	1,9	4,4	5,5	10,1	11,1	4,5	5,8	3,5	22
1,7	0,9	1,1	0,3	1,3	2,9	3,9	4,2	1,5	1,4	1,1	23
1,3	0,5	0,7	-	0,5	1,0	2,0	2,8	1,1	0,8	0,7	24
-	0,2	0,3	-	0,3	0,4	0,1	1,4	0,1	0,6	-	25
4,5	4,2	4,7	3,1	4,4	5,4	7,8	7,7	4,2	5,4	4,5	26
3 069	8 910	5 045	2 437	1 428	2 599	1 381	203	1 467	2 793	874	27
0,2	0,5	0,5	0,5	0,6	1,3	0,3	-	0,7	0,1	0,6	28
11,6	11,5	8,4	19,1	9,7	8,1	2,8	3,4	10,5	4,2	7,3	29
45,8	46,5	43,9	52,2	45,7	30,3	19,6	22,7	39,7	33,5	38,0	30
22,2	22,8	25,4	17,0	23,3	27,8	27,2	30,5	24,3	29,3	26,2	31
8,9	10,0	11,1	6,4	12,0	14,2	19,8	11,8	9,8	15,5	12,4	32
6,8	6,2	7,4	3,5	6,4	11,5	20,9	17,7	8,7	11,1	11,0	33
2,6	1,5	2,1	0,7	1,1	3,7	5,8	7,9	3,3	3,4	2,6	34
1,9	1,0	1,2	0,5	1,1	3,2	3,6	5,9	2,9	2,8	1,9	35
14,1	13,2	14,3	10,9	13,5	17,2	21,0	22,3	15,9	17,3	15,6	36

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 5.5 Verfahrensdauer

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschließlich ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
			zu- sammen	OLG-Bezirk			zu- sammen	OLG-Bezirk		
				Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	4 110	595	1 886	1 629	10 969	3 384	5 376	2 209
	davon waren anhängig									
	ab Eingang in der Berufungsinstanz									
2	bis 3	%	45,5	45,2	44,5	46,8	53,9	50,9	57,8	48,7
3	3 - 6	%	28,6	35,6	28,6	26,1	26,0	29,6	24,0	25,6
4	6 - 12	%	16,7	13,4	19,4	14,8	14,2	13,4	13,5	17,2
5	12 - 18	%	6,2	4,5	5,4	7,7	3,5	3,5	2,5	5,7
6	18 - 24	%	1,7	0,7	0,9	3,1	1,4	1,5	1,1	1,9
7	24 - 36	%	1,1	0,3	1,0	1,5	0,7	0,7	0,6	0,9
8	mehr als 36 Monate	%	0,1	0,2	0,2	-	0,4	0,5	0,4	0,1
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	5,0	4,4	4,9	5,2	4,3	4,5	4,0	4,9
	ab Verkündung des angefochtenen Urteils									
10	bis 3	%	15,9	16,1	13,4	18,6	17,4	13,0	21,6	14,0
11	3 - 6	%	39,4	36,6	40,1	39,7	45,0	47,1	45,5	40,7
12	6 - 12	%	30,3	37,1	33,3	24,4	26,9	28,8	24,2	30,5
13	12 - 18	%	9,4	5,5	9,8	10,3	6,4	6,3	5,1	9,6
14	18 - 24	%	2,9	3,2	1,7	4,3	2,3	2,5	1,8	3,0
15	24 - 36	%	1,7	0,8	1,3	2,6	1,2	1,4	1,1	1,4
16	mehr als 36 Monate	%	0,3	0,5	0,4	0,2	0,8	0,9	0,7	0,8
17	Durchschnittliche Dauer je Verfahren von der Verkündung des angefochtenen Urteils bis zur Erledigung in der Berufungsinstanz	Monate	7,2	7,0	7,2	7,4	6,8	7,2	6,2	7,4
18	Durch Urteil erledigte Verfahren	Anzahl	2 211	301	996	914	5 266	1 696	2 481	1 089
	davon waren ab Eingang in der Berufungsinstanz anhängig									
19	bis 3	%	37,0	41,2	32,6	40,3	46,0	43,0	50,9	39,7
20	3 - 6	%	32,7	39,5	33,5	29,5	30,7	34,0	28,4	30,9
21	6 - 12	%	19,2	13,3	24,3	15,6	16,9	16,0	15,5	21,6
22	12 - 18	%	7,5	4,7	6,7	9,3	3,8	4,0	2,7	6,0
23	18 - 24	%	2,2	1,0	1,1	3,8	1,4	1,8	1,3	1,3
24	24 - 36	%	1,2	-	1,4	1,4	0,8	0,9	0,8	0,6
25	mehr als 36 Monate	%	0,2	0,3	0,3	-	0,3	0,3	0,4	0,1
26	Durchschnittliche Dauer je erledigtes Verfahren mit Urteil.....	Monate	5,7	4,7	5,9	5,8	4,7	4,9	4,4	5,2
27	Erledigte Verfahren ohne Berufungen in Privatklageverfahren und ohne Wiederaufnahmeverfahren	Anzahl	4 090	579	1 883	1 628	10 944	3 368	5 371	2 205
	davon waren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft anhängig									
28	bis 3	%	0,2	0,5	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,5
29	3 - 6	%	5,7	6,6	4,2	7,1	7,2	5,2	8,6	6,8
30	6 - 12	%	36,3	33,7	32,1	42,0	41,7	38,8	45,0	38,1
31	12 - 18	%	27,7	33,7	28,7	24,3	26,2	27,5	25,6	25,8
32	18 - 24	%	14,9	13,1	18,3	11,7	12,2	13,8	10,3	14,1
33	24 - 36	%	11,6	8,6	12,9	11,1	8,2	9,1	6,9	9,8
34	36 - 48	%	2,6	1,9	2,7	2,6	2,5	3,4	2,0	2,5
35	mehr als 48 Monate	%	1,1	1,9	1,0	0,9	1,7	2,0	1,4	2,2
36	Durchschnittliche Dauer je erledigtes Verfahren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft	Monate	15,9	15,6	16,7	15,0	15,0	16,2	14,0	15,9

5 Vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 5.5 Verfahrensdauer

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
1 981	1 409	572	549	2 700	1 078	828	1 012	1
44,7	52,1	26,6	50,8	51,3	65,2	45,9	41,0	2
32,0	28,2	41,3	32,1	28,6	22,4	31,3	35,9	3
17,6	14,8	24,5	13,1	15,4	9,7	10,3	18,1	4
3,2	2,8	4,0	2,6	2,9	1,9	6,5	2,6	5
1,1	0,9	1,7	0,9	0,7	0,4	4,0	1,1	6
0,8	0,6	1,2	0,4	0,9	0,2	1,6	1,1	7
0,6	0,5	0,7	0,2	0,2	0,2	0,5	0,3	8
4,8	4,3	6,0	4,1	4,2	3,4	5,3	4,6	9
8,8	9,3	7,5	12,0	13,4	20,2	14,5	12,0	10
34,3	35,1	32,5	53,2	44,4	52,5	47,2	41,7	11
39,0	37,0	43,9	24,6	31,9	21,9	22,6	36,1	12
9,9	9,9	10,1	7,5	6,0	3,6	7,9	4,8	13
3,8	4,1	3,0	1,6	2,1	1,2	4,5	3,0	14
2,8	3,2	1,9	0,5	1,3	0,3	2,7	1,3	15
1,3	1,4	1,0	0,5	0,9	0,3	0,7	1,2	16
8,9	9,0	8,6	6,4	7,0	5,5	7,5	7,4	17
1 006	676	330	312	1 594	657	485	459	18
33,7	41,9	17,0	44,2	46,6	61,6	38,1	33,1	19
38,7	33,7	48,8	36,9	31,3	26,0	38,6	38,3	20
22,3	19,2	28,5	13,8	16,9	9,9	11,1	22,0	21
3,3	3,7	2,4	3,8	3,2	1,8	6,8	2,8	22
0,9	0,6	1,5	1,0	0,8	0,5	3,3	1,7	23
0,7	0,4	1,2	0,3	1,1	-	1,6	1,5	24
0,5	0,4	0,6	-	0,1	0,2	0,4	0,4	25
5,2	4,8	6,1	4,5	4,6	3,6	5,6	5,3	26
1 972	1 402	570	547	2 692	1 077	824	1 008	27
0,1	-	0,4	-	0,1	0,3	0,2	0,3	28
3,5	4,5	1,1	5,3	4,2	6,4	4,9	3,8	29
32,9	36,7	23,7	41,3	35,1	43,7	35,2	32,4	30
29,5	28,0	33,2	26,7	28,6	25,8	27,8	29,0	31
15,2	13,8	18,6	10,2	14,5	12,0	15,0	16,6	32
12,5	11,2	15,8	11,7	11,2	8,6	11,2	12,7	33
3,3	2,9	4,6	3,1	3,4	1,8	3,8	3,6	34
2,9	3,0	2,8	1,6	3,0	1,4	1,9	1,7	35
17,7	17,0	19,5	16,0	17,3	14,5	16,8	17,2	36

6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

6.1 Geschäftsentwicklung von 1999 bis 2013

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Deutschland				
		1999	2000	2001	2002	2003
Strafverfahren in erster Instanz						
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	26	8	15	11	12
2	Neuzugänge 1)	16	22	13	16	17
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	1	-	-	-	-
4	Erledigte Verfahren 1)	34	16	17	15	15
5	Anhängige Verfahren am Jahresende	8	15	11	12	14
Strafverfahren in der Revisionsinstanz						
6	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	638	624	551	565	502
7	Neuzugänge 1)	5 847	5 666	5 307	5 128	5 509
8	Abgaben innerhalb des Gerichts	14	17	19	15	14
9	Erledigte Verfahren 1)	5 861	5 739	5 293	5 191	5 402
10	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	1 369	1 215	1 086	1 084	1 070
11	Anhängige Verfahren am Jahresende	624	551	565	502	609
Sonstiger Geschäftsanfall						
12	Rechtsbeschwerden nach §§ 116, 117, 138 Abs.3 StVollzG 2).....	1 665	1 578	2 657	1 854	1 804
13	Sonstige Beschwerden in Strafverfahren (einschl. Kostenbeschwerden)	18 865	17 971	17 435	17 123	17 298
14	Anträge auf Haftentscheidungen (§§ 121 ff. StPO)	5 701	5 636	5 801	5 284	4 731
15	Klageerzwingungsverfahren: Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO (einschl. PKH-Anträge)	2 396	2 457	2 466	2 569	2 612
16	Auslieferungsverfahren	908	817	917	965	1 230
17	Verfahren nach § 23 EGGVG	594	559	561	577	695
18	Anträge nach § 51 RVG 3).....	4 414	4 669	4 540	4 675	5 133
Bußgeldverfahren in der Beschwerdeinstanz						
19	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	593	527	535	563	486
20	Neuzugänge 1)	7 250	7 049	6 616	6 270	6 864
21	Abgaben innerhalb des Gerichts	5	17	8	4	3
22	Erledigte Verfahren 1)	7 316	7 041	6 588	6 347	6 832
23	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit	6 533	6 236	5 888	5 712	6 190
24	dar. Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§ 80 Abs. 1 OWiG)	2 610	2 562	2 425	2 372	2 491
25	Anhängige Verfahren am Jahresende	527	535	563	486	518
Sonstiger Geschäftsanfall						
26	Beschwerden in Bußgeldverfahren (einschl. Kostenbeschwerden)	122	122	133	123	119
27	Einsprüche in Bußgeldverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	12	3	13	9	7

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Bis 2005 einschl. Beschwerden nach 138 Abs. 2 StVollzG.

3) Bis 2005 Anträge nach § 99 BRAGO.

6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

6.1 Geschäftsentwicklung von 1999 bis 2013

Deutschland										Lfd. Nr.
2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Strafverfahren in erster Instanz										
14	9	11	10	19	16	14	19	19	30	1
11	13	9	20	16	12	17	28	25	17	2
3	2	2	4	3	3	5	3	3	4	3
16	9	10	11	17	14	12	28	14	24	4
9	13	10	19	18	14	19	19	30	23	5
Strafverfahren in der Revisionsinstanz										
609	642	762	678	737	639	713	652	621	659	6
5 661	5 761	5 771	6 104	6 026	6 151	6 009	6 137	5 948	5 863	7
16	45	17	8	11	26	47	34	60	111	8
5 628	5 641	5 855	6 045	6 124	6 077	6 070	6 168	5 910	5 907	9
1 051	995	969	928	935	968	991	940	909	866	10
642	762	678	737	639	713	652	621	659	615	11
2 006	1 745	1 782	1 865	1 894	1 639	1 747	1 803	2 140	1 786	12
16 230	16 829	17 715	18 152	17 841	18 089	17 897	17 536	17 092	17 184	13
4 489	4 392	4 203	3 604	3 203	2 951	2 811	2 902	2 991	3 004	14
2 967	3 045	3 192	3 276	3 324	2 971	2 925	2 855	2 926	2 770	15
1 436	1 624	1 760	2 053	1 854	1 954	1 891	2 061	2 255	2 445	16
627	659	677	648	608	636	611	580	1 052	650	17
5 069	3 152	2 135	1 851	1 735	1 709	1 538	1 447	1 506	1 526	18
Bußgeldverfahren in der Beschwerdeinstanz										
518	568	1 025	950	741	597	734	767	664	804	19
7 331	8 080	8 068	7 950	8 289	8 394	10 796	10 064	10 177	10 020	20
9	136	2	3	-	25	25	29	40	34	21
7 281	7 623	8 143	8 159	8 433	8 257	10 763	10 167	10 037	10 020	22
6 687	7 063	7 645	7 640	7 951	7 766	10 271	9 523	9 276	9 563	23
2 724	3 022	3 375	3 355	3 668	3 785	5 277	4 943	4 760	5 055	24
568	1 025	950	741	597	734	767	664	804	804	25
140	170	153	107	154	150	208	229	232	159	26
95	1	1	-	30	2	16	30	10	23	27

6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

6.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und Oberlandesgerichten

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Deutschland	Baden-	
			zusammen	Oberlandes
				Karlsruhe
Strafverfahren in erster Instanz				
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	30	4	
2	Neuzugänge 1)	17	2	
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	4	-	
4	Erledigte Verfahren 1)	24	3	
5	Anhängige Verfahren am Jahresende	23	3	
Strafverfahren in der Revisionsinstanz				
6	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	659	64	40
7	Neuzugänge 1)	5 863	563	259
8	Abgaben innerhalb des Gerichts	111	8	-
9	Erledigte Verfahren 1)	5 907	532	241
10	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	866	88	39
11	Anhängige Verfahren am Jahresende	615	95	58
Sonstiger Geschäftsanfall				
12	Rechtsbeschwerden nach §§ 116, 117, 138 Abs. 3 StVollzG	1 786	185	94
13	Sonstige Beschwerden in Strafverfahren (einschl. Kostenbeschwerden)	17 184	1 578	796
14	Anträge auf Haftentscheidungen (§§ 121 ff. StPO)	3 004	388	187
15	Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO (einschl. PKH-Anträge)	2 770	357	229
16	Auslieferungsverfahren	2 445	549	355
17	Verfahren nach § 23 EGGVG	650	106	82
18	Anträge nach § 51 RVG	1 526	437	125
Dienst- und berufsgerichtliche Verfahren				
19	Verfahren vor dem Dienstgerichtshof für Richter 2).....	19	4	-
20	Verfahren betreffend Angehörige der Heilberufe, der Steuerberater, der Steuerbevollmächtigten, der Patentanwälte und der Architekten.....	7	1	1
21	Verfahren vor dem Anwaltsgerichtshof	228	31	-
22	dar. Verfahren nach § 116 ff. BRAO.....	24	11	-
23	Sonstige berufsgerichtliche Verfahren	31	-	-
Bußgeldverfahren in der Beschwerdeinstanz				
22	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	804	81	39
23	Neuzugänge 1)	10 020	865	397
24	Abgaben innerhalb des Gerichts	34	13	-
25	Erledigte Verfahren 1)	10 020	854	378
26	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit	9 563	791	355
27	dar. Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§ 80 Abs. 1 OWiG)	5 055	369	159
28	Anhängige Verfahren am Jahresende	804	92	58
Sonstiger Geschäftsanfall				
29	Beschwerden in Bußgeldverfahren (einschl. Kostenbeschwerden)	159	15	-
30	Einsprüche in Bußgeldverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	23	-	-

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Die Dienstgerichtshöfe für Berlin und Brandenburg sind dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg angegliedert.

6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

6.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und Oberlandesgerichten

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
gericht	zusammen	Oberlandesgericht									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							

Strafverfahren in erster Instanz

4	1	1	 	6	-	 	1	8	-	1
2	-	-	 	4	-	 	3	2	-	2
-	-	-	 	-	-	 	-	-	-	3
3	-	-	 	9	-	 	2	3	-	4
3	1	1	 	1	-	 	2	7	-	5

Strafverfahren in der Revisionsinstanz

24	73	36	19	18	37	21	4	120	51	7	6
304	1 048	644	260	144	421	215	22	204	364	106	7
8	33	12	21	-	2	1	1	11	-	-	8
291	1 064	646	268	150	430	207	24	271	365	108	9
49	155	98	35	22	66	50	-	27	54	9	10
37	57	34	11	12	28	29	2	53	50	5	11
91	200	99	68	33	132	25	5	51	192	34	12
782	4 181	2 740	781	660	754	323	189	371	1 210	306	13
201	1 704	979	383	342	87	25	7	11	165	9	14
128	606	446	92	68	207	59	18	64	212	46	15
194	463	373	59	31	138	55	12	64	255	52	16
24	108	54	40	14	54	11	4	13	46	5	17
312	249	176	43	30	28	9	9	18	63	44	18
4	-	-	-	-	-	1	-	-	-	1	19
-	1	1	-	-	1	-	-	1	-	-	20
31	16	16	-	-	32	2	3	-	22	7	21
11	-	-	-	-	5	2	1	-	-	1	22
-	-	-	-	-	23	-	-	-	-	-	23

Bußgeldverfahren in der Beschwerdeinstanz

42	103	-	-	103	24	77	6	17	56	14	22
468	1 669	-	-	1 669	353	628	78	146	1 176	208	23
13	1	-	-	1	-	-	-	1	-	-	24
476	1 632	-	-	1 632	362	650	75	129	1 169	211	25
436	1 584	-	-	1 584	325	619	73	117	1 130	205	26
210	744	-	-	744	172	313	61	76	568	92	27
34	140	-	-	140	15	55	9	34	63	11	28
15	23	19	2	2	11	2	-	1	-	3	29
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30

6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

noch: 6.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und Oberlandesgerichten

Lfd. Nr.	Stand der Erledigung Art des Verfahrens	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen				
		zu- sammen	OLG-Bezirk		zu- sammen	OLG-Bezirk			
			Braun- schweig	Celle		Olden- burg	Düssel- dorf	Hamm	Köln
Strafverfahren in erster Instanz									
1	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	-	-	-	10	10	-	-	
2	Neuzugänge 1)	-	-	-	4	4	-	-	
3	Abgaben innerhalb des Gerichts	-	-	-	4	4	-	-	
4	Erledigte Verfahren 1)	-	-	-	5	5	-	-	
5	Anhängige Verfahren am Jahresende	-	-	-	9	9	-	-	
Strafverfahren in der Revisionsinstanz									
6	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	47	4	18	25	129	32	73	24
7	Neuzugänge 1)	545	81	238	226	1 241	394	568	279
8	Abgaben innerhalb des Gerichts	1	1	-	-	13	5	3	5
9	Erledigte Verfahren 1)	543	80	238	225	1 234	393	566	275
10	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Straftat	83	9	39	35	173	57	92	24
11	Anhängige Verfahren am Jahresende	49	5	18	26	136	33	75	28
Sonstiger Geschäftsanfall									
12	Rechtsbeschwerden nach §§ 116, 117, 138 Abs. 3 StVollzG	178	-	178	-	274	1	273	-
13	Sonstige Beschwerden in Strafverfahren (einschl. Kostenbeschwerden)	1 586	374	539	673	3 629	1 205	1 782	642
14	Anträge auf Haftentscheidungen (§§ 121 ff. StPO)	32	5	16	11	273	130	44	99
15	Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO (einschl. PKH-Anträge)	269	36	135	98	504	126	248	130
16	Auslieferungsverfahren	139	18	60	61	411	151	164	96
17	Verfahren nach § 23 EGGVG	47	7	10	30	186	-	186	-
18	Anträge nach § 51 RVG	132	30	73	29	311	88	118	105
Dienst- und berufsgerichtliche Verfahren									
19	Verfahren vor dem Dienstgerichtshof für Richter 2).....	2	-	2	-	-	-	-	-
20	Verfahren betreffend Angehörige der Heilberufe, der Steuerberater, der Steuerbevollmächtigten, der Patentanwälte und der Architekten.....	2	-	2	-	-	-	-	-
21	Verfahren vor dem Anwaltsgerichtshof	-	-	-	-	70	-	70	-
22	dar. Verfahren nach § 116 ff. BRAO.....	-	-	-	-	-	-	-	-
23	Sonstige berufsgerichtliche Verfahren	-	-	-	-	8	-	8	-
Bußgeldverfahren in der Beschwerdeinstanz									
22	Anhängige Verfahren zu Jahresbeginn	76	11	46	19	231	28	172	31
23	Neuzugänge 1)	1 200	244	589	367	2 043	492	1 181	370
24	Abgaben innerhalb des Gerichts	3	3	-	-	3	1	2	-
25	Erledigte Verfahren 1)	1 219	242	607	370	2 067	488	1 199	380
26	Von den erledigten Verfahren betrafen eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit	1 158	230	591	337	1 981	460	1 159	362
27	dar. Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§ 80 Abs. 1 OWiG)	606	117	308	181	1 206	268	701	237
28	Anhängige Verfahren am Jahresende	57	13	28	16	207	32	154	21
Sonstiger Geschäftsanfall									
29	Beschwerden in Bußgeldverfahren (einschl. Kostenbeschwerden)	11	-	-	11	59	59	-	-
30	Einsprüche in Bußgeldverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	-	-	-	-	23	23	-	-

1) Ohne Abgaben innerhalb des Gerichts.

2) Die Dienstgerichtshöfe für Berlin und Brandenburg sind dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg angegliedert.

6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

noch: 6.2 Geschäftsentwicklung 2013 nach Ländern und Oberlandesgerichten

Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						
Strafverfahren in erster Instanz								
-	-				-	-	-	1
2	2				-	-	-	2
-	-				-	-	-	3
2	2				-	-	-	4
-	-				-	-	-	5
Strafverfahren in der Revisionsinstanz								
24	14	10	18	31	15	8	10	6
248	180	68	61	346	246	134	99	7
1	1	-	-	39	1	-	-	8
243	173	70	74	335	246	134	97	9
41	23	18	9	49	25	18	19	10
29	21	8	5	42	15	8	12	11
194	180	14	24	26	225	23	18	12
773	506	267	235	773	546	344	386	13
38	29	9	50	139	4	25	47	14
80	51	29	23	124	60	92	49	15
98	84	14	56	69	4	71	9	16
32	25	7	13	1	7	14	3	17
37	29	8	10	70	15	26	68	18
8	6	2	-	2	-	-	1	19
-	-	-	-	-	-	-	1	20
7	7	-	3	21	8	6	-	21
-	-	-	-	3	-	1	-	22
-	-	-	-	-	-	-	-	23
Bußgeldverfahren in der Beschwerdeinstanz								
28	22	6	17	41	13	10	10	22
275	199	76	100	590	267	181	241	23
-	-	-	-	11	-	-	2	24
279	207	72	101	604	270	186	212	25
271	199	72	98	579	258	174	200	26
145	111	34	48	334	118	86	117	27
24	14	10	16	27	10	5	39	28
-	-	-	-	13	-	13	8	29
-	-	-	-	-	-	-	-	30

6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

6.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Lfd. Nr.	Art der Strafsachen 1)	Deutschland	Baden-	
			zusammen	Oberlandes
				Karlsruhe

Strafverfahren in erster Instanz

1	Erledigte Verfahren zusammen 2)	24	3	
2	Staatschutzsachen	24	3	
3	Politische Strafsachen	-	-	
4	Vergehen nach § 131 StGB	-	-	
5	Sonstige Strafverfahren, die aus Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaften hervorgegangen sind	-	-	
6	Straftaten sonstiger Sachgebiete	-	-	
7	nachrichtlich: Jugendschutzsachen	-	-	

Strafverfahren in der Revisionsinstanz

1	Erledigte Verfahren zusammen 2)	5 852	524	240
2	Staatschutzsachen, Politische Strafsachen, Vergehen nach § 131 StGB, sonstige Ermittlungsverfahren beim OLG	48	1	-
3	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	119	12	2
4	Verbreitung pornografischer Schriften (§ 184 bis 184d StGB)	16	2	1
5	Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit	842	54	27
6	Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Abs. 2 GVG	4	-	-
7	Vorsätzliche Körperverletzung	838	54	27
8	Eigentums- und Vermögensdelikte	1 827	136	61
9	Serien-, Banden- und Gewaltkriminalität mit mehreren Tätern (soweit nicht lfd. Nr. 14 oder 15)	70	6	1
10	Straftaten im Straßenverkehr	863	86	39
11	Wirtschafts- und Strafverfahren, Geldwäschedelikte	111	2	1
12	Umweltschutzstrafsachen	10	2	-
13	Korruptionsdelikte und Straftaten von Amtsträgern	17	-	-
14	Einschleusung von Ausländern und Straftaten nach dem Aufenthalt- und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU	46	6	1
15	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	504	39	19
16	Sonstige besondere Straftaten des Nebenstrafrechts	4	-	-
17	Sonstige Straftaten	1 375	178	88
18	Allgemeine Strafsachen, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter 1 Jahr vorsieht	171	10	2
19	Sonstige allgemeine Straftaten	1 204	168	86
20	nachrichtlich: Jugendschutzsachen	55	8	1

1) Zur näheren Abgrenzung siehe Sachgebietskatalog im Anhang.

2) Ohne Jugendschutzsachen.

6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

6.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Württemberg gericht	Bayern				Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Lfd. Nr.	
	Stuttgart	zusammen	Oberlandesgericht									
			München	Nürnberg								Bamberg

Strafverfahren in erster Instanz

3	-	-			9	-		2	3	-	1
3	-	-			9	-		2	3	-	2
-	-	-			-	-		-	-	-	3
-	-	-			-	-		-	-	-	4
-	-	-			-	-		-	-	-	5
-	-	-			-	-		-	-	-	6
-	-	-			-	-		-	-	-	7

Strafverfahren in der Revisionsinstanz

284	1 044	635	261	148	424	205	24	266	364	106	1
1	2	-	2	-	6	2	1	3	-	2	2
10	6	2	2	2	10	4	2	8	-	3	3
1	2	2	-	-	-	1	1	-	-	1	4
27	190	110	54	26	62	41	5	41	34	17	5
-	2	1	-	1	-	-	-	2	-	-	6
27	188	109	54	25	62	41	5	39	34	17	7
75	321	183	91	47	114	45	9	89	107	32	8
5	6	-	3	3	17	2	-	3	4	5	9
47	154	98	34	22	66	50	-	27	54	9	10
1	13	5	6	2	17	10	-	3	1	4	11
2	1	-	1	-	-	-	-	-	1	-	12
-	1	-	1	-	4	-	-	3	-	1	13
5	11	6	3	2	7	4	-	1	9	1	14
20	96	50	27	19	33	2	1	34	35	6	15
-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	16
90	240	178	37	25	88	44	5	54	119	25	17
8	14	3	8	3	21	9	1	17	7	2	18
82	226	175	29	22	67	35	4	37	112	23	19
7	20	11	7	2	6	2	-	5	1	2	20

6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

noch: 6.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Lfd. Nr.	Art der Strafsachen 1)	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen		
		zu- sammen	OLG-Bezirk		zu- sammen	OLG-Bezirk	
			Braun- schweig	Celle		Olden- burg	Düssel- dorf

Strafverfahren in erster Instanz

1	Erledigte Verfahren zusammen 2)	-	-	-	5	5	-	-	
2	Staatschutzsachen	-	-	-	5	5	-	-	
3	Politische Strafsachen	-	-	-	-	-	-	-	
4	Vergehen nach § 131 StGB	-	-	-	-	-	-	-	
5	Sonstige Strafverfahren, die aus Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaften hervorgegangen sind	-	-	-	-	-	-	-	
6	Straftaten sonstiger Sachgebiete	-	-	-	-	-	-	-	
nachrichtlich:									
7	Jugendschutzsachen	-	-	-	-	-	-	-	

Strafverfahren in der Revisionsinstanz

1	Erledigte Verfahren zusammen 2)	537	80	235	222	1 234	393	566	275
2	Staatschutzsachen, Politische Strafsachen, Vergehen nach § 131 StGB, sonstige Ermittlungsverfahren beim OLG	5	1	4	-	18	7	10	1
3	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	13	-	7	6	33	10	17	6
4	Verbreitung pornografischer Schriften (§ 184 bis 184d StGB)	2	1	-	1	6	2	3	1
5	Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit	71	14	29	28	146	45	65	36
6	Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Abs. 2 GVG	-	-	-	-	-	-	-	-
7	Vorsätzliche Körperverletzung	71	14	29	28	146	45	65	36
8	Eigentums- und Vermögensdelikte	195	32	77	86	412	132	185	95
9	Serien-, Banden- und Gewaltkriminalität mit mehreren Tätern (soweit nicht lfd. Nr. 14 oder 15)	7	-	2	5	9	2	3	4
10	Straftaten im Straßenverkehr	83	9	39	35	173	57	92	24
11	Wirtschafts- und Strafverfahren, Geldwäschedelikte	13	4	4	5	17	4	13	-
12	Umweltschutzstrafsachen	3	-	1	2	1	-	1	-
13	Korruptionsdelikte und Straftaten von Amtsträgern	1	-	1	-	5	-	4	1
14	Einschleusung von Ausländern und Straftaten nach dem Aufenthalt- und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU	1	1	-	-	3	1	1	1
15	Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	44	5	18	21	140	46	50	44
16	Sonstige besondere Straftaten des Nebenstrafrechts	1	-	-	1	1	1	-	-
17	Sonstige Straftaten	98	13	53	32	270	86	122	62
18	Allgemeine Strafsachen, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter 1 Jahr vorsieht	21	4	7	10	46	10	28	8
19	Sonstige allgemeine Straftaten	77	9	46	22	224	76	94	54
nachrichtlich:									
20	Jugendschutzsachen	6	-	3	3	-	-	-	-

1) Zur näheren Abgrenzung siehe Sachgebietskatalog im Anhang.

2) Ohne Jugendschutzsachen.

6 Geschäftsentwicklung der Straf- und Bußgeldverfahren vor dem Oberlandesgericht

noch: 6.3 Erledigte Strafverfahren nach Sachgebieten 2013

Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
zusammen	OLG-Bezirk							
	Koblenz	Zweibrücken						

Strafverfahren in erster Instanz

2	2								1
2	2								2
-	-								3
-	-								4
-	-								5
-	-								6
-	-								7

Strafverfahren in der Revisionsinstanz

242	173	69	74	333	246	132	97	1
-	-	-	-	4	1	1	2	2
8	8	-	1	7	5	6	1	3
-	-	-	-	-	-	1	-	4
45	30	15	20	59	21	21	15	5
-	-	-	-	-	-	-	-	6
45	30	15	20	59	21	21	15	7
66	44	22	17	102	101	46	35	8
-	-	-	-	7	1	2	1	9
41	23	18	9	49	25	18	19	10
5	3	2	1	21	1	1	2	11
-	-	-	-	1	-	-	1	12
-	-	-	-	2	-	-	-	13
-	-	-	-	1	2	-	-	14
19	15	4	5	21	21	7	1	15
-	-	-	-	1	-	-	-	16
58	50	8	21	58	68	29	20	17
4	3	1	-	15	-	4	-	18
54	47	7	21	43	68	25	20	19
1	-	1	-	2	-	2	-	20

7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

7.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren, Besetzung des Gerichts

Lfd. Nr.	Art der Einleitung Beschuldigte Adhäsionsverfahren Besetzung des Gerichts	Deutschland	Oberlandesgericht		
			Stuttgart	München	Kammergericht Berlin
1	Erledigte Verfahren insgesamt	24	3	-	9
	Die Verfahren wurden eingeleitet durch				
	Antrag auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft				
2	zuungunsten des Beschuldigten	-	-	-	-
3	zugunsten des Beschuldigten	1	-	-	-
4	Zurückverweisung durch die Rechtsmittelinstanz	2	-	-	-
5	Eröffnung des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	-	-	-	-
6	Vorlage oder Verweisung durch ein Gericht niederer Ordnung	1	1	-	-
7	Anklage	20	2	-	9
8	Antrag auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens (§ 413 StPO, § 41 JGG)	-	-	-	-
9	Nachverfahren (§ 439 StPO)	-	-	-	-
10	Antrag auf Einleitung eines objektiven Verfahrens (§§ 440, 444 Abs. 3 StPO, § 401 AO)	-	-	-	-
11	Zahl der erledigten Verfahren (ohne Nachverfahren und objektive Verfahren)	24	3	-	9
12	Zahl der Beschuldigten in allen erledigten Verfahren insgesamt	32	5	-	10
	davon Verfahren 1)				
13	mit 1 Beschuldigten	19	1	-	8
14	mit 2 Beschuldigten	3	2	-	1
15	mit 3 Beschuldigten	1	-	-	-
16	mit 4 bis 10 Beschuldigten	1	-	-	-
17	mit 11 und mehr Beschuldigten	-	-	-	-
	Vorführung von Verfahrensbeteiligten zur (letzten) Hauptverhandlung				
18	Zahl der Verfahren mit Hauptverhandlung	22	3	-	8
19	Verfahren, in denen ein Beteiligter aus Haft vorgeführt wurde	1	-	-	-
20	Verfahren, in denen ein Beteiligter vorgeführt wurde, ohne in Haft zu sein	-	-	-	-
	Maßnahmen der Gewinnabschöpfung				
21	Verfahren mit Anträgen auf Maßnahmen der Gewinnabschöpfung	-	-	-	-
22	Urteile in Adhäsionsverfahren gemäß § 403 StPO	2	-	-	-
23	Endurteile	2	-	-	-
24	Grundurteile	-	-	-	-
	Besetzung des Gerichts in der Hauptverhandlung nach § 122 Abs. 2 GVG Zahl der Verfahren mit Hauptverhandlung, bei denen der Senat die Hauptverhandlung in der Besetzung durchgeführt hat				
25	mit 3 (drei) Berufsrichtern	15	1	-	5
26	mit 5 (fünf) Berufsrichtern	7	2	-	3

1) Ohne Nachverfahren und objektive Verfahren.

7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

7.1 Einleitungsart, Beschuldigte, Vorführung zur Hauptverhandlung, Gewinnabschöpfung, Adhäsionsverfahren, Besetzung des Gerichts

Oberlandesgericht										Lfd. Nr.
Brandenburg a.d.H.	Hamburg	Frankfurt	Rostock	Celle	Düsseldorf	Koblenz	Naumburg	Schleswig	Jena	
-	2	3	-	-	5	2	-	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2
-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	3
-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	4
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6
-	1	3	-	-	4	1	-	-	-	7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10
-	2	3	-	-	5	2	-	-	-	11
-	2	6	-	-	7	2	-	-	-	12
-	2	2	-	-	4	2	-	-	-	13
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14
-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	15
-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17
-	1	3	-	-	5	2	-	-	-	18
-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	19
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21
-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	22
-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	23
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24
-	1	3	-	-	3	2	-	-	-	25
-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	26

7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

7.2 Art der Erledigung der Verfahren

Lfd. Nr.	Art der Erledigung 1)	Deutschland	Oberlandesgericht				
			Stuttgart	München	Kammergericht Berlin	Brandenburg a.d.H.	Hamburg
1	Erledigte Verfahren insgesamt	24	3	-	9	-	2
2	Urteil	22	3	-	8	-	1
3	Ohne Einlegung eines Rechtsmittels rechtskräftig gewordene Urteile	12	1	-	6	-	-
4	Angefochtene Urteile	10	2	-	2	-	1
5	Einstellung mit Auflage oder Weisung nach § 153a StPO	-	-	-	-	-	-
6	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	-	-	-	-	-	-
7	Einstellung nach § 47 JGG	-	-	-	-	-	-
8	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	-	-	-	-	-	-
9	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	-	-	-	-	-	-
10	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	-	-	-	-	-	-
11	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	1	-	-	1	-	-
12	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	-	-	-	-	-	-
13	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-	-	-	-
14	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme nach § 153b Abs. 2, § 153c Abs. 4, § 153d Abs. 2, § 153e Abs. 2, § 154e Abs. 2 StPO, § 31a Abs. 2 BtMG	-	-	-	-	-	-
15	Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	-	-	-	-	-	-
16	Eröffnung des Hauptverfahrens vor einem Gericht niederer Ordnung	-	-	-	-	-	-
17	Vorlage / Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung	-	-	-	-	-	-
18	Rücknahme der Anklage	-	-	-	-	-	-
19	Rücknahme eines sonstigen Antrags	-	-	-	-	-	-
20	Verbindung mit einer anderen Sache	-	-	-	-	-	-
21	Aussetzung des Verfahrens	-	-	-	-	-	-
22	Sonstige Erledigungsart	1	-	-	-	-	1

1) Je Verfahren wird nur eine Erledigungsart nachgewiesen, und zwar die jeweils erste aus der in dieser Tabelle genannten Rangfolge.

7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

7.2 Art der Erledigung der Verfahren

Oberlandesgericht								Lfd. Nr.
Frankfurt	Rostock	Celle	Düsseldorf	Koblenz	Naumburg	Schleswig	Jena	
3	-	-	5	2	-	-	-	1
3	-	-	5	2	-	-	-	2
1	-	-	4	-	-	-	-	3
2	-	-	1	2	-	-	-	4
-	-	-	-	-	-	-	-	5
-	-	-	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	-	7
-	-	-	-	-	-	-	-	8
-	-	-	-	-	-	-	-	9
-	-	-	-	-	-	-	-	10
-	-	-	-	-	-	-	-	11
-	-	-	-	-	-	-	-	12
-	-	-	-	-	-	-	-	13
-	-	-	-	-	-	-	-	14
-	-	-	-	-	-	-	-	15
-	-	-	-	-	-	-	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-	17
-	-	-	-	-	-	-	-	18
-	-	-	-	-	-	-	-	19
-	-	-	-	-	-	-	-	20
-	-	-	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	22

7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

7.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Deutschland	Oberlandesgericht		
			Stuttgart	München	Kammergericht Berlin
1	Zahl der einzelnen Beschuldigten insgesamt	32	5	-	10
2	Urteile zusammen	30	5	-	9
3	Verurteilung	30	5	-	9
4	Freispruch	-	-	-	-
5	Urteil auf Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO)	-	-	-	-
6	Einstellung mit Auflage oder Weisung nach 153a StPO zusammen	-	-	-	-
7	Täter-Opfer-Ausgleich (Abs. 1 Satz 2 Nr. 5)	-	-	-	-
8	Wiedergutmachung des Schadens (Abs. 1 Satz 2 Nr. 1)	-	-	-	-
9	Geldbetrag für gemeinnützige Einrichtung oder Staatskasse (Abs. 1 Satz 2 Nr. 2)	-	-	-	-
10	Sonstige gemeinnützige Leistung (Abs. 1 Satz 2 Nr. 3)	-	-	-	-
11	Erfüllung der Unterhaltspflicht (Abs. 1 Satz 2 Nr. 4)	-	-	-	-
12	Teilnahme an einem Aufbauseminar nach § 2b Abs. 2 Satz 2 oder § 4 Abs. 8 Satz 4 StVG (Abs. 1 Satz 2 Nr. 6)	-	-	-	-
13	Sonstige Auflagen oder Weisungen (Abs. 1 Satz 2)	-	-	-	-
14	Einstellung mit Auflage nach § 37 Abs. 2 BtMG bzw. § 38 Abs. 2 i.V.m. § 37 Abs. 2 BtMG	-	-	-	-
15	Einstellung nach § 47 JGG zusammen	-	-	-	-
16	da die Voraussetzungen des § 153 StPO vorliegen (Abs. 1 Satz 1 Nr. 1).....	-	-	-	-
17	da eine erzieherische Maßnahme im Sinne des § 45 Abs. 2 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrllich macht (Abs. 1 Satz 1 Nr. 2)	-	-	-	-
18	da nach Anordnung einer Maßnahme nach § 45 Abs. 3 JGG eine Entscheidung durch Urteil entbehrllich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 3)	-	-	-	-
19	da Beschuldigter mangels Reife strafrechtlich nicht verantwortlich ist (Abs. 1 Satz 1 Nr. 4)	-	-	-	-
20	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO) zusammen	-	-	-	-
21	ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	-	-	-	-
22	mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	-	-	-	-
23	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO).....	-	-	-	-
24	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	-	-	-	-
25	Einstellung wegen Abwesenheit des Beschuldigten oder wegen eines anderen in seiner Person liegenden Hindernisses (§ 205 StPO)	1	-	-	1
26	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	-	-	-	-
27	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-	-
28	Sonstige Einstellung oder Klagerücknahme zusammen.....	-	-	-	-
29	nach § 31a Abs. 2 BtMG	-	-	-	-
30	nach § 153b Abs. 2, § 153c Abs. 4, § 153d Abs. 2, § 153e Abs. 2, § 154e Abs. 2 StPO	-	-	-	-
31	Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	-	-	-	-
32	Eröffnung des Hauptverfahrens vor einem Gericht niederer Ordnung	-	-	-	-
33	Vorlage / Verweisung an ein Gericht höherer Ordnung	-	-	-	-
34	Rücknahme der Anklage/des Antrags	-	-	-	-
35	Verbindung mit einer anderen Sache	-	-	-	-
36	Aussetzung des Verfahrens zusammen	-	-	-	-
37	bis zum rechtskräftigen Abschluss des Besteuerungsverfahrens (§ 396 Abs. 1 AO)	-	-	-	-
38	zur Klärung einer zivilrechtlichen Vorfrage (§ 262 Abs. 2 StPO)	-	-	-	-
39	um nach Art. 100 GG eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten	-	-	-	-
40	Sonstige Erledigungsart	1	-	-	-

7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

7.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten

Oberlandesgericht										Lfd. Nr.
Brandenburg a.d.H.	Hamburg	Frankfurt	Rostock	Celle	Düsseldorf	Koblenz	Naumburg	Schleswig	Jena	
-	2	6	-	-	7	2	-	-	-	1
-	1	6	-	-	7	2	-	-	-	2
-	1	6	-	-	7	2	-	-	-	3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	22
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	31
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	33
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	34
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	37
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	38
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39
-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	40

7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

7.4 Hauptverhandlungen

Lfd. Nr.	Hauptverhandlungen Hauptverhandlungstage Beteiligte der Hauptverhandlung	Art des Nachweises	Deutschland	Oberlandesgericht		
				Stuttgart	München	Kammergericht Berlin
1	Hauptverhandlungen insgesamt	Verhandlungen	23	3	-	8
	davon in					
2	Anklagesachen	Verhandlungen	19	2	-	8
3	sonstigen Verfahren	Verhandlungen	4	1	-	-
4	Erledigte Verfahren insgesamt	Verfahren	24	3	-	9
5	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	2	-	-	1
6	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	-	-	-	-
7	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	-	-	-	-
8	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	18	3	-	8
9	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	4	-	-	-
10	Erledigte Anklagen	Verfahren	20	2	-	9
11	ohne Hauptverhandlung	Verfahren	1	-	-	1
12	mit 1 Hauptverhandlung ohne Urteil	Verfahren	-	-	-	-
13	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen ohne Urteil	Verfahren	-	-	-	-
14	mit 1 Hauptverhandlung und Urteil	Verfahren	16	2	-	8
15	mit 2 oder mehr Hauptverhandlungen und Urteil	Verfahren	3	-	-	-
16	Hauptverhandlungstage insgesamt	Tage	550	92	-	181
17	dar. HV-Tage früherer Hauptverhandlungen	Tage	106	-	-	-
	davon in					
18	Anklagesachen	Tage	494	81	-	181
19	sonstigen Verfahren	Tage	56	11	-	-
20	Erledigte Verfahren mit Hauptverhandlung zusammen	Verfahren	22	3	-	8
	Die Hauptverhandlung(en) verteilte(n) sich					
21	auf 1 HV-Tag	Verfahren	-	-	-	-
22	auf 2 HV-Tage	Verfahren	1	-	-	1
23	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	2	-	-	1
24	auf 6 bis 10 HV-Tage	Verfahren	5	-	-	2
25	auf 11 bis 20 HV-Tage	Verfahren	3	1	-	1
26	auf 21 bis 50 HV-Tage	Verfahren	7	1	-	2
27	auf 51 und mehr HV-Tage	Verfahren	4	1	-	1
28	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	25,0	30,7	-	22,6
	Die letzte (einzige) Hauptverhandlung verteilte sich					
29	auf 1 HV-Tag	Verfahren	2	-	-	-
30	auf 2 HV-Tage	Verfahren	2	-	-	1
31	auf 3 bis 5 HV-Tage	Verfahren	3	-	-	1
32	auf 6 bis 10 HV-Tage	Verfahren	4	-	-	2
33	auf 11 bis 20 HV-Tage	Verfahren	2	1	-	1
34	auf 21 bis 50 HV-Tage	Verfahren	6	1	-	2
35	auf 51 und mehr HV-Tage	Verfahren	3	1	-	1
36	Durchschnittliche Zahl der HV-Tage der letzten (einzigen) Hauptverhandlung je Verfahren mit Hauptverhandlung	Tage	20,2	30,7	-	22,6
	An der letzten (einzigen) Hauptverhandlung haben					
	teilgenommen					
37	Beschuldigte	Verfahren	22	3	-	8
38	Zahl der Beschuldigten	Personen	30	5	-	9
39	Verteidiger	Verfahren	22	3	-	8
40	Zahl der Verteidiger	Personen	53	9	-	15
41	Nebenkläger/Nebenklägervertreter	Verfahren	1	-	-	-
42	Verletztenbeistand	Verfahren	-	-	-	-
43	Sachverständige	Verfahren	10	2	-	4
44	Dolmetscher	Verfahren	14	1	-	6
45	Gerichtshelfer/Jugendgerichtshelfer	Verfahren	3	-	-	1
46	Ergänzungsrichter (§ 192 Abs. 2 GVG)	Verfahren	7	2	-	2

7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

7.4 Hauptverhandlungen

Oberlandesgericht										Lfd. Nr.
Brandenburg a.d.H.	Hamburg	Frankfurt	Rostock	Celle	Düsseldorf	Koblenz	Naumburg	Schleswig	Jena	
-	1	3	-	-	5	3	-	-	-	1
-	1	3	-	-	4	1	-	-	-	2
-	-	-	-	-	1	2	-	-	-	3
-	2	3	-	-	5	2	-	-	-	4
-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	5
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7
-	1	-	-	-	5	1	-	-	-	8
-	-	3	-	-	-	1	-	-	-	9
-	1	3	-	-	4	1	-	-	-	10
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13
-	1	-	-	-	4	1	-	-	-	14
-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	15
-	33	74	-	-	108	62	-	-	-	16
-	-	70	-	-	-	36	-	-	-	17
-	33	74	-	-	102	23	-	-	-	18
-	-	-	-	-	6	39	-	-	-	19
-	1	3	-	-	5	2	-	-	-	20
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	22
-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	23
-	-	1	-	-	2	-	-	-	-	24
-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	25
-	1	-	-	-	1	2	-	-	-	26
-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	27
-	33,0	24,7	-	-	21,6	31,0	-	-	-	28
-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	29
-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	30
-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	31
-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	32
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	33
-	1	-	-	-	1	1	-	-	-	34
-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	35
-	33,0	1,3	-	-	21,6	13,0	-	-	-	36
-	1	3	-	-	5	2	-	-	-	37
-	1	6	-	-	7	2	-	-	-	38
-	1	3	-	-	5	2	-	-	-	39
-	2	10	-	-	13	4	-	-	-	40
-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	41
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42
-	-	1	-	-	1	2	-	-	-	43
-	1	2	-	-	2	2	-	-	-	44
-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	45
-	1	-	-	-	2	-	-	-	-	46

7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

7.5 Verfahrensdauer

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschließlich ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Deutschland	Oberlandesgericht		
				Stuttgart	München	Kammergericht Berlin
1	Erledigte Verfahren insgesamt	Anzahl	24	3	-	9
	davon waren bei dem Gericht anhängig					
2	bis 3	%	4,2	-	-	-
3	3 - 6	%	20,8	-	-	44,4
4	6 - 12	%	37,5	33,3	-	22,2
5	12 - 18	%	16,7	33,3	-	22,2
6	18 - 24	%	16,7	-	-	11,1
7	24 - 36	%	4,2	33,3	-	-
8	mehr als 36 Monate	%	-	-	-	-
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	11,1	16,8	-	9,3
10	Durch Urteil erledigte Verfahren	Anzahl	22	3	-	8
	davon waren bei dem Gericht anhängig					
11	bis 3	%	4,5	-	-	-
12	3 - 6	%	18,2	-	-	50,0
13	6 - 12	%	40,9	33,3	-	25,0
14	12 - 18	%	18,2	33,3	-	25,0
15	18 - 24	%	13,6	-	-	-
16	24 - 36	%	4,5	33,3	-	-
17	mehr als 36 Monate	%	-	-	-	-
18	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	11,0	16,8	-	7,9
19	Erledigte Verfahren ohne Wiederaufnahmeverfahren, Nachverfahren und Anträge auf Einleitung eines objektiven Verfahrens	Anzahl	23	3	-	9
	davon waren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft anhängig					
20	bis 3	%	4,3	-	-	-
21	3 - 6	%	-	-	-	-
22	6 - 12	%	8,7	-	-	-
23	12 - 18	%	8,7	-	-	22,2
24	18 - 24	%	26,1	33,3	-	22,2
25	24 - 36	%	26,1	66,7	-	22,2
26	36 - 48	%	8,7	-	-	11,1
27	mehr als 48 Monate	%	17,4	-	-	22,2
28	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	33,7	25,0	-	40,1
29	Verfahren mit Anklage und Eröffnungsbeschluss	Anzahl	20	2	-	9
30	Durchschnittliche Dauer der Verfahren vom Eingang bei Gericht bis zum Erlass eines Eröffnungsbeschlusses	Monate	3,2	2,9	-	3,9
31	Durch Urteil erledigte Anklagen	Anzahl	19	2	-	8
32	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in der Instanz	Monate	9,9	12,4	-	7,9
	Zeitraum der Hauptverhandlungen					
33	Verfahren mit mehreren Hauptverhandlungen	Anzahl	4	-	-	-
	davon waren zu Beginn der ersten HV bis zur Beendigung der letzten HV anhängig					
34	bis 1	%	25,0	-	-	-
35	1 - 2	%	-	-	-	-
36	2 - 3	%	-	-	-	-
37	3 - 6	%	25,0	-	-	-
38	6 - 9	%	-	-	-	-
39	9 - 12	%	-	-	-	-
40	mehr als 12 Monate	%	50,0	-	-	-
41	Verfahren mit mehreren HV-Tagen der letzten (einzigsten) Hauptverhandlung	Anzahl	20	3	-	8
	davon waren vom Beginn des ersten HV-Tages bis zur Beendigung des letzten HV-Tages anhängig					
42	bis 1	%	40,0	-	-	50,0
43	1 - 2	%	5,0	-	-	-
44	2 - 3	%	5,0	-	-	-
45	3 - 6	%	20,0	33,3	-	25,0
46	6 - 9	%	-	-	-	-
47	9 - 12	%	20,0	33,3	-	25,0
48	mehr als 12 Monate	%	10,0	33,3	-	-

7 Vor dem Oberlandesgericht in erster Instanz 2013 erledigte Verfahren

7.5 Verfahrensdauer

Oberlandesgericht										Lfd. Nr.
Brandenburg a.d.H.	Hamburg	Frankfurt	Rostock	Celle	Düsseldorf	Koblenz	Naumburg	Schleswig	Jena	
-	2	3	-	-	5	2	-	-	-	1
-	50,0	-	-	-	-	-	-	-	-	2
-	50,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3
-	-	66,7	-	-	60,0	50,0	-	-	-	4
-	-	-	-	-	20,0	-	-	-	-	5
-	-	33,3	-	-	20,0	50,0	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8
-	2,7	13,8	-	-	11,3	14,4	-	-	-	9
-	1	3	-	-	5	2	-	-	-	10
-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	11
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
-	-	66,7	-	-	60,0	50,0	-	-	-	13
-	-	-	-	-	20,0	-	-	-	-	14
-	-	33,3	-	-	20,0	50,0	-	-	-	15
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17
-	1,6	13,8	-	-	11,3	14,4	-	-	-	18
-	1	3	-	-	5	2	-	-	-	19
-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	20
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21
-	-	66,7	-	-	-	-	-	-	-	22
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23
-	-	33,3	-	-	20,0	50,0	-	-	-	24
-	-	-	-	-	40,0	-	-	-	-	25
-	-	-	-	-	-	50,0	-	-	-	26
-	-	-	-	-	40,0	-	-	-	-	27
-	1,8	13,8	-	-	46,8	31,2	-	-	-	28
-	1	3	-	-	4	1	-	-	-	29
-	-	2,4	-	-	3,5	2,0	-	-	-	30
-	1	3	-	-	4	1	-	-	-	31
-	1,6	13,8	-	-	12,5	7,9	-	-	-	32
-	-	3	-	-	-	1	-	-	-	33
-	-	33,3	-	-	-	-	-	-	-	34
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36
-	-	33,3	-	-	-	-	-	-	-	37
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	38
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39
-	-	33,3	-	-	-	100,0	-	-	-	40
-	1	1	-	-	5	2	-	-	-	41
-	-	100,0	-	-	40,0	50,0	-	-	-	42
-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	43
-	-	-	-	-	20,0	-	-	-	-	44
-	-	-	-	-	-	50,0	-	-	-	45
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	46
-	-	-	-	-	20,0	-	-	-	-	47
-	-	-	-	-	20,0	-	-	-	-	48

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.1 Vorinstanz, Einleitungsart, Betreiber, Beschuldigte, Hauptverhandlungen bei den Revisionen

Lfd. Nr.	Art der Vorinstanz Art der Einleitung Betreiber der Revision Beschuldigte Hauptverhandlungen	Deutschland	Baden-	
			zu- sammen	Oberlandes Karlsruhe
1	Erledigte Revisionen insgesamt	5 907	532	241
Von ihnen richteten sich gegen ein Urteil des/der				
2	Strafrichters	536	40	10
3	Schöffengerichts	59	5	1
4	Erweiterten Schöffengerichts	7	-	-
5	Jugendrichters	37	-	-
6	Jugendschöffengerichts	74	10	1
7	Kleinen Strafkammer (Berufungen gegen Strafrichterurteile)	4 049	422	206
8	Großen Strafkammer (erstinstanzliche Verfahren) und kleinen Strafkammer (Berufungen gegen Schöffengerichtsurteile)	1 036	41	15
9	Schwurgerichts	-	-	-
10	Wirtschaftsstrafkammer	14	1	1
11	Großen Jugendkammer	59	9	3
12	Kleinen Jugendkammer	36	4	4
Die Verfahren wurden eingeleitet durch				
13	Revision im Privatklageverfahren	4	1	1
14	Revision im Officialverfahren	5 903	531	240
Die Revision wurde eingelegt durch				
15	den Beschuldigten	5 725	519	234
16	die Staatsanwaltschaft zuungunsten des Beschuldigten	168	14	7
17	die Staatsanwaltschaft zugunsten des Beschuldigten	8	-	-
18	Nebenkläger	35	4	3
19	Privatkläger	-	-	-
20	den Erziehungsberechtigten/gesetzlichen Vertreter	1	-	-
21	Zahl der Beschuldigten insgesamt	6 065	547	249
Zahl der Verfahren				
22	mit 1 Beschuldigten	5 766	518	233
23	mit 2 Beschuldigten	124	13	8
24	mit 3 bis 5 Beschuldigten	17	1	-
25	mit 6 bis 10 Beschuldigten	-	-	-
26	mit 11 und mehr Beschuldigten	-	-	-
27	Verfahren ohne Hauptverhandlung	5 666	506	234
28	Verfahren mit Hauptverhandlung ohne Urteil	17	-	-
29	Verfahren mit Hauptverhandlung und Urteil	224	26	7
30	Verfahren mit Hauptverhandlung zusammen	241	26	7
An der letzten (einzigen) Hauptverhandlung haben teilgenommen				
31	Beschuldigte	76	10	1
32	Verteidiger	186	9	3
33	Nebenkläger/Nebenklägervertreter	12	-	-
34	Privatkläger/Privatklägervertreter	-	-	-
35	Verletztenbeistand	3	-	-
36	An der Hauptverhandlung haben weder der Beschuldigte, ein Verteidiger, ein Nebenkläger/Nebenklägervertreter, Privatkläger/Privatklägervertreter noch ein Verletztenbeistand teilgenommen	42	12	3

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.1 Vorinstanz, Einleitungsart, Betreiber, Beschuldigte, Hauptverhandlungen bei den Revisionen

Württemberg gericht Stuttgart	Bayern				Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Lfd. Nr.
	zu- sammen	Oberlandesgericht									
		München	Nürnberg	Bamberg							
291	1 064	646	268	150	430	207	24	271	365	108	1
30	52	21	23	8	32	19	3	41	53	9	2
4	5	4	-	1	3	2	-	5	5	1	3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4
-	4	3	1	-	4	-	1	-	-	1	5
9	1	-	1	-	6	5	-	24	2	2	6
216	952	608	238	106	280	181	20	184	268	78	7
26	42	5	3	34	82	-	-	16	37	13	8
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9
-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1	10
6	6	4	1	1	14	-	-	-	-	1	11
-	2	1	1	-	8	-	-	1	-	2	12
-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	13
291	1 064	646	268	150	428	207	24	271	365	108	14
285	1 027	622	262	143	416	198	24	267	354	103	15
7	39	26	5	8	13	7	-	2	11	3	16
-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	1	17
1	4	4	-	-	3	1	-	4	-	1	18
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19
-	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	20
298	1 083	658	272	153	444	212	24	276	370	120	21
285	1 047	636	264	147	416	203	24	266	360	98	22
5	15	8	4	3	14	3	-	5	5	8	23
1	2	2	-	-	-	1	-	-	-	2	24
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26
272	1 027	622	260	145	412	197	24	269	352	99	27
-	-	-	-	-	1	3	-	1	2	-	28
19	37	24	8	5	17	7	-	1	11	9	29
19	37	24	8	5	18	10	-	2	13	9	30
9	16	10	4	2	11	4	-	2	3	2	31
6	35	24	6	5	18	8	-	2	12	4	32
-	2	1	1	-	-	-	-	2	-	-	33
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	34
-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	35
9	-	-	-	-	-	2	-	-	1	4	36

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.1 Vorinstanz, Einleitungsart, Betreiber, Beschuldigte, Hauptverhandlungen bei den Revisionen

Lfd. Nr.	Art der Vorinstanz Art der Einleitung Betreiber der Revision Beschuldigte Hauptverhandlungen	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen				
		zu- sammen	Oberlandesgericht			zu- sammen	Oberlandesgericht		
			Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Revisionen insgesamt	543	80	238	225	1 234	393	566	275
Von ihnen richteten sich gegen ein Urteil des/der									
2	Strafrichters	58	10	35	13	115	42	41	32
3	Schöffengerichts	4	-	3	1	19	4	11	4
4	Erweiterten Schöffengerichts	-	-	-	-	7	-	5	2
5	Jugendrichters	7	1	6	-	11	3	8	-
6	Jugendschöffengerichts	5	-	4	1	11	3	4	4
7	Kleinen Strafkammer (Berufungen gegen Strafrichterurteile)	416	55	152	209	377	219	31	127
8	Großen Strafkammer (erstinstanzliche Verfahren) und kleinen Strafkammer (Berufungen gegen Schöffengerichtsurteile).....	41	13	28	-	684	121	463	100
9	Schwurgerichts	-	-	-	-	-	-	-	-
10	Wirtschaftsstrafkammer	-	-	-	-	3	-	3	-
11	Großen Jugendkammer	9	-	8	1	-	-	-	-
12	Kleinen Jugendkammer	3	1	2	-	7	1	-	6
Die Verfahren wurden eingeleitet durch									
13	Revision im Privatklageverfahren	-	-	-	-	-	-	-	-
14	Revision im Officialverfahren	543	80	238	225	1 234	393	566	275
Die Revision wurde eingelegt durch									
15	den Beschuldigten	523	80	229	214	1 220	390	557	273
16	die Staatsanwaltschaft zuungunsten des Beschuldigten	21	-	10	11	6	2	3	1
17	die Staatsanwaltschaft zugunsten des Beschuldigten	1	-	-	1	3	-	2	1
18	Nebenkläger	3	-	1	2	6	1	5	-
19	Privatkläger	-	-	-	-	-	-	-	-
20	den Erziehungsberechtigten/gesetzlichen Vertreter	-	-	-	-	-	-	-	-
21	Zahl der Beschuldigten insgesamt	549	80	240	229	1 269	410	584	275
Zahl der Verfahren									
22	mit 1 Beschuldigten	538	80	236	222	1 203	378	550	275
23	mit 2 Beschuldigten	4	-	2	2	27	13	14	-
24	mit 3 bis 5 Beschuldigten	1	-	-	1	4	2	2	-
25	mit 6 bis 10 Beschuldigten	-	-	-	-	-	-	-	-
26	mit 11 und mehr Beschuldigten	-	-	-	-	-	-	-	-
27	Verfahren ohne Hauptverhandlung	514	78	229	207	1 208	383	552	273
28	Verfahren mit Hauptverhandlung ohne Urteil	-	-	-	-	1	-	1	-
29	Verfahren mit Hauptverhandlung und Urteil	29	2	9	18	25	10	13	2
30	Verfahren mit Hauptverhandlung zusammen	29	2	9	18	26	10	14	2
An der letzten (einzig) Hauptverhandlung haben teilgenommen									
31	Beschuldigte	7	-	3	4	3	1	1	1
32	Verteidiger	24	2	7	15	19	3	14	2
33	Nebenkläger/Nebenklägervertreter	1	-	-	1	2	-	2	-
34	Privatkläger/Privatklägervertreter	-	-	-	-	-	-	-	-
35	Verletztenbeistand	-	-	-	-	-	-	-	-
36	An der Hauptverhandlung haben weder der Beschuldigte, ein Verteidiger, ein Nebenkläger/Nebenklägervertreter, Privatkläger/Privatklägervertreter noch ein Verletztenbeistand teilgenommen	2	-	1	1	7	7	-	-

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.1 Vorinstanz, Einleitungsart, Betreiber, Beschuldigte, Hauptverhandlungen bei den Revisionen

Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
zu-sammen	Oberlandesgericht							
	Koblenz	Zweibrücken						
243	173	70	74	335	246	134	97	1
28	22	6	5	25	35	9	12	2
3	3	-	-	5	-	2	-	3
-	-	-	-	-	-	-	-	4
5	5	-	-	3	-	1	-	5
3	3	-	1	2	-	-	2	6
185	134	51	65	215	210	114	82	7
10	-	10	1	63	1	4	1	8
-	-	-	-	-	-	-	-	9
1	-	1	-	6	-	1	-	10
6	5	1	1	12	-	1	-	11
2	1	1	1	4	-	2	-	12
-	-	-	-	-	-	-	1	13
243	173	70	74	335	246	134	96	14
222	159	63	68	320	242	130	92	15
20	12	8	5	14	4	2	7	16
1	1	-	-	-	-	-	-	17
2	2	-	1	4	-	2	-	18
-	-	-	-	-	-	-	-	19
-	-	-	-	-	-	-	-	20
252	179	73	74	352	255	137	101	21
234	167	67	74	322	239	131	93	22
9	6	3	-	9	5	3	4	23
-	-	-	-	4	2	-	-	24
-	-	-	-	-	-	-	-	25
-	-	-	-	-	-	-	-	26
219	156	63	68	319	231	130	91	27
1	-	1	-	-	8	-	-	28
23	17	6	6	16	7	4	6	29
24	17	7	6	16	15	4	6	30
1	1	-	1	9	2	2	3	31
16	9	7	6	14	10	3	6	32
1	1	-	-	2	2	-	-	33
-	-	-	-	-	-	-	-	34
-	-	-	-	-	-	1	-	35
8	8	-	-	1	4	1	-	36

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.2 Art der Erledigung der Revisionen

Lfd. Nr.	Art der Erledigung 1)	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zu- sammen	Oberlandesgericht	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Revisionen insgesamt	5 907	532	241	291
2	Urteil	224	26	7	19
3	Beschluss nach § 349 StPO	5 326	468	214	254
4	Einstellung mit Auflage (§ 153a StPO)	8	-	-	-
5	Einstellung nach § 47 JGG	-	-	-	-
6	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	23	2	1	1
7	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	12	2	1	1
8	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	1	-	-	-
9	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	6	-	-	-
10	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-	-
11	Rücknahme der Revision	123	14	7	7
12	Rücknahme der Privatklage	-	-	-	-
13	Aussetzung des Verfahrens	3	-	-	-
14	Sonstige Erledigungsart	181	20	11	9

1) Je Verfahren wird nur eine Erledigungsart nachgewiesen, und zwar die jeweils erste aus der in dieser Tabelle genannten Rangfolge.

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.2 Art der Erledigung der Revisionen

zu- sammen	Bayern			Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Lfd. Nr.
	Oberlandesgericht									
	München	Nürnberg	Bamberg							
1 064	646	268	150	430	207	24	271	365	108	1
37	24	8	5	17	7	-	1	11	9	2
940	563	248	129	398	179	23	254	318	96	3
2	-	2	-	-	2	-	-	-	-	4
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5
1	-	-	1	-	3	-	1	4	1	6
3	1	2	-	-	-	-	-	1	-	7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8
-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	9
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10
25	14	5	6	4	8	-	12	12	1	11
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12
2	-	-	2	1	-	-	-	-	-	13
54	44	3	7	10	8	1	3	16	1	14

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.2 Art der Erledigung der Revisionen

Lfd. Nr.	Art der Erledigung 1)	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen				
		zu-sammen	Oberlandesgericht			zu-sammen	Oberlandesgericht		
			Braun-schweig	Celle	Olden-burg		Düssel-dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Revisionen insgesamt	543	80	238	225	1 234	393	566	275
2	Urteil	29	2	9	18	25	10	13	2
3	Beschluss nach § 349 StPO	483	72	209	202	1 176	373	534	269
4	Einstellung mit Auflage (§ 153a StPO)	-	-	-	-	2	1	1	-
5	Einstellung nach § 47 JGG	-	-	-	-	-	-	-	-
6	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO)	3	-	3	-	5	2	2	1
7	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	2	-	2	-	1	-	1	-
8	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
9	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	1	-	1	-	2	-	-	2
10	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
11	Rücknahme der Revision	13	4	5	4	8	4	4	-
12	Rücknahme der Privatklage	-	-	-	-	-	-	-	-
13	Aussetzung des Verfahrens	-	-	-	-	-	-	-	-
14	Sonstige Erledigungsart	12	2	9	1	15	3	11	1

1) Je Verfahren wird nur eine Erledigungsart nachgewiesen, und zwar die jeweils erste aus der in dieser Tabelle genannten Rangfolge.

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.2 Art der Erledigung der Revisionen

Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
zu-sammen	Oberlandesgericht							
	Koblenz	Zweibrücken						
243	173	70	74	335	246	134	97	1
23	17	6	6	16	7	4	6	2
195	141	54	65	295	222	128	86	3
-	-	-	-	-	1	-	1	4
-	-	-	-	-	-	-	-	5
-	-	-	-	2	1	-	-	6
1	1	-	-	-	2	-	-	7
1	1	-	-	-	-	-	-	8
-	-	-	-	-	-	-	-	9
-	-	-	-	-	-	-	-	10
7	6	1	3	6	6	2	2	11
-	-	-	-	-	-	-	-	12
-	-	-	-	-	-	-	-	13
16	7	9	-	16	7	-	2	14

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten bei den Revisionen

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zu- sammen	Oberlandesgericht	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Zahl der einzelnen Beschuldigten insgesamt	6 065	547	249	298
2	Urteile zusammen	236	30	8	22
3	Aufhebung des Urteils und Verweisung an das zuständige Gericht (§ 355 StPO)	8	-	-	-
4	Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung (§ 354 Abs. 2 StPO)	146	12	2	10
5	Aufhebung des Urteils und eigene Sachentscheidung (§ 354 Abs. 1 StPO)	7	-	-	-
6	Abänderung/Ergänzung des Urteilsausspruchs bei gleichzeitiger Verwerfung der Revision/Aufhebung des Urteils im übrigen	12	8	1	7
7	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO)	-	-	-	-
8	Verwerfung der Revision als unbegründet	59	8	4	4
9	Verwerfung der Revision als unzulässig	4	2	1	1
10	Beschlüsse nach § 349 StPO zusammen	5 457	478	220	258
11	Verwerfung der Revision, weil Vorschriften über Einlegung der Revision oder Anbringung der Revisionsanträge nicht beachtet (Abs. 1)	142	13	4	9
12	Verwerfung der Revision als offensichtlich unbegründet (Abs. 2)	4 332	400	192	208
13	Aufhebung des angefochtenen Urteils (Abs. 4)	983	65	24	41
14	Einstellung mit Auflage (§ 153a Abs. 2 StPO)	8	-	-	-
15	Einstellung nach § 47 JGG	-	-	-	-
16	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO) zusammen	26	2	1	1
17	ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	6	1	1	-
18	mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	20	1	-	1
19	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	13	2	1	1
20	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	1	-	-	-
21	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	6	-	-	-
22	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-	-
23	Rücknahme der Revision	130	15	8	7
24	Rücknahme der Privatklage	-	-	-	-
25	Aussetzung des Verfahrens zusammen	4	-	-	-
26	bis zum rechtskräftigen Abschluss des Besteuerungsverfahrens (§ 396 Abs. 1 AO)	-	-	-	-
27	zur Klärung einer zivilrechtlichen Vorfrage (§ 262 Abs. 2 StPO)	-	-	-	-
28	um nach Art. 100 GG eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten.....	-	-	-	-
29	um nach § 121 Abs. 2 GVG eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs abzuwarten.....	4	-	-	-
30	Sonstige Erledigungsart	184	20	11	9

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten bei den Revisionen

zu- sammen	Bayern			Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Lfd. Nr.
	Oberlandesgericht									
	München	Nürnberg	Bamberg							
1 083	658	272	153	444	212	24	276	370	120	1
40	27	8	5	17	8	-	1	12	9	2
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3
26	18	4	4	13	6	-	1	11	2	4
2	2	-	-	-	1	-	-	-	-	5
1	-	1	-	1	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7
11	7	3	1	3	1	-	-	-	5	8
-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	9
954	571	252	131	412	183	23	258	322	108	10
6	2	4	-	9	5	1	15	3	4	11
828	493	227	108	321	130	18	194	244	92	12
120	76	21	23	82	48	4	49	75	12	13
2	-	2	-	-	2	-	-	-	-	14
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15
1	-	-	1	-	3	-	1	4	1	16
1	-	-	1	-	1	-	-	1	-	17
-	-	-	-	-	2	-	1	3	1	18
3	1	2	-	-	-	-	-	1	-	19
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20
-	-	-	-	-	-	-	-	3	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	22
26	15	5	6	4	8	-	13	12	1	23
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24
3	-	-	3	1	-	-	-	-	-	25
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
3	-	-	3	1	-	-	-	-	-	29
54	44	3	7	10	8	1	3	16	1	30

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten bei den Revisionen

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen				
		zu- sammen	Oberlandesgericht		zu- sammen	Oberlandesgericht			
			Braun- schweig	Celle		Olden- burg	Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Zahl der einzelnen Beschuldigten insgesamt	549	80	240	229	1 269	410	584	275
2	Urteile zusammen	29	2	9	18	26	10	14	2
3	Aufhebung des Urteils und Verweisung an das zuständige Gericht (§ 355 StPO)	2	-	-	2	3	-	3	-
4	Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung (§ 354 Abs. 2 StPO)	22	2	9	11	12	5	6	1
5	Aufhebung des Urteils und eigene Sachentscheidung (§ 354 Abs. 1 StPO)	-	-	-	-	2	1	-	1
6	Abänderung/Ergänzung des Urteilsausspruchs bei gleichzeitiger Verwerfung der Revision/Aufhebung des Urteils im übrigen	-	-	-	-	-	-	-	-
7	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
8	Verwerfung der Revision als unbegründet	5	-	-	5	9	4	5	-
9	Verwerfung der Revision als unzulässig	-	-	-	-	-	-	-	-
10	Beschlüsse nach § 349 StPO zusammen	489	72	211	206	1 208	390	549	269
11	Verwerfung der Revision, weil Vorschriften über Einlegung der Revision oder Anbringung der Revisionsanträge nicht beachtet (Abs. 1) ...	20	2	10	8	38	6	17	15
12	Verwerfung der Revision als offensichtlich unbegründet (Abs. 2)	360	55	153	152	960	324	458	178
13	Aufhebung des angefochtenen Urteils (Abs. 4)	109	15	48	46	210	60	74	76
14	Einstellung mit Auflage (§ 153a Abs. 2 StPO)	-	-	-	-	2	1	1	-
15	Einstellung nach § 47 JGG	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 2 StPO) zusammen	3	-	3	-	7	2	4	1
17	ohne Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	1	-	1	-	1	1	-	-
18	mit Auferlegung der notwendigen Auslagen des Beschuldigten auf die Staatskasse	2	-	2	-	6	1	4	1
19	Einstellung wegen unwesentlicher Nebenstraftat (§ 154 Abs. 2 StPO)	2	-	2	-	1	-	1	-
20	Einstellung wegen Auslieferung oder Ausweisung des Beschuldigten (§ 154b Abs. 4 StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
21	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO)	1	-	1	-	2	-	-	2
22	Einstellung wegen Gesetzesänderung (§ 206b StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
23	Rücknahme der Revision	13	4	5	4	8	4	4	-
24	Rücknahme der Privatklage	-	-	-	-	-	-	-	-
25	Aussetzung des Verfahrens zusammen	-	-	-	-	-	-	-	-
26	bis zum rechtskräftigen Abschluss des Besteuerungsverfahrens (§ 396 Abs. 1 AO)	-	-	-	-	-	-	-	-
27	zur Klärung einer zivilrechtlichen Vorfrage (§ 262 Abs. 2 StPO)	-	-	-	-	-	-	-	-
28	um nach Art. 100 GG eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten.....	-	-	-	-	-	-	-	-
29	um nach § 121 Abs. 2 GVG eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs abzuwarten.....	-	-	-	-	-	-	-	-
30	Sonstige Erledigungsart	12	2	9	1	15	3	11	1

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.3 Art der Erledigung für die einzelnen Beschuldigten bei den Revisionen

zu- sammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	Oberlandesgericht							
	Koblenz	Zweibrücken						
252	179	73	74	352	255	137	101	1
24	17	7	6	17	7	4	6	2
-	-	-	-	-	2	-	-	3
15	12	3	5	11	4	2	4	4
1	1	-	-	-	1	-	-	5
-	-	-	1	1	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	-	7
8	4	4	-	5	-	2	2	8
-	-	-	-	-	-	-	-	9
201	146	55	65	307	229	130	90	10
7	7	-	-	9	6	6	-	11
144	97	47	48	241	166	112	74	12
50	42	8	17	57	57	12	16	13
-	-	-	-	-	1	-	1	14
-	-	-	-	-	-	-	-	15
-	-	-	-	3	1	-	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-	17
-	-	-	-	3	1	-	-	18
1	1	-	-	-	3	-	-	19
1	1	-	-	-	-	-	-	20
-	-	-	-	-	-	-	-	21
-	-	-	-	-	-	-	-	22
8	7	1	3	8	7	2	2	23
-	-	-	-	-	-	-	-	24
-	-	-	-	-	-	-	-	25
-	-	-	-	-	-	-	-	26
-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	-	-	-	-	-	-	28
-	-	-	-	-	-	-	-	29
17	7	10	-	17	7	1	2	30

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.4 Verfahrensdauer der Revisionen

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschl. ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Deutschland	Baden-	
				zu-	Oberlandes
					sammen
1	Erledigte Revisionen insgesamt	Anzahl	5 907	532	241
	davon waren anhängig				
	ab Eingang in der Revisionsinstanz				
2	bis 3	%	91,9	88,9	78,8
3	3 - 6	%	5,3	7,9	14,1
4	6 - 12	%	2,3	2,8	6,2
5	12 - 18	%	0,5	0,4	0,8
6	18 - 24	%	-	-	-
7	24 - 36	%	-	-	-
8	mehr als 36 Monate	%	-	-	-
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	1,3	1,6	2,2
	ab Verkündung des angefochtenen Urteils				
10	bis 3	%	8,0	5,8	4,6
11	3 - 6	%	67,6	70,7	66,0
12	6 - 12	%	20,9	20,3	24,1
13	12 - 18	%	2,6	2,3	3,7
14	18 - 24	%	0,7	0,4	0,4
15	24 - 36	%	0,2	0,2	0,4
16	mehr als 36 Monate	%	0,1	0,4	0,8
17	Durchschnittliche Dauer je Verfahren von der Verkündung des angefochtenen Urteils bis zur Erledigung in der Revisionsinstanz	Monate	5,4	5,7	6,5
18	Durch Urteil erledigte Revisionen	Anzahl	224	26	7
	davon waren ab Eingang in der Revisionsinstanz anhängig				
19	bis 3	%	72,8	76,9	57,1
20	3 - 6	%	17,9	19,2	28,6
21	6 - 12	%	8,9	3,8	14,3
22	12 - 18	%	0,4	-	-
23	18 - 24	%	-	-	-
24	24 - 36	%	-	-	-
25	mehr als 36 Monate	%	-	-	-
26	Durchschnittliche Dauer je Verfahren mit Urteil	Monate	2,6	2,2	3,0
27	Erledigte Verfahren ohne Revisionen in Privatklageverfahren	Anzahl	5 903	531	240
	davon waren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft anhängig				
28	bis 3	%	0,1	-	-
29	3 - 6	%	0,8	0,4	-
30	6 - 12	%	15,9	17,9	12,9
31	12 - 18	%	30,4	30,5	24,6
32	18 - 24	%	22,6	22,0	23,8
33	24 - 36	%	19,4	19,8	26,7
34	36 - 48	%	6,0	5,3	7,9
35	mehr als 48 Monate	%	4,7	4,1	4,2
36	Durchschnittliche Dauer je Verfahren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft	Monate	21,9	21,6	24,2

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.4 Verfahrensdauer der Revisionen

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
gericht	zusammen	Oberlandesgericht									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							
291	1 064	646	268	150	430	207	24	271	365	108	1
97,3	95,7	97,8	95,9	86,0	95,1	89,9	75,0	43,2	87,7	97,2	2
2,7	3,8	2,0	3,0	12,7	3,7	8,7	20,8	27,7	7,7	1,9	3
-	0,6	0,2	1,1	1,3	1,2	1,4	4,2	21,4	3,8	0,9	4
-	-	-	-	-	-	-	-	7,7	0,8	-	5
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8
1,1	0,8	0,7	0,9	1,4	1,0	1,6	2,0	4,8	1,9	0,9	9
6,9	6,7	5,0	5,6	16,0	16,3	1,4	-	2,6	3,8	6,5	10
74,6	71,3	70,4	76,5	66,0	66,3	52,2	33,3	30,3	61,6	70,4	11
17,2	20,2	22,1	16,8	18,0	15,6	42,0	58,3	43,2	28,8	21,3	12
1,0	1,2	1,9	0,4	-	1,6	2,9	4,2	17,7	3,0	1,9	13
0,3	0,4	0,5	0,4	-	-	1,0	-	4,4	2,2	-	14
-	0,2	0,2	0,4	-	0,2	-	-	1,1	0,3	-	15
-	-	-	-	-	-	0,5	4,2	0,7	0,3	-	16
4,9	5,1	5,3	5,0	4,7	4,7	6,6	8,3	9,3	6,3	5,1	17
19	37	24	8	5	17	7	-	1	11	9	18
84,2	73,0	87,5	50,0	40,0	58,8	42,9	-	-	72,7	77,8	19
15,8	18,9	8,3	37,5	40,0	23,5	57,1	-	-	18,2	11,1	20
-	8,1	4,2	12,5	20,0	17,6	-	-	100,0	9,1	11,1	21
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	22
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	24
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25
1,9	2,5	2,0	3,0	4,0	3,1	3,0	-	7,4	3,1	2,1	26
291	1 064	646	268	150	428	207	24	271	365	108	27
-	0,3	0,3	0,4	-	-	-	-	-	-	-	28
0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	1,6	0,5	-	0,4	2,5	0,9	29
22,0	18,6	15,3	27,2	17,3	16,1	3,4	4,2	12,5	11,5	11,1	30
35,4	37,1	37,0	38,1	36,0	28,7	14,5	29,2	21,0	25,2	31,5	31
20,6	21,1	21,8	20,1	19,3	25,0	24,2	25,0	24,7	24,7	20,4	32
14,1	15,6	16,9	9,7	20,7	16,8	29,5	16,7	27,7	21,1	12,0	33
3,1	3,7	4,3	2,2	3,3	6,5	13,0	12,5	9,2	7,4	13,9	34
4,1	2,9	3,6	1,5	2,7	5,1	15,0	12,5	4,4	7,7	10,2	35
19,5	19,3	20,1	16,9	20,1	22,3	31,1	29,3	24,2	24,0	26,7	36

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.4 Verfahrensdauer der Revisionen

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschl. ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
			zu- sammen	Oberlandesgericht			zu- sammen	Oberlandesgericht		
				Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Revisionen insgesamt	Anzahl	543	80	238	225	1 234	393	566	275
	davon waren anhängig									
	ab Eingang in der Revisionsinstanz									
2	bis 3	%	97,2	96,3	98,7	96,0	97,1	97,2	96,6	97,8
3	3 - 6	%	2,0	2,5	0,8	3,1	2,6	2,0	3,2	2,2
4	6 - 12	%	0,7	1,3	0,4	0,9	0,2	0,5	0,2	-
5	12 - 18	%	-	-	-	-	0,1	0,3	-	-
6	18 - 24	%	-	-	-	-	-	-	-	-
7	24 - 36	%	-	-	-	-	-	-	-	-
8	mehr als 36 Monate	%	-	-	-	-	-	-	-	-
9	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	0,9	1,2	0,9	0,9	0,9	0,7	1,1	0,7
	ab Verkündung des angefochtenen Urteils									
10	bis 3	%	13,8	15,0	8,0	19,6	5,1	4,1	5,7	5,5
11	3 - 6	%	69,4	71,3	75,2	62,7	74,7	76,1	73,3	75,6
12	6 - 12	%	14,7	12,5	14,3	16,0	18,5	17,6	20,0	16,7
13	12 - 18	%	1,8	1,3	2,1	1,8	1,4	1,8	0,9	1,8
14	18 - 24	%	0,2	-	0,4	-	0,2	0,3	0,2	0,4
15	24 - 36	%	-	-	-	-	0,1	0,3	-	-
16	mehr als 36 Monate	%	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Durchschnittliche Dauer je Verfahren von der Verkündung des angefochtenen Urteils bis zur Erledigung in der Revisionsinstanz	Monate	4,7	4,6	4,8	4,6	5,1	5,1	5,0	5,0
18	Durch Urteil erledigte Revisionen	Anzahl	29	2	9	18	25	10	13	2
	davon waren ab Eingang in der Revisionsinstanz anhängig									
19	bis 3	%	79,3	50,0	100,0	72,2	84,0	90,0	76,9	100,0
20	3 - 6	%	10,3	-	-	16,7	16,0	10,0	23,1	-
21	6 - 12	%	10,3	50,0	-	11,1	-	-	-	-
22	12 - 18	%	-	-	-	-	-	-	-	-
23	18 - 24	%	-	-	-	-	-	-	-	-
24	24 - 36	%	-	-	-	-	-	-	-	-
25	mehr als 36 Monate	%	-	-	-	-	-	-	-	-
26	Durchschnittliche Dauer je Verfahren mit Urteil	Monate	2,5	5,7	1,4	2,7	1,9	1,9	1,9	2,0
27	Erledigte Verfahren ohne Revisionen in Privatklageverfahren	Anzahl	543	80	238	225	1 234	393	566	275
	davon waren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft anhängig									
28	bis 3	%	0,2	1,3	-	-	-	-	-	-
29	3 - 6	%	0,9	-	1,3	0,9	0,3	0,5	0,2	0,4
30	6 - 12	%	19,0	15,0	19,7	19,6	17,3	16,8	19,4	13,8
31	12 - 18	%	32,6	35,0	34,9	29,3	32,8	31,6	36,4	27,3
32	18 - 24	%	20,3	20,0	19,7	20,9	21,7	20,1	20,5	26,5
33	24 - 36	%	16,6	16,3	16,4	16,9	19,4	21,1	16,6	22,9
34	36 - 48	%	6,1	6,3	4,6	7,6	5,1	4,8	5,1	5,5
35	mehr als 48 Monate	%	4,1	6,3	3,4	4,0	3,2	4,8	1,8	3,6
36	Durchschnittliche Dauer je Verfahren ab Eingang bei der Staatsanwaltschaft	Monate	20,9	21,9	20,0	21,5	20,7	21,6	19,6	21,9

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.4 Verfahrensdauer der Revisionen

zu- sammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	Oberlandesgericht							
	Koblenz	Zweibrücken						
243	173	70	74	335	246	134	97	1
96,3	95,4	98,6	73,0	91,0	96,3	98,5	96,9	2
3,7	4,6	1,4	9,5	6,0	2,4	1,5	3,1	3
-	-	-	14,9	2,7	1,2	-	-	4
-	-	-	2,7	0,3	-	-	-	5
-	-	-	-	-	-	-	-	6
-	-	-	-	-	-	-	-	7
-	-	-	-	-	-	-	-	8
1,0	1,0	1,0	2,8	1,3	0,9	0,8	1,1	9
10,3	7,5	17,1	1,4	6,3	19,9	19,4	7,2	10
63,0	57,8	75,7	63,5	70,4	69,9	73,9	70,1	11
24,3	31,2	7,1	21,6	19,4	8,9	6,7	21,6	12
2,5	3,5	-	10,8	3,3	0,4	-	-	13
-	-	-	2,7	0,6	0,8	-	1,0	14
-	-	-	-	-	-	-	-	15
-	-	-	-	-	-	-	-	16
5,2	5,7	4,2	6,6	5,3	4,4	3,9	5,0	17
23	17	6	6	16	7	4	6	18
91,3	88,2	100,0	16,7	50,0	71,4	100,0	83,3	19
8,7	11,8	-	-	31,3	28,6	-	16,7	20
-	-	-	83,3	12,5	-	-	-	21
-	-	-	-	6,3	-	-	-	22
-	-	-	-	-	-	-	-	23
-	-	-	-	-	-	-	-	24
-	-	-	-	-	-	-	-	25
1,9	2,2	1,2	6,5	3,8	2,0	1,4	1,9	26
243	173	70	74	335	246	134	96	27
-	-	-	-	-	-	-	-	28
0,8	1,2	-	-	0,6	1,6	0,7	1,0	29
11,9	14,5	5,7	8,1	12,2	23,2	15,7	7,3	30
29,2	27,2	34,3	31,1	24,8	28,9	29,9	27,1	31
26,7	26,6	27,1	20,3	25,7	22,4	23,1	25,0	32
19,8	19,1	21,4	20,3	25,4	15,9	21,6	28,1	33
7,4	7,5	7,1	6,8	4,8	4,9	5,2	6,3	34
4,1	4,0	4,3	12,2	6,6	3,3	3,7	5,2	35
22,7	22,6	22,9	26,1	24,4	19,8	21,5	23,8	36

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.5 Vorinstanz, Einleitungsart, Zulassung, Betreiber der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

Lfd. Nr.	Art der Vorinstanz Art der Einleitung Zulassung der Rechtsbeschwerde Betreiber der Rechtsbeschwerde	Deutschland	Baden-Württemberg		
			zusammen	Oberlandes gericht	
				Karlsruhe	Stuttgart
1	Erledigte Rechtsbeschwerden insgesamt	10 020	854	378	476
	Von ihnen richteten sich gegen ein Urteil/einen Beschluss eines				
2	Strafrichters	126	13	-	13
3	Richters für Bußgeldsachen	9 828	833	373	460
4	Jugendrichters für Bußgeldsachen	52	6	5	1
5	sonstigen Spruchkörpers	13	2	-	2
	Die Verfahren wurden eingeleitet durch				
6	Rechtsbeschwerde (§ 79 OWiG) gegen ein Urteil	4 609	443	207	236
7	Rechtsbeschwerde (§ 79 OWiG) gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	185	16	5	11
8	Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§ 80 Abs. 1 OWiG)	5 226	395	166	229
	Zulassung der Rechtsbeschwerde				
9	Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde insgesamt	5 226	395	166	229
10	dar. mit Zulassung der Rechtsbeschwerde	116	16	4	12
	Rechtsbeschwerde wurde eingelegt/Zulassung der Rechtsbeschwerde wurde beantragt durch				
11	Betroffenen	9 871	838	368	470
12	Staatsanwaltschaft zuungunsten des Betroffenen	148	15	11	4
13	Staatsanwaltschaft zugunsten des Betroffenen	7	2	-	2
14	Erziehungsberechtigten/gesetzlichen Vertreter	-	-	-	-

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.5 Vorinstanz, Einleitungsart, Zulassung, Betreiber der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

zusammen	Bayern			Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
	Oberlandesgericht									
	München	Nürnberg	Bamberg							
1 632	-	-	1 632	362	650	75	129	1 169	211	1
6	-	-	6	-	-	20	2	3	69	2
1 603	-	-	1 603	360	650	53	127	1 165	141	3
20	-	-	20	1	-	2	-	-	-	4
2	-	-	2	1	-	-	-	1	1	5
863	-	-	863	168	291	12	42	595	115	6
11	-	-	11	8	35	2	3	-	2	7
758	-	-	758	186	324	61	84	574	94	8
758	-	-	758	186	324	61	84	574	94	9
4	-	-	4	7	3	-	3	8	1	10
1 621	-	-	1 621	353	611	75	129	1 167	207	11
11	-	-	11	9	38	-	-	2	4	12
-	-	-	-	-	1	-	-	-	2	13
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.5 Vorinstanz, Einleitungsart, Zulassung, Betreiber der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

Lfd. Nr.	Art der Vorinstanz Art der Einleitung Zulassung der Rechtsbeschwerde Betreiber der Rechtsbeschwerde	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen				
		zu- sammen	Oberlandesgericht		zu- sammen	Oberlandesgericht			
			Braun- schweig	Celle		Olden- burg	Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Rechtsbeschwerden insgesamt	1 219	242	607	370	2 067	488	1 199	380
	Von ihnen richteten sich gegen ein Urteil/einen Beschluss eines								
2	Strafrichters	1	-	-	1	-	-	-	-
3	Richters für Bußgeldsachen	1 214	242	607	365	2 053	487	1 188	378
4	Jugendrichters für Bußgeldsachen	-	-	-	-	13	1	10	2
5	sonstigen Spruchkörpers	4	-	-	4	1	-	1	-
	Die Verfahren wurden eingeleitet durch								
6	Rechtsbeschwerde (§ 79 OWiG) gegen ein Urteil	582	120	287	175	783	203	465	115
7	Rechtsbeschwerde (§ 79 OWiG) gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	8	-	7	1	51	10	20	21
8	Antrag auf Zulassung der Rechtsbeschwerde (§ 80 Abs. 1 OWiG)	629	122	313	194	1 233	275	714	244
	Zulassung der Rechtsbeschwerde								
9	Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde insgesamt	629	122	313	194	1 233	275	714	244
10	dar. mit Zulassung der Rechtsbeschwerde	20	7	13	-	24	2	17	5
	Rechtsbeschwerde wurde eingelegt/Zulassung der Rechtsbeschwerde wurde beantragt durch								
11	Betroffenen	1 208	242	598	368	2 051	488	1 184	379
12	Staatsanwaltschaft zuungunsten des Betroffenen	10	-	10	-	16	-	15	1
13	Staatsanwaltschaft zugunsten des Betroffenen	2	-	-	2	-	-	-	-
14	Erziehungsberechtigten/gesetzlichen Vertreter	-	-	-	-	-	-	-	-

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.5 Vorinstanz, Einleitungsart, Zulassung, Betreiber der Rechtsbeschwerden und der Anträge
auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	Oberlandesgericht							
	Koblenz	Zweibrücken						
279	207	72	101	604	270	186	212	1
2	2	-	-	-	7	3	-	2
277	205	72	101	594	263	183	211	3
-	-	-	-	10	-	-	-	4
-	-	-	-	-	-	-	1	5
121	83	38	49	239	148	87	71	6
10	10	-	2	13	-	7	17	7
148	114	34	50	352	122	92	124	8
148	114	34	50	352	122	92	124	9
2	2	-	4	18	-	-	6	10
273	206	67	98	597	270	184	189	11
6	1	5	3	7	-	3	24	12
-	-	-	-	-	-	-	-	13
-	-	-	-	-	-	-	-	14

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.6 Art der Erledigung der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Deutschland	Baden-	
			zusammen	Oberlandes
				Karlsruhe
1	Erledigte Rechtsbeschwerden insgesamt	10 020	854	378
2	Urteil oder Beschluss (§ 79 Abs. 5 OWiG) zusammen.....	4 619	448	202
3	Aufhebung des Urteils/Beschlusses und Zurückverweisung (§ 79 Abs. 6 OWiG)	935	76	31
4	Aufhebung des Urteils/ Beschlusses und eigene Sachentscheidung (§ 79 Abs. 6 OWiG)	75	5	-
5	Abänderung/Ergänzung des Urteils-/Beschlussausspruchs bei gleichzeitiger Verwerfung der Rechtsbeschwerde/ Aufhebung des Urteils im Übrigen	63	13	5
6	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	4	-	-
7	Verwerfung der Rechtsbeschwerde als unbegründet	3 294	345	164
8	Verwerfung der Rechtsbeschwerde als unzulässig (§ 349 Abs. 1 StPO, § 79 Abs. 3 Satz 1 OWiG)	248	9	2
9	Einstellung, weil eine Ahndung nicht geboten ist (§ 47 Abs. 2 Satz 1 OWiG)	46	4	1
10	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	13	1	1
11	Verwerfung des Zulassungsantrags (§ 80 Abs. 4 Satz 2, 3 OWiG) zusammen	4 756	362	157
12	als unzulässig	1 208	106	8
13	als unbegründet	3 548	256	149
14	Rücknahme der Rechtsbeschwerde	193	19	10
15	Zurücknahme des Zulassungsantrags (außer in den Fällen des § 80 Abs. 4 Satz 4 OWiG)	165	5	1
16	Sonstige Erledigungsart	228	15	6

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.6 Art der Erledigung der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

Württemberg	Bayern				Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Lfd. Nr.
gericht	zusammen	Oberlandesgericht									
Stuttgart		München	Nürnberg	Bamberg							
476	1 632	-	-	1 632	362	650	75	129	1 169	211	1
246	794	-	-	794	169	311	15	43	544	114	2
45	131	-	-	131	54	67	6	11	68	23	3
5	3	-	-	3	2	6	1	-	8	-	4
8	10	-	-	10	2	1	-	-	-	1	5
-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	6
181	632	-	-	632	97	221	8	27	425	81	7
7	18	-	-	18	13	16	-	5	43	9	8
3	11	-	-	11	-	8	2	-	1	-	9
-	4	-	-	4	-	-	-	-	-	1	10
205	707	-	-	707	181	303	56	76	559	93	11
98	18	-	-	18	16	57	5	3	467	30	12
107	689	-	-	689	165	246	51	73	92	63	13
9	56	-	-	56	5	9	1	2	23	2	14
4	26	-	-	26	-	11	1	1	8	-	15
9	34	-	-	34	7	8	-	7	34	1	16

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.6 Art der Erledigung der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

Lfd. Nr.	Art der Erledigung	Niedersachsen			Nordrhein-Westfalen				
		zu- sammen	Oberlandesgericht		zu- sammen	Oberlandesgericht			
			Braun- schweig	Celle		Olden- burg	Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Rechtsbeschwerden insgesamt	1 219	242	607	370	2 067	488	1 199	380
2	Urteil oder Beschluss (§ 79 Abs. 5 OWiG) zusammen.....	569	118	290	161	832	219	470	143
3	Aufhebung des Urteils/Beschlusses und Zurückverweisung (§ 79 Abs. 6 OWiG)	119	23	70	26	184	37	105	42
4	Aufhebung des Urteils/ Beschlusses und eigene Sach- entscheidung (§ 79 Abs. 6 OWiG)	7	2	4	1	23	9	11	3
5	Abänderung/Ergänzung des Urteils-/Beschlussausspruchs bei gleichzeitiger Verwerfung der Rechtsbeschwerde/ Aufhebung des Urteils im Übrigen	7	-	7	-	4	-	4	-
6	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 260 Abs. 3 StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	-	-	-	-	2	1	1	-
7	Verwerfung der Rechtsbeschwerde als unbegründet	403	89	196	118	563	158	321	84
8	Verwerfung der Rechtsbeschwerde als unzulässig (§ 349 Abs. 1 StPO, § 79 Abs. 3 Satz 1 OWiG)	33	4	13	16	56	14	28	14
9	Einstellung, weil eine Ahndung nicht geboten ist (§ 47 Abs. 2 Satz 1 OWiG)	7	-	4	3	3	1	1	1
10	Einstellung wegen Verfahrenshindernisses (§ 206a StPO, § 46 Abs. 1 OWiG)	-	-	-	-	2	1	-	1
11	Verwerfung des Zulassungsantrags (§ 80 Abs. 4 Satz 2, 3 OWiG) zusammen	571	98	281	192	1 148	258	659	231
12	als unzulässig	23	-	11	12	446	37	399	10
13	als unbegründet	548	98	270	180	702	221	260	221
14	Rücknahme der Rechtsbeschwerde	22	7	8	7	26	6	17	3
15	Zurücknahme des Zulassungsantrags (außer in den Fällen des § 80 Abs. 4 Satz 4 OWiG)	18	15	2	1	28	-	28	-
16	Sonstige Erledigungsart	32	4	22	6	28	3	24	1

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.6 Art der Erledigung der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

Rheinland-Pfalz			Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
zusammen	Oberlandesgericht							
	Koblenz	Zweibrücken						
279	207	72	101	604	270	186	212	1
116	82	34	48	255	183	91	87	2
28	22	6	12	83	20	16	37	3
6	5	1	2	-	7	1	4	4
5	-	5	2	10	4	1	3	5
-	-	-	-	-	-	-	1	6
74	52	22	31	150	136	59	42	7
3	3	-	1	12	16	14	-	8
1	1	-	-	4	2	-	3	9
-	-	-	-	5	-	-	-	10
131	107	24	45	307	11	90	116	11
9	7	2	8	12	2	6	-	12
122	100	22	37	295	9	84	116	13
4	3	1	3	6	8	2	5	14
2	-	2	1	1	62	1	-	15
25	14	11	4	26	4	2	1	16

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.7 Verfahrensdauer der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer		Einheit	Deutschland	Baden-	
	mehr als ... bis einschl. ... Monate	Durchschnittsdauer			Oberlandes	
					zusammen	Karlsruhe
1	Erledigte Rechtsbeschwerden insgesamt		Anzahl	10 020	854	378
	davon waren anhängig ab Eingang in der Rechtsbeschwerdeinstanz					
2	bis 1	%		75,8	63,3	58,5
3	1 - 2	%		16,4	22,8	22,5
4	2 - 3	%		3,4	6,3	7,9
5	3 - 6	%		3,2	5,9	8,5
6	6 - 9	%		0,7	1,1	2,1
7	9 - 12	%		0,2	0,4	0,5
8	12 - 15	%		0,2	0,2	-
9	15 - 18	%		0,0	-	-
10	18 - 24	%		0,1	-	-
11	mehr als 24 Monate	%		0,0	-	-
12	Durchschnittliche Dauer je Verfahren		Monate	1,0	1,2	1,4
	vom Tag des angefochtenen Urteils/Beschlusses an					
13	bis 3	%		17,9	10,9	13,5
14	3 - 6	%		65,2	69,6	66,1
15	6 - 12	%		14,8	17,7	18,5
16	12 - 18	%		1,7	1,6	1,6
17	18 - 24	%		0,3	-	-
18	24 - 36	%		0,1	0,1	0,3
19	mehr als 36 Monate	%		0,1	0,1	-
20	Durchschnittliche Dauer je Verfahren vom Tag des angefochtenen Urteils/Beschlusses bis zur Erledigung in der Rechtsbeschwerdeinstanz		Monate	4,7	4,9	4,9
21	Durch Urteil/Beschluss erledigte Rechtsbeschwerden		Anzahl	4 619	448	202
	davon waren ab Eingang in der Rechtsbeschwerdeinstanz anhängig					
22	bis 1	%		69,7	59,4	58,4
23	1 - 2	%		20,8	26,1	26,2
24	2 - 3	%		4,2	6,5	5,4
25	3 - 6	%		3,6	6,0	6,9
26	6 - 9	%		1,0	1,1	2,0
27	9 - 12	%		0,4	0,7	1,0
28	12 - 15	%		0,3	0,2	-
29	15 - 18	%		0,0	-	-
30	18 - 24	%		0,1	-	-
31	mehr als 24 Monate	%		0,0	-	-
32	Durchschnittliche Dauer je erledigtes Verfahren mit Urteil/Beschluss		Monate	1,1	1,3	1,4

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

8.7 Verfahrensdauer der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

Württemberg gericht Stuttgart	Bayern				Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg- Vor- pommern	Lfd. Nr.
	zusammen	Oberlandesgericht									
		München	Nürnberg	Bamberg							
476	1 632	-	-	1 632	362	650	75	129	1 169	211	1
67,2	74,8	-	-	74,8	87,0	59,8	53,3	71,3	75,8	84,4	2
23,1	19,5	-	-	19,5	8,3	32,0	44,0	16,3	20,2	13,7	3
5,0	2,6	-	-	2,6	2,8	5,8	1,3	5,4	2,1	1,4	4
3,8	1,7	-	-	1,7	1,7	1,7	1,3	3,9	0,8	0,5	5
0,2	0,6	-	-	0,6	0,3	0,6	-	3,1	0,2	-	6
0,2	0,3	-	-	0,3	-	-	-	-	0,3	-	7
0,4	0,2	-	-	0,2	-	-	-	-	-	-	8
-	0,1	-	-	0,1	-	-	-	-	-	-	9
-	0,1	-	-	0,1	-	-	-	-	0,3	-	10
-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4	-	11
1,0	1,1	-	-	1,1	0,5	1,1	1,1	1,0	1,0	0,7	12
8,8	15,3	-	-	15,3	42,8	5,1	8,0	24,0	10,9	20,9	13
72,3	72,2	-	-	72,2	49,7	70,8	60,0	52,7	68,9	62,6	14
17,0	10,5	-	-	10,5	5,8	21,4	26,7	19,4	17,3	15,2	15
1,7	1,5	-	-	1,5	1,1	2,2	5,3	3,9	2,1	1,4	16
-	0,5	-	-	0,5	-	0,6	-	-	0,1	-	17
-	0,1	-	-	0,1	0,6	-	-	-	0,3	-	18
0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	19
5,0	4,6	-	-	4,6	3,8	5,3	5,6	4,7	5,2	4,5	20
246	794	-	-	794	169	311	15	43	544	114	21
60,2	70,8	-	-	70,8	75,1	58,2	53,3	58,1	59,7	83,3	22
26,0	20,5	-	-	20,5	16,0	32,5	46,7	25,6	36,6	14,0	23
7,3	4,2	-	-	4,2	5,3	5,8	-	9,3	1,7	2,6	24
5,3	2,5	-	-	2,5	3,0	2,6	-	2,3	0,9	-	25
0,4	1,0	-	-	1,0	0,6	1,0	-	4,7	0,2	-	26
0,4	0,3	-	-	0,3	-	-	-	-	0,4	-	27
0,4	0,4	-	-	0,4	-	-	-	-	-	-	28
-	0,1	-	-	0,1	-	-	-	-	-	-	29
-	0,3	-	-	0,3	-	-	-	-	0,2	-	30
-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4	-	31
1,2	1,2	-	-	1,2	0,9	1,2	1,0	1,4	1,3	0,7	32

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.7 Verfahrensdauer der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

Lfd. Nr.	Verfahrensdauer mehr als ... bis einschl. ... Monate Durchschnittsdauer	Einheit	Niedersachsen				Nordrhein-Westfalen			
			zu- sammen	Oberlandesgericht			zu- sammen	Oberlandesgericht		
				Braun- schweig	Celle	Olden- burg		Düssel- dorf	Hamm	Köln
1	Erledigte Rechtsbeschwerden insgesamt	Anzahl	1 219	242	607	370	2 067	488	1 199	380
	davon waren anhängig ab Eingang in der Rechtsbeschwerdeinstanz									
2	bis 1	%	83,3	86,4	78,4	89,2	74,1	81,6	64,8	93,9
3	1 - 2	%	10,6	12,0	11,9	7,6	14,6	9,2	20,0	4,2
4	2 - 3	%	3,2	0,4	5,8	0,8	3,6	3,3	4,5	1,1
5	3 - 6	%	1,7	1,2	2,8	0,3	6,4	4,3	9,1	0,5
6	6 - 9	%	0,6	-	0,7	0,8	1,1	1,2	1,3	-
7	9 - 12	%	0,5	-	0,5	0,8	0,1	0,2	0,2	-
8	12 - 15	%	0,2	-	-	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3
9	15 - 18	%	-	-	-	-	-	-	-	-
10	18 - 24	%	-	-	-	-	-	-	-	-
11	mehr als 24 Monate	%	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Durchschnittliche Dauer je Verfahren	Monate	0,7	0,8	0,8	0,6	1,0	0,8	1,3	0,4
	vom Tag des angefochtenen Urteils/Beschlusses an									
13	bis 3	%	29,4	33,5	18,5	44,6	16,4	16,8	16,2	16,8
14	3 - 6	%	60,6	64,0	66,2	49,2	66,0	63,3	65,2	71,8
15	6 - 12	%	8,8	2,5	13,8	4,6	16,0	17,0	17,2	10,8
16	12 - 18	%	1,1	-	1,2	1,6	1,3	2,3	1,1	0,5
17	18 - 24	%	0,2	-	0,3	-	0,3	0,6	0,3	-
18	24 - 36	%	-	-	-	-	0,0	-	0,1	-
19	mehr als 36 Monate	%	-	-	-	-	-	-	-	-
20	Durchschnittliche Dauer je Verfahren vom Tag des angefochtenen Urteils/Beschlusses bis zur Erledigung in der Rechtsbeschwerdeinstanz	Monate	4,0	3,4	4,6	3,6	4,6	4,8	4,7	4,2
21	Durch Urteil/Beschluss erledigte Rechtsbeschwerden	Anzahl	569	118	290	161	832	219	470	143
	davon waren ab Eingang in der Rechtsbeschwerdeinstanz anhängig									
22	bis 1	%	78,4	83,9	74,1	82,0	68,9	78,5	58,3	88,8
23	1 - 2	%	13,0	14,4	12,8	12,4	17,5	9,6	23,8	9,1
24	2 - 3	%	4,2	0,8	7,6	0,6	4,9	5,0	6,0	1,4
25	3 - 6	%	2,1	0,8	3,8	-	6,6	4,1	9,8	-
26	6 - 9	%	0,9	-	0,7	1,9	1,6	2,3	1,7	-
27	9 - 12	%	1,1	-	1,0	1,9	0,4	0,5	0,4	-
28	12 - 15	%	0,4	-	-	1,2	0,1	-	-	0,7
29	15 - 18	%	-	-	-	-	-	-	-	-
30	18 - 24	%	-	-	-	-	-	-	-	-
31	mehr als 24 Monate	%	-	-	-	-	-	-	-	-
32	Durchschnittliche Dauer je erledigtes Verfahren mit Urteil/Beschluss	Monate	1,0	0,8	1,1	1,1	1,2	1,0	1,4	0,6

8 Vor dem Oberlandesgericht in der Rechtsmittelinstanz 2013 erledigte Verfahren

noch: 8.7 Verfahrensdauer der Rechtsbeschwerden und der Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde

zusammen	Rheinland-Pfalz		Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Lfd. Nr.
	Oberlandesgericht							
	Koblenz	Zweibrücken						
279	207	72	101	604	270	186	212	1
85,3	84,1	88,9	47,5	94,9	91,1	93,5	50,5	2
9,0	10,1	5,6	27,7	4,3	5,6	6,5	16,5	3
2,5	3,4	-	8,9	0,2	0,7	-	11,8	4
1,1	1,0	1,4	11,9	0,7	1,5	-	17,5	5
0,4	-	1,4	1,0	-	0,4	-	2,8	6
0,4	-	1,4	1,0	-	-	-	0,9	7
1,1	1,0	1,4	1,0	-	0,7	-	-	8
0,4	0,5	-	-	-	-	-	-	9
-	-	-	1,0	-	-	-	-	10
-	-	-	-	-	-	-	-	11
0,9	0,8	1,1	1,9	0,4	0,6	0,4	1,8	12
19,7	19,3	20,8	9,9	16,4	34,8	46,2	4,2	13
53,8	50,2	63,9	60,4	68,5	53,0	50,5	49,5	14
21,9	25,1	12,5	25,7	13,4	9,3	2,7	41,0	15
3,9	4,3	2,8	2,0	0,8	2,6	-	4,2	16
0,7	1,0	-	1,0	0,5	-	-	0,5	17
-	-	-	1,0	0,3	0,4	-	0,5	18
-	-	-	-	-	-	0,5	-	19
5,2	5,4	4,6	5,6	4,6	4,3	3,6	6,5	20
116	82	34	48	255	183	91	87	21
78,4	76,8	82,4	35,4	89,4	89,1	87,9	37,9	22
12,1	13,4	8,8	41,7	8,6	6,0	12,1	24,1	23
3,4	4,9	-	6,3	0,4	1,1	-	14,9	24
1,7	2,4	-	12,5	1,6	2,2	-	17,2	25
0,9	-	2,9	-	-	0,5	-	4,6	26
0,9	-	2,9	-	-	-	-	1,1	27
1,7	1,2	2,9	2,1	-	1,1	-	-	28
0,9	1,2	-	-	-	-	-	-	29
-	-	-	2,1	-	-	-	-	30
-	-	-	-	-	-	-	-	31
1,3	1,1	1,6	2,2	0,7	0,8	0,6	2,0	32

Strafsachen vor dem Bundesgerichtshof

- Geschäftsentwicklungen der Revisionen
- Verfahrensdauer der durch Urteil bzw. Beschluss gemäß § 349 StPO B10 vor dem 1. bis 5. Strafsenat erledigten Revisionen
- Art der Entscheidung bei den vor dem 1. bis 5. Strafsenat erledigten Revisionen
- Herkunft der durch Urteil bzw. Beschluss gemäß § 349 Abs. 2 und 4 StPO erledigten Revisionen

An dieser Stelle möchten wir auf die **Statistik der Strafsenate** des Bundesgerichtshofs verweisen, welche mit detaillierten Informationsgehalt kostenfrei im Internet unter http://www.bundesgerichtshof.de/DE/BGH/Statistik/statistik_node.html

auch für das Berichtsjahr 2013

http://www.bundesgerichtshof.de/DE/BGH/Statistik/StatistikStraf/StatistikStraf2013/statistikStraf2013_node.html

erhältlich ist.

Katalog der Sachgebietschlüssel**Sachgebiet**

Staatschutzsachen, politische Strafsachen, Vergehen nach § 131 StGB (bei allen Staatsanwaltschaften); sonstige Verfahren bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht (Generalstaatsanwaltschaft) und dem Oberlandesgericht

- 10 Staatsschutzsachen
- 11 Politische Strafsachen
- 12 Vergehen nach § 131 StGB
- 13 sonstige Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht (Generalstaatsanwaltschaft) und die daraus hervorgehenden gerichtlichen Verfahren, auch soweit der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof die Ermittlungen geführt hat

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

- 15 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (soweit nicht Sachgebiet 20)
- 16 Verbreitung pornografischer Schriften (§§ 184 bis 184d StGB)

Straftaten gegen das Leben und gegen die körperliche Unversehrtheit

- 20 Kapitalverbrechen im Sinne von § 74 Absatz 2 GVG (soweit nicht Sachgebiete 52 oder 53)
- 21 vorsätzliche Körperverletzungen (soweit nicht Sachgebiete 20, 51, 53 oder 90)

Eigentums- und Vermögensdelikte

- 25 Diebstahl und Unterschlagung (soweit nicht Sachgebiet 30, 31 oder 51)
- 26 Betrug und Untreue (soweit nicht Sachgebiete 30, 31, 40, 41 oder 51)

Serien-, Banden- und Gewaltkriminalität

- 30 Straftaten der Serien- und Bandenkriminalität sowie Gewaltkriminalität mit mehreren Tätern, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter einem Jahr vorsieht (soweit nicht Sachgebiete 55, 56 oder 60)
- 31 sonstige Straftaten der Serien- und Bandenkriminalität sowie Gewaltkriminalität mit mehreren Tätern (soweit nicht Sachgebiete 55, 56 oder 61)

Verkehrsstraftaten

- 35 Verkehrsstraftaten mit fahrlässiger Tötung sowie gemeingefährliche Straftaten nach den §§ 315 bis 315d StGB, ausgenommen Vergehen nach § 315c Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a StGB
- 36 sonstige Verkehrsstraftaten

Wirtschafts- und Steuerstrafsachen, Geldwäschedelikte

- 40 Wirtschaftsstrafsachen im Sinne des § 74c GVG mit Ausnahme der Verfahren, in denen allein Anklage zum Strafrichter oder ein Strafbefehlsantrag, falls bei diesem nach Einspruch der Strafrichter entscheiden soll, in Betracht kommen; bei Einstellung ist maßgeblich, ob die Sache nach Art und Umfang mindestens zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehört hätte
- 41 sonstige Wirtschaftsstrafsachen (soweit nicht Sachgebiet 44)
- 42 Steuerstrafsachen (soweit nicht Sachgebiet 40)
- 43 Geldwäschedelikte nach § 261 StGB
- 44 Straftaten im Sinne des § 74c Absatz 1 GVG, die von nicht gewerbsmäßigen Abnehmern über das Internet begangen wurden (soweit nicht Sachgebiet 40)

Straftaten gegen die Umwelt

- 45 Umweltschutzstrafsachen

Korruptionsdelikte und Straftaten von Amtsträgern

- 50 Korruptionsdelikte (soweit nicht Sachgebiete 40 oder 41)
- 51 Verfahren gegen Justizbedienstete, Richter, Notare, sonstige Amtsträger und Rechtsanwälte wegen Straftaten, die im Zusammenhang mit ihrer Berufsausübung stehen (ohne Korruptionsdelikte) (soweit nicht Sachgebiete 40 oder 41) ohne die besonderen, von Polizeibediensteten in Ausübung des Dienstes begangenen Straftaten (Sachgebiete 52 bis 54)
- 52 vorsätzliche Tötungsdelikte durch Polizeibedienstete
- 53 Gewaltausübung und Aussetzung durch Polizeibedienstete
- 54 Zwang und Missbrauch des Amtes durch Polizeibedienstete

Einschleusung von Ausländern und Straftaten nach dem Aufenthalts- und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU

- 55 Einschleusung von Ausländern
- 56 sonstige Straftaten nach dem Aufenthalts- und dem Asylverfahrensgesetz sowie dem Freizügigkeitsgesetz/EU

Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz

- 60 Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz, für die das Gesetz eine Freiheitsstrafe von nicht unter einem Jahr vorsieht
- 61 sonstige Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz

Sonstige besondere Straftaten

- 65 Ärztesachen und Straftaten nach dem Heilpraktikergesetz
- 66 Pressestrafsachen

Sonstige Straftaten

- 90 sonstige, allgemeine Straftaten, für die das Gesetz Freiheitsstrafen von nicht unter einem Jahr vorsieht
- 99 sonstige allgemeine Straftaten

Grundgesetz (GG)

Art. 100 Verfassungswidrigkeit von Gesetzen.

(1) ¹ Hält ein Gericht ein Gesetz, auf dessen Gültigkeit es bei der Entscheidung ankommt, für verfassungswidrig, so ist das Verfahren auszusetzen und, wenn es sich um die Verletzung der Verfassung eines Landes handelt, die Entscheidung des für Verfassungsstreitigkeiten zuständigen Gerichtes des Landes, wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes handelt, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen. ² Dies gilt auch, wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes durch Landesrecht oder um die Unvereinbarkeit eines Landesgesetzes mit einem Bundesgesetz handelt.

(2) Ist in einem Rechtsstreite zweifelhaft, ob eine Regel des Völkerrechtes Bestandteil des Bundesrechtes ist und ob sie unmittelbar Rechte und Pflichten für den Einzelnen erzeugt (Artikel 25), so hat das Gericht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen.

(3) Will das Verfassungsgericht eines Landes bei der Auslegung des Grundgesetzes von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes oder des Verfassungsgerichtes eines anderen Landes abweichen, so hat das Verfassungsgericht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen.

Strafgesetzbuch (StGB)

§ 131 Gewaltdarstellung.

(1) Wer Schriften (§ 11 Abs. 3), die grausame oder sonst unmenschliche Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder menschenähnliche Wesen in einer Art schildern, die eine Verherrlichung oder Verharmlosung solcher Gewalttätigkeiten ausdrückt oder die das Grausame oder Unmenschliche des Vorgangs in einer die Menschenwürde verletzenden Weise darstellt,

1. verbreitet,
 2. öffentlich ausstellt, anschlügt, vorführt oder sonst zugänglich macht,
 3. einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überlässt oder zugänglich macht oder
 4. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, einzuführen oder auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 bis 3 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen,
- wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine Darbietung des in Absatz 1 bezeichneten Inhalts durch Rundfunk, Medien- oder Teledienste verbreitet.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn die Handlung der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte dient.

(4) Absatz 1 Nr. 3 ist nicht anzuwenden, wenn der zur Sorge für die Person Berechtigte handelt; dies gilt nicht, wenn der Sorgeberechtigte durch das Anbieten, Überlassen oder Zugänglichmachen seine Erziehungspflicht gröblich verletzt.

§ 184 Verbreitung pornographischer Schriften.

(1) Wer pornographische Schriften (§ 11 Abs. 3)

1. einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überlässt oder zugänglich macht,
 2. an einem Ort, der Personen unter achtzehn Jahren zugänglich ist oder von ihnen eingesehen werden kann, ausstellt, anschlügt, vorführt oder sonst zugänglich macht,
 3. im Einzelhandel außerhalb von Geschäftsräumen in Kiosken oder anderen Verkaufsstellen, die der Kunde nicht zu betreten pflegt, im Versandhandel oder in gewerblichen Leihbüchereien oder Lesezirkeln einem anderen anbietet oder überlässt,
 - 3a. im Wege gewerblicher Vermietung oder vergleichbarer gewerblicher Gewährung des Gebrauchs, ausgenommen in Ladengeschäften, die Personen unter achtzehn Jahren nicht zugänglich sind und von ihnen nicht eingesehen werden können, einem anderen anbietet oder überlässt,
 4. im Wege des Versandhandels einzuführen unternimmt,
 5. öffentlich an einem Ort, der Personen unter achtzehn Jahren zugänglich ist oder von ihnen eingesehen werden kann, oder durch Verbreiten von Schriften außerhalb des Geschäftsverkehrs mit dem einschlägigen Handel anbietet, ankündigt oder anpreist,
 6. an einen anderen gelangen lässt, ohne von diesem hierzu aufgefordert zu sein,
 7. in einer öffentlichen Filmvorführung gegen ein Entgelt zeigt, das ganz oder überwiegend für diese Vorführung verlangt wird,
 8. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält oder einzuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummern 1 bis 7 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen, oder
 9. auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Ausland unter Verstoß gegen die dort geltenden Strafvorschriften zu verbreiten oder öffentlich zugänglich zu machen oder eine solche Verwendung zu ermöglichen,
- wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) ¹ Absatz 1 Nr. 1 ist nicht anzuwenden, wenn der zur Sorge für die Person Berechtigte handelt; dies gilt nicht, wenn der Sorgeberechtigte durch das Anbieten, Überlassen oder Zugänglichmachen seine Erziehungspflicht gröblich verletzt. ² Absatz 1 Nr. 3a gilt nicht, wenn die Handlung im Geschäftsverkehr mit gewerblichen Entleihern erfolgt.

§ 184a Verbreitung gewalt- oder tierpornographischer Schriften.

Wer pornographische Schriften (§ 11 Abs. 3), die Gewalttätigkeiten oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren zum Gegenstand haben,

1. verbreitet
2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummer 1 oder Nummer 2 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 184b Verbreitung Erwerb und Besitz kinderpornographischer Schriften.

(1) Wer pornographische Schriften (§ 11 Abs. 3), die sexuelle Handlungen von, an oder vor Kindern (§ 176 Abs. 1) zum Gegenstand haben (kinderpornographische Schriften),

1. verbreitet
2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummer 1 oder Nummer 2 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer es unternimmt, einem anderen den Besitz von kinderpornographischen Schriften zu verschaffen, die ein tatsächliches oder wirklichkeitsnahes Geschehen wiedergeben.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 oder des Absatzes 2 ist auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren zu erkennen, wenn der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat, und die kinderpornographischen Schriften ein tatsächliches oder wirklichkeitsnahes Geschehen wiedergeben.

(4) ¹ Wer es unternimmt, sich den Besitz von kinderpornographischen Schriften zu verschaffen, die ein tatsächliches oder wirklichkeitsnahes Geschehen wiedergeben, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei

Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. ² Ebenso wird bestraft, wer die in Satz 1 bezeichneten Schriften besitzt.

(5) Die Absätze 2 und 4 gelten nicht für Handlungen, die ausschließlich der Erfüllung rechtmäßiger dienstlicher oder beruflicher Pflichten dienen.

(6) ¹ In den Fällen des Absatzes 3 ist § 73d anzuwenden. ² Gegenstände, auf die sich eine Straftat nach Absatz 2 oder Absatz 4 bezieht, werden eingezogen. ³ § 74a ist anzuwenden.

§ 184c Verbreitung, Erwerb und Besitz jugendpornographischer Schriften.

(1) Wer pornographische Schriften (§ 11 Abs. 3), die sexuelle Handlungen von, an oder vor Personen von vierzehn bis achtzehn Jahren zum Gegenstand haben (jugendpornographische Schriften),

1. verbreitet
2. öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
3. herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Nummer 1 oder Nummer 2 zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer es unternimmt, einem anderen den Besitz von jugendpornographischen Schriften zu verschaffen, die ein tatsächliches oder wirklichkeitsnahes Geschehen wiedergeben.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 oder des Absatzes 2 ist auf Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren zu erkennen, wenn der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat, und die jugendpornographischen Schriften ein tatsächliches oder wirklichkeitsnahes Geschehen wiedergeben.

(4) ¹ Wer es unternimmt, sich den Besitz von jugendpornographischen Schriften zu verschaffen, die ein tatsächliches Geschehen wiedergeben, oder wer solche Schriften besitzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft. ² Satz 1 ist nicht anzuwenden auf Handlungen von Personen in Bezug auf solche jugendpornographischen Schriften, die sie im Alter von unter achtzehn Jahren mit Einwilligung der dargestellten Personen hergestellt haben.

(5) § 184b Abs. 5 und 6 gilt entsprechend.

§ 315 Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr.

(1) Wer die Sicherheit des Schienenbahn-, Schwebbahn-, Schiffs- oder Luftverkehrs dadurch beeinträchtigt, dass er

1. Anlagen oder Beförderungsmittel zerstört, beschädigt oder beseitigt,
2. Hindernisse bereitet,
3. falsche Zeichen oder Signale gibt oder
4. einen ähnlichen, ebenso gefährlichen Eingriff vornimmt,

und dadurch Leib oder Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Auf Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr ist zu erkennen, wenn der Täter

1. in der Absicht handelt,
 - a) einen Unglücksfall herbeizuführen oder
 - b) eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, oder
2. durch die Tat eine schwere Gesundheitsschädigung eines anderen Menschen oder eine Gesundheitsschädigung einer großen Zahl von Menschen verursacht.

(4) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 ist auf Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren, in minder schweren Fällen des Absatzes 3 auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu erkennen.

(5) Wer in den Fällen des Absatzes 1 die Gefahr fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(6) Wer in den Fällen des Absatzes 1 fahrlässig handelt und die Gefahr fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 315a Gefährdung des Bahn-, Schiffs- und Luftverkehrs.

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. ein Schienenbahn- oder Schwebbahnfahrzeug, ein Schiff oder ein Luftfahrzeug führt, obwohl er infolge des Genusses alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel oder infolge geistiger oder körperlicher Mängel nicht in der Lage ist, das Fahrzeug sicher zu führen, oder
2. als Führer eines solchen Fahrzeugs oder als sonst für die Sicherheit Verantwortlicher durch grob pflichtwidriges Verhalten gegen Rechtsvorschriften zur Sicherung des Schienenbahn-, Schwebbahn-, Schiffs- oder Luftverkehrs verstößt

und dadurch Leib oder Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 ist der Versuch strafbar.

(3) Wer in den Fällen des Absatzes 1

1. die Gefahr fahrlässig verursacht oder
2. fahrlässig handelt und die Gefahr fahrlässig verursacht,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 315b Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr.

(1) Wer die Sicherheit des Straßenverkehrs dadurch beeinträchtigt, dass er

1. Anlagen oder Fahrzeuge zerstört, beschädigt oder beseitigt,
2. Hindernisse bereitet oder
3. einen ähnlichen, ebenso gefährlichen Eingriff vornimmt,

und dadurch Leib oder Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Handelt der Täter unter den Voraussetzungen des § 315 Abs. 3, so ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

(4) Wer in den Fällen des Absatzes 1 die Gefahr fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(5) Wer in den Fällen des Absatzes 1 fahrlässig handelt und die Gefahr fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 315c Gefährdung des Straßenverkehrs.

(1) Wer im Straßenverkehr

1. ein Fahrzeug führt, obwohl er
 - a) infolge des Genusses alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel oder
 - b) infolge geistiger oder körperlicher Mängel nicht in der Lage ist, das Fahrzeug sicher zu führen, oder
2. grob verkehrswidrig und rücksichtslos
 - a) die Vorfahrt nicht beachtet,
 - b) falsch überholt oder sonst bei Überholvorgängen falsch fährt,
 - c) an Fußgängerüberwegen falsch fährt,

- d) an unübersichtlichen Stellen, an Straßenkreuzungen, Straßeneinmündungen oder Bahnübergängen zu schnell fährt,
- e) an unübersichtlichen Stellen nicht die rechte Seite der Fahrbahn einhält,
- f) auf Autobahnen oder Kraftfahrstraßen wendet, rückwärts oder entgegen der Fahrtrichtung fährt oder dies versucht oder
- g) haltende oder liegengebliebene Fahrzeuge nicht auf ausreichende Entfernung kenntlich macht, obwohl das zur Sicherung des Verkehrs erforderlich ist,

und dadurch Leib oder Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 ist der Versuch strafbar.

(3) Wer in den Fällen des Absatzes 1

- 1. die Gefahr fahrlässig verursacht oder
- 2. fahrlässig handelt und die Gefahr fahrlässig verursacht,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 315d Schienenbahnen im Straßenverkehr.

Soweit Schienenbahnen am Straßenverkehr teilnehmen, sind nur die Vorschriften zum Schutz des Straßenverkehrs (§§ 315b und 315c) anzuwenden.

Strafprozessordnung (StPO)

§ 121 Untersuchungshaft über 6 Monate.

(1) Solange kein Urteil ergangen ist, das auf Freiheitsstrafe oder eine freiheitsentziehende Maßregel der Besserung und Sicherung erkennt, darf der Vollzug der Untersuchungshaft wegen derselben Tat über sechs Monate hinaus nur aufrechterhalten werden, wenn die besondere Schwierigkeit oder der besondere Umfang der Ermittlungen oder ein anderer wichtiger Grund das Urteil noch nicht zulassen und die Fortdauer der Haft rechtfertigen.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 ist der Haftbefehl nach Ablauf der sechs Monate aufzuheben, wenn nicht der Vollzug des Haftbefehls nach § 116 ausgesetzt wird oder das Oberlandesgericht die Fortdauer der Untersuchungshaft anordnet.

...

(4) ¹In den Sachen, in denen eine Strafkammer nach § 74a des Gerichtsverfassungsgesetzes zuständig ist, entscheidet das nach § 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes zuständige Oberlandesgericht. ²In den Sachen, in denen ein Oberlandesgericht nach § 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes

zuständig ist, tritt an dessen Stelle der Bundesgerichtshof.

§ 122 Abs. 1 Besondere Haftprüfung durch das OLG.

In den Fällen des § 121 legt das zuständige Gericht die Akten durch Vermittlung der Staatsanwaltschaft dem Oberlandesgericht zur Entscheidung vor, wenn es die Fortdauer der Untersuchungshaft für erforderlich hält oder die Staatsanwaltschaft es beantragt.

§ 122a Untersuchungshaft über ein Jahr.

In den Fällen des § 121 Abs. 1 darf der Vollzug der Haft nicht länger als ein Jahr aufrechterhalten werden, wenn sie auf den Haftgrund des § 112a gestützt ist.

§ 127b Hauptverhandlungshaft.

(1) ¹Die Staatsanwaltschaft und die Beamten des Polizeidienstes sind zur vorläufigen Festnahme eines auf frischer Tat Betroffenen oder Verfolgten auch dann befugt, wenn

- 1. eine unverzügliche Entscheidung im beschleunigten Verfahren wahrscheinlich ist und
- 2. auf Grund bestimmter Tatsachen zu befürchten ist, dass der Festgenommene der Hauptverhandlung fernbleiben wird.

²Die §§ 114a bis 114c gelten entsprechend.

(2) ¹Ein Haftbefehl (§ 128 Abs. 2 Satz 2) darf aus den Gründen des Absatzes 1 gegen den der Tat dringend Verdächtigen nur ergehen, wenn die Durchführung der Hauptverhandlung binnen einer Woche nach der Festnahme zu erwarten ist. ²Der Haftbefehl ist auf höchstens eine Woche ab dem Tage der Festnahme zu befristen.

(3) Über den Erlass des Haftbefehls soll der für die Durchführung des beschleunigten Verfahrens zuständige Richter entscheiden.

§ 153 Abs. 2 Absehen von Verfolgung wegen geringfügigkeit.

¹Ist die Klage bereits erhoben, so kann das Gericht in jeder Lage des Verfahrens unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeschuldigten das Verfahren einstellen. ²Der Zustimmung des Angeschuldigten bedarf es nicht, wenn die Hauptverhandlung aus den in § 205 angeführten Gründen nicht durchgeführt werden kann oder in den Fällen des § 231 Abs. 2 und der §§ 232 und 233 in seiner Abwesenheit durchgeführt wird. ³Die Entscheidung ergeht durch Beschluss. ⁴Der Beschluss ist nicht anfechtbar.

§ 153a Einstellung des Verfahrens bei Erfüllung von Auflagen und Weisungen.

(1) ¹Mit Zustimmung des für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständigen Gerichts und des Beschuldigten kann die Staatsanwaltschaft bei einem Vergehen vorläufig von der Erhebung der öffentlichen Klage absehen und zugleich dem Beschuldigten Auflagen und Weisungen erteilen, wenn diese geeignet sind, das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu beseitigen, und die Schwere der Schuld nicht entgegensteht. ²Als Auflagen oder Weisungen kommen insbesondere in Betracht,

1. zur Wiedergutmachung des durch die Tat verursachten Schadens eine bestimmte Leistung zu erbringen,
2. einen Geldbetrag zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung oder der Staatskasse zu zahlen,
3. sonst gemeinnützige Leistungen zu erbringen,
4. Unterhaltspflichten in einer bestimmten Höhe nachzukommen,
5. sich ernsthaft zu bemühen, einen Ausgleich mit dem Verletzten zu erreichen (Täter-Opfer-Ausgleich) und dabei seine Tat ganz oder zum überwiegenden Teil wieder gut zu machen oder deren Wiedergutmachung zu erstreben, oder
6. an einem Aufbauseminar nach § 2b Abs. 2 Satz 2 oder § 4 Abs. 8 Satz 4 des Straßenverkehrsgesetzes teilzunehmen.

³Zur Erfüllung der Auflagen und Weisungen setzt die Staatsanwaltschaft dem Beschuldigten eine Frist, die in den Fällen des Satzes 2 Nr. 1 bis 3, 5 und 6 höchstens sechs Monate, in den Fällen des Satzes 2 Nr. 4 höchstens ein Jahr beträgt. ⁴Die Staatsanwaltschaft kann Auflagen und Weisungen nachträglich aufheben und die Frist einmal für die Dauer von drei Monaten verlängern; nachträglich auferlegen und ändern. ⁵Erfüllt der Beschuldigte die Auflagen und Weisungen, so kann die Tat nicht mehr als Vergehen verfolgt werden. ⁶Erfüllt der Beschuldigte die Auflagen und Weisungen nicht, so werden Leistungen, die er zu ihrer Erfüllung erbracht hat, nicht erstattet.

⁴ § 153 Abs. 1 Satz 2 gilt in den Fällen des Satzes 2 Nr. 1 bis 5 entsprechend.

(2) ¹Ist die Klage bereits erhoben, so kann das Gericht mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeschuldigten das Verfahren bis zum Ende der Hauptverhandlung, in der die tatsächlichen Feststellungen letztmals geprüft werden können, vorläufig einstellen und zugleich dem Angeschuldigten die in Absatz 1 Satz 1 und 2 bezeichneten Auflagen und Weisungen erteilen. ²Absatz 1 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend. ³Die Entscheidung nach Satz 1 ergeht durch Beschluss. ⁴Der Beschluss ist nicht anfechtbar. ⁵Satz 4 gilt auch für eine Feststellung, dass gemäß Satz 1 erteilte Auflagen und Weisungen erfüllt worden sind.

(3) Während des Laufes der für die Erfüllung der Auflagen und Weisungen gesetzten Frist ruht die Verjährung.

§ 153b Abs. 2 Absehen von Klage; Einstellung.

Ist die Klage bereits erhoben, so kann das Gericht bis zum Beginn der Hauptverhandlung mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeschuldigten das Verfahren einstellen.

§ 153c Abs. 4 Nichtverfolgung von Auslandstaten.

Ist die Klage bereits erhoben, so kann die Staatsanwaltschaft in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1, 2 und des Absatzes 3 die Klage in jeder Lage des Verfahrens zurücknehmen und das Verfahren einstellen, wenn die Durchführung des Verfahrens die Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführen würde oder wenn der Verfolgung sonstige überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen.

§ 153d Abs. 2 Absehen von Strafverfolgung bei politischen Straftaten.

Ist die Klage bereits erhoben, so kann der Generalbundesanwalt unter den in Absatz 1 bezeichneten Voraussetzungen die Klage in jeder Lage des Verfahrens zurücknehmen und das Verfahren einstellen.

§ 153e Abs. 2 Absehen von Strafverfolgung bei tätiger Reue.

Ist die Klage bereits erhoben, so kann das nach § 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes zuständige Oberlandesgericht mit Zustimmung des Generalbundesanwalts das Verfahren unter den in Absatz 1 bezeichneten Voraussetzungen einstellen.

§ 154 Abs. 2 Unwesentliche Nebenstraftaten.

Ist die öffentliche Klage bereits erhoben, so kann das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren in jeder Lage vorläufig einstellen.

§ 154b Abs. 4 Auslieferung und Landesverweisung.

¹Ist in den Fällen der Absätze 1 bis 3 die öffentliche Klage bereits erhoben, so stellt das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren vorläufig ein. ²§ 154 Abs. 3 bis 5 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass die Frist in Absatz 4 ein Jahr beträgt.

§ 154e Abs. 2 Straf- oder Disziplinarverfahren wegen falscher Verdächtigung oder Beleidigung.

Ist die öffentliche Klage oder eine Privatklage bereits erhoben, so stellt das Gericht das Verfahren bis zum Abschluss des Straf- oder Disziplinarverfahrens wegen der angezeigten oder behaupteten Handlung ein.

§ 172 Klageerzwingungsverfahren.

(1) ¹Ist der Antragsteller zugleich der Verletzte, so steht ihm gegen den Bescheid nach § 171 binnen zwei Wochen nach der Bekanntmachung die Beschwerde an den vorgesetzten Beamten der Staats-

anwaltschaft zu.² Durch die Einlegung der Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft wird die Frist gewahrt.³ Sie läuft nicht, wenn die Belehrung nach § 171 Satz 2 unterblieben ist.

(2)¹ Gegen den ablehnenden Bescheid des vorgeetzten Beamten der Staatsanwaltschaft kann der Antragsteller binnen einem Monat nach der Bekanntmachung gerichtliche Entscheidung beantragen.² Hierüber und über die dafür vorgesehene Form ist er zu belehren; die Frist läuft nicht, wenn die Belehrung unterblieben ist.³ Der Antrag ist nicht zulässig, wenn das Verfahren ausschließlich eine Straftat zum Gegenstand hat, die vom Verletzten im Wege der Privatklage verfolgt werden kann, oder wenn die Staatsanwaltschaft nach § 153 Abs. 1, § 153a Abs. 1 Satz 1, 7 oder § 153b Abs. 1 von der Verfolgung der Tat abgesehen hat; dasselbe gilt in den Fällen der §§ 153c bis 154 Abs. 1 sowie der §§ 154b und 154c.

(3)¹ Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung muss die Tatsachen, welche die Erhebung der öffentlichen Klage begründen sollen, und die Beweismittel angeben.² Er muss von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein; für die Prozesskostenhilfe gelten dieselben Vorschriften wie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.³ Der Antrag ist bei dem für die Entscheidung zuständigen Gericht einzureichen.

(4)¹ Zur Entscheidung über den Antrag ist das Oberlandesgericht zuständig.² § 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes ist sinngemäß anzuwenden.

§ 205 Vorläufige Einstellung.

¹ Steht der Hauptverhandlung für längere Zeit die Abwesenheit des Angeschuldigten oder ein anderes in seiner Person liegendes Hindernis entgegen, so kann das Gericht das Verfahren durch Beschluss vorläufig einstellen.² Der Vorsitzende sichert, soweit nötig, die Beweise.

§ 206a Einstellung bei Verfahrenshindernis.

(1) Stellt sich nach Eröffnung des Hauptverfahrens ein Verfahrenshindernis heraus, so kann das Gericht außerhalb der Hauptverhandlung das Verfahren durch Beschluss einstellen.

(2) Der Beschluss ist mit sofortiger Beschwerde anfechtbar.

§ 206b Einstellung wegen Gesetzesänderung.

¹ Wird ein Strafgesetz, das bei Beendigung der Tat gilt, vor der Entscheidung geändert und hat ein gerichtlich anhängiges Strafverfahren eine Tat zum Gegenstand, die nach dem bisherigen Recht strafbar war, nach dem neuen Recht aber nicht mehr strafbar

ist, so stellt das Gericht außerhalb der Hauptverhandlung das Verfahren durch Beschluss ein.² Der Beschluss ist mit sofortiger Beschwerde anfechtbar.

§ 260 Abs. 3. Urteil.

Die Einstellung des Verfahrens ist im Urteil auszusprechen, wenn ein Verfahrenshindernis besteht.

§ 262 Abs. 2 Zivilrechtliche Vorfragen.

Das Gericht ist jedoch befugt, die Untersuchung auszusetzen und einem der Beteiligten zur Erhebung der Zivilklage eine Frist zu bestimmen oder das Urteil des Zivilgerichts abzuwarten.

§ 304 Abs. 4 Zulässigkeit.

¹ Gegen Beschlüsse und Verfügungen des Bundesgerichtshofes ist keine Beschwerde zulässig.² Dasselbe gilt für Beschlüsse und Verfügungen der Oberlandesgerichte; in Sachen, in denen die Oberlandesgerichte im ersten Rechtszug zuständig sind, ist jedoch die Beschwerde zulässig gegen Beschlüsse und Verfügungen, welche

1. die Verhaftung, einstweilige Unterbringung, Unterbringung zur Beobachtung, Beschlagnahme, Durchsuchung oder die in § 101 Abs. 1 bezeichneten Maßnahmen betreffen,
2. die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnen oder das Verfahren wegen eines Verfahrenshindernisses einstellen,
3. die Hauptverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten (§ 231a) anordnen oder die Verweisung an ein Gericht niedriger Ordnung aussprechen,
4. die Akteneinsicht betreffen oder
5. den Widerruf der Strafaussetzung, den Widerruf des Straferlasses und die Verurteilung zu der vorbehaltenen Strafe (§ 453 Abs. 2 Satz 3), die Anordnung vorläufiger Maßnahmen zur Sicherung des Widerrufs (§ 453c), die Aussetzung des Strafrestes und deren Widerruf (§ 454 Abs. 3, 4), die Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 372 Satz 1) oder den Verfall, die Einziehung oder die Unbrauchbarmachung nach den §§ 440, 441 Abs. 2 und § 442 betreffen;

§ 138 d Abs. 6 bleibt unberührt.

§ 313 Annahme der Berufung.

(1)¹ Ist der Angeklagte zu einer Geldstrafe von nicht mehr als fünfzehn Tagessätzen verurteilt worden, beträgt im Falle einer Verwarnung die vorbehaltene Strafe nicht mehr als fünfzehn Tagessätze oder ist die Verurteilung zu einer Geldbuße erfolgt, so ist die Berufung nur zulässig, wenn sie angenommen wird.

² Das gleiche gilt, wenn der Angeklagte freigesprochen oder das Verfahren eingestellt worden ist und die Staatsanwaltschaft eine Geldstrafe von nicht mehr als dreißig Tagessätzen beantragt hatte.

(2) ¹ Die Berufung wird angenommen, wenn sie nicht offensichtlich unbegründet ist. ² Andernfalls wird die Berufung als unzulässig verworfen.

(3) ¹ Die Berufung gegen ein auf Geldbuße, Freispruch oder Einstellung wegen einer Ordnungswidrigkeit lautendes Urteil ist stets anzunehmen, wenn die Rechtsbeschwerde nach § 79 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten zulässig oder nach § 80 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten zuzulassen wäre. ² Im Übrigen findet Absatz 2 Anwendung.

§ 322 Abs. 1 Verwerfung ohne Hauptverhandlung.

¹ Erachtet das Berufungsgericht die Vorschriften über die Einlegung der Berufung nicht für beobachtet, so kann es das Rechtsmittel durch Beschluss als unzulässig verworfen. ² Andernfalls entscheidet es darüber durch Urteil; § 322a bleibt unberührt.

§ 328 Inhalt des Berufungsurteils.

(1) Soweit die Berufung für begründet befunden wird, hat das Berufungsgericht unter Aufhebung des Urteils in der Sache selbst zu erkennen.

(2) Hat das Gericht des ersten Rechtszuges mit Unrecht seine Zuständigkeit angenommen, so hat das Berufungsgericht unter Aufhebung des Urteils die Sache an das zuständige Gericht zu verweisen.

§ 329 Abs. 1 Ausbleiben des Angeklagten.

¹ Ist bei Beginn einer Hauptverhandlung weder der Angeklagte noch in den Fällen, in denen dies zulässig ist, ein Vertreter des Angeklagten erschienen und das Ausbleiben nicht genügend entschuldigt, so hat das Gericht eine Berufung des Angeklagten ohne Verhandlung zur Sache zu verwerfen. ² Dies gilt nicht, wenn das Berufungsgericht erneut verhandelt, nachdem die Sache vom Revisionsgericht zurückverwiesen worden ist. ³ Ist die Verurteilung wegen einzelner von mehreren Taten weggefallen, so ist bei der Verwerfung der Berufung der Inhalt des aufrechterhaltenen Urteils klarzustellen; die erkannten Strafen können vom Berufungsgericht auf eine neue Gesamtstrafe zurückgeführt werden.

§ 346 Abs. 2 Verspätete und formwidrige Einlegung.

¹ Der Beschwerdeführer kann binnen einer Woche nach Zustellung des Beschlusses auf die Entscheidung des Revisionsgerichts antragen. ² In diesem Falle sind die Akten an das Revisionsgericht einzusenden; die Vollstreckung des Urteils wird jedoch hierdurch nicht gehemmt. ³ Die Vorschrift des § 35a gilt entsprechend.

§ 349 Verwerfung ohne Hauptverhandlung.

(1) Erachtet das Revisionsgericht die Vorschriften über die Einlegung der Revision oder die über die Anbringung der Revisionsanträge nicht für beobachtet, so kann es das Rechtsmittel durch Beschluss als unzulässig verworfen.

(2) Das Revisionsgericht kann auf einen Antrag der Staatsanwaltschaft, der zu begründen ist, auch dann durch Beschluss entscheiden, wenn es die Revision einstimmig für offensichtlich unbegründet erachtet.

...

(4) Erachtet das Revisionsgericht die zugunsten des Angeklagten eingelegte Revision einstimmig für begründet, so kann es das angefochtene Urteil durch Beschluss aufheben.

...

§ 354 Eigene Sachentscheidung; Zurückverweisung.

(1) Erfolgt die Aufhebung des Urteils nur wegen Gesetzesverletzung bei Anwendung des Gesetzes auf die dem Urteil zugrunde liegenden Feststellungen, so hat das Revisionsgericht in der Sache selbst zu entscheiden, sofern ohne weitere tatsächliche Erörterungen nur auf Freisprechung oder auf Einstellung oder auf eine absolut bestimmte Strafe zu erkennen ist oder das Revisionsgericht in Übereinstimmung mit dem Antrag der Staatsanwaltschaft die gesetzlich niedrigste Strafe oder das Absehen von Strafe für angemessen erachtet.

(1a) ¹ Wegen einer Gesetzesverletzung nur bei Zumessung der Rechtsfolgen kann das Revisionsgericht von der Aufhebung des angefochtenen Urteils absehen, sofern die verhängte Rechtsfolge angemessen ist. ² Auf Antrag der Staatsanwaltschaft kann es die Rechtsfolgen angemessen herabsetzen.

(1b) ¹ Hebt das Revisionsgericht das Urteil nur wegen Gesetzesverletzung bei Bildung einer Gesamtstrafe (§§ 53, 54, 55 des Strafgesetzbuches) auf, kann dies mit der Maßgabe geschehen, dass eine nachträgliche gerichtliche Entscheidung über die Gesamtstrafe nach den §§ 460, 462 zu treffen ist. ² Entscheidet das Revisionsgericht nach Absatz 1 oder Absatz 1a hinsichtlich einer Einzelstrafe selbst, gilt Satz 1 entsprechend. ³ Die Absätze 1 und 1a bleiben im Übrigen unberührt.

(2) ¹ In anderen Fällen ist die Sache an eine andere Abteilung oder Kammer des Gerichtes, dessen Urteil aufgehoben wird, oder an ein zu demselben Land gehörendes anderes Gericht gleicher Ordnung zurückzuverweisen. ² In Verfahren, in denen ein Oberlandesgericht im ersten Rechtszug entschieden hat, ist die Sache an einen anderen Senat dieses Gerichts zurückzuverweisen.

(3) Die Zurückverweisung kann an ein Gericht niedriger Ordnung erfolgen, wenn die noch in Frage kommende strafbare Handlung zu dessen Zuständigkeit gehört.

§ 355 Verweisung an das zuständige Gericht.

Wird ein Urteil aufgehoben, weil das Gericht des vorangehenden Rechtszuges sich mit Unrecht für zuständig erachtet hat, so verweist das Revisionsgericht gleichzeitig die Sache an das zuständige Gericht.

§ 383 Abs. 2 Eröffnungsbeschluss; Zurückweisung; Einstellung.

¹Ist die Schuld des Täters gering, so kann das Gericht das Verfahren einstellen. ²Die Einstellung ist auch noch in der Hauptverhandlung zulässig. ³Der Beschluss kann mit sofortiger Beschwerde angefochten werden.

§ 389 Abs. 1 Einstellung des Privatklageverfahren.

Findet das Gericht nach verhandelter Sache, dass die für festgestellt zu erachtenden Tatsachen eine Straftat darstellen, auf die das in diesem Abschnitt vorgeschriebene Verfahren nicht anzuwenden ist, so hat es durch Urteil, das diese Tatsachen hervorheben muss, die Einstellung des Verfahrens auszusprechen.

§ 390 Abs. 5 Rechtsmittel des Privatklägers.

¹Die Vorschrift des § 383 Abs. 2 Satz 1 und 2 über die Einstellung wegen Geringfügigkeit gilt auch im Berufungsverfahren. ²Der Beschluss ist nicht anfechtbar.

§ 403 Adhäsionsverfahren.

Der Verletzte oder sein Erbe kann gegen den Beschuldigten einen aus der Straftat erwachsenen vermögensrechtlichen Anspruch, der zur Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte gehört und noch nicht anderweit gerichtlich anhängig gemacht ist, im Strafverfahren geltend machen, im Verfahren vor dem Amtsgericht ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes.

§ 407 Zulässigkeit.

(1) ¹Im Verfahren vor dem Strafrichter und im Verfahren, das zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehört, können bei Vergehen auf schriftlichen Antrag der Staatsanwaltschaft die Rechtsfolgen der Tat durch schriftlichen Strafbefehl ohne Hauptverhandlung festgesetzt werden. ²Die Staatsanwaltschaft stellt diesen Antrag, wenn sie nach dem Ergebnis der Ermittlungen eine Hauptverhandlung nicht für erforderlich erachtet. ³Der Antrag ist auf bestimmte Rechtsfolgen zu richten. ⁴Durch ihn wird die öffentliche Klage erhoben.

(2) ¹Durch Strafbefehl dürfen nur die folgenden Rechtsfolgen der Tat, allein oder nebeneinander, festgesetzt werden:

1. Geldstrafe, Verwarnung mit Strafvorbehalt, Fahrverbot, Verfall, Einziehung, Vernichtung, Unbrauchbarmachung, Bekanntgabe der Verurteilung und Geldbuße gegen eine juristische Person oder Personenvereinigung,
2. Entziehung der Fahrerlaubnis, bei der die Sperre nicht mehr als zwei Jahre beträgt sowie
3. Absehen von Strafe.

²Hat der Angeschuldigte einen Verteidiger, so kann auch Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr festgesetzt werden, wenn deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wird.

(3) Der vorherigen Anhörung des Angeschuldigten durch das Gericht (§ 33 Abs. 3) bedarf es nicht.

§ 408 Abs. 3 Entscheidungsmöglichkeiten des Richters.

¹Der Richter hat dem Antrag der Staatsanwaltschaft zu entsprechen, wenn dem Erlaß des Strafbefehls keine Bedenken entgegenstehen. ²Er beraumt Hauptverhandlung an, wenn er Bedenken hat, ohne eine solche zu entscheiden, oder wenn er von der rechtlichen Beurteilung im Strafbefehlsantrag abweichen oder eine andere als die beantragte Rechtsfolge festsetzen will und die Staatsanwaltschaft bei ihrem Antrag beharrt. ³Mit der Ladung ist dem Angeklagten eine Abschrift des Strafbefehlsantrags ohne die beantragte Rechtsfolge mitzuteilen.

§ 408a Strafbefehlsantrag nach Eröffnung des Hauptverfahrens.

(1) ¹Ist das Hauptverfahren bereits eröffnet, so kann im Verfahren vor dem Strafrichter und dem Schöffengericht die Staatsanwaltschaft einen Strafbefehlsantrag stellen, wenn die Voraussetzungen des § 407 Abs. 1 Satz 1 und 2 vorliegen und wenn der Durchführung einer Hauptverhandlung das Ausbleiben oder die Abwesenheit des Angeklagten oder ein anderer wichtiger Grund entgegensteht. ²§ 407 Abs. 1 Satz 4, § 408 finden keine Anwendung.

(2) ¹Der Richter hat dem Antrag zu entsprechen, wenn die Voraussetzungen des § 408 Abs. 3 Satz 1 vorliegen. ²Andernfalls lehnt er den Antrag durch unanfechtbaren Beschluss ab und setzt das Hauptverfahren fort.

§ 411 Abs. 1 Gerichtliche Entscheidung bei Einspruch gegen Strafbefehl.

¹Ist der Einspruch verspätet eingelegt oder sonst unzulässig, so wird er ohne Hauptverhandlung durch Beschluss verworfen; gegen den Beschluss ist sofortige Beschwerde zulässig. ²Andernfalls wird Termin zur Hauptverhandlung anberaumt. ³Hat der Angeklagte seinen Einspruch auf die Höhe der Tagessätze einer festgesetzten Geldstrafe beschränkt, kann das Gericht mit Zustimmung des Angeklagten,

des Verteidigers und der Staatsanwaltschaft ohne Hauptverhandlung durch Beschluss entscheiden; von der Festsetzung im Strafbefehl darf nicht zum Nachteil des Angeklagten abgewichen werden; gegen den Beschluss ist sofortige Beschwerde zulässig.

§ 411 Abs. 3 Zurücknahme der Klage oder des Einspruchs.

¹Die Klage und der Einspruch können bis zur Verkündung des Urteils im ersten Rechtszug zurückgenommen werden § 303 gilt entsprechend. ²Ist der Strafbefehl im Verfahren nach § 408a erlassen worden, so kann die Klage nicht zurückgenommen werden.

§ 412 Ausbleiben des Angeklagten.

¹Ist bei Beginn einer Hauptverhandlung der Angeklagte weder erschienen noch durch einen Verteidiger vertreten und ist das Ausbleiben nicht genügend entschuldigt, so ist § 329 Abs. 1, 3 und 4 entsprechend anzuwenden. ²Hat der gesetzliche Vertreter Einspruch eingelegt, so ist auch § 330 entsprechend anzuwenden.

§ 413 Voraussetzungen des Antrags (Sicherungsverfahren).

Führt die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren wegen Schuldunfähigkeit oder Verhandlungsunfähigkeit des Täters nicht durch, so kann sie den Antrag stellen, Maßregeln der Besserung und Sicherung selbständig anzuordnen, wenn dies gesetzlich zulässig ist und die Anordnung nach dem Ergebnis der Ermittlungen zu erwarten ist.

§ 417 Voraussetzungen des Antrags (Beschleunigtes Verfahren).

Im Verfahren vor dem Strafrichter und dem Schöffengericht stellt die Staatsanwaltschaft schriftlich oder mündlich den Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren, wenn die Sache auf Grund des einfachen Sachverhalts oder der klaren Beweislage zur sofortigen Verhandlung geeignet ist.

§ 439 Nachverfahren.

(1) ¹Ist die Einziehung eines Gegenstandes rechtskräftig angeordnet worden und macht jemand glaubhaft, dass er

1. zur Zeit der Rechtskraft der Entscheidung ein Recht an dem Gegenstand gehabt hat, das infolge der Entscheidung beeinträchtigt ist oder nicht mehr besteht, und
2. ohne sein Verschulden weder im Verfahren des ersten Rechtszuges noch im Berufungsverfahren die Rechte des Einziehungsbeteiligten hat wahrnehmen können,

so kann er in einem Nachverfahren geltend machen, dass die Einziehung ihm gegenüber nicht gerechtfertigt sei. ² § 360 gilt entsprechend.

(2) ¹Das Nachverfahren ist binnen eines Monats nach Ablauf des Tages zu beantragen, an dem der Antragsteller von der rechtskräftigen Entscheidung Kenntnis erlangt hat. ²Der Antrag ist unzulässig, wenn seit Eintritt der Rechtskraft zwei Jahre verstrichen sind und die Vollstreckung beendet ist.

(3) ¹Das Gericht prüft den Schuldspruch nicht nach, wenn nach den Umständen, welche die Einziehung begründet haben, im Strafverfahren eine Anordnung nach § 431 Abs. 2 zulässig gewesen wäre. ²Im übrigen gilt § 437 Abs. 1 entsprechend.

(4) Wird das vom Antragsteller behauptete Recht nicht erwiesen, so ist der Antrag unbegründet.

(5) Vor der Entscheidung kann das Gericht mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft die Anordnung der Einziehung aufheben, wenn das Nachverfahren einen unangemessenen Aufwand erfordern würde.

(6) Eine Wiederaufnahme des Verfahrens nach § 359 Nr. 5 zu dem Zweck, die Einwendungen nach Absatz 1 geltend zu machen, ist ausgeschlossen.

§ 440 Selbständiges Einziehungsverfahren.

(1) Die Staatsanwaltschaft und der Privatkläger können den Antrag stellen, die Einziehung selbständig anzuordnen, wenn dies gesetzlich zulässig und die Anordnung nach dem Ergebnis der Ermittlungen zu erwarten ist.

(2) ¹ Im Antrag ist der Gegenstand zu bezeichnen. Ferner ist anzugeben, welche Tatsachen die Zulässigkeit der selbständigen Einziehung begründen. ² Im übrigen gilt § 200 entsprechend.

(3) Die §§ 431 bis 436 und 439 gelten entsprechend.

§ 444 Abs. 3 Verfahren bei Festsetzung von Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen.

¹ Für das selbständige Verfahren gelten die §§ 440 und 444 Abs. 1 bis 3 sinngemäß. ² Örtlich zuständig ist auch das Gericht, in dessen Bezirk die juristische Person oder die Personenvereinigung ihren Sitz oder eine Zweigniederlassung hat.

§ 464 Abs. 3 Kostenentscheidung.

¹ Gegen die Entscheidung über die Kosten und die notwendigen Auslagen ist die sofortige Beschwerde zulässig; sie ist unzulässig, wenn eine Anfechtung der in Absatz 1 genannten Hauptentscheidung durch den Beschwerdeführer nicht statthaft ist. ² Das

Beschwerdegericht ist an die tatsächlichen Feststellungen, auf denen die Entscheidung beruht, gebunden.³ Wird gegen das Urteil, soweit es die Entscheidung über die Kosten und die notwendigen Auslagen betrifft, sofortige Beschwerde und im übrigen Berufung oder Revision eingelegt, so ist das Berufungs- oder Revisionsgericht, solange es mit der Berufung oder Revision befasst ist, auch für die Entscheidung über die sofortige Beschwerde zuständig.

Jugendgerichtsgesetz (JGG)

§ 33b Abs. 2 Besetzung der Jugendkammer.

¹ Bei Eröffnung des Hauptverfahrens beschließt die große Jugendkammer, dass sie in der Hauptverhandlung mit zwei Richtern einschl. des Vorsitzenden und zwei Jugendschöffen besetzt ist, wenn nicht die Sache nach den allgemeinen Vorschriften einschl. der Regelung des § 74e des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Zuständigkeit des Schwurgerichts gehört oder nach dem Umfang oder der Schwierigkeit der Sache die Mitwirkung eines dritten Richters notwendig erscheint. ...

§ 39 Sachliche Zuständigkeit des Jugendrichters.

(1) ¹ Der Jugendrichter ist zuständig für Verfehlungen Jugendlicher, wenn nur Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel, nach diesem Gesetz zulässige Nebenstrafen und Nebenfolgen oder die Entziehung der Fahrerlaubnis zu erwarten sind und der Staatsanwalt Anklage beim Strafrichter erhebt. ² Der Jugendrichter ist nicht zuständig in Sachen, die nach § 103 gegen Jugendliche und Erwachsene verbunden sind, wenn für die Erwachsenen nach allgemeinen Vorschriften der Richter beim Amtsgericht nicht zuständig wäre. ³ § 209 Abs. 2 der Strafprozessordnung gilt entsprechend.

(2) Der Jugendrichter darf auf Jugendstrafe von mehr als einem Jahr nicht erkennen; die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus darf er nicht anordnen.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Reihe 2.3, 2013

§ 40 Sachliche Zuständigkeit des Jugendschöffengerichts.

(1) ¹ Das Jugendschöffengericht ist zuständig für alle Verfehlungen, die nicht zur Zuständigkeit eines anderen Jugendgerichts gehören. ² § 209 der Strafprozessordnung gilt entsprechend.

(2) Das Jugendschöffengericht kann bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens von Amts wegen die Entscheidung der Jugendkammer darüber herbeiführen, ob sie eine Sache wegen ihres besonderen Umfangs übernehmen will.

(3) Vor Erlass des Übernahmebeschlusses fordert der Vorsitzende der Jugendkammer den Angeschuldigten auf, sich innerhalb einer zu bestimmenden Frist zu erklären, ob er die Vornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung beantragen will.

(4) ¹ Der Beschluss, durch den die Jugendkammer die Sache übernimmt oder die Übernahme ablehnt, ist nicht anfechtbar. ² Der Übernahmebeschluss ist mit dem Eröffnungsbeschluss zu verbinden.

§ 41 Sachliche Zuständigkeit der Jugendkammer .

(1) Die Jugendkammer ist als erkennendes Gericht des ersten Rechtszuges zuständig in Sachen,

1. die nach den allgemeinen Vorschriften einschließlich der Regelung des § 74e des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Zuständigkeit des Schwurgerichts gehören,
2. die sie nach Vorlage durch das Jugendschöffengericht wegen ihres besonderen Umfangs übernimmt (§ 40 Abs. 2) und
3. die nach § 103 gegen Jugendliche und Erwachsene verbunden sind, wenn für die Erwachsenen nach allgemeinen Vorschriften eine große Strafammer zuständig wäre.
4. bei denen die Staatsanwaltschaft wegen der besonderen Schutzbedürftigkeit von Verletzten der Straftat, die als Zeugen in Betracht kommen, Anklage bei der Jugendkammer erhebt und
5. bei denen dem Beschuldigten eine Tat der in § 7 Abs. 2 bezeichneten Art vorgeworfen wird und eine höhere Strafe als fünf Jahre Jugendstrafe oder die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus zu erwarten ist.

(2) ¹ Die Jugendkammer ist außerdem zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen die Urteile des Jugendrichters und des Jugendschöffengerichts. ² Sie trifft auch die in § 73 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Entscheidungen.

§ 45 Absehen von der Verfolgung.

(1) Der Staatsanwalt kann ohne Zustimmung des Richters von der Verfolgung absehen, wenn die Voraussetzungen des § 153 der Strafprozessordnung vorliegen.

(2) ¹ Der Staatsanwalt sieht von der Verfolgung ab, wenn eine erzieherische Maßnahme bereits durchgeführt oder eingeleitet ist und er weder eine Beteiligung des Richters nach Absatz 3 noch die Erhebung der Anklage für erforderlich hält. ² Einer erzieherischen Maßnahme steht das Bemühen des Jugendlichen gleich, einen Ausgleich mit dem Verletzten zu erreichen.

(3) ¹Der Staatsanwalt regt die Erteilung einer Ermahnung, von Weisungen nach § 10 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4, 7 und 9 oder von Auflagen durch den Jugendrichter an, wenn der Beschuldigte geständig ist und der Staatsanwalt die Anordnung einer solchen richterlichen Maßnahme für erforderlich, die Erhebung der Anklage aber nicht für geboten hält. ² Entspricht der Jugendrichter der Anregung, so sieht der Staatsanwalt von der Verfolgung ab, bei Erteilung von Weisungen oder Auflagen jedoch nur, nachdem der Jugendliche ihnen nachgekommen ist. ³ § 11 Abs. 3 und § 15 Abs. 3 Satz 2 sind nicht anzuwenden. ⁴ § 47 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

§ 47 Einstellung des Verfahrens durch den Richter.

(1) Ist die Anklage eingereicht, so kann der Richter das Verfahren einstellen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 153 der Strafprozessordnung vorliegen,
2. eine erzieherische Maßnahme im Sinne des § 45 Abs. 2, die eine Entscheidung durch Urteil entbehrlich macht, bereits durchgeführt oder eingeleitet ist,
3. der Richter eine Entscheidung durch Urteil für entbehrlich hält und gegen den geständigen Jugendlichen eine in § 45 Abs. 3 Satz 1 bezeichnete Maßnahme anordnet oder
4. der Angeklagte mangels Reife strafrechtlich nicht verantwortlich ist.

² In den Fällen von Satz 1 Nr. 2 und 3 kann der Richter mit Zustimmung des Staatsanwalts das Verfahren vorläufig einstellen und dem Jugendlichen eine Frist von höchstens sechs Monaten setzen, binnen der er den Auflagen, Weisungen oder erzieherischen Maßnahmen nachzukommen hat. ³ Die Entscheidung ergeht durch Beschluß. ⁴ Der Beschluß ist nicht anfechtbar. ⁵ Kommt der Jugendliche den Auflagen, Weisungen oder erzieherischen Maßnahmen nach, so stellt der Richter das Verfahren ein. ⁶ § 11 Abs. 3 und § 15 Abs. 3 Satz 2 sind nicht anzuwenden.

(2) ¹ Die Einstellung bedarf der Zustimmung des Staatsanwalts, soweit er nicht bereits der vorläufigen Einstellung zugestimmt hat. ² Der Einstellungsbeschluss kann auch in der Hauptverhandlung ergehen. ³ Er wird mit Gründen versehen und ist nicht anfechtbar. ⁴ Die Gründe werden dem Angeklagten nicht mitgeteilt, soweit davon Nachteile für die Erziehung zu befürchten sind.

(3) Wegen derselben Tat kann nur auf Grund neuer Tatsachen oder Beweismittel von neuem Anklage erhoben werden.

§ 76 Voraussetzungen des vereinfachten Jugendverfahrens.

¹ Der Staatsanwalt kann bei dem Jugendrichter schriftlich oder mündlich beantragen, im vereinfachten Jugendverfahren zu entscheiden, wenn zu erwarten ist, dass der Jugendrichter ausschließlich Weisungen erteilen, Zuchtmittel verhängen, auf ein Fahrverbot erkennen, die Fahrerlaubnis entziehen und eine Sperre von nicht mehr als zwei Jahren festsetzen oder den Verfall oder die Einziehung aussprechen wird. ² Der Antrag des Staatsanwalts steht der Anklage gleich.

Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung - Strafvollzugsgesetz - (StVollzG)

§ 109 Antrag auf gerichtliche Entscheidung.

(1) ¹ Gegen eine Maßnahme zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des Strafvollzuges kann gerichtliche Entscheidung beantragt werden. ² Mit dem Antrag kann auch die Verpflichtung zum Erlass einer abgelehnten oder unterlassenen Maßnahme begehrt werden.

(2) Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung ist nur zulässig, wenn der Antragsteller geltend macht, durch die Maßnahme oder ihre Ablehnung oder Unterlassung in seinen Rechten verletzt zu sein.

(3) Das Landesrecht kann vorsehen, dass der Antrag erst nach vorausgegangenem Verwaltungsvorverfahren gestellt werden kann.

§ 110 Zuständigkeit.

¹ Über den Antrag entscheidet die Strafvollstreckungskammer, in deren Bezirk die beteiligte Vollzugsbehörde ihren Sitz hat. ² Durch die Entscheidung in einem Verwaltungsvorverfahren nach § 109 Abs. 3 ändert sich die Zuständigkeit der Strafvollstreckungskammer nicht.

§ 116 Rechtsbeschwerde.

(1) Gegen die gerichtliche Entscheidung der Strafvollstreckungskammer ist die Rechtsbeschwerde zulässig, wenn es geboten ist, die Nachprüfung zur Fortbildung des Rechts oder zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung zu ermöglichen.

(2) ¹ Die Rechtsbeschwerde kann nur darauf gestützt werden, dass die Entscheidung auf einer Verletzung des Gesetzes beruhe. ² Das Gesetz ist verletzt, wenn eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet worden ist.

(3) ¹ Die Rechtsbeschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. ² § 114 Abs. 2 gilt entsprechend.

(4) Für die Rechtsbeschwerde gelten die Vorschriften der Strafprozessordnung über die Beschwerde entsprechend, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

§ 117 Zuständigkeit für die Rechtsbeschwerde.

Über die Rechtsbeschwerde entscheidet ein Strafsenat des Oberlandesgerichts, in dessen Bezirk die Strafvollstreckungskammer ihren Sitz hat.

§ 138 Anwendung anderer Vorschriften.

(1) ¹ Die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt richtet sich nach Landesrecht, soweit Bundesgesetze nichts anderes bestimmen. ² § 51 Abs. 4 und 5 sowie § 75 Abs. 3 gelten entsprechend.

(2) ¹ Für die Erhebung der Kosten der Unterbringung gilt § 50 entsprechend mit der Maßgabe, dass in den Fällen des § 50 Abs. 1 Satz 2 an die Stelle erhaltener Bezüge die Verrichtung zugewiesener oder ermöglichter Arbeit tritt und in den Fällen des § 50 Abs. 1 Satz 4 dem Untergebrachten ein Betrag in der Höhe verbleiben muss, der dem Barbetrag entspricht, den ein in einer Einrichtung lebender und einen Teil der Kosten seines Aufenthalts selbst tragender Sozialhilfeempfänger zur persönlichen Verfügung erhält. ² Bei der Bewertung einer Beschäftigung als Arbeit sind die besonderen Verhältnisse des Maßregelvollzugs zu berücksichtigen. ³ Zuständig für die Erhebung der Kosten ist die Vollstreckungsbehörde; die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung andere Zuständigkeiten begründen. ⁴ Die Kosten werden als Justizverwaltungsabgabe erhoben.

(3) Für das gerichtliche Verfahren gelten die §§ 109 bis 121 entsprechend.

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)

§ 46 Abs. 1 Anwendung der Vorschriften über das Strafverfahren.

Für das Bußgeldverfahren gelten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, sinngemäß die Vorschriften der allgemeinen Gesetze über das Strafverfahren, namentlich der Strafprozessordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Jugendgerichtsgesetzes.

§ 47 Abs. 2 Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten.

¹ Ist das Verfahren bei Gericht anhängig und hält dieses eine Ahndung nicht für geboten, so kann es das Verfahren mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft in jeder Lage einstellen. ² Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn durch den Bußgeldbescheid eine Geldbuße bis zu einhundert Euro verhängt worden ist und die Staatsanwaltschaft erklärt hat, sie nehme an der Hauptverhandlung nicht teil. ³ Der Beschluss ist nicht anfechtbar.

§ 62 Abs. 1 Rechtsbehelf gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde.

¹ Gegen Anordnungen, Verfügungen und sonstige Maßnahmen, die von der Verwaltungsbehörde im Bußgeldverfahren getroffen werden, können der Betroffene und andere Personen, gegen die sich die Maßnahme richtet, gerichtliche Entscheidung beantragen. ² Dies gilt nicht für Maßnahmen, die nur zur Vorbereitung der Entscheidung, ob ein Bußgeldbescheid erlassen oder das Verfahren eingestellt wird, getroffen werden und keine selbständige Bedeutung haben.

§ 70 Abs. 1 Entscheidung des Gerichts über die Zulässigkeit des Einspruchs.

Sind die Vorschriften über die Einlegung des Einspruchs nicht beachtet, so verwirft das Gericht den Einspruch als unzulässig.

§ 71 Abs. 1 Hauptverhandlung.

Das Verfahren nach zulässigem Einspruch richtet sich, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die nach zulässigem Einspruch gegen einen Strafbefehl gelten.

§ 72 Entscheidung durch Beschluss.

(1) ¹ Hält das Gericht eine Hauptverhandlung nicht für erforderlich, so kann es durch Beschluss entscheiden, wenn der Betroffene und die Staatsanwaltschaft diesem Verfahren nicht widersprechen.

² Das Gericht weist sie zuvor auf die Möglichkeit eines solchen Verfahrens und des Widerspruchs hin und gibt ihnen Gelegenheit, sich innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Hinweises zu äußern; § 145a Abs. 1 und 3 der Strafprozessordnung gilt entsprechend.

(2) ¹ Geht der Widerspruch erst nach Ablauf der Frist ein, so ist er unbeachtlich. ² In diesem Falle kann jedoch gegen den Beschluß innerhalb einer Woche nach Zustellung die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unter den gleichen Voraussetzungen wie gegen die Versäumung einer Frist beantragt werden; hierüber ist der Betroffene bei der Zustellung des Beschlusses zu belehren.

(3) ¹Das Gericht entscheidet darüber, ob der Betroffene freigesprochen, gegen ihn eine Geldbuße festgesetzt, eine Nebenfolge angeordnet oder das Verfahren eingestellt wird. ²Das Gericht darf von der im Bußgeldbescheid getroffenen Entscheidung nicht zum Nachteil des Betroffenen abweichen.

(4) ¹ Wird eine Geldbuße festgesetzt, so gibt der Beschluss die Ordnungswidrigkeit an; hat der Bußgeldtatbestand eine gesetzliche Überschrift, so soll diese zur Bezeichnung der Ordnungswidrigkeit verwendet werden. ² § 260 Abs. 5 Satz 1 der Strafprozessordnung gilt entsprechend. ³ Die Begründung des Beschlusses enthält die für erwiesen erachteten Tatsachen, in denen das Gericht die gesetzlichen Merkmale der Ordnungswidrigkeit sieht. ⁴ Soweit der Beweis aus anderen Tatsachen gefolgert wird, sollen auch diese Tatsachen angegeben werden. ⁵ Ferner sind die Umstände anzuführen, die für die Zumesung der Geldbuße und die Anordnung einer Nebenfolge bestimmend sind.

(5) ¹Wird der Betroffene freigesprochen, so muss die Begründung ergeben, ob der Betroffene für nicht überführt oder ob und aus welchen Gründen die als erwiesen angenommene Tat nicht als Ordnungswidrigkeit angesehen worden ist. ² Kann der Beschluss nicht mit der Rechtsbeschwerde angefochten werden, so braucht nur angegeben zu werden, ob die dem Betroffenen zur Last gelegte Ordnungswidrigkeit aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht festgestellt worden ist.

(6) ¹ Von einer Begründung kann abgesehen werden, wenn die am Verfahren Beteiligten hierauf verzichten. ² In diesem Fall reicht der Hinweis auf den Inhalt des Bußgeldbescheides; das Gericht kann unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach seinem Ermessen zusätzliche Ausführungen machen. ³ Die vollständigen Gründe sind innerhalb von fünf Wochen zu den Akten zu bringen, wenn gegen den Beschluss Rechtsbeschwerde eingelegt wird.

§ 74 Abs. 2 Verfahren bei Abwesenheit.

Bleibt der Betroffene ohne genügende Entschuldigung aus, obwohl er von der Verpflichtung zum Erscheinen nicht entbunden war, hat das Gericht den Einspruch ohne Verhandlung zur Sache durch Urteil zu verwerfen.

§ 79 Rechtsbeschwerde.

(1) ¹ Gegen das Urteil und den Beschluss nach § 72 ist Rechtsbeschwerde zulässig, wenn

1. gegen den Betroffenen eine Geldbuße von mehr als zweihundertfünfzig Euro festgesetzt worden ist,
2. eine Nebenfolge angeordnet worden ist, es sei denn, dass es sich um eine Nebenfolge vermögensrechtlicher Art handelt, deren Wert im Urteil

oder im Beschluss nach § 72 auf nicht mehr als zweihundertfünfzig Euro festgesetzt worden ist,

3. der Betroffene wegen einer Ordnungswidrigkeit freigesprochen oder das Verfahren eingestellt oder von der Verhängung eines Fahrverbotes abgesehen worden ist und wegen der Tat im Bußgeldbescheid oder Strafbefehl eine Geldbuße von mehr als sechshundert Euro festgesetzt, ein Fahrverbot verhängt oder eine solche Geldbuße oder ein Fahrverbot von der Staatsanwaltschaft beantragt worden war,
4. der Einspruch durch Urteil als unzulässig verworfen worden ist oder
5. durch Beschluss nach § 72 entschieden worden ist, obwohl der Beschwerdeführer diesem Verfahren rechtzeitig widersprochen hatte oder ihm in sonstiger Weise das rechtliche Gehör versagt wurde.

²Gegen das Urteil ist die Rechtsbeschwerde ferner zulässig, wenn sie zugelassen wird (§ 80).

(2) Hat das Urteil oder der Beschluss nach § 72 mehrere Taten zum Gegenstand und sind die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 oder Satz 2 nur hinsichtlich einzelner Taten gegeben, so ist die Rechtsbeschwerde nur insoweit zulässig.

(3) Für die Rechtsbeschwerde und das weitere Verfahren gelten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, die Vorschriften der Strafprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Revision entsprechend. ...

...

(5) ¹ Das Beschwerdegericht entscheidet durch Beschluss. ² Richtet sich die Rechtsbeschwerde gegen ein Urteil, so kann das Beschwerdegericht auf Grund einer Hauptverhandlung durch Urteil entscheiden.

(6) Hebt das Beschwerdegericht die angefochtene Entscheidung auf, so kann es abweichend von § 354 Abs. 1 und 2 der Strafprozessordnung in der Sache selbst entscheiden oder sie an das Amtsgericht, dessen Entscheidung aufgehoben wird, oder an ein anderes Amtsgericht desselben Landes zurückverweisen.

§ 80 Zulassung der Rechtsbeschwerde.

(1) Das Beschwerdegericht lässt die Rechtsbeschwerde nach § 79 Abs. 1 Satz 2 auf Antrag zu, wenn es geboten ist,

1. die Nachprüfung des Urteils zur Fortbildung des Rechts oder zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung zu ermöglichen, soweit Absatz 2 nichts anderes bestimmt oder
2. das Urteil wegen Versagung des rechtlichen Gehörs aufzuheben.

...

(4) ¹Das Beschwerdegericht entscheidet über den Antrag durch Beschluss. ²Die §§ 346 bis 348 der Strafprozessordnung gelten entsprechend. ³Der Beschluss, durch den der Antrag verworfen wird, bedarf keiner Begründung. ⁴Wird der Antrag verworfen, so gilt die Rechtsbeschwerde als zurückgenommen.

...

Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)

§ 74 Abs. 2 Zuständigkeit in Strafsachen in 1. und 2. Instanz.

(2) Für die Verbrechen

1. des sexuellen Missbrauchs von Kindern mit Todesfolge (§ 176b des Strafgesetzbuches),
2. der sexuellen Nötigung und Vergewaltigung mit Todesfolge (§ 178 des Strafgesetzbuches),
3. des sexuellen Missbrauchs widerstandsunfähiger Personen mit Todesfolge (§ 179 Abs. 7 in Verbindung mit § 178 des Strafgesetzbuches),
4. des Mordes (§ 211 des Strafgesetzbuches),
5. des Totschlags (§ 212 des Strafgesetzbuches),
6. (weggefallen)
7. der Aussetzung mit Todesfolge (§ 221 Abs. 3 des Strafgesetzbuches),
8. der Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 des Strafgesetzbuches),
9. der Entziehung Minderjähriger mit Todesfolge (§ 235 Abs. 5 des Strafgesetzbuches),
- 9a. der Nachstellung mit Todesfolge (§ 238 Absatz 3 des Strafgesetzbuches),
10. der Freiheitsberaubung mit Todesfolge (§ 239 Abs. 4 des Strafgesetzbuches),
11. des erpresserischen Menschenraubes mit Todesfolge (§ 239a Absatz 3 des Strafgesetzbuches),
12. der Geiselnahme mit Todesfolge (§ 239b Abs. 2 in Verbindung mit § 239a Absatz 3 des Strafgesetzbuches),
13. des Raubes mit Todesfolge (§ 251 des Strafgesetzbuches),
14. des räuberischen Diebstahls mit Todesfolge (§ 252 in Verbindung mit § 251 des Strafgesetzbuches),
15. der räuberischen Erpressung mit Todesfolge (§ 255 in Verbindung mit § 251 des Strafgesetzbuches),
16. der Brandstiftung mit Todesfolge (§ 306c des Strafgesetzbuches),
17. des Herbeiführens einer Explosion durch Kernenergie (§ 307 Abs. 1 bis 3 des Strafgesetzbuches),
18. des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion mit Todesfolge (§ 308 Abs. 3 des Strafgesetzbuches),
19. des Missbrauchs ionisierender Strahlen gegenüber einer unübersehbaren Zahl von Men-

schen

- (§ 309 Abs. 2 und 4 des Strafgesetzbuches),
20. der fehlerhaften Herstellung einer kerntechnischen Anlage mit Todesfolge (§ 312 Abs. 4 des Strafgesetzbuches),
21. des Herbeiführens einer Überschwemmung mit Todesfolge (§ 313 in Verbindung mit § 308 Abs. 3 des Strafgesetzbuches),
22. der gemeingefährlichen Vergiftung mit Todesfolge (§ 314 in Verbindung mit § 308 Abs. 3 des Strafgesetzbuches),
23. des räuberischen Angriffs auf Kraftfahrer mit Todesfolge (§ 316a Abs. 3 des Strafgesetzbuches),
24. des Angriffs auf den Luft- und Seeverkehr mit Todesfolge (§ 316c Abs. 3 des Strafgesetzbuches),
25. der Beschädigung wichtiger Anlagen mit Todesfolge (§ 318 Abs. 4 des Strafgesetzbuches),
26. einer vorsätzlichen Umweltstraftat mit Todesfolge (§ 330 Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuches),
27. der schweren Gefährdung durch Freisetzen von Giften mit Todesfolge (§ 330a Absatz 2 des Strafgesetzbuches),
28. der Körperverletzung im Amt mit Todesfolge (§ 340 Absatz 3 in Verbindung mit § 227 des Strafgesetzbuches),
29. des Abgebens, Verabreichens oder Überlassens von Betäubungsmitteln zum unmittelbaren Verbrauch mit Todesfolge (§ 30 Absatz 1 Nummer 3 des Betäubungsmittelgesetzes),
30. des Einschleusens mit Todesfolge (§ 97 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes)

ist eine Strafkammer als Schwurgericht zuständig. ² § 120 bleibt unberührt.

§ 74c Zuständigkeit der Wirtschaftsstrafkammer.

(1) Für Straftaten

1. nach dem Patentgesetz, dem Gebrauchsmuster-gesetz, dem Halbleiterschutzgesetz, dem Sorten-schutzgesetz, dem Markengesetz, dem Ge-schmacksmustergesetz, dem Urheberrechtsge-setz, dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbe-werb, der Insolvenzordnung, dem Aktiengesetz, dem Gesetz über die Rechnungslegung von be-stimmten Unternehmen und Konzernen, dem Ge-setz betreffend die Gesellschaften mit beschränk-ter Haftung, dem Handelsgesetzbuch, dem SE-Ausführungsgesetz, dem Gesetz zur Ausführung der EWG-Verordnung über die Europäische wirt-schaftliche Interessenvereinigung, dem Genos-senschaftsgesetz, dem SCE-Ausführungsgesetz und dem Umwandlungsgesetz,
2. nach den Gesetzen über das Bank-, Depot-, Bör-sen- und Kreditwesen sowie nach dem Versiche-rungsaufsichtsgesetz und dem Wertpapierhan-delsgesetz,
3. nach dem Wirtschaftsstrafgesetz 1954, dem Au-ßenwirtschaftsgesetz, den Devisenbewirtschaf-tungsgesetzen sowie dem Finanzmonopol-, Steu-

- er- und Zollrecht, auch soweit dessen Strafvorschriften nach anderen Gesetzen anwendbar sind; dies gilt nicht, wenn dieselbe Handlung eine Straftat nach dem Betäubungsmittelgesetz darstellt, und nicht für Steuerstraftaten, welche die Kraftfahrzeugsteuer betreffen,
4. nach dem Weingesetz und dem Lebensmittelrecht,
 5. des Subventionsbetruges, des Kapitalanlagebetruges, des Kreditbetruges, des Bankrotts, der Gläubigerbegünstigung und der Schuldnerbegünstigung,
 - 5a. der wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen sowie der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr,
 6. a) des Betruges, des Computerbetruges, der Untreue, des Wuchers, der Vorteilsgewährung, der Bestechung und des Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt,
 - b) nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch sowie dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, soweit zur Beurteilung des Falles besondere Kenntnisse des Wirtschaftslebens erforderlich sind,

ist, soweit nach § 74 Abs. 1 als Gericht des ersten Rechtszuges und nach § 74 Abs. 3 für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen die Urteile des Schöffengerichts das Landgericht zuständig ist, eine Strafkammer als Wirtschaftsstrafkammer zuständig. ² § 120 bleibt unberührt.

(2) In den Sachen, in denen die Wirtschaftsstrafkammer nach Absatz 1 zuständig ist, trifft sie auch die in § 73 Abs. 1 bezeichneten Entscheidungen.

(3) ¹ Die Landesregierungen werden ermächtigt, zur sachdienlichen Förderung oder schnelleren Erledigung der Verfahren durch Rechtsverordnung einem Landgericht für die Bezirke mehrerer Landgerichte ganz oder teilweise Strafsachen zuzuweisen, welche die in Absatz 1 bezeichneten Straftaten zum Gegenstand haben. ² Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

(4) Im Rahmen des Absatzes 3 erstreckt sich der Bezirk des danach bestimmten Landgerichts auf die Bezirke der anderen Landgerichte.

§ 76 Abs. 2 Besetzung der Strafkammern.

Bei der Eröffnung des Hauptverfahrens beschließt die große Strafkammer, dass sie in der Hauptverhandlung mit zwei Richtern einschl. des Vorsitzenden und zwei Schöffen besetzt ist, wenn nicht die Strafkammer als Schwurgericht zuständig ist oder nach dem Umfang oder der Schwierigkeit der Sache die Mitwirkung eines dritten Richters notwendig erscheint. ...

§ 121 Abs. 2 Zuständigkeit in Strafsachen in der Rechtsmittelinstanz.

Will ein Oberlandesgericht bei seiner Entscheidung

1. nach Absatz 1 Nr. 1a oder b von einer nach dem 1. April 1950 ergangenen Entscheidung,
2. nach Absatz 1 Nr. 3 von einer nach dem 1. Januar 1977 ergangenen Entscheidung oder
3. nach Absatz 1 Nummer 2 über die Erledigung einer Maßregel der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung oder in einem psychiatrischen Krankenhaus oder über die Zulässigkeit ihrer weiteren Vollstreckung von einer nach dem 1. Januar 2010 ergangenen Entscheidung

eines anderen Oberlandesgerichtes oder von einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes abweichen, so hat es die Sache dem Bundesgerichtshof vorzulegen.

§ 122 Abs. 2 Besetzung der Senate.

¹ Die Strafsenate entscheiden über die Eröffnung des Hauptverfahrens des ersten Rechtszuges mit einer Besetzung von fünf Richtern einschl. des Vorsitzenden. Bei der Eröffnung des Hauptverfahrens beschließt der Strafsenat, dass er in der Hauptverhandlung mit drei Richtern einschl. des Vorsitzenden besetzt ist, wenn nicht nach dem Umfang oder der Schwierigkeit der Sache die Mitwirkung zweier weiterer Richter notwendig erscheint.

² Über die Einstellung des Hauptverfahrens wegen eines Verfahrenshindernisses entscheidet der Strafsenat in der für die Hauptverhandlung bestimmten Besetzung. ³ Ist eine Sache vom Revisionsgericht zurückverwiesen worden, kann der nunmehr zuständige Strafsenat erneut nach Satz 2 über seine Besetzung beschließen.

§ 192 Abs. 2 Mitwirkende Richter und Schöffen.

Bei Verhandlungen von längerer Dauer kann der Vorsitzende die Zuziehung von Ergänzungsrichtern anordnen, die der Verhandlung beizuwohnen und im Falle der Verhinderung eines Richters für ihn einzutreten haben.

Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz (EGGVG)

§ 23 Rechtsweg bei Justizverwaltungsakten.

(1) ¹ Über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf den Gebieten des bürgerlichen Rechts einschl. des Handelsrechts, des Zivilprozesses, der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Strafrechtspflege getroffen werden, entscheiden auf Antrag die ordentlichen Gerichte. ² Das gleiche gilt für Anord-

nungen, Verfügungen oder sonstige Maßnahmen der Vollzugsbehörden im Vollzug der Untersuchungshaft sowie derjenigen Freiheitsstrafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung, die außerhalb des Justizvollzuges vollzogen werden.

(2) Mit dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung kann auch die Verpflichtung der Justiz- oder Vollzugsbehörde zum Erlass eines abgelehnten oder unterlassenen Verwaltungsaktes begehrt werden.

(3) Soweit die ordentlichen Gerichte bereits auf Grund anderer Vorschriften angerufen werden können, behält es hierbei sein Bewenden.

Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG)

Vierter Teil Rechtshilfe durch Vollstreckung ausländischer Erkenntnisse.

§ 48 Grundsatz

¹ Rechtshilfe kann für ein Verfahren in einer strafrechtlichen Angelegenheit durch Vollstreckung einer im Ausland rechtskräftig verhängten Strafe oder sonstigen Sanktion geleistet werden. ² Der Vierte Teil dieses Gesetzes ist auch auf Ersuchen um Vollstreckung einer Anordnung des Verfalls oder der Einziehung anzuwenden, die ein nicht für strafrechtliche Angelegenheiten zuständiges Gericht im ersuchenden Staat getroffen hat, sofern der Anordnung eine mit Strafe bedrohte Tat zugrunde liegt.

§ 49 Weitere Voraussetzungen der Zulässigkeit.

(1) Die Vollstreckung ist nur zulässig, wenn

1. eine zuständige Stelle des ausländischen Staates unter Vorlage des vollständigen rechtskräftigen und vollstreckbaren Erkenntnisses darum ersucht hat,
2. in dem Verfahren, das dem ausländischen Erkenntnis zugrunde liegt, dem Verurteilten rechtliches Gehör gewährt, eine angemessene Verteidigung ermöglicht und die Sanktion von einem unabhängigen Gericht oder, soweit es sich um eine Geldbuße handelt, von einer Stelle verhängt worden ist, gegen deren Entscheidung ein unabhängiges Gericht angerufen werden kann,
3. auch nach deutschem Recht, ungeachtet etwaiger Verfahrenshindernisse und gegebenenfalls nach sinngemäßer Umstellung des Sachverhalts, wegen der Tat, wie sie dem ausländischen Erkenntnis zugrunde liegt, eine Strafe, Maßregel der Besserung und Sicherung oder Geldbuße hätte verhängt oder, wenn um Vollstreckung einer Anordnung des Verfalls oder der Einziehung ersucht wird, eine derartige Anordnung ungeachtet der Vorschrift des § 73 Abs. 1 Satz 2 des Strafgesetzbuches, hätte getroffen werden können,

4. keine Entscheidung der in § 9 Nummer 1 genannten Art ergangen ist, es sei denn, es wird um die Vollstreckung einer Anordnung des Verfalls oder der Einziehung ersucht und eine solche Maßnahme könnte entsprechend § 76a des Strafgesetzbuchs selbständig angeordnet werden, und

5. die Vollstreckung nicht nach deutschem Recht verjährt ist oder bei sinngemäßer Umstellung des Sachverhalts verjährt wäre; ungeachtet dessen ist die Vollstreckung einer Anordnung des Verfalls oder der Einziehung zulässig, wenn

- a) für die der Anordnung zugrunde liegende Tat deutsches Strafrecht nicht gilt oder
- b) eine solche Anordnung, gegebenenfalls bei sinngemäßer Umstellung des Sachverhalts, nach § 76a Absatz 2 Nummer 1 des Strafgesetzbuchs erfolgen könnte.

(2) ¹ Ist in einem ausländischen Staat eine freiheitsentziehende Sanktion verhängt worden und hält der Verurteilte sich dort auf, so ist die Vollstreckung ferner nur zulässig, wenn sich der Verurteilte nach Belehrung zu Protokoll eines Richters des ersuchenden Staates oder eines zur Beurkundung von Willenserklärungen ermächtigten deutschen Berufskonsularbeamten damit einverstanden erklärt hat. ² Das Einverständnis kann nicht widerrufen werden.

(3) Sieht das im Geltungsbereich dieses Gesetzes geltende Recht Sanktionen, die der im ausländischen Staat verhängten Sanktion ihrer Art nach entsprechen, nicht vor, so ist die Vollstreckung nicht zulässig.

(4) Soweit in der ausländischen Anordnung des Verfalls oder der Einziehung eine Entscheidung hinsichtlich der Rechte Dritter getroffen wurde, so ist diese bindend, es sei denn,

- a) dem Dritten wurde keine ausreichende Gelegenheit gegeben, seine Rechte geltend zu machen, oder
- b) die Entscheidung ist unvereinbar mit einer im Geltungsbereich dieses Gesetzes getroffenen zivilrechtlichen Entscheidung in derselben Sache, oder
- c) die Entscheidung bezieht sich auf Rechte Dritter an einem im Bundesgebiet belegenen Grundstück oder Grundstücksrecht; zu den Rechten Dritter gehören auch Vormerkungen.

(5) Der Entzug oder die Aussetzung eines Rechts, ein Verbot sowie der Verlust einer Fähigkeit werden auf den Geltungsbereich dieses Gesetzes erstreckt, wenn eine nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes durch Gesetz gebilligte völkerrechtliche Vereinbarung dies vorsieht.

§ 50 Sachliche Zuständigkeit.

¹ Über die Vollstreckbarkeit eines ausländischen Erkenntnisses entscheidet das Landgericht. ² Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht bereitet die Entscheidung vor.

§ 51 Örtliche Zuständigkeit

"Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1994 (BGBl. I S. 1537), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1566) geändert worden ist"

§ 52 Vorbereitung der Entscheidung

(1) Reichen die übermittelten Unterlagen zur Beurteilung der Zulässigkeit der Vollstreckung nicht aus, so entscheidet das Gericht erst, wenn dem ersuchenden Staat Gelegenheit gegeben worden ist, ergänzende Unterlagen beizubringen.

(2) ¹ § 30 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 2 und 4, Abs. 3, § 31 Abs. 1 und 4 gelten entsprechend. ² Befindet sich der Verurteilte im Geltungsbereich dieses Gesetzes, so gelten auch § 30 Abs. 2 Satz 1, § 31 Abs. 2 und 3 entsprechend.

(3) Der Verurteilte sowie Dritte, die bei Ersuchen um Vollstreckung von ausländischen Anordnungen des Verfalls oder der Einziehung den Umständen des Falles nach Rechte an dem Gegenstand geltend machen könnten, müssen vor der Entscheidung Gelegenheit erhalten, sich zu äußern.

§ 53 Beistand

(1) Der Verurteilte sowie Dritte, die bei Ersuchen um Vollstreckung von ausländischen Anordnungen des Verfalls oder der Einziehung den Umständen des Falles nach Rechte an dem Gegenstand geltend machen könnten, können sich in jeder Lage des Verfahrens eines Beistandes bedienen.

(2) Dem Verurteilten, der noch keinen Beistand gewählt hat, ist ein Rechtsanwalt als Beistand zu stellen, wenn

1. wegen der Schwierigkeit der Sach- oder Rechtslage die Mitwirkung eines Beistands geboten erscheint,
2. ersichtlich ist, daß der Verurteilte seine Rechte nicht selbst hinreichend wahrnehmen kann, oder
3. der Verurteilte sich außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes in Haft befindet und Zweifel bestehen, ob er seine Rechte selbst hinreichend wahrnehmen kann.

(3) Die Vorschriften des 11. Abschnittes des I. Buches der Strafprozeßordnung mit Ausnahme der §§ 140, 141 Abs. 1 bis 3 und § 142 Abs. 2 gelten entsprechend.

§ 54 Umwandlung der ausländischen Sanktion.

(1) ¹ Soweit die Vollstreckung des ausländischen Erkenntnisses zulässig ist, wird es für vollstreckbar erklärt. Zugleich ist die insoweit verhängte Sanktion in die ihr im deutschen Recht am meisten entsprechende Sanktion umzuwandeln. ² Für die Höhe der festzusetzenden Sanktion ist das ausländische Erkenntnis maßgebend; sie darf jedoch das Höchstmaß der im Geltungsbereich dieses Gesetzes für die Tat angedrohten Sanktion nicht überschreiten. ³ An die Stelle dieses Höchstmaßes tritt ein Höchstmaß von zwei Jahren Freiheitsentzug, wenn die Tat im Geltungsbereich dieses Gesetzes

1. im Höchstmaß mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bedroht ist oder
2. als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bedroht ist, die ausländische Sanktion jedoch nach Satz 2 in eine freiheitsentziehende Sanktion umzuwandeln ist.

(2) Bei der Umwandlung einer Geldstrafe oder einer Geldbuße wird der in ausländischer Währung berechnete Geldbetrag nach dem im Zeitpunkt des ausländischen Erkenntnisses maßgeblichen Kurswert in Euro umgerechnet.

(2a) ¹ Soweit eine Anordnung des Verfalls oder der Einziehung, die einen bestimmten Gegenstand betrifft, umzuwandeln ist, bezieht sich die Erklärung der Vollstreckbarkeit auf diesen Gegenstand. ² Statt auf den bestimmten Gegenstand kann sich die Erklärung der Vollstreckbarkeit auch auf einen dem Wert des Gegenstandes entsprechenden Geldbetrag beziehen, wenn

1. der ausländische Staat darum ersucht hat und
2. die Voraussetzungen des § 76 des Strafgesetzbuchs in entsprechender Anwendung vorliegen. Ist die Anordnung des Verfalls oder der Einziehung dem Wert nach bestimmt, ist Absatz 2 entsprechend anzuwenden.

(3) Bei der Umwandlung einer gegen einen Jugendlichen oder einen Heranwachsenden verhängten Sanktion gelten die Vorschriften des Jugendgerichtsgesetzes entsprechend.

(4) ¹ Auf die festzusetzende Sanktion sind der Teil der Sanktion, der in dem ersuchenden Staat oder in einem dritten Staat gegen den Verurteilten wegen der Tat bereits vollstreckt worden ist, sowie nach § 58 erlittene Haft anzurechnen. ² Ist die Anrechnung bei der Entscheidung über die Vollstreckbarkeit unterblieben oder treten danach die Voraussetzungen für die Anrechnung ein, so ist die Entscheidung zu ergänzen.

§ 55 Entscheidung über die Vollstreckbarkeit.

(1) ¹ Über die Vollstreckbarkeit entscheidet das Landgericht durch Beschluß. ² Soweit das ausländische Erkenntnis für vollstreckbar erklärt wird, sind das Erkenntnis sowie Art und Höhe der zu vollstreckenden Sanktion in der Entscheidungsformel anzugeben.

(2) Gegen den Beschluß des Landgerichts können die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, der Verurteilte und Dritte, die bei Ersuchen um Vollstreckung von ausländischen Anordnungen des Verfalls oder der Einziehung Rechte an einem Gegenstand geltend gemacht haben, sofortige Beschwerde einlegen. Für das weitere Verfahren gilt § 42 entsprechend.

(3) ¹ Die rechtskräftigen Entscheidungen des Gerichts sind dem Bundeszentralregister durch Übersendung einer Ausfertigung mitzuteilen. ² Dies gilt nicht, soweit die in dem ausländischen Erkenntnis verhängte Sanktion in eine Geldbuße umgewandelt worden ist oder die rechtskräftige Entscheidung ausschließlich eine Anordnung des Verfalls oder der Einziehung zum Gegenstand hatte. ³ Ist das ausländische Erkenntnis im Bundeszentralregister einzutragen, so ist die Entscheidung über die Vollstreckbarkeit bei der Eintragung zu vermerken. ⁴ Die §§ 12 bis 16 des Bundeszentralregistergesetzes gelten entsprechend.

§ 56 Bewilligung der Rechtshilfe

(1) Die Rechtshilfe darf nur bewilligt werden, wenn das ausländische Erkenntnis für vollstreckbar erklärt worden ist.

(2) ¹ Die Entscheidung über die Bewilligung der Rechtshilfe ist dem Bundeszentralregister mitzuteilen. ² § 55 Abs. 3 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(3) Wird auf Ersuchen die Vollstreckung einer Geld- oder Freiheitsstrafe bewilligt, darf die Tat nach deutschem Recht nicht mehr verfolgt werden.

(4) ¹ Die Bewilligung eines Rechtshilfeersuchens, das auf Vollstreckung einer Anordnung des Verfalls oder der Einziehung gerichtet ist, steht der rechtskräftigen Anordnung und Entscheidung im Sinne der §§ 73, 74 des Strafgesetzbuches gleich. ² § 439 der Strafprozessordnung gilt entsprechend.

§ 56a Entschädigung der verletzten Person.

(1) Wurde auf Ersuchen eines anderen Staates aus einer ausländischen Anordnung des Verfalls im Inland in Vermögenswerte der verurteilten Person vollstreckt, wird die durch die der ausländischen Anordnung zugrunde liegende Straftat verletzte Person auf Antrag aus der Staatskasse entschädigt, wenn

1. ein deutsches oder ausländisches Gericht gegen die verurteilte Person eine rechtskräftige Entscheidung über den Anspruch auf Schadenersatz erlassen hat oder sich diese durch einen Vollstreckungstitel gegenüber der verletzten Person zur Zahlung verpflichtet hat,
2. der Titel im Inland vollstreckbar ist,
3. die verletzte Person glaubhaft macht, dass der Vollstreckungstitel den Schadenersatz aus der der Anordnung des Verfalls zugrunde liegenden Straftat umfasst und
4. die verletzte Person glaubhaft macht, dass sie durch die Vollstreckung aus dem Titel ihre Befriedigung nicht vollständig erlangen könne. Die Entschädigung ist gegen Abtretung des Anspruchs auf Schadenersatz in entsprechender Höhe zu leisten.

(2) Eine Entschädigung wird nicht gewährt, wenn die Rechte der verletzten Person gemäß § 73e Absatz 1 Satz 2 des Strafgesetzbuchs fortbestehen.

(3) ¹ Der Umfang der Entschädigung ist durch den der deutschen Staatskasse verbleibenden Erlös des aus der Anordnung des Verfalls im Inland vollstreckten Vermögenswertes begrenzt. ² Haben mehrere Verletzte einen Antrag gemäß Absatz 1 gestellt, so bestimmt sich deren Entschädigung nach der Reihenfolge ihrer Anträge. ³ Gehen mehrere Anträge am gleichen Tag ein und reicht der Erlös nicht zur Entschädigung dieser Personen aus, sind sie anteilig nach der Höhe ihrer Schadenersatzansprüche zu entschädigen.

(4) ¹ Der Antrag ist an die zuständige Vollstreckungsbehörde zu richten. ² Er kann abgelehnt werden, wenn sechs Monate nach Beendigung der Vollstreckung in den Vermögenswert, aus dem die Entschädigung geleistet werden könnte, vergangen sind. ³ Die Vollstreckungsbehörde kann angemessene Fristen setzen, binnen deren die verletzte Person erforderliche Unterlagen beizubringen hat.

(5) Gegen die Entscheidung der Vollstreckungsbehörde ist der Rechtsweg zu den Zivilgerichten eröffnet.

§ 56b Vereinbarung über die Verwertung, Herausgabe und Aufteilung des abgeschöpften Vermögens.

(1) Die für die Bewilligung zuständige Behörde kann mit der zuständigen Behörde des ersuchenden Staates für den Einzelfall eine Vereinbarung über die Verwertung, Herausgabe und Aufteilung der aus der Vollstreckung einer Anordnung des Verfalls oder der Einziehung stammenden Vermögenswerte treffen, soweit die Gegenseitigkeit zugesichert ist.

(2) ¹ Vereinbarungen, die sich auf Gegenstände im Sinne der §§ 1 und 10 des Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung bezie-

hen, bedürfen der Einwilligung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. ² Wird die Einwilligung verweigert, ist § 16 Absatz 3 Satz 2 des Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung entsprechend anzuwenden.

§ 57 Vollstreckung

(1) ¹ Nach Bewilligung der Rechtshilfe führt die nach § 50 Satz 2 zuständige Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde die Vollstreckung durch. ² Die Zuständigkeit für die Vollstreckung einer Sanktion, die in eine nach dem Jugendgerichtsgesetz zulässige Sanktion umgewandelt worden ist, richtet sich nach den Bestimmungen des Jugendgerichtsgesetzes.

(2) ¹ Die Vollstreckung des Restes einer freiheitsentziehenden Sanktion kann zur Bewährung ausgesetzt werden. ² Die Vorschriften des Strafgesetzbuches gelten entsprechend.

(3) Die Entscheidung nach Absatz 2 und die nachträglichen Entscheidungen, die sich auf eine Strafaussetzung zur Bewährung beziehen, trifft das nach § 462a Abs. 1 Satz 1 und 2 der Strafprozeßordnung zuständige Gericht oder, falls eine Zuständigkeit nach dieser Vorschrift nicht begründet ist, das für die Entscheidung nach § 50 zuständige Gericht.

(4) Die Vollstreckung der umgewandelten Sanktion richtet sich nach den Vorschriften, die auf eine entsprechende in der Bundesrepublik Deutschland verhängte Sanktion anwendbar wären.

(5) Die Vollstreckung eines Geldbetrages ist einzustellen oder zu beschränken, wenn die verurteilte Person eine Urkunde vorlegt, aus der sich ergibt, dass der Geldbetrag in einem anderen Staat vollstreckt wurde oder dies der Vollstreckungsbehörde auf andere Weise bekannt wird.

(6) Von der Vollstreckung ist abzusehen, wenn eine zuständige Stelle des ersuchenden Staates mitteilt, dass die Voraussetzungen für die Vollstreckung entfallen sind.

(7) ¹ Wurde eine ausländische Anordnung des Verfalls vollstreckt und ergeben sich aus ihr Anhaltspunkte dafür, dass eine namentlich bekannte Person gegen die verurteilte Person aus der der Anordnung zugrunde liegenden Tat einen Schadenersatzanspruch haben könnte, so ist diese durch die Vollstreckungsbehörde unverzüglich durch einfachen Brief an die letzte bekannte Anschrift über die Rechte nach § 56a zu belehren. ² Davon kann abgesehen werden, wenn die in § 56a Absatz 4 Satz 2 genannte Frist verstrichen ist.

§ 57a Kosten der Vollstreckung.

Die verurteilte Person trägt die Kosten der Vollstreckung.

§ 58 Sicherung der Vollstreckung.

(1) Ist ein Vollstreckungsersuchen im Sinne des § 49 Abs. 1 Nr. 1 eingegangen oder hat eine zuständige Stelle des ersuchenden Staates unter Angabe der Zuwiderhandlung, die zu der Verurteilung geführt hat, Zeit und Ort ihrer Begehung und möglichst genauer Beschreibung des Verurteilten vor dessen Eingang darum ersucht, so kann zur Sicherung der Vollstreckung einer freiheitsentziehenden Sanktion gegen den Verurteilten die Haft angeordnet werden, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen

1. der Verdacht begründet ist, dass er sich dem Verfahren über die Vollstreckbarkeit oder der Vollstreckung entziehen werde, oder
2. der dringende Verdacht begründet ist, dass er in dem Verfahren über die Vollstreckbarkeit in unlauterer Weise die Ermittlung der Wahrheit erschweren werde.

(2) ¹ Die Haftentscheidung trifft das für die Entscheidung nach § 50 zuständige Gericht. ² Die §§ 17, 18, 20, 23 bis 27 gelten entsprechend. ³ An die Stelle des Oberlandesgerichts tritt das Landgericht, an die Stelle der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht. Gegen die Entscheidungen des Landgerichts ist die Beschwerde zulässig.

(3) Richtet sich das Ersuchen auf Vollstreckung einer Geldstrafe, einer Geldbuße oder einer Anordnung des Verfalls oder der Einziehung, oder hat eine zuständige Stelle des ersuchenden Staates unter Angabe des Verdächtigen, der Zuwiderhandlung, wegen derer das Strafverfahren geführt wird, und der Zeit und des Ortes ihrer Begehung vor Eingang eines solchen Ersuchens um eine Sicherstellungsmaßnahme nach den §§ 111b bis 111d der Strafprozessordnung ersucht, findet § 67 Abs. 1 entsprechende Anwendung. Zur Vorbereitung einer Einziehungs- oder Verfallsentscheidung im ersuchenden Staat, die sich auch auf den Wertersatz beziehen kann, können unter den Voraussetzungen des § 66 Abs. 2 Nr. 1 und 2 Sicherstellungsmaßnahmen nach den §§ 111b bis 111d der Strafprozessordnung getroffen werden.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten nicht, wenn die Vollstreckung von vornherein unzulässig erscheint.

Sechster Teil Ausgehender Ersuchen

§ 71 Abs. 4 Ersuchen um Vollstreckung.

¹ Um Vollstreckung einer freiheitsentziehenden Sanktion darf nur ersucht werden, wenn das Gericht die Vollstreckung in dem ersuchten Staat für zulässig erklärt hat. ² Über die Zulässigkeit entscheidet das Oberlandesgericht durch Beschluss. ³ Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz des Gerichts, das die zu vollstreckende Strafe oder sonstige Sanktion verhängt hat oder, wenn gegen den Verurteilten im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Freiheitsstrafe vollstreckt wird, nach § 462a Abs. 1 Satz 1 und 2 der Strafprozeßordnung. ⁴ § 13 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2, § 30 Abs. 2 Satz 2 und 4, Abs. 3, § 31 Abs. 1 und 4, § 33, § 52 Abs. 3, § 53 gelten entsprechend. ⁵ Befindet sich der Verurteilte im Geltungsbereich dieses Gesetzes, so gelten auch § 30 Abs. 2 Satz 1, § 31 Abs. 2 und 3 entsprechend.

§ 87g Gerichtliches Verfahren

(1) ¹ Gegen die Bewilligung ist der Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten eröffnet. ² Hilft die Bewilligungsbehörde dem Einspruch des Betroffenen nicht ab, so entscheidet das nach Absatz 2 zuständige Amtsgericht. ³ Das zuständige Amtsgericht entscheidet ferner auf Antrag der Bewilligungsbehörde gemäß § 87i. ⁴ § 34 Absatz 1, § 107 des Jugendgerichtsgesetzes und § 68 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gelten entsprechend. ⁵ Die Bewilligungsbehörde bereitet die Entscheidung vor.

(2) ¹ Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Wohnsitz des Betroffenen, wenn dieser eine natürliche Person ist. ² Hat der Betroffene keinen Wohnsitz im Inland, so richtet sich die Zuständigkeit nach seinem gewöhnlichen Aufenthalt oder, wenn ein solcher nicht bekannt ist, nach seinem letzten Wohnsitz. ³ Ist der Betroffene eine juristische Person, ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk die juristische Person ihren Sitz hat. ⁴ Maßgeblich im Falle des § 87h ist der Zeitpunkt des Eingangs des Einspruchs, im Falle des § 87i der Zeitpunkt des Eingangs des Antrags bei Gericht. ⁵ Können diese Orte nicht festgestellt werden, so ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk sich Vermögen des Betroffenen befindet. ⁶ Befindet sich Vermögen des Betroffenen in den Bezirken verschiedener Amtsgerichte, so richtet sich die Zuständigkeit danach, welches Amtsgericht zuerst mit der Sache befasst wurde. ⁷ § 58 Absatz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes bleibt unberührt.

(3) ¹ Das Gericht übersendet dem Betroffenen die Abschrift einer Übersetzung der Entscheidung des anderen Mitgliedstaates in die deutsche Sprache, soweit dies zur Ausübung seiner Rechte erforderlich ist. ² Wird ein Antrag nach § 87i Absatz 1 gestellt, sind dem Betroffenen zudem Abschriften der in § 87a aufgeführten Unterlagen und der Entscheidung

gemäß § 87i Absatz 2, keine Bewilligungshindernisse geltend zu machen, zuzustellen. ³ Im Fall des Satzes 2 wird der Betroffene aufgefordert, sich innerhalb einer vom Gericht zu bestimmenden Frist zu äußern.

(4) ¹ Für die Vorbereitung der Entscheidung gilt § 52 Absatz 1 mit der Maßgabe entsprechend, dass der zuständigen Behörde im ersuchenden Mitgliedstaat auch Gelegenheit gegeben worden sein muss, ergänzende Unterlagen beizubringen, wenn die übermittelten Unterlagen nicht ausreichen, um beurteilen zu können, ob die Bewilligungsbehörde ihr Ermessen, kein Bewilligungshindernis geltend zu machen, fehlerfrei ausgeübt hat. ² Für die Beibringung der Unterlagen kann eine Frist gesetzt werden.

³ Die Bewilligungsbehörde führt die nach den Sätzen 1 und 2 ergangenen Beschlüsse des Gerichtes aus.

⁴ Das Gericht kann sonstige Beweise über die in § 87h Absatz 3 Satz 1 Nummer 1, 2 und 3 aufgeführten Tatbestände erheben. ⁵ § 30 Absatz 2 Satz 4 und Absatz 3, § 31 Absatz 4 gelten entsprechend. ⁶ Befindet sich der Betroffene im Inland, gelten § 30 Absatz 2 Satz 1 sowie § 31 Absatz 2 entsprechend.

⁷ § 31 Absatz 1 Satz 1 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass die Bewilligungsbehörde an die Stelle der Staatsanwaltschaft tritt. ⁸ Die Bewilligungsbehörde ist zur Teilnahme an der mündlichen Verhandlung nicht verpflichtet; das Gericht teilt der Bewilligungsbehörde mit, wenn es ihre Teilnahme für angemessen hält.

§ 87i Gerichtliche Entscheidung auf Antrag der Bewilligungsbehörde; Bewilligung

(1) Ist die Entscheidung des anderen Mitgliedstaates

1. eine Geldsanktion nach § 87 Absatz 2 Nummer 1 und 2, die gegen einen Jugendlichen oder einen Heranwachsenden im Sinne des Jugendgerichtsgesetzes ergangen ist,
2. gegen eine betroffene juristische Person gerichtet, die nach dem Recht eines Mitgliedstaates der Europäischen Union gegründet wurde und ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung innerhalb der Europäischen Union hat oder
3. zwecks Vollstreckung einer Geldsanktion nach § 87 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 oder Nummer 4 übermittelt worden,

beantragt die Bewilligungsbehörde, soweit die Vollstreckung zulässig ist, die Umwandlung der Entscheidung durch das Gericht.

(2) ¹ Mit dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach Absatz 1 erklärt die Bewilligungsbehörde, dass sie keine Bewilligungshindernisse geltend macht.

² Die Entscheidung, keine Bewilligungshindernisse geltend zu machen, ist zu begründen.

(3) ¹ Soweit die Vollstreckung der Entscheidung des anderen Mitgliedstaates zulässig ist und die Bewilligungsbehörde ihr Ermessen, kein Bewilligungshindernis geltend zu machen, fehlerfrei ausgeübt hat, wird die Entscheidung für vollstreckbar erklärt. ² Die Geldsanktion ist in die ihr im deutschen Recht am meisten entsprechende Sanktion umzuwandeln.

³ Für die Anpassung der Höhe der Geldsanktion gilt § 87f Absatz 2 entsprechend.

(4) ¹ Eine gegen einen Jugendlichen verhängte Geldsanktion nach § 87 Absatz 2 Nummer 1 und 2 ist in eine nach dem Jugendgerichtsgesetz zulässige Sanktion umzuwandeln. ² Satz 1 gilt für einen Heranwachsenden entsprechend, wenn nach § 105 Absatz 1 des Jugendgerichtsgesetzes Jugendstrafrecht zur Anwendung kommt. ³ Andernfalls wird die Entscheidung für vollstreckbar erklärt.

(5) ¹ Über die Vollstreckbarkeit der Entscheidung entscheidet das Amtsgericht durch Beschluss.

² Soweit die Entscheidung für vollstreckbar erklärt wird, sind die Entscheidung sowie Art und Höhe der zu vollstreckenden Geldsanktion in der Beschlussformel anzugeben.

(6) ¹ Die Bewilligungsbehörde bewilligt die Vollstreckung nach Maßgabe der rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung. ² Die Bewilligungsentscheidung ist unanfechtbar. § 87f Absatz 3 Satz 1 und 2 gilt entsprechend. ³ Die Bewilligung enthält

1. den Hinweis, dass die Bewilligung rechtskräftig und die Geldsanktion vollstreckbar geworden ist, und
2. die Aufforderung an den Betroffenen, spätestens zwei Wochen nach Zustellung die Geldsanktion an die zuständige Kasse nach § 87n Absatz 5 Satz 3 zu zahlen.

Straßenverkehrsgesetz (StVG)

§ 2b Abs. 2 Aufbauseminar bei Zuwiderhandlungen innerhalb der Probezeit.

Besondere Aufbauseminare für Inhaber einer Fahrerlaubnis auf Probe, die unter dem Einfluss von Alkohol oder anderer berauschender Mittel am Verkehr teilgenommen haben, werden nach näherer Bestimmung durch Rechtsverordnung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe n von hierfür amtlich anerkannten anderen Seminarleitern durchgeführt. ...

§ 4 Abs. 8 Satz 4 Punktsystem.

Besondere Seminare für Inhaber einer Fahrerlaubnis, die unter dem Einfluss von Alkohol oder anderer berauschender Mittel am Verkehr teilgenommen haben, werden nach näherer Bestimmung durch Rechtsverordnung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe n von hierfür amtlich anerkannten anderen Seminarleitern durchgeführt.

§ 25a Abs. 3 Kostentragungspflicht des Halters eines Kraftfahrzeugs.

¹ Gegen die Kostenentscheidung der Verwaltungsbehörde und der Staatsanwaltschaft kann innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung gerichtliche Entscheidung beantragt werden. ² § 62 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gilt entsprechend; für die Kostenentscheidung der Staatsanwaltschaft gelten auch § 50 Abs. 2 und § 52 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten entsprechend.

³ Die Kostenentscheidung des Gerichts ist nicht anfechtbar.

Betäubungsmittelgesetz (BtMG)

§ 31a Abs. 2 Absehen von der Verfolgung.

¹ Ist die Klage bereits erhoben, so kann das Gericht in jeder Lage des Verfahrens unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeschuldigten das Verfahren einstellen. ² Der Zustimmung des Angeschuldigten bedarf es nicht, wenn die Hauptverhandlung aus den in § 205 der Strafprozessordnung angeführten Gründen nicht durchgeführt werden kann oder in den Fällen des § 231 Abs. 2 der Strafprozessordnung und der §§ 232 und 233 der Strafprozessordnung in seiner Abwesenheit durchgeführt wird. ³ Die Entscheidung ergeht durch Beschluss. ⁴ Der Beschluss ist nicht anfechtbar.

§ 37 Abs. 2 Absehen von der Erhebung der öffentlichen Klage.

¹ Ist die Klage bereits erhoben, so kann das Gericht mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft das Verfahren bis zum Ende der Hauptverhandlung, in der die tatsächlichen Feststellungen letztmals geprüft werden können, vorläufig einstellen. ² Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. ³ Absatz 1 Satz 2 bis 5 gilt entsprechend. ⁴ Unanfechtbar ist auch eine Feststellung, dass das Verfahren nicht fortgesetzt wird (Absatz 1 Satz 5).

§ 38 Abs. 2 Jugendliche und Heranwachsende.

§ 37 gilt sinngemäß auch für Jugendliche und Heranwachsende.

Abgabenordnung (AO)

§ 396 Abs. 2 Aussetzung des Verfahrens.

Über die Aussetzung entscheidet im Ermittlungsverfahren die Staatsanwaltschaft, im Verfahren nach Erhebung der öffentlichen Klage das Gericht, das mit der Sache befasst ist.

§ 401 Antrag auf Anordnung von Nebenfolgen im selbständigen Verfahren.

Die Finanzbehörde kann den Antrag stellen, die Einziehung oder den Verfall selbständig anzuordnen oder eine Geldbuße gegen eine juristische Person oder eine Personenvereinigung selbständig festzusetzen (§§ 440, 442 Absatz 1, § 444 Absatz 3 der Strafprozessordnung).

Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (RVG)

§ 51 Festsetzung einer Pauschgebühr in Straf- und Bußgeldsachen.

(1) ¹ In Straf- und Bußgeldsachen, Verfahren nach dem Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen und in Verfahren nach dem IStGH-Gesetz ist dem gerichtlich bestellten oder beigeordneten Rechtsanwalt für das ganze Verfahren oder für einzelne Verfahrensabschnitte auf Antrag eine Pauschgebühr zu bewilligen, die über die Gebühren nach dem Vergütungsverzeichnis hinausgeht, wenn die in den Teilen 4 bis 6 des Vergütungsverzeichnisses bestimmten Gebühren wegen des besonderen Umfangs oder der besonderen Schwierigkeit nicht zumutbar sind. ² Dies gilt nicht, soweit Wertgebühren entstehen. ³ Beschränkt sich die Bewilligung auf einzelne Verfahrensabschnitte, sind die Gebühren nach dem Vergütungsverzeichnis, an deren Stelle die Pauschgebühr treten soll, zu bezeichnen. ⁴ Eine Pauschgebühr kann auch für solche Tätigkeiten gewährt werden, für die ein Anspruch nach § 48 Abs. 5 besteht. ⁵ Auf Antrag ist dem Rechtsanwalt ein angemessener Vorschuss zu bewilligen, wenn ihm insbesondere wegen der langen Dauer des Verfahrens und der Höhe der zu erwartenden Pauschgebühr nicht zugemutet werden kann, die Festsetzung der Pauschgebühr abzuwarten.

(2) ¹ Über die Anträge entscheidet das Oberlandesgericht, zu dessen Bezirk das Gericht des ersten Rechtszugs gehört, und im Fall der Beiordnung einer Kontaktperson (§ 34a des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz) das Oberlandesgericht, in dessen Bezirk die Justizvollzugsanstalt liegt, durch unanfechtbaren Beschluss. ² Der Bundesgerichtshof ist für die Entscheidung zuständig, soweit er den Rechtsanwalt bestellt hat. ³ In dem Verfahren ist die Staatskasse zu hören. ⁴ § 42 Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden.

(3) ¹ Absatz 1 gilt im Bußgeldverfahren vor der Verwaltungsbehörde entsprechend. ² Über den Antrag nach Absatz 1 Satz 1 bis 3 entscheidet die Verwaltungsbehörde gleichzeitig mit der Festsetzung der Vergütung.

Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO)

§ 116 Vorschriften für das Verfahren.

¹ Für das anwaltsgerichtliche Verfahren gelten die nachstehenden Vorschriften. ² Ergänzend sind das Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozessordnung sinngemäß anzuwenden.

§ 401 Antrag auf Anordnung von Nebenfolgen im selbständigen Verfahren.

Die Finanzbehörde kann den Antrag stellen, die Einziehung oder den Verfall selbständig anzuordnen oder eine Geldbuße gegen eine juristische Person oder eine Personenvereinigung selbständig festzusetzen (§§ 440, 442 Absatz 1, § 444 Absatz 3 der Strafprozessordnung).

Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (RVG)

§ 51 Festsetzung einer Pauschgebühr in Straf- und Bußgeldsachen.

(1) ¹ In Straf- und Bußgeldsachen, Verfahren nach dem Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen und in Verfahren nach dem IStGH-Gesetz ist dem gerichtlich bestellten oder beigeordneten Rechtsanwalt für das ganze Verfahren oder für einzelne Verfahrensabschnitte auf Antrag eine Pauschgebühr zu bewilligen, die über die Gebühren nach dem Vergütungsverzeichnis hinausgeht, wenn die in den Teilen 4 bis 6 des Vergütungsverzeichnisses bestimmten Gebühren wegen des besonderen Umfangs oder der besonderen Schwierigkeit nicht zumutbar sind. ² Dies gilt nicht, soweit Wertgebühren entstehen. ³ Beschränkt sich die Bewilligung auf einzelne Verfahrensabschnitte, sind die Gebühren nach dem Vergütungsverzeichnis, an deren Stelle die Pauschgebühr treten soll, zu bezeichnen. ⁴ Eine Pauschgebühr kann auch für solche Tätigkeiten gewährt werden, für die ein Anspruch nach § 48 Abs. 5 besteht. ⁵ Auf Antrag ist dem Rechtsanwalt ein angemessener Vorschuss zu bewilligen, wenn ihm insbesondere wegen der langen Dauer des Verfahrens und der Höhe der zu erwartenden Pauschgebühr nicht zugemutet werden kann, die Festsetzung der Pauschgebühr abzuwarten.

(2) ¹ Über die Anträge entscheidet das Oberlandesgericht, zu dessen Bezirk das Gericht des ersten Rechtszugs gehört, und im Fall der Beiordnung einer Kontaktperson (§ 34a des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz) das Oberlandesgericht, in dessen Bezirk die Justizvollzugsanstalt liegt, durch unanfechtbaren Beschluss. ² Der Bundesgerichtshof ist für die Entscheidung zuständig, soweit er den Rechtsanwalt bestellt hat. ³ In dem Verfahren ist die Staatskasse zu hören. ⁴ § 42 Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden.

(3) ¹ Absatz 1 gilt im Bußgeldverfahren vor der Verwaltungsbehörde entsprechend. ² Über den Antrag nach Absatz 1 Satz 1 bis 3 entscheidet die Verwaltungsbehörde gleichzeitig mit der Festsetzung der Vergütung.

Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO)

§ 116 Vorschriften für das Verfahren.

¹ Für das anwaltsgerichtliche Verfahren gelten die nachstehenden Vorschriften. ² Ergänzend sind das Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozessordnung sinngemäß anzuwenden. 174174